Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. September 1979
Jg. 7 Nr. 39

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Mexiko gegen hegemoniale und imperialistische Einmischung

z.gek. Vor dem Staatsbesuch Präsident Portillos in Washington am 28./29. September hat Mexiko die Verhandlungen mit den USA über die Lieferung von Erdgas erneut abgebrochen, da die US-Imperialisten nach wie vor nicht bereit waren, die geforderten 3,75 $ pro 1000 Kubikfuß zu zahlen. Ebensowenig will die mexikanische Regierung die Massendeportationen mexikanischer Arbeiter aus den USA und die gegen seine Exporte verhängten Schutzzölle hinnehmen. In seiner Regierungserklärung am 1. September sprach Portillo ausführlich über seine Reise zur UNO-Vollversammlung nach New York, nicht aber über seinen Staatsbesuch in Washington. – Bei einem kurzen Besuch des vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong am 14.9. verurteilte Portillo jede Einmischung „hegemonialer und imperialistischer Art" in der Dritten Welt.

Die US-Imperialisten fürchten um Herrschaft über El Salvador

z.jon. Nach Demonstrationen des Revolutionären Volksblocks (BPR) gegen die Ermordung von Lehrern sagte General Romero, Präsident von El Salvador, Feiern zum Unabhängigkeitstag am 15.9. ab. Die 2000 Demonstranten wurden von Militär beschossen. Sie schossen zurück und töteten mehrere Soldaten. Der BPR besteht in der Mehrheit aus Landarbeitern. – Der US-Staatssekretär für Lateinamerika Vaky reiste Anfang September nach El Salvador, um dort über die „Vermeidung eines zweiten Nicaragua" zu beraten. Er erklärte: „Die Aussichten, Aufstand und Gewalt zu vermeiden, nehmen rasch ab." Können sie den Volkswiderstand nicht gewaltsam brechen, planen die US-Imperialisten, unter dem Mantel der „Menschenrechte" das Militärregime durch eine Regierung der „katholischen Opposition" zu ersetzen, um ihre Herrschaft über El Salvador zu erhalten.

Vier Länder Südamerikas gegen US-Schiffe in ihren Gewässern

z.acr. Die Regierungen Chiles, Ecuadors, Kolumbiens und Perus haben gemeinsam gegen die Anmaßung der US-

Welt.

Die US-Imperialisten fürchten um Herrschaft über El Salvador

z.jon. Nach Demonstrationen des Revolutionären Volksblocks (BPR) gegen die Ermordung von Lehrern sagte General Romero, Präsident von El Salvador, Feiern zum Unabhängigkeitstag am 15.9. ab. Die 2000 Demonstranten wurden von Militär beschossen. Sie schossen zurück und töteten mehrere Soldaten. Der BPR besteht in der Mehrheit aus Landarbeitern. – Der US-Staatssekretär für Lateinamerika Vaky reiste Anfang September nach El Salvador, um dort über die „Vermeidung eines zweiten Nicaragua" zu beraten. Er erklärte: „Die Aussichten, Aufstand und Gewalt zu vermeiden, nehmen rasch ab." Können sie den Volkswiderstand nicht gewaltsam brechen, planen die US-Imperialisten, unter dem Mantel der „Menschenrechte" das Militärregime durch eine Regierung der „katholischen Opposition" zu ersetzen, um ihre Herrschaft über El Salvador zu erhalten.

Vier Länder Südamerikas gegen US-Schiffe in ihren Gewässern

z.acr. Die Regierungen Chiles, Ecuadors, Kolumbiens und Perus haben gemeinsam gegen die Anmaßung der US-

Imperialisten protestiert, nur drei Meilen Hoheitsgewässer anzuerkennen. Carters Ankündigung, die USA würden dies durch Entsendung von Kriegsschiffen in die Küstengewässer der Länder untermauern, die mehr als drei Meilen beanspruchen, verurteilten sie als „offensichtlich von aggressiven Absichten geprägt." Die chilenische Regierung kündigte „geeignete Maßnahmen" gegen die US-Schiffe an. Gleichzeitig gab sie bekannt, daß innerhalb der 200-Meilen-Zone nur noch Schiffe mit ihrer Genehmigung fischen dürfen. Bisher wurden die reichen Fischgründe vor ihrer Küste von US-Schiffen geplündert. Durch die Mißachtung der Hoheitsgewässer haben die US-Imperialisten z.B. schon einen großen Teil der Fischer Perus ruiniert.

Sozialimperialistische Militärs erkunden Argentinien

z.mif. Sieben Tage lang weilte eine sowjetische Militärdelegation unter Leitung von Generalleutnant Bralko zu einem offiziellen Besuch auf Einladung des Oberbefehlshabers der argentinischen Armee, Viola, Ende August in Argentinien. Gleich darauf, am 3. September, reiste eine Delegation argentinischer Offiziere unter Leitung von Generalmajor José Montes in die Sowjetunion. 1977 hat sich die Sowjetunion als größter Aufkäufer argentinischer Produkte an den USA vorbei an die Spitze geschoben; noch 1972 holten die Sozialimperialisten nur ein Achtel der US-Argentinienbeute. Argentinien produziert große Mengen Fleisch und Getreide. Die Sozialimperialisten beraten beim Bau zweier Wasserkraftwerke am mittleren Paraná, Gesamtkapazität 5600 MW, Beratungskosten 4,5 Mio. $, zahlbar innerhalb 9,5 Jahren.

Banken für steigende Steuerlast und Lohnsenkung

SPD kuscht / Steuerstuß von Strauß / Politische Festigung der Lohnbewegung bereits spürbar

z.maf. Die Bundesregierung hat ihren Haushalt vorgelegt. Der Haushalt sieht eine Kreditaufnahme von 52,14 Milliarden DM vor. Die Ausgaben zur Schuldentilgung werden 23,96 Milliarden betragen. Die Schuldenlast wird um 28,18 Milliarden steigen. Da die Steigerung im Jahre 1979 tatsächlich 31,24 Milliarden DM betragen hat, wird diese „verlangsamte" Verschuldung als Abbau der Staatsschuld gehandelt. 52 Milliarden DM sind viel Geld. Es kann nur aufgetrieben werden, wenn die Banken mitmachen. Bereits die Bezeichnung „Abbau der Staatsschuld" ist bloß einführbar, wenn die Banken schmunzelnd nicken.

Letzte Woche hat der Zentralbankrat erklärt, daß er nicht nur gegen Steuersenkungen ist, sondern auch der Ansicht, daß die Lohnbewegung weder zu einem Ausgleich der Teuerung führen darf noch zu einem Ausgleich für die Mehrwertsteuer. Der Zentralbankrat hält also eine Bewegung der Lohntarife von rund 5% für das Äußerste und zwar bei gleichbleibendem Besteuerungssystem.

Die von Franz Josef Strauß geführte Opposition bringt in dieser Woche einen Antrag auf Steuersenkung im Bundesrat ein. Dieser soll dann vor das Parlament. Das Volumen der Steuerreform soll rund 8,3 Milliarden DM ausmachen. Bei einem Lohneinkommen von 1448 DM brutto eines Ledigen soll 1980 die Entlastung 8 DM ausmachen. Bei einem Einkommen von 4056 DM eines Verheirateten mit zwei Kindern soll die Entlastung 23 DM ausmachen. Der Charakter der Reform ist also schon klar, aber 8,3 Mrd. DM sind viel Geld und die Banken sind gegen Steuerreform. Man ist erstaunt.

Die Regierungskoalition muß den Banken auf Grund der rasanten Kreditbedürfnisse parieren. Wird sich die Regierungskoalition nicht auf eine Steuerreform einlassen, so mag es sein, daß die Opposition bei den mittelverdienenden Angestellten und bei einigen besser verdienenden Arbeitern Stimmen gut macht. Kommt dann noch der absehbare Krach mit den Renten, kann es für die Opposition langen. Führt aber die Regierungskoalition die Steu-

Ansicht, daß die Lohnbewegung weder zu einem Ausgleich der Teuerung führen darf noch zu einem Ausgleich für die Mehrwertsteuer. Der Zentralbankrat hält also eine Bewegung der Lohntarife von rund 5% für das Äußerste und zwar bei gleichbleibendem Besteuerungssystem.

Die von Franz Josef Strauß geführte Opposition bringt in dieser Woche einen Antrag auf Steuersenkung im Bundesrat ein. Dieser soll dann vor das Parlament. Das Volumen der Steuerreform soll rund 8,3 Milliarden DM ausmachen. Bei einem Lohneinkommen von 1448 DM brutto eines Ledigen soll 1980 die Entlastung 8 DM ausmachen. Bei einem Einkommen von 4056 DM eines Verheirateten mit zwei Kindern soll die Entlastung 23 DM ausmachen. Der Charakter der Reform ist also schon klar, aber 8,3 Mrd. DM sind viel Geld und die Banken sind gegen Steuerreform. Man ist erstaunt.

Die Regierungskoalition muß den Banken auf Grund der rasanten Kreditbedürfnisse parieren. Wird sich die Regierungskoalition nicht auf eine Steuerreform einlassen, so mag es sein, daß die Opposition bei den mittelverdienenden Angestellten und bei einigen besser verdienenden Arbeitern Stimmen gut macht. Kommt dann noch der absehbare Krach mit den Renten, kann es für die Opposition langen. Führt aber die Regierungskoalition die Steu-

erreform der CDU/CSU durch, so werden die Banken die Befriedigung der Kreditbedürfnisse mit Forderungen verkoppeln. Sie werden eine „klare Rentenpolitik", eine schnellere Gangart bei der Beschneidung der Leistungen der Krankenversicherungen und verschärfte Gesetze gegen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung verlangen. Es wird sozusagen ein neues Haushaltssicherungsgesetz geben.

In diesem Falle vermöchte die Opposition, die jetzt schon in Sachen der Steuerlast „an der Spitze der Kritik steht", auch in den „Versicherungsfragen" Ähnliches zu erreichen. Es wäre Strauß dann gelungen, den Leuten rings um Norbert Blüm eine Agitationslage in den DGB-Gewerkschaften zu bereiten. Sie könnten sich dort an die Spitze der Kritik an den Maßnahmen des Arbeitsministeriums setzen.

Die Taktik der Opposition scheint schlau in bezug auf die Regierung. Jedoch ist das nicht das ganze Ziel. Zwar geht es um die Abtrennung von Teilen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Arbeiterbewegung von der Sozialdemokratie, aber mehr noch um die Spaltung der Arbeiterklasse und die politische Lähmung ihrer Bewegung. Die Taktik ist darauf berechnet, die Arbeiterbewegung auf den Kurs des Opferbringens für den Erhalt der sozialliberalen Koalition einzuschwören. Da die Arbeiterbewegung aber nicht für die dauernden Lohnsenkungen fechten kann, verspricht sich die Opposition allgemeines politisches Chaos und eben Lähmung. – So wie bei Eugen Loderer, der im „Gewerkschafter" Nr. 9 seinen Irrtum, der zu dem 4,3% / 13 Monate-Abschluß geführt hat (er hatte eine Preisrate von 3,5% für 1979 angenommen) als eine „im Grundsatz richtige Voraussicht" bezeichnet. Denn wenngleich die 3,5% erheblich niedriger wären als die Preissteigerung, die tatsächlich eingetreten ist, wäre man doch ganz richtig davon ausgegangen, daß die Preissteigerung 1979 höher sein würde als 1978. Bravo, wird man in Bankkreisen rufen, „Zugabe" bei der Opposition.

Die taktischen Überlegungen der CDU/CSU enthalten einen erheblichen Fehler. Die Arbeiterbewegung wird sich durch die mittleren-Angestellten-Förderungspolitik von Strauß

schlau in bezug auf die Regierung. Jedoch ist das nicht das ganze Ziel. Zwar geht es um die Abtrennung von Teilen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Arbeiterbewegung von der Sozialdemokratie, aber mehr noch um die Spaltung der Arbeiterklasse und die politische Lähmung ihrer Bewegung. Die Taktik ist darauf berechnet, die Arbeiterbewegung auf den Kurs des Opferbringens für den Erhalt der sozialliberalen Koalition einzuschwören. Da die Arbeiterbewegung aber nicht für die dauernden Lohnsenkungen fechten kann, verspricht sich die Opposition allgemeines politisches Chaos und eben Lähmung. – So wie bei Eugen Loderer, der im „Gewerkschafter" Nr. 9 seinen Irrtum, der zu dem 4,3% / 13 Monate-Abschluß geführt hat (er hatte eine Preisrate von 3,5% für 1979 angenommen) als eine „im Grundsatz richtige Voraussicht" bezeichnet. Denn wenngleich die 3,5% erheblich niedriger wären als die Preissteigerung, die tatsächlich eingetreten ist, wäre man doch ganz richtig davon ausgegangen, daß die Preissteigerung 1979 höher sein würde als 1978. Bravo, wird man in Bankkreisen rufen, „Zugabe" bei der Opposition.

Die taktischen Überlegungen der CDU/CSU enthalten einen erheblichen Fehler. Die Arbeiterbewegung wird sich durch die mittleren-Angestellten-Förderungspolitik von Strauß

nicht spalten lassen. Nicht die gleichen Belegschaften, die jetzt allerorten zur Aufstellung von Mindestforderungen übergehen. Denn dies drückt eine politische Einsicht aus, die zu hoch ist für die Straußschen Dreckstricks. Ferner: Strauß rechnet auf die strikte Bindung der Arbeiterbewegung an die SPD/FDP-Koalition. Er rechnet damit, daß, wird er eine Steuerreform vorschlagen und die SPD/FDP-Koalition sich sperren, den gewaltigen Kräften, die gegen die Steuerlast politisch kämpfen wollen, gar nichts bleibt, als sich auf seinen Schmutz einzulassen. Es wird sich erweisen, daß dies eine Unterbeurteilung der politischen Selbständigkeit war, die die Arbeiterbewegung heute bereits hat. Es wird so schwer nicht sein, gegen diesen Schwindel eine politische Gegenposition zu errichten, die eine breite Grundlage hat. Teilweise haben dies wiederum führende Kräfte der in den Gewerkschaften tätigen Sozialdemokratie begriffen. Die Vorstände der Gewerkschaften Textil und Bekleidung, Holz und Kunststoff und Nahrung, Genuß, Gaststätten sind inzwischen für Steuerreform. Und es tritt noch ein weiteres, fast schon erheiterndes Phänomen auf. Gelingt die Durchsetzung einer Steuerreform, so muß sich die Haltung der Sozialdemokratie und zwar auch der Sozialdemokratie, die im Kabinett fläzt, zur beginnenden Lohnbewegung etwas ändern. Bereits im Frühsommer sprach – ausgerechnet Ehrenberg – die Lohnabschlüsse seien wohl etwas niedrig gewesen. Und das kommt so: Wird eine Steuerreform erzwungen, stabilisiert sich der Haushalt dann, wenn die denkbar höchsten Lohnabschlüsse durchgesetzt werden. Genauso die Kassenlage bei den Versicherungen. Deswegen hat man Eugen Loderer auch erlaubt, von „bis zu zweistelligen" Lohnforderungen zu reden.

Italienische Lehrer beginnen neues Schuljahr mit Streik gegen dauernde Lohnsenkungen



Weitere Streiks der Lohnabhängigen im italienischen öffentlichen Dienst. Das Schuljahr begann in der letzten Woche mit Versammlungen und einem eintägigen Streik der Lehrer. Die anderen öffentlich Bediensteten streikten jeweils vier Stunden. Die Gewerkschaften fordern dreimonatliche Berechnung der Inflationszuschläge wie in der Industrie und einmalig 250000 Lire (570 DM). Durch die bisher

de der Gewerkschaften Textil und Be-

den.

Italienische Lehrer beginnen neues Schuljahr mit Streik gegen dauernde Lohnsenkungen



Weitere Streiks der Lohnabhängigen im italienischen öffentlichen Dienst. Das Schuljahr begann in der letzten Woche mit Versammlungen und einem eintägigen Streik der Lehrer. Die anderen öffentlich Bediensteten streikten jeweils vier Stunden. Die Gewerkschaften fordern dreimonatliche Berechnung der Inflationszuschläge wie in der Industrie und einmalig 250000 Lire (570 DM). Durch die bisher
halbjährliche Berechnung verliert 1979 jeder Bedienstete 290000 Lire (658 DM). Nach dem Generalstreik am 13.9. (Bild) hat die Regierung am letzten Dienstag ihre „grundsätzliche Bereitschaft" erklären müssen, die Forderungen zu erfüllen.

Sozialimperialisten übernehmen das Kommando in Afghanistan

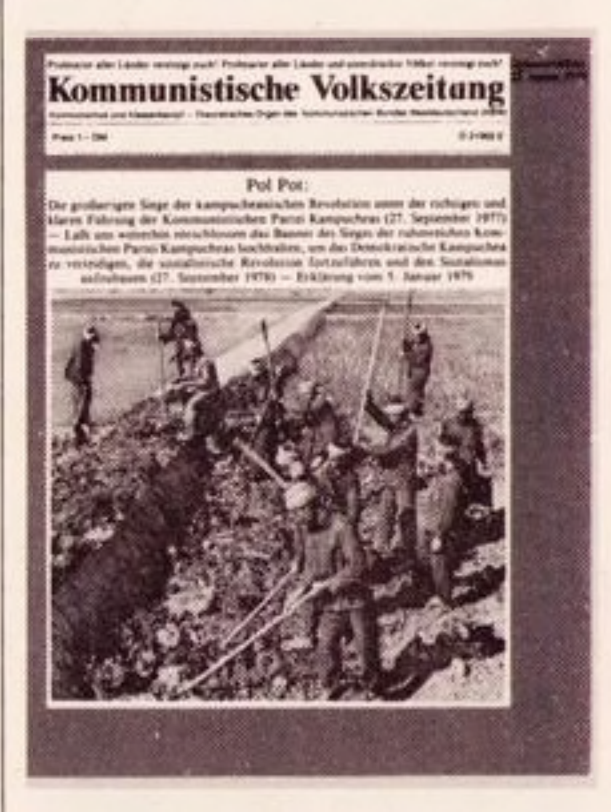
Um die Intervention zu verschleiern, wurden die Marionetten ausgetauscht

z.mam. Vor 10 Tagen wurde in Kabul der afghanische Ministerpräsident Taraki gestürzt. Wenige Tage vorher ist er in Moskau von Breschnew noch geküßt worden und als „Führer der Revolution in Afghanistan" nach Hause entlassen worden. Kaum dort angekommen, wurde er durch den bisherigen Innen- und Verteidigungsminister Amin umgenietet. Dieser in Afghanistan bestgehaßte Mann versucht nun, seinen Ruf als Bluthund der Sozialimperialisten, mit Versprechungen wie: „Ausarbeiten einer neuen Verfassung", Herstellen „gutnachbarlicher Beziehungen zu Pakistan und zum Iran", und „jeder werktätige und patriotische Moslem könne seine Religion frei ausüben", loszuwerden.

Mitte August hatten die Truppen des Regimes unter Leitung und aktiver Beteiligung sowjetischer Offiziere den Aufstand der Belahisar-Einheit in Kabul niedergeschlagen. Danach schlossen sich die vier größten Befreiungsbewegungen des Landes, darunter die Nationale Befreiungsfront zusammen, „um eine bessere Koordination moslemischer Kämpfer zu ermöglichen". Seitdem sind mehrere Armee-Einheiten der Taraki/Amin-Clique zu den Partisanen übergelaufen. Z.B. in der Provinz Zabul eine Brigade von 2500 Mann, die sich 35 ihrer Offiziere entledigte, um dann die Partisanengruppe Jezbi Islami bei der Befreiung von zwei Provinzen zu unterstützen. Das Regime sitzt hauptsächlich noch in den Städten fest, häufig sind die Straßen unterbrochen, so daß sie vom Land abgeschnitten sind. Die Sozialimperialisten haben sich eine Reihe direkter Militärstützpunkte, wie z.B. den Flughafen Beghlan im Nordosten des Landes, nahe der sowjetischen Grenze, beschafft.

Eine der Reaktionen der Taraki/Amin-Clique war die Zwangsrekrutierung neuer Reservisten sowie Solderhöhungen für die Offiziere um 100% und etwas weniger für die einfachen Soldaten. Taraki bat die Sozialimperialisten, „einen Fonds für die Lohnerhöhungen zur Verfügung zu stellen, da das afghanische Budget den erhöhten Ausgaben nicht gewachsen sei." Amin oblag es, der mittlerweile fast täglich geladenen Presse der westlichen Imperialisten von den „großen Fortschritten in der Landreform" zu berichten, durch die „an über 300000 Bauernfamilien 1 bis 2 ha Land verschenkt" wurden. Die armen Bauern, die das Land seit Generationen in feudaler Abhängigkeit bebauen, sind auch für *geschenktes* Land nicht bereit, die Vasallen des Sozialimperialismus zu unterstützen.

Mit dem Austausch des Regimes kommt es den Sozialimperialisten einerseits darauf an, die bereits stattfindende Intervention wegzuleugnen und andererseits die „internationale Unterstützung" dafür zu organisieren, weil sie aufgrund der Angriffe der „ausländischen Reaktionäre" und der Verteidigung der „Revolution" notwendig geworden sei. Um das hinzukriegen, muß Afghanistan „blockfrei, unabhängig und fortschrittlich" dastehen. Zu diesem Zweck ließen die Sozialimperialisten eigens zur Zeit der Blockfreienkonferenz in Havanna ihren „Weltfriedensrat" zur Durchführung einer „Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Volk von Afghanistan" nach Kabul anreisen.



Kommunistische Volkszeitung

Pol Pot:



Kommunistische Volkszeitung

Flugschrift 24.9.79

Die Kommunistische Partei Kampucheas hat das kampucheanische Volk zum Sieg über den US-Imperialismus geführt. Auch im Widerstandskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression wird sie das Volk zum Sieg führen

Am 27. September 1979, dem 19. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas, führen die Bezirke des KBW auf Kreisebene Veranstaltungen unter dem Titel der neu erschienenen Flugschrift durch.

z.haj. **In dieser Woche hat das Bundesland Bayern das von der CSU geforderte ,,Steuerentlastungsgesetz 1980'' im Bundesrat zur Vorlage gebracht.** Am Freitag, 28.9., soll der Antrag bereits mit der Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder an den Bundestag überwiesen werden. Für 1980 wird mit geschätzter Steuermindereinnahme von 6,3 Mrd. DM beantragt: Die zu besteuernden Einkommen über den Grundfreibetrag bis in Höhe von 16000 DM im Jahr sollen statt bisher mit 22% mit 21% besteuert werden; für die steuerbaren Einkommen zwischen 16000 und 60000 DM im Jahr soll der Anstieg des Steuersatzes etwas verlangsamt werden:

Bruttolohn in DM	Steuerbetr. (DM) gegenw.	CSU-Antr.	Steuerentlastung in DM	in % d. Steuer	in % d. Lohns
1. Klasse I (ledig)					
1024	85	81	4	4,7	0,4
1448	170	162	8	4,7	0,6
2048	302	290	12	4,0	0,6
2896	595	571	24	4,0	0,8
4096	1124	1081	43	3,8	1,0
5792	1960	1910	50	2,6	0,9
2. Klasse III (verheiratet, 2 Kinder)					
1024	(2,1)	(2,6)	(-0,5)	(-23,8)	(–)
1448	79	76	3	3,8	0,2
2048	187	179	8	4,3	0,4
2896	348	332	16	4,6	0,6
4096	610	587	23	3,8	0,6
5792	1201	1151	50	4,2	0,9
3. Klasse IV (verheiratet, 2 Kinder)					
1024	84	80	4	4,8	0,4
1448	164	157	7	4,3	0,5
2048	293	281	12	4,1	0,6
2896	565	542	23	4,1	0,8
4096	1089	1047	42	3,9	1,0
5792	1922	1871	51	2,7	0,9

Ergebnis dieser ersten Rechnung: die Besteuerung der besonders niedrigen und hart erarbeiteten Frauenlöhne bleibt; es springen ungefähr 25 Zigaretten im Monat ,,Entlastung'' heraus. Im Bereich, wo sich die besser verdienenden Arbeiter und Angestellten und die männlichen Akkordarbeiter befinden, versucht die CDU/CSU mit Steuererleichterungen zwischen Tarifstundenlohn und einem Überstundenlohn mit Zuschlägen im Monat durchzukommen. Über der Krankenversicherungsbemessungsgrenze von 3000 DM im Monat lohnt es sich dagegen. Je nach Verhältnissen können schon 500 bis 600 DM aufs Jahr herauskommen. Diese Verteilung der ,,Entlastung'' legt das politische Interesse von CDU und CSU offen. Wirksamer Befreiung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen von der Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat ist diese Änderung entgegengesetzt. – Zur Flankierung der Angriffe auf die Sozialversicherung soll 1981 die Einführung eines Kinderfreibetrages als ,,Familienentlastung'' folgen.

z.scm. **Zur Abstimmung der Kernenergiepolitik treffen sich am Freitag die Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzler.** Während der hessische Ministerpräsident drängt, ,,Kernenergie unverzichtbar... wir haben nicht mehr viel Zeit'' und der baden-württembergische Minister Eberle neue Kernkraftwerksbauten ankündigt und dabei Zwischenlager als Überbrückung vorschlägt, verweigern Strauß und Albrecht die Zustimmung zu Zwischenlager bzw. Wiederaufbereitungsanlage bis zur gemeinsamen Einschwörung auf die Linie der offenen gewaltsamen Durchsetzung des gesamten Energieprogramms.



Angeführt von Treckern demonstrierten 5000 Menschen am 15.9. gegen die Tiefbohrungen in Gorleben.

z.ebk. **In aller Eile sind in Hamburg und Frankfurt die Anklageschriften gegen die iranischen Studenten zusammengeschrieben worden, die im Juli festgenommen worden sind.** Zwei werden in Hamburg, fünf in Krefeld bis heute in Haft gehalten. Fluchtgefahr ist der angegebene Grund. Vor dem Krefelder Amtsgericht wird bereits vier Tage verhandelt. Das Gericht kommt aber keinen Schritt weiter. Bis jetzt ist die Anklage noch nicht verlesen. Die Bundesregierung hatte die Eile angeordnet. Den alten SAVAK sich einsatzbereit zu halten und mit den Verfahren gegen fortschrittliche iranische Studenten einen Schlag gegen die iranische Revolution zu führen, ist ihre Absicht. Die Verwirklichung der Absicht stößt auf Schwierigkeiten. Die Anklagen beruhen durchweg auf der Aussage von SAVAK-Agenten. Über sie vermerkt die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Frankfurt: ,,zu laden über Kriminalpolizei''. Die Krefelder Staatsanwaltschaft nennt einen Agenten-Zeugen gleich nur beim Vornamen. Auf eine Anfrage eines Bundestagsabgeordneten nach der Reisetätigkeit westdeutscher Spitzel zu ihren Kumpanen in Schah-Diensten läßt Baum antworten: die Bundesregierung gebe ,,grundsätzlich in der Öffentlichkeit keine Auskunft''. Das Gelichter scheut das Licht.

z.güv. **Bremen, 27. September. Im Anschluß an die Taufe der ersten Fregatte der Klasse 122 auf den Namen ,,Bremen''** ergriff Minister Apel bei einem Gabelfrühstück des Ostasiatischen Vereins die Gelegenheit zu einer nachdenklichen Betrachtung über ,,Die Zukunft Deutschlands auf dem Wasser'':



z.tit. **Bei einem Anstieg des Bruttosozialprodukts im ersten Halbjahr 1979 um 8,3%, real 4,3%, vermeldet das Statistische Bundesamt einen Anstieg des ,,Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen'' von 12,2%.** Das bedeutet einen kräftigen Anstieg gegenüber 7,6% im ersten Halbjahr 1978 und eine Fortsetzung des Anstiegs um 12,8% im 2.Halbjahr 1978. Die Profite der Monopole hatten größtenteils noch schnellere Steigerungsraten. Gegenüber 1977: VEBA plus 23,4%, VW: 17,3%, Opel: 6,6%, Höchst: 15,5%, BASF: 3,6%, Bayer: 13,3%. Ford allerdings kassierte 7% weniger und in der Stahlindustrie wurden zum Teil Verluste ausgewiesen. – Das größte Monopol in der Bundesrepublik, VEBA, konnte im ersten Halbjahr 1979 neue Rekorde verbuchen mit einer Steigerung des ausgewiesenen Profits von 400 Mio. im 1. Halbjahr 1978 auf nun 778 Mio., was einem Anstieg um 94,5% entspricht. In der Autoindustrie konnte sich Opel auf ein Plus von 18,3% steigern, VW gibt seine Gewinnsteigerung mit 13,2% an (das ,,Handelsblatt'' nennt das Verniedlichung), und selbst Ford konnte sich von –7% auf –3% verbessern. Noch besser schneidet die chemische Industrie in der Profitmaximierung ab. Die Chemiemonopole geben ihre Steigerungsraten zwischen 40% und 60% an. Hoechst: 42,7%, BASF: 58%, Bayer: 45%. Im Stahlbereich sieht der Abschluß des Geschäftsjahres 78/79 gegen 77/78 ähnlich aus: Thyssen vermeldet ein Plus von 579 Mio. (77/78: –46 Mio.), Krupp: 84 Mio. (–51), Peine Salzgitter plus 96 Mio. (–104) und Klöckner 142 Mio. (–108 Mio.).

z.use. **Fantasia-Prozeß: zwei Angeklagte freigelassen.** Angeklagt ist insbesondere § 88a, Befürwortung von Gewalt und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Bestraft werden sollen die 5 Angeklagten für ,,Bereitstellen, Druck von Schriften, in denen offen zum bewaffneten Kampf gegen die Gesellschaftsordnung in der BRD aufgerufen wird'', so die Anklage. Wegen dieses Vorwurfs waren zwei Angeklagte 16 Monate in Haft, eine ist seit 7 Monaten in Haft. Im August 77 wurde eine Druckmaschine der ,,Fantasia-Druckerei'' beschlagnahmt. Was die Bougeoisie mit diesem Prozeß erreichen will: Mit Hilfe des Gewaltparagraphen 88a soll verboten werden, gegen die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF zu kämpfen.

Wohnungsnot in den Städten für die Arbeiter – die Gesetze fördern Spekulation und Mietsteigerungen

z.elf. Für fast jeden Haushalt sei Ende 1978 in der BRD eine Wohnung vorhanden gewesen, denn auf 24 Mio. Haushalte kämen etwa genausoviele Wohnungen, das behauptet das Statistische Bundesamt Wiesbaden. Miteingerechnet sind dabei neben den Zweitwohnungen und den leerstehenden Wohnungen, mit denen die Hausbesitzer den Mietzins in die Höhe treiben, alle Häuser der Bourgeois und alle Ferienhäuser über 50 m², ebenso die etwa 1,2 Mio. Wohnungen, die seit der letzten vollständigen Zählung Ende 1968 abgerissen wurden. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes lag Ende 1978 die Durchschnittsmiete in der BRD bei 278 DM bei einer Wohnung mit 4,2 Räumen (wobei als ,,Raum'' jeder Wohn- und Schlafraum ab 6 m² und die Küche unabhängig von ihrer Größe definiert wird) und bei einer Größe von 69 m². In den großen Städten liegt die Durchschnittsmiete bei 404 DM bei einer Wohnfläche von 65 m², im Stadtkern Frankfurts kostet eine Zweizimmerwohnung von 500 DM aufwärts, und die ,,Durchschnittsmiete'' zahlen in der Tat nur 15% der Mieter. Die Einwohner der kreisfreien Städte machen etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerungszahl der BRD aus (21,97 Mio.), ihnen stehen jedoch nur knapp ein Viertel (24,1%) der Wohnungen in der BRD gegenüber. Von wegen also: Für jeden eine Wohnung, vor allem eine, die er zahlen kann!

In den alten Zentren der Großstädte, deren Gebäude die Hausbesitzer verrotten ließen – in den Gesetzen heißt das dann ,,Sanierungsgebiet'' – haben nach Angaben des Deutschen Mieterbundes über vier Fünftel der Mieter (83%) weniger als 2000 DM im Monat zum Leben. Sie wohnen in Altbauten, die die Hausbesitzer nicht zu den gleichen Preisen vermieten können wie die Neubauten. Also ,,Sanierung''. Nach den Paragraphen 19–21 des Städtebauförderungsgesetzes von 1971 kann die Gemeinde ,,Abbruch-, Bau- und Modernisierungsgebote'' aussprechen, und nach dem Mieterhöhungsgesetz können die Vermieter die Kosten einer Modernisierung mit 11% auf die jährliche Miete aufschlagen (§ 3). ,,Modernisierungen sollen durch ein kostenorientiertes Mietanpassungssystem begünstigt werden'', begründet die Bundesregierung diese Maßnahme. Die Miete selbst kann der Vermieter festlegen nach dem ,,ortsüblichen'' Mietspiegel, in den etwa 3 der 14 Mio. preisgebundenen Wohnungen nach dem Höchstsatz einer vergleichbaren preisgebundenen Wohnung – beides Festlegungen, die die Haus- und Grundbesitzer vor allem in den großen Städten kräftig zur Steigerung des Mietzinses benutzt haben.

Kann der Mieter nicht zahlen, so kann ihn der Vermieter rausschmeißen. ,,75% der Vermieter gaben an, auf Grund der Kündigungsvorschriften (im Wohnraumkündigungsschutzgesetz) keinerlei Schwierigkeiten gehabt zu haben'' (aus dem Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes, März 1979). Hat ein kleiner Hausbesitzer nicht das Geld, sein Haus ,,modernisieren'' zu lassen, so muß er verkaufen. Die Gemeinden haben dabei Vorkaufsrecht und so meist zur beispielhaften Spekulation und Förderung der Bodenkonzentration und des Mietwuchers beigetragen.





Für die engen Arbeiterwohnungen in den Städten: ,,Raumsparmöbel'' von Neckermann – links: Couchbett und Doppelbett, rechts: Schrankbad.

Chinesisch-sowjetische Verhandlungen: Die Sowjetunion verschärft ihre Aggressionspolitik

z.lup. Am 23.9. reist die Delegation der VR China für die chinesisch-sowjetischen Verhandlungen nach Moskau ab. Über Themen und Tagesordnung der Verhandlungen ist noch keine Einigung erzielt.

Zusammen mit der Kündigung des am 11. April 1980 auslaufenden Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes hatte die VR China der Sowjetunion die Aufnahme von Verhandlungen über die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen vorgeschlagen. Der Freundschaftpakt war durch die Verwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht, die fortwährenden sowjetischen Vertragsverletzungen und die Änderung der internationalen Lage gegenstandslos geworden.

Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt und auch dazu, das Antihegemonismusprinzip in die Verhandlungen einzubeziehen. Ob jemand wirklich gegen Hegemonismus kämpft, könne nur an seinen Taten gemessen werden, hat Hua Guofeng in dem Bericht der Regierung gesagt.

Folglich verlangt die VR China die Einbeziehung solcher Fragen wie die Lagen an der Grenze, territoriale Fragen, die Festigung der Sicherheit in dem Gebiet, ausländische Truppen und Militärstützpunkte auf fremden Gebieten in die Verhandlungen.

Die Sowjetunion lehnt dies ab. Sie hat in den letzten Monaten mehrfach die chinesische Grenze verletzt. Am 16. Juli haben dabei sowjetische Truppen einen chinesischen Arbeiter getötet und einen weiteren verletzt. An dem Überfall Vietnams auf das Demokratische Kampuchea ist die Sowjetunion direkt beteiligt. Seit Anfang September fliegen täglich 2 sowjetische Transportflugzeuge Nachschub, vorwiegend Panzer und Artillerie, nach Phnom Penh, die in dem Grenzgebiet zu Thailand konzentriert werden. Von Thailand hat die Sowjetunion Überflugrechte für 20 Transportflüge pro Woche gefordert. Thailand hat dies abgelehnt.

Hegemonismus und Aggression der Sowjetunion sind die Ursache der Auseinandersetzung um die Tagesordnung für die chinesisch-sowjetischen Verhandlungen. Der von der Sowjetunion geschürte vietnamesische Regionalhegemonismus ist die Ursache für die bisherige Ergebnislosigkeit der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen. Nachdem die VR China die beständigen vietnamesischen Grenzprovokationen mit einem erfolgreichen Gegenschlag beantwortet, seine Truppen zurückgezogen und die Kriegsgefangenen freigelassen hatte, setzen die Hanoier Behörden ihre Grenzüberfälle weiter fort. Wiederholt haben sie Anspruch auf die Xisha- und Nansha-Inseln erhoben, deren Zugehörigkeit zum Territorium der VR China sie bis 1975 mehrfach bekräftigt hatten.

Während die ökonomische Lage in Vietnam katastrophal ist, das vietnamesische Volk gegen die Aggressionspolitik wachsenden Widerstand in verschiedenen Formen leistet, bereitet Vietnam eine neue Offensive in Kampuchea vor, nachdem die Guerillaeinheiten der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea während der Regenzeit alle Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge der vietnamesischen Truppen zerschlagen und große Gebiete befreit haben.

Auf seiten der Sowjetunion und Vietnam sind die Verhandlungen nur ein Rauchvorhang, der die Verschärfung ihres Expansions- und Kriegskurses verschleiern soll. Die Hauptlast im Kampf dagegen trägt das kampucheanische Volk durch seinen Widerstandskrieg, der die Aggressoren bereits in immer größere Schwierigkeiten bringt.

1024	84	80	4	4,8	0,4
1448	164	157	7	4,3	0,5
2048	293	281	12	4,1	0,6
2896	565	542	23	4,1	0,8
4096	1089	1047	42	3,9	1,0
5792	1922	1871	51	2,7	0,9

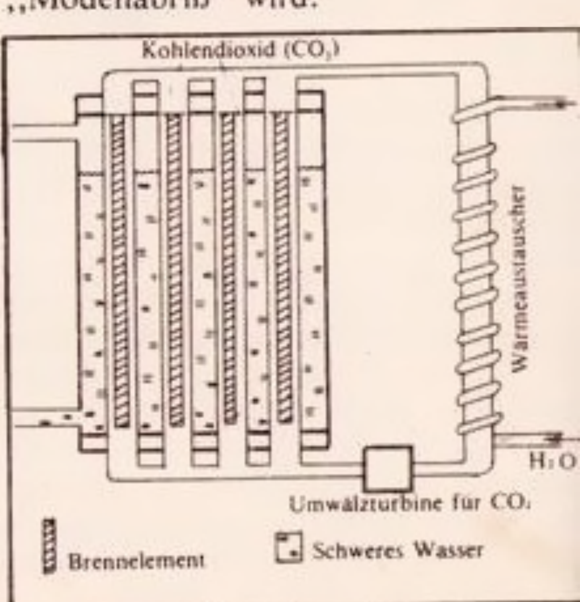




Für die engen Arbeiterwohnungen in den Städten: ,,Raumsparmöbel'' von Neckermann – links: Couchbett und Doppelbett, rechts: Schrankbad.

z.ine. **Am 1.9.1979 begann in Westberlin der erste junge Türke seine Ausbildung als Polizist.** Mit der Einstellung von türkischen Polizisten will die Bourgeoisie der Personalknappheit der Westberliner Polizei beikommen und die Schwierigkeiten meistern, die deutsche Beamte nicht nur wegen der Sprache mit ausländischen Arbeitern haben. Ihr geht es um die Spaltung der ausländischen Lohnabhängigen. Ein Teil soll eingebürgert werden und als Unterdrücker gegen die eigenen Landsleute eingesetzt werden; Integration – wie die Bourgeoisie das nennt. Obgleich Regierender Bürgermeister Stobbe den Plan seines Innensenators Ulrich ,,uneingeschränkt sinnvoll'' findet, Ausländer als Polizisten in Stadtteilen mit starkem Anteil an ausländischen Arbeitern einzusetzen, so ist die Bourgeoisie sich doch nicht sicher, ob die Spaltung klappt, zu oft hat sie die Rebellion ausländischer Arbeiter gegen die Verhältnisse in der BRD erfahren. Unheimlich ist ihr auch der Einfluß politischer Ausländerorganisationen, sie befürchtet Zersetzung. Die Bourgeoisie erkennt die Gefahr, die ihr aus der Einbürgerung von ausländischen Lohnabhängigen erwachsen kann: Gleiches Recht für deutsche und ausländische Arbeiter erleichtern den Zusammenschluß gegen die Bourgeoisie. Sie denkt als weiteres Spaltungsmittel daran, Ausländer ohne Einbürgerung als Polizisten einzusetzen. Insoweit ist Stobbe dafür, ,,das Beamtenrecht als Barriere'' zu beseitigen.

z.frl. **Der Versuch der westdeutschen Imperialisten, ein Kernkraftwerk mit Natururan zu betreiben, ist fehlgeschlagen.** Der gasgekühlte Schwerwasser-Druckröhrenreaktor (siehe Skizze) in Niederaichbach bei Landshut soll jetzt abgerissen werden, nachdem das KKW nur an 13 Tagen überhaupt Strom produziert hat. Der 1972 fertiggestellte Reaktor (Kosten: 230 Mio.) hat als Höchstleistung 35 MW erzielt, das sind gerade 40% der veranschlagten Leistung. – In den sechziger Jahren, als das KKW projektiert wurde, hatten die Supermächte das Monopol für die Anreicherug von Uran. Als aufstrebende Imperialisten wollten die westdeutschen Bourgeois mit dem Drang nach einer eigenständigen Energiebasis ihre Kernkraftwerke mit Natururan betreiben. Das KKW Niederaichbach war als Prototyp bei den Siemens-Kapitalisten in Auftrag gegeben worden. Schon der Bau hat sich durch Schwierigkeiten hinausgezögert. Dann hat sich der Versuch der Inbetriebnahme über 18 Monate erstreckt. Schwierigkeiten gab es vor allem beim Wärmetauscher. Das Material hat offensichtlich die hohen Temperaturen (530° C) und die Neutronenstrahlung nicht vertragen. Siemens hat einen Großteil der 100 Mio. DM, die sie zu dem Projekt zugeschossen haben, vom Staat wieder zurückerhalten. Die 80 Mio. DM, die der Abriß jetzt kostet, werden auch vom Bund bezahlt. Die Kosten für die ,,Stillegungsforschung'' werden so den Kapitalisten abgenommen, indem Niederaichbach zum ,,Modellabriß'' wird.



USA: Einheit der Demokratischen Partei gefährdet

„Tatenlosigkeit" Carters / Kurs der Kriegsvorbereitung von Klassenkämpfen durchkreuzt

z.gek. Die Arbeiterbewegung in den USA hat gute Gründe, der laut schallenden Kampagne der bürgerlichen Medien über die „Tatenlosigkeit" und „Schwäche" der Regierung Carter nicht aufzusitzen. Wie auch? Die laufende Geschäftsabwicklung liegt in den Händen eines Kabinetts, das zum überwiegenden Teil direkt aus den Vorstandsetagen der führenden kapitalistischen Monopole besetzt ist. Der neue Wirtschaftsminister Miller z.B. war Generaldirektor des Elektrokonzerns Textron; der neue Energieminister Duncan kommt von Coca Cola; der neue Zentralbankpräsident Volcker schnurstracks von der Chase Manhattan Bank.

Diese Regierung hat im Laufe ihrer Amtsperiode ein weitgespanntes reaktionäres Programm vorgelegt. Außenpolitisch wurde der Kurs des Haltens und Kräftesammelns, den schon die Ford-Regierung eingeschlagen hatte, fortgesetzt. Es ist ein Kurs auf die schnellstmögliche Schaffung günstiger Bedingungen für den unvermeidlichen kriegerischen Zusammenstoß mit der anderen Supermacht. Dazu brauchte es einen mit halbwegs weißer Weste und frommer Rede wie Carter; wird er jetzt von seinesgleichen als zu „naiv" und gutgläubig dargestellt, gehört das auch zum Geschäft.

Ebenso in der Innenpolitik. Hier war und ist zentraler Punkt das Energieprogramm, dessen Kern, läßt man alles Drumherum beiseite, in den USA vor allem in der Einführung von Steuern auf Öl und Benzin besteht. Diese Steuer, die Carter im ersten Anlauf nicht durchsetzen konnte, hat er jetzt in der demagogischen Form der Besteuerung der Extraprofite der Ölmonopole, die diese über drastisch erhöhte Preise einziehen, hintenrum eingeführt. Bereits 1980 sollen volle 100 Milliarden $ der arbeitenden Bevölkerung ausgepumpt werden als zentraler Kriegsschatz in den Händen der herrschenden Klasse.

Weitere Schwerpunkte des inneren Reformprogramms der Regierung Carter waren: die Erhöhung der Sozialversicherungssteuern, um die Rentenversicherung flüssig zu halten; die Reform der staatlichen „Wohlfahrt" (Sozialfürsorge) im Sinne „starker Anreize zur Arbeit" (Carter); großangelegte Arbeitsdienstprogramme, in die Millionen eingezogen werden; ein Krankenhauskostendämpfungsgesetz, das den Staat zur Festlegung von Obergrenzen für Krankenhaus-Ausgaben ermächtigen soll; gleichzeitig Einführung einer allgemeinen Kranken-Pflichtversicherung, die die wirklich drückende Not der US-Proletarier im Fall von Krankheit ausnutzt, um die Abzugslast auf die Löhne weiter zu steigern; eine Reform des öffentlichen Dienstes, die die Dienstaufsicht ausbaut, den Kündigungsschutz für die verbeamteten Arbeiter und Angestellten aufhebt und das Niveau der Löhne und Gehälter „an die Industrie anpaßt"; schließlich, was die Industrie angeht, die Verhängung von „freiwillig" zu befolgenden Lohnleitlinien, um eine grundlegende Lohnsenkung bei den gewerkschaftlich organisierten Teilen der Arbeiterklasse zu erreichen.

Man wird zugeben, daß diesem Programm sein uneingeschränkt reaktionärer Charakter deutlich auf der Stirn geschrieben steht. Daß Carters näselnd vorgetragene Appelle an die Volksmassen „unpopulär" sind, ist sicherlich eher eine Untertreibung der bürgerlichen Demoskopen. Folgende Ansprache etwa hielt er bei einem Picknick vor dem Weißen Haus zum „Labor Day" Anfang September: „Das amerikanische Volk wünscht inständig, zusammenzustehen und den Herausforderungen an unsere Wirtschaft und an unseren Geist zu begegnen." Oder: „In Zeiten des Krieges und der langen Kämpfe um die Bürgerrechte für unser ganzes Volk ... stand stets die Arbeiterschaft in der vordersten Frontlinie." Von den eingeladenen Gewerkschaftsfunktionären – die Hälfte war gleich weggeblieben – kam kaum noch höflicher Beifall.

Die Mehrzahl der Gewerkschaftsvorstände hat der Regierung inzwischen jede Unterstützung weitgehend entzogen. Dasselbe haben die bürgerlichen Führer der unterdrückten Nationalitäten, vor allem der Afroamerikaner, getan. Damit steht die Einheit der Demokratischen Partei auf dem Spiel, die seit Jahrzehnten die Klassenzusammenarbeit zwischen der herrschenden Finanzbourgeoisie und den Gewerkschaften sowie anderen Organisationen der Volksmassen organisiert hat.

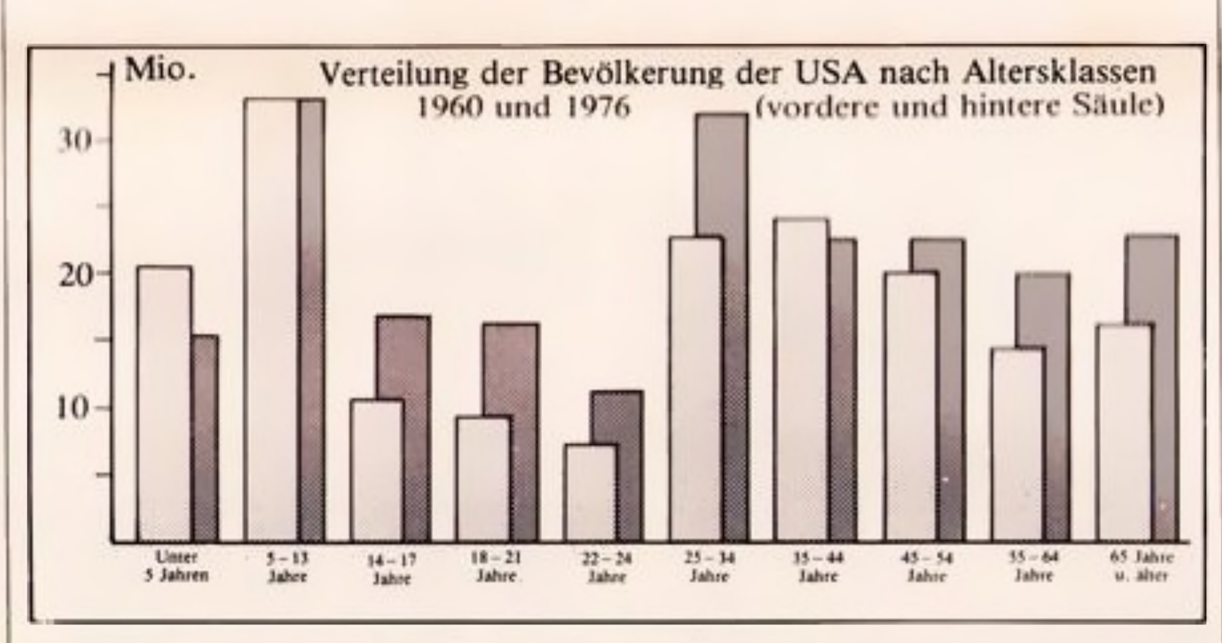
Das von der Carter-Regierung ausgearbeitete Programm hängt zum allergrößten Teil, obwohl in seinen Grundzügen kaum umstritten, im Kongreß fest. Gesucht wird der propagandistische Dreh, gesucht werden Macher und Demagogen, die es durchsetzen, ohne daß eine weitere Verschärfung der Klassenkämpfe eintritt. Mehr: es handelt sich darum, in den Präsidentschaftswahlen Ende nächsten Jahres ein „überzeugendes Votum" für diesen Kurs der Reaktion und Kriegsvorbereitung herbeizutrommeln. Seit den Präsidentschaftswahlen 1960 ist die Beteiligung an diesen Wahlen kontinuierlich gesunken (auf 56,5% 1976). Bei den Kongreßwahlen im letzten Jahr haben überhaupt nur noch 43% teilgenommen.

Ein so staatstragender Teil des Volkes wie die Lehrer steht jetzt eben wieder, 33000 Mann hoch, in 15 Bundesstaaten im Kampf um Lohnerhöhungen. Kein Sternenbanner wird morgens aufgezogen, kein Gebet gesprochen.

Also wird Carters „Unpopularität" jetzt lauthals beschworen, um in umso hellerem Licht die „Popularität" des Senators Kennedy erstrahlen zu lassen, der zu den Reichsten der USA zählt, aber ein Herz für die Armen bewahrt haben soll. Kennedys Schicksal entscheidet sich daran, ob er die Unterstützung der Gewerkschaften noch einmal für die Demokraten sichern kann.

Auf der Rechten wird nach einem tatkräftigen Reaktionär gesucht, der für Carter bzw. Kennedy den Kontrast abgibt. Zur Auswahl stehen die lederne Polizeifresse des Schauspielers Reagan und die weißhaarig markante Visage des Bankiers Connally. Die Unterschiede im Programm sind durchweg gering. Kennedy will bei der Energiegesetzgebung „mehr Gewicht auf das Einsparen" legen, will die Krankenversicherungsreform „umfassender", er verlangt weniger Rüstungsausgaben (wie Carter 1976) und führt eine verhaltene Kritik an den „übergroßen Profiten" der Ölmonopole (von denen er selbst einen Teil seines Reichtums einzieht).

Je geringer die Unterschiede, umso lauter der Schlachtlärm. Er soll schließlich dazu dienen, die in der immer wachsenden Zahl von Streiks und anderen Kampfaktionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten erhobenen Forderungen zu übertönen.



Ein relativ großer Teil der Bevölkerung der USA befindet sich im Rentenalter. Elendsrenten der staatlichen Sozialversicherung (Durchschnittsrente 1978 = 247$) legen die Bürde der Versorgung der alten Arbeiter direkt ihren Familien auf. Nur das erklärt, warum in den diesjährigen Tarifverhandlungen die Kapitalisten die Forderungen der Gewerkschaften nach Erhöhung der betrieblichen Zusatzrenten gegen die Lohnforderungen ausspielen konnten. Die UAW-Führung hat sich auf einen Tarifvertrag eingelassen, der offenbar die Fortsetzung der bisherigen Lohnklauseln (vgl. KVZ 32/79), d.h. bei jetziger Teuerung Lohnabbau, gegen schrittweise Anhebung der Neurenten auf 935, der Altrenten auf 865$ eintauscht. Über den Vertrag muß noch abgestimmt werden.



Zimbabwe-Konferenz in London. – Veranstaltungen des KBW mit Vertretern der ZANU, die für die Patriotische Front an den Verhandlungen teilnehmen, am 26., 28. und 29. in Frankfurt, Hamburg und Stuttgart. Es sprechen: D. Mutumbuka, Mitglied des ZK der ZANU, und S. Makoni, Repräsentant der ZANU.

Londoner Zimbabwe-Konferenz: Britische Spaltungsversuche gegen Patriotische Front

z.hef.London. Auf der Londoner Rhodesien-Konferenz verhandelte in der letzten Woche die britische Regierung in getrennten Gesprächen mit der Delegation der Patriotischen Front und der des Regimes in Salisbury über ihren Verfassungsvorschlag. In der Eröffnungswoche der Konferenz hatte die Patriotische Front die britischen Imperialisten in der Frage der Behandlung der Tagesordnung zu empfindlichen Zugeständnissen gezwungen und die Behandlung der Machtübergabe als untrennbaren Bestandteil der Konferenz durchgesetzt. Jetzt wollen die britischen Imperialisten die Initiative wiedergewinnen und mit ihren Manövern für eine neokoloniale Lösung vorankommen.

Der britische Verfassungsvorschlag ist eine „verbesserte" Fassung der gegenwärtigen Salisbury-Verfassung. Der koloniale Staatsapparat soll unangetastet bleiben. Hier wie dort ist die Kontrolle von Armee, Polizei und Verwaltung besonderen Kommissionen vorbehalten, die mit „qualifizierten und erfahrenen Personen" besetzt werden sollen, also vor allem mit Siedlern. Doppelte Staatsbürgerschaft würde erlaubt sein, heißt es im britischen Entwurf. Schließlich sind mehr als die Hälfte der Siedler britische Staatsbürger. Für die Kolonialbeamten und Kolonialsöldner sollen die Pensionen gesichert werden. Im Parlament sind besondere Sitze für die Siedler vorgesehen. Die wesentliche *Änderung* besteht in dem Weglassen der Sperrminorität im Parlament, die die weißen Abgeordneten in Salisbury gegenwärtig haben.

Am Freitag stimmte die Delegation aus Salisbury mit viel Aufhebens dieser Veränderung zu. Muzorewa erklärte: „Wir haben deshalb, als Mittel zur Sicherung des weiteren Fortschritts bei den vor uns liegenden Aufgaben, die grundlegenden Prinzipien des Verfassungsvorschlags angenommen, den die britische Regierung vorgelegt hat. Diese Zustimmung ist an die befriedigende Ausarbeitung der vielen mit diesem Vorschlag verbundenen Details und der nachfolgenden Schritte, die dann unternommen werden müssen, gebunden." Über diese Entscheidung habe es eine geheime Abstimmung in seiner Delegation gegeben, die mit 11:1 dafür ausgegangen sei. Jetzt, „da wir im Prinzip den Veränderungen an bestimmten Abschnitten unserer Verfassung entsprechend den Wünschen der britischen Regierung zugestimmt haben", fordere er die sofortige Aufhebung der Sanktionen.

Wenige Minuten später ließ der britische Außenminister Lord Carrington eine Erklärung verlesen, in der er in warmem Ton den Beschluß der Salisbury-Delegation begrüßt, der „konstruktiven Haltung" seine „Hochachtung" ausspricht und Hoffnungen auf eine ähnliche Haltung „der Delegation der Herren Nkomo und Mugabe" äußert.

Muzorewa als Bezwinger Ian Smith's und der weißen Siedler in Rhodesien, eine Verfassung, die ihnen ihre letzten Privilegien nimmt und eine „tatsächliche Mehrheitsregierung" durchsetzt – mit diesem von der imperialistischen Presse gepäppelten Trugbild werden die Imperialisten jetzt verstärkt Druck auf die Patriotische Front und die Frontstaaten ausüben. Ziel ist die Spaltung der Patriotischen Front, also die ZAPU in die innere Lösung hineinzubringen, und einzelne Frontstaaten zu irgendeiner Form von Anerkennung zu bewegen.

Die Patriotische Front geht bei den Verhandlungen über die Verfassung von ihrem Verfassungsvorschlag aus. Kontrolle der Regierung über Armee, Polizei und Verwaltung (bei Polizei und Verwaltung mit Hilfe von Kommissionen) anstelle von Kontrolle des Staatsapparates durch Kommissionen, keine doppelte Staatsbürgerschaft, allgemeines Wahlrecht ohne Vorrechte für die Siedler, das sind einige der wichtigsten Punkte. Bei Unabhängigkeit sollen alle Richter entlassen werden, andere Beamte können mit dreimonatiger Frist gekündigt werden, die Regierung Zimbabwes wird keine Verträge und Zahlungsverpflichtungen anerkennen, die das Regime eingegangen ist. Die Patriotische Front verhandelt auf der Grundlage der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, und die Delegation hat auch bei den Verfassungsverhandlungen klar gemacht, daß die entscheidende Frage die Übergabe der Macht ist. Am Mittwoch legte sie Vorschläge über die Verhandlungen um die Übergangsperiode vor.

Ebenso in der Innenpolitik. Hier war und ist zentraler Punkt das Energieprogramm, dessen Kern, läßt man alles Drumherum beiseite, in den USA vor allem in der Einführung von Steuern auf Öl und Benzin besteht. Diese Steuer, die Carter im ersten Anlauf nicht durchsetzen konnte, hat er jetzt in der demagogischen Form der Besteuerung der Extraprofite der Ölmonopole, die diese über drastisch erhöhte Preise einziehen, hintenrum eingeführt. Bereits 1980 sollen volle 100 Milliarden $ der arbeitenden Bevölkerung ausgepumpt werden als zentraler Kriegsschatz in den Händen der herrschenden Klasse.

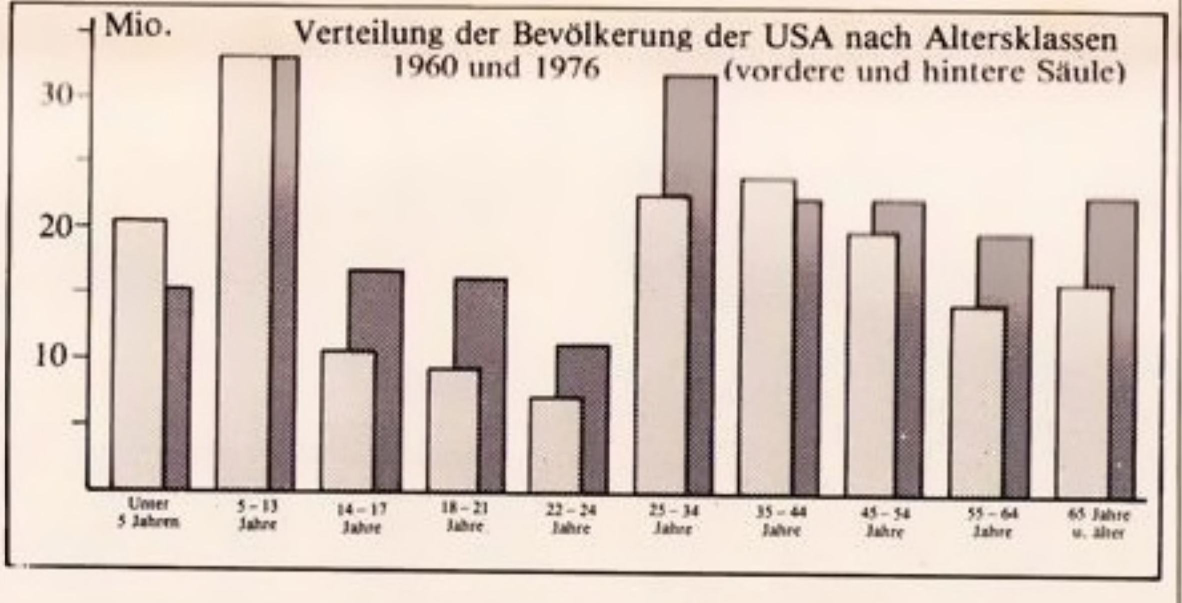
Weitere Schwerpunkte des inneren Reformprogramms der Regierung Carter waren: die Erhöhung der Sozialversicherungssteuern, um die Rentenversicherung flüssig zu halten; die Reform der staatlichen „Wohlfahrt" (Sozialfürsorge) im Sinne „starker Anreize zur Arbeit" (Carter); großangelegte Arbeitsdienstprogramme, in die Millionen eingezogen werden; ein Krankenhauskostendämpfungsgesetz, das den Staat zur Festlegung von Obergrenzen für Krankenhaus-Ausgaben ermächtigen soll; gleichzeitig Einführung einer allgemeinen Kranken-Pflichtversicherung, die die wirklich drückende Not der US-Proletarier im Fall von Krankheit ausnutzt, um die Abzugslast auf die Löhne weiter zu steigern; eine Reform des öffentlichen Dienstes, die die Dienstaufsicht ausbaut, den Kündigungsschutz für die

Finanzbourgeoisie und den Gewerkschaften sowie anderen Organisationen der Volksmassen organisiert hat.

Das von der Carter-Regierung ausgearbeitete Programm hängt zum allergrößten Teil, obwohl in seinen Grundzügen kaum umstritten, im Kongreß fest. Gesucht wird der propagandistische Dreh, gesucht werden Macher und Demagogen, die es durchsetzen, ohne daß eine weitere Verschärfung der Klassenkämpfe eintritt. Mehr: es handelt sich darum, in den Präsidentschaftswahlen Ende nächsten Jahres ein „überzeugendes Votum" für diesen Kurs der Reaktion und Kriegsvor-

Einsparen" legen, will die Krankenversicherungsreform „umfassender", er verlangt weniger Rüstungsausgaben (wie Carter 1976) und führt eine verhaltene Kritik an den „übergroßen Profiten" der Ölmonopole (von denen er selbst einen Teil seines Reichtums einzieht).

Je geringer die Unterschiede, umso lauter der Schlachtlärm. Er soll schließlich dazu dienen, die in der immer wachsenden Zahl von Streiks und anderen Kampfaktionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten erhobenen Forderungen zu übertönen.



Ein relativ großer Teil der Bevölkerung der USA befindet sich im Rentenalter. Elendsrenten der staatlichen Sozialversicherung (Durchschnittsrente 1978 = 247$) legen die Bürde der Versorgung der alten Arbeiter direkt ihren Familien

renz durchgesetzt. Jetzt wollen die britischen Imperialisten die Initiative wiedergewinnen und mit ihren Manövern für eine neokoloniale Lösung vorankommen.

Der britische Verfassungsvorschlag ist eine „verbesserte" Fassung der gegenwärtigen Salisbury-Verfassung. Der koloniale Staatsapparat soll unangetastet bleiben. Hier wie dort ist die Kontrolle von Armee, Polizei und Verwaltung besonderen Kommissionen vorbehalten, die mit „qualifizierten und erfahrenen Personen" besetzt werden sollen, also vor allem mit Siedlern. Doppelte Staatsbürgerschaft würde erlaubt sein, heißt es im britischen Entwurf. Schließlich sind mehr als die Hälfte der Siedler britische Staatsbürger. Für die Kolonialbeamten und Kolonialsöldner sollen die Pensionen gesichert werden. Im Parlament sind besondere Sitze für die Siedler vorgesehen. Die wesentliche *Änderung* besteht in dem Weglassen der Sperrminorität im Parlament, die die weißen Abgeordneten in Salisbury gegenwärtig haben.

Am Freitag stimmte die Delegation aus Salisbury mit viel Aufhebens dieser Veränderung zu. Muzorewa erklärte: „Wir haben deshalb, als Mittel zur Sicherung des weiteren Fortschritts bei den vor uns liegenden Aufgaben, die grundlegenden Prinzipien des Verfassungsvorschlags angenommen, den die britische Regierung vorgelegt hat. Diese Zustimmung ist an die befriedigende Ausarbeitung der vielen mit diesem

eine ähnliche Haltung „der Delegation der Herren Nkomo und Mugabe" äußert.

Muzorewa als Bezwinger Ian Smith's und der weißen Siedler in Rhodesien, eine Verfassung, die ihnen ihre letzten Privilegien nimmt und eine „tatsächliche Mehrheitsregierung" durchsetzt – mit diesem von der imperialistischen Presse gepäppelten Trugbild werden die Imperialisten jetzt verstärkt Druck auf die Patriotische Front und die Frontstaaten ausüben. Ziel ist die Spaltung der Patriotischen Front, also die ZAPU in die innere Lösung hineinzubringen, und einzelne Frontstaaten zu irgendeiner Form von Anerkennung zu bewegen.

Die Patriotische Front geht bei den Verhandlungen über die Verfassung von ihrem Verfassungsvorschlag aus. Kontrolle der Regierung über Armee, Polizei und Verwaltung (bei Polizei und Verwaltung mit Hilfe von Kommissionen) anstelle von Kontrolle des Staatsapparates durch Kommissionen, keine doppelte Staatsbürgerschaft, allgemeines Wahlrecht ohne Vorrechte für die Siedler, das sind einige der wichtigsten Punkte. Bei Unabhängigkeit sollen alle Richter entlassen werden, andere Beamte können mit dreimonatiger Frist gekündigt werden, die Regierung Zimbabwes wird keine Verträge und Zahlungsverpflichtungen anerkennen, die das Regime eingegangen ist. Die Patriotische Front verhandelt auf der Grundlage der Fortsetzung des

z.doj. **Für 4 Mio. DM hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Rendsburg computergerechte Krankenversichertenausweise erproben lassen.** Kranken- und Arbeitslosenversicherung sollen unter Anwendung des §319 RVO in das staatliche Unterdrückungs- und Bespitzelungsdatenverbundsystem eingefügt werden. Ab Januar 1980 ist die bundesweite Computererfassung der Rezepte geplant, um die Billigverordnung der Ärzte besser kontrollieren zu können. Die Erprobung der Versichertenausweise wurde von einer Kölner Datenverarbeitungs GmbH, der GEBERA, unter Leitung des Universitäts-Betriebswirtschaftlers Prof. Sieben, vorgenommen. Der Ausweis ersetzt den Krankenschein und macht Überweisungen unnötig, was den 180000 Versicherten in Rendsburg den Testversuch als „Erleichterung" schmackhaft machen sollte. Versichertenausweis und elektronische Mitgliedskarten erlauben sofortige Übersicht über alle medizinischen Daten und ermöglichen die Sortierung der Versicherten nach Krankheit, Häufigkeit der Krankschreibung und Krankheitskosten.

z.mal. **Ehrenberg drängt auf Arzneimittellisten: Medikamente, die es üblicherweise oder gar nicht mehr auf Rezept gibt oder geben soll.** Die Ausgaben für Arzneimittel sind im ersten Halbjahr 1979 um 9% gestiegen. Das hat Ehrenberg aufgeschreckt und ihm zugleich gezeigt, daß die Ärzte sich seiner Kostendämpfung nicht wie gewollt unterwerfen. Nach dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz müssen Richtlinien über Arzneimittelverordnung aufgestellt werden, so ist es in der Neufassung des § 368p geregelt. Noch in diesem Jahr soll eine Negativliste mit etwa 300 sogenannten Bagatellmitteln veröffentlicht werden. „Patienteninformationen" werden jetzt schon den Ärzten zugesandt mit Auflistung solcher Medikamente, die es nicht mehr auf Rezept gibt, z.B. Vitaminpräparate. Diese werden aber gerade vermehrt gebraucht. Über Vitaminmangel bei ausländischen Arbeitern und in der Ernährung in Altenheimen wird in der Fachpresse berichtet. – Vielseitig verwendbare und bewährte Mittel zur Linderung und Heilung wie z.B. Kamillosan sollen auch als sog. Bagatellmittel dem Rezeptierverbot unterliegen. Auf die Negativliste sollen verschiedene häufig gebrauchte Schmerzmittel (z.B. Spalt, Gelonida), die „ihrer allgemeinen Anwendung nach bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden". (RVO-Text) Damit will Ehrenberg weitere Lohngelder der Arbeiterklasse entziehen, um seine Kostendämpfung durchzusetzen.

z.bil. **Das Vormundschaftsgericht Dorsten hat Eltern, die ihrer 16-jährigen Tochter zum Abbruch der Schwangerschaft geraten hatten, das Kind weggenommen und in ein Heim verbracht.** Von der Beratungsstelle, die die „normalen Risiken einer Teenagerschwangerschaft" feststellte, war die Familie vor dem Vormundschaftsgericht gelandet. „Bei Ausübung der elterlichen Gewalt hinsichtlich Minderjähriger muß der Schutz des werdenden Lebens für die Eltern einen Höchstwert darstellen. Es ist die Pflicht der Eltern, ihren Kindern in einer solchen Situation Beratung und Hilfe anzubieten und die Schwangere an die grundsätzliche Pflicht zur Achtung des Lebensrechtes des Ungeborenen zu mahnen, sie zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen. (...) Die üblichen Risiken einer Teenagerschwangerschaft sind hinzunehmen. Auch die weiteren Nachteile für I., insbesondere hinsichtlich ihrer Schulausbildung, rechtfertigen nicht die Annahme einer Indikationslage. Schwierigkeiten im Berufsleben und vorübergehende Verzögerungen der Ausbildung müssen hingenommen werden."

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

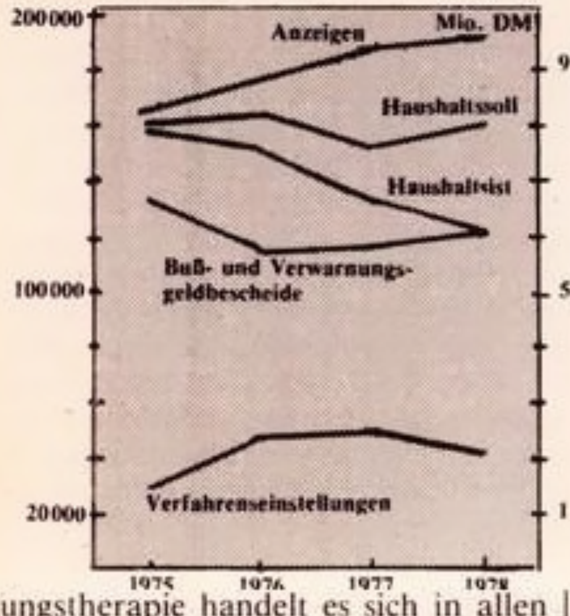
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



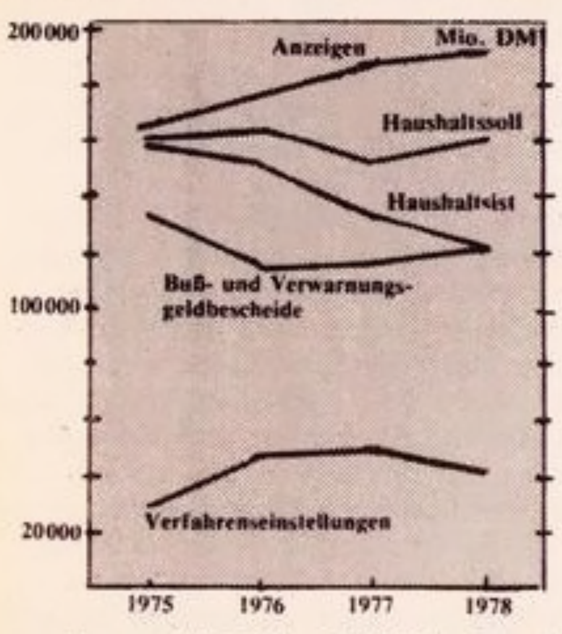
r.kek. **40 Gefangene aus dem Landeskrankenhaus Göttingen haben einen Brief an das Niedersächsische Sozialminsterium geschrieben, in dem sie die Rücknahme der Lohnkürzung im „Gesellschaftshaus" , einem Arbeitshaus im LKH, fordern.** Dort müssen die Gefangenen Wäscheklammern für eine US-Firma in Falkenhagen herstellen, Tüten für „Diamant"-Mehl, Schachteln für Glühbirnen und Infrarotgeräte und Packpapierrollen zuschneiden. Die Arbeit wird nach einem Punktsystem bewertet. Im Höchstfall bekam man für 40 Stunden in der Woche 130 DM, nach der Kürzung im Höchstfall noch 70 DM. In dem Brief wird als erster Schritt die Wiederherstellung der alten Regelung verlangt. Die Arbeit im LKH ist Zwangsarbeit, abgesichert durch das nieders. Gesetz über Hilfe für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen (Psych KG). Dort heißt es, daß der Patient verpflichtet ist, die Therapie zu unterstützen, und die Therapie der „Therapeuten" besteht dann in Tütenkleben. Sanktionsmöglichkeiten: Medikamente, weitere Entrechtung (z.B. Streichung des Freigangs) oder Abschiebung ins Verwahrhaus. Insgesamt bestehen 5 Varianten der Ausbeutung: Beschäftigungstherapie, Arbeit im Gesellschaftshaus, in den Werkstätten des LKH, in den Werkstätten für Behinderte und Arbeit „draussen", Wohnen im LKH. Dies alles erfolgreich durchlaufen, kann man dann mit der Entlassung rechnen. Insgesamt 900 Gefangene im LKH Göttingen werden durch diese Mühlen geschleust. Bis auf die Beschäftigungstherapie handelt es sich in allen Fällen um Lohnarbeit für Betriebe meist in der Göttinger Umgebung oder direkt für den Bedarf des LKH. Der „Lohn" ist noch einmal unterteilt in einen festen Bestandteil und Fleißprämien.

k.jok.Hamburg. **Mehr billige Bürohilfskräfte in der Bußgeldstelle des Einwohnerzentralamtes.** Zur „Erhöhung der Festsetzung und der Erhebung von Forderungen" hatte der Senat 1977 auf ein Ersuchen der Bürgerschaft u.a. hier 15 zusätzliche Stellen eingerichtet. Geplant war, mit zusätzlichem Aufwand an Personalkosten von 408000 DM im Jahr (für 15 Bürohilfskräfte) die Bearbeitung der Anzeigen von Verkehrsordnungswidrigkeiten zu beschleunigen, wobei Verfahrenseinstellungen wegen Verjährung hinfällig



gungstherapie handelt es sich in allen Fällen um Lohnarbeit für Betriebe meist in der Göttinger Umgebung oder direkt für den Bedarf des LKH. Der „Lohn" ist noch einmal unterteilt in einen festen Bestandteil und Fleißprämien.

k.jok.Hamburg. **Mehr billige Bürohilfskräfte in der Bußgeldstelle des Einwohnerzentralamtes.** Zur „Erhöhung der Festsetzung und der Erhebung von Forderungen" hatte der Senat 1977 auf ein Ersuchen der Bürgerschaft u.a. hier 15 zusätzliche Stellen eingerichtet. Geplant war, mit zusätzlichem Aufwand an Personalkosten von 408000 DM im Jahr (für 15 Bürohilfskräfte) die Bearbeitung der Anzeigen von Verkehrsordnungswidrigkeiten zu beschleunigen, wobei Verfahrenseinstellungen wegen Verjährung hinfällig



werden und 1,5 Mio DM Mehreinnahmen herausspringen sollten. Auch versprach sich der Senat große Auswirkungen auf die „Verkehrsmoral". Aber die mehr einbringenden Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten im fließenden Verkehr gingen zurück.

b.uws. **Die überbetriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein wird ausgebaut.** Die Zahl der Jugendlichen, die ein Ausbildungsverhältnis für einen Beruf abgeschlossen haben, ist von 1974 bis 78 um 51% gestiegen. Dies will die Landesregierung nutzen, um jetzt die überbetriebliche Ausbildung mit einem 850-Plätze-Programm bis 1982 mit 197 Mio. DM verschärft auszubauen. Dem „stark mittelständisch strukturierten Land" habe diese Ausbildung zur betrieblichen Leistungssteigerung beigetragen, meinte Wirtschaftsminister Westphal. Nach der überbetrieblichen Ausbildung im 1. Lehrjahr soll dann die Ausbildung im Betrieb fortgesetzt werden. Dies ermöglicht den Kapitalisten den frühzeitigen Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft, weil die Lehrlinge auf Kosten des Staates angelernt sind und ihnen als billige Arbeitskraft im 2. und 3. Lehrjahr zur Verfügung stehen.

b.sal.Kiel. **In einem Gespräch mit „Experten" der Fischerei hat die Landesregierung erklärt, die Probleme der Fischer „gemeinsam zu lösen."** Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hatte Vertreter und „Experten" der Fischerei sowie Landtagsabgeordnete geladen, um die Qualitäts- und Absatzverhältnisse zu verbessern, um Wirtschaftlichkeit und Arbeitsplätze zu sichern. (Pressemitteilung der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 6.9.79). – Der Erzeugerpreis für Krabben liegt auf dem Tiefstand von 2 DM/kg, der durchschnittliche Erzeugerpreis für Fisch ist laut Bericht der Maasholmer Fischereigenossenschaft schon im letzten Jahr von 10,89 DM/kg auf 10,83 DM/kg gesunken und das im wesentlichen, weil die Kapitalisten die Konkurrenz der Fischer innerhalb der EG ausnutzen. Die Fischer kämpfen gegen die Senkung der Erzeugerpreise und für die Senkung der Gasölpreise. Aufgrund dieses Drucks hat die Landesregierung die Bundesregierung beauftragt, etwas gegen die erhöhte „Wettbewerbsfähigkeit" der holländischen Fischer zu unternehmen, weil diese ihre Treibstoffe billiger beziehen können. Nur solle „keine uferlose Subventionierung" erfolgen, sondern ein Ausgleich über den Marktpreis geschaffen werden. So sahnen die Fischereigroßhandlungen ab, die Forderungen der Fischer bleiben bestehen.



b.suk.Hamburg. **Am 26.9. berät die Bürgerschaft erneut über die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens (K.R.) in den staatlichen Krankenhäusern.** Als Instrument zur Kostensenkung sollte am 1.1.79 damit bundesweit begonnen werden. Dies schreibt das Krankenhausfinanzierungsgesetz vor. Das K.R. beinhaltet u.a. Finanzbuchhaltung, Erfassung des Medikamenten- und Sachverbrauchs, Aufzeichnung des gesamten Güter- und Dienstleistungsverbrauchs, detaillierte Gewinn- und Verlustrechnung in Form von Wirtschaftsplänen. Am 1.1.80 soll im AK Bergedorf, Barmbek, St. Georg und UKE die Finanzbuchhaltung eingeführt werden. 87 zusätzliche Buchhaltungskräfte fordert das mit der Einführung beauftragte Management. Die Bürgerschaft will aber nicht zahlen, sondern ernten. Die Mehrarbeit auf das vorhandene Personal abzuwälzen, wird nicht gehen. Die Belegschaften haben bereits Erfahrungen mit diesem Programm und den Vorbereitungen Widerstand entgegengesetzt.

b.hör.Kiel. **Mit einer ¾ Mio. DM mehr als bisher, mit 8,6 Mio. DM will sich die Landesregierung 1980 in die Jugendarbeit einmischen.** Geplant ist



b.suk.Hamburg. **Am 26.9. berät die Bürgerschaft erneut über die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens (K.R.) in den staatlichen Krankenhäusern.** Als Instrument zur Kostensenkung sollte am 1.1.79 damit bundesweit begonnen werden. Dies schreibt das Krankenhausfinanzierungsgesetz vor. Das K.R. beinhaltet u.a. Finanzbuchhaltung, Erfassung des Medikamenten- und Sachverbrauchs, Aufzeichnung des gesamten Güter- und Dienstleistungsverbrauchs, detaillierte Gewinn- und Verlustrechnung in Form von Wirtschaftsplänen. Am 1.1.80 soll im AK Bergedorf, Barmbek, St. Georg und UKE die Finanzbuchhaltung eingeführt werden. 87 zusätzliche Buchhaltungskräfte fordert das mit der Einführung beauftragte Management. Die Bürgerschaft will aber nicht zahlen, sondern ernten. Die Mehrarbeit auf das vorhandene Personal abzuwälzen, wird nicht gehen. Die Belegschaften haben bereits Erfahrungen mit diesem Programm und den Vorbereitungen Widerstand entgegengesetzt.

b.hör.Kiel. **Mit einer ¾ Mio. DM mehr als bisher, mit 8,6 Mio. DM will sich die Landesregierung 1980 in die Jugendarbeit einmischen.** Geplant ist

der Ausbau der Jugendbegegnungsstätten „Rothfos", „Godensande" (500000 DM), „Brandenburg" (500000 DM), „Scheersberg" (300000 DM) und des Kieler CVJM-Jugendzentrums (200000 DM). In ihnen werden u.a. Teamer (Jugendleiter) ausgebildet, und sie dienen der sportlichen Betätigung der Jugendlichen. Die Landesregierung fördert auch ausdrücklich den Jugendsport, denn „es sei unübersehbar, daß diese Jugendarbeit auch dazu führt, daß die in der Sportjugend organisierten Jugendlichen ... gegenüber den zahlreichen Gefährdungen unserer Zeit weniger anfällig sind. In einer Zeit ..., in der es auch Versuche gebe, die Jugend politisch zu verführen ..." (Braun am 24.3.79 auf der 30. Vollversammlung der Sportjugend in Kiel).

b.ulr.Kiel. **Die Beschäftigten des Städtischen Krankenhauses Kiel sind dabei, die Schließung des Betriebskindergartens mit 68 Plätzen zu verhindern.** Bisher wurde der Kindergarten aus den Pflegesätzen finanziert. Jetzt

Stadtteil	Kinder 0 – 5 J.	Plätze	Kinder pro Platz
Projensd.	368	150	2,5
Holtenau	563	199	2,8
Eichenhof	445	36	12,3
Vieb.geh.	474	12	39,2
Mettenh.	993	115	8,6
Gaaden O.	629	138	4,5
Elmschenh.	613	75	8,1
Kiel ges.	13945	2934	4,7

wird von den Kassen behauptet, der Betriebskindergarten sei nicht betriebsnotwendig und sie wollen die Gelder zwecks Kostendämpfung streichen. Die Stadt Kiel hat angeblich kein Geld, um die Kosten zu übernehmen, es handelt sich um 220000 DM. Sie verweist auf die städtischen Kindergärten. In Kiel gibt es insgesamt 56 Kindergärten, von denen nur 24 voll durch das Jugendamt der Stadt finanziert werden, 10 trägt die Kirche, 9 durch Elterninitiative, 3 privat, 3 durch Betriebe, der Rest hat einzelne Träger. Außerdem ist das Angebot an Plätzen in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich. In Kiel sind ca 33104 Frauen berufstätig (ca 33% aller Beschäftigten). Ihnen steht nur ein Angebot von 200 Plätzen in Betriebskindergärten gegenüber, die von den Kliniken und einem Kaufhaus betrieben werden.

b.gem.Meldorf. **Die Anwohner der Marschstraße Meldorf fordern die Umleitung des Schwerlastverkehrs.** Sie richten sich gegen die Lärmbelästigung und die Erschütterungen, die Risse in den Häusern verursachen. Die Stadt Meldorf weigert sich, Schadensersatz zu zahlen. Weil Firmen wie Aldra, Kärner, Kock und Nielson die Marschstraße benutzen, ist der Ausbau der Straße geplant.



r.hek. **Wie in der KVZ berichtet, wurde die 3. Verhandlung über einen Manteltarifvertrag für den Güter- und Möbelfernverkehr zwischen den Transportkapitalisten und der ÖTV am 4.9.79 ergebnislos abgebrochen.** Die wichtigsten Forderungen der ÖTV sind: Verkürzung der Arbeitszeit in einem Stufenplan von 120 Stunden auf 116 Stunden in der Doppelwoche; Wartezeiten sind wie Arbeitszeit zu vergüten; Vereinbarung eines Nachtzuschlages; Erhöhung der Spesensätze; Laufzeit bis 31.12.81. An der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung können die Kapitalisten nicht mehr vorbei. In der Verhandlung am 9.8. hatten sie eine Stunde Arbeitszeitverkürzung angeboten. Am 4.9. haben sie eine weitere Stunde angeboten sowie einen Tag Urlaub. Gleichzeitig verlangten sie dafür eine Laufzeit des Vertrages bis Ende 1982. Rechnet man die fast zweijährige tariflose Zeit zu der von den Kapitalisten geforderten dreijährigen Laufzeit, wären es 5 Jahre. Insbesondere beim Nachtzuschlag lehnten es die Kapitalisten bislang ab, ein Angebot zu machen. In den verschiedenen Tarifbezirken sollen jetzt Mitgliederversammlungen stattfinden, in denen der bisherige Verhandlungsstand beraten werden soll.

b.mak.Hamburg. **Abkommen über die Errichtung einer Schule für Verfassungsschutz.** Bereits 1955, auf dem Höhepunkt der Unterdrückung der demokratischen Rechte und der Organisationsfreiheit der Arbeiterbewegung durch die reaktionäre Adenauer-Regierung, wurde beim Bundesamt für Verfassungsschutz eine besondere Schule für die Bundesbediensteten des Verfassungsschutzes eingerichtet. Der Hamburger Senat hat schon am 16.5.1978 dem Entwurf der Innenminsterkonfe-

Streik der Westberliner Müllarbeiter

Westberliner Senat will Nachtschicht und Erhöhung der Fuhren durchsetzen

r.anp. Am 12.9. haben die Müllwerker der Westberliner Umladestationen Nord und Süd für einen halben Tag gestreikt. Anlaß waren geplante Rationalisierungsmaßnahmen des Westberliner Senats gegenüber den Müllwerkern, um ihre Verträge mit der DDR einzuhalten.

1974 hat der Westberliner Senat mit der DDR einen Vertrag über die Abnahme von Westberliner Müll abgeschlossen (Abfallbeseitigungsvertrag). Laufzeit 20 Jahre; vereinbarte Menge 35 Millionen Tonnen; jährlicher Schnitt: 1,75 Millionen Tonnen; Abnahme- und Verrechnungseinheiten jeweils 3 Jahre. Folgenden Passus sieht der Vertrag vor: wenn für einen Dreijahres-Abschnitt insgesamt weniger als 80% der vertraglich festgelegten Menge Abfall geliefert wird, muß der Westberliner Senat Ausgleichszahlungen für Mindertransporte leisten. Ansonsten liegt der Tonnenpreis bei 25,70 DM zuzüglich der jährlichen Preissteigerungsrate in Westdeutschland. Schon jetzt ist klar, daß die 35 Millionen Tonnen Müll im vorgegebenen Zeitraum garnicht produziert werden können. Zwei Tendenzen liegen dafür zugrunde: zum Einen die bevölkerungsmäßige Entwicklung Westberlins, die stetig abnimmt, und zum Anderen die Zunahme von z.B. wiederverwertbaren Verpackungsmaterialien. Aber auch mit der vorhandenen Menge an Abfall ist der Westberliner Senat zur Zeit nicht in der Lage, den Vertrag einzuhalten, obwohl die festgelegte Menge für das laufende Jahr lediglich 1,1 Millionen Tonnen an Siedlungs- und Sonderabfällen beträgt. Auf eine kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus antwortete der Senat, daß in diesem Jahr 900000 Tonnen „nicht ganz erreicht" werden, wobei das 80%-Limit bei 880000 Tonnen liegt. Der technische Direktor der Berliner Stadtreinigung (BSR), Ferber, räumt ebenfalls ein, daß man den Vertrag zwar nicht 100 prozentig erfüllen könnte, aber für die 80% würde es schon reichen.

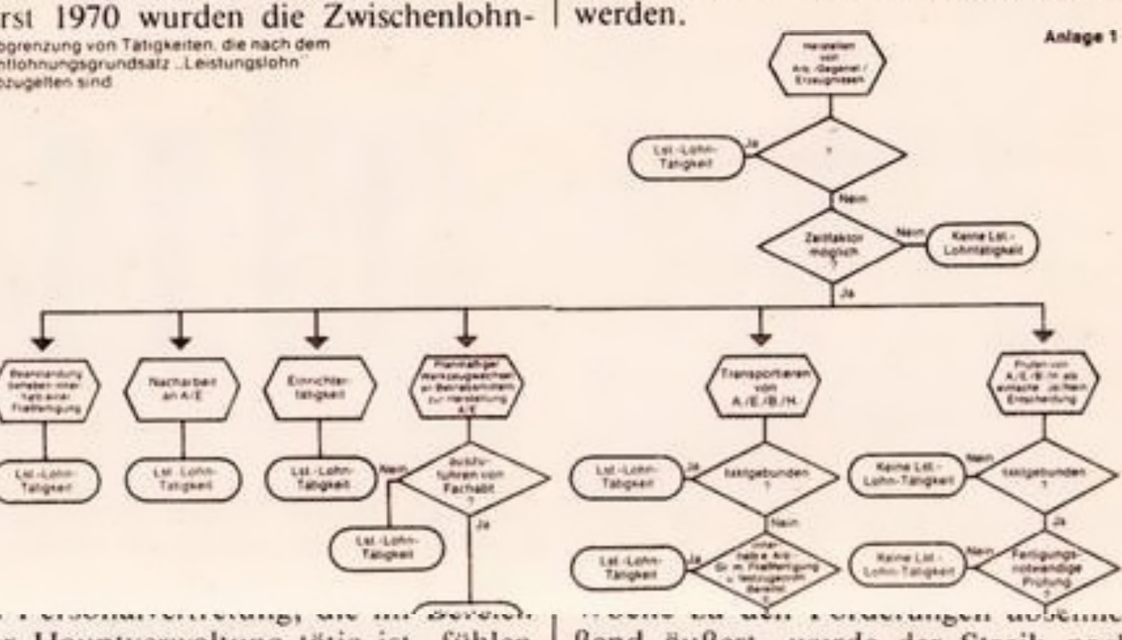
Um aber überhaupt diese 80% in die DDR transportieren zu können, planen Senat und Geschäftsleitung der BSR umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Angriffe auf den Lohn der Arbeiter in den Müllumladestationen. Anstelle von 2 Fuhren sollen die 135 Fahrer jetzt 3 Fuhren pro Schicht in die DDR transportieren; gleichzeitig soll den Fahrern die Gedingezulage gestrichen werden, was ca. 450 DM brutto im Monat ausmacht. Ungeklärt ist darüberhinaus die rechtliche Absicherung der Fahrer während ihres Aufenthaltes in der DDR. Für die Werkstatt- und Wartungsarbeiter soll die Nachtschicht eingeführt werden. Per Verwaltungsgerichtsbeschluß ist den Müllwerkern ihre Personalvertretung genommen worden. Von der neuen Personalvertretung, die im Bereich der Hauptverwaltung tätig ist, fühlen sich die Arbeiter nicht vertreten; sie arbeite mit der Geschäftsführung zusammen.

Einher mit diesen Maßnahmen gegen die Müllarbeiter in den Müllumladestationen sind umfangreiche Rationalisierungen bei der Stadtreinigung insgesamt geplant. In dem Anfang September veröffentlichten Bericht des Rechnungshofes, der bei der Stadtreinigung eine Sonderprüfung vorgenommen hatte, ist eine Reduzierung von ca. 410-470 Stellen bei den Arbeitern und Angestellten vorgesehen.

Am 12.9. traten die 260 Arbeiter in den Müllumladestationen Britz und Ruhleben in den Streik. Etwa 200 LKW's konnten nicht abgefertigt werden, was den Verband privater Stadtreinigungsbetriebe umgehend veranlaßte, bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Umweltschutz Regreßansprüche in Höhe von 100000 DM anzumelden. Die ÖTV, die den Streik nicht organisiert hatte, erklärte noch am gleichen Tag, daß sie die Forderungen der Müllwerker unterstützt. In einer verfaßten Resolution fordern die Arbeiter Aufklärung über die „Pläne über Verstärkung der Leistung" (Ferber). Die BSR-Geschäftsleitung verneinte die Fragen nach der Nachtschicht und nach Erhöhung der Fuhren. Nachdem die Geschäftsleitung zusagen mußte, daß sie sich am Ende der Woche zu den Forderungen abschließend äußert, wurde der Streik nach 6½ Stunden beendet.

VW: Mit „Lohndifferenzierung" gegen Nachschlag- und Festgeldforderung

r.haa. Die IG Metall und der VW-Vorstand verhandeln über die „Lohndifferenzierung", mit der die analytische Arbeitsplatzbewertung abgeschafft werden soll. Die analytische Arbeitsbewertung, mit der die Einstufung in eine Lohngruppe nach einem Punktsystem vorgenommen wird, war und ist für die Kapitalisten ein Mittel der Spaltung und Lohnsenkung zur Einsaugung unbezahlter Mehrarbeit. Jede technische Änderung (z. B. Arbeitsmittel- und -ablauf), jede „Erleichterung" (z. B. durch einen Kran), jede Verbesserung der „Umgebungseinflüsse" (Lärm, Dämpfe, Unfallgefährdung usw.usf.) können und haben die VW-Kapitalisten zum Anlaß von Abgruppierungen genommen. Mehrmaschinenbedienung oder Erweiterung der Arbeitsgänge am Band führten zum Punktabzug, weil ja Abbau von „Monotonie und Platzgebundenheit". Der IGM ist dieses „alte System zu kompliziert, nicht mehr zeitgemäß". Sie will künftig Nichtberücksichtigung von Umgebungseinflüssen, den Wegfall aller Qualifikationsbegriffe (Berufsausbildung, Handfertigkeit), eine Verringerung der Eingruppierungsmerkmale, stattdessen das Hauptmerkmal „als was beschäftigt" (Bandarbeiter, Elektriker usf.) und Regelung der „Mehrstellenarbeit". Das alles zur „Absicherung der Löhne", wozu die „Lohntafel bereinigt" werden soll, indem die Lohngruppen mit ihren Zwischenstufen zu weniger Gruppen zusammengefaßt werden sollen. Weshalb scheut sich die IGM Konkreteres herauszulassen? Letzte Woche wurde per Aushang im Werk Salzgitter ein „Maschinist" für die Versorgungsbetriebe gesucht, der, obwohl Schlosserausbildung Voraussetzung, alle Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie „kleinere Reparaturen" machen muß, nicht mindestens nach Lohngruppe 8F, sondern nach 7F (1,46 DM/Stunde weniger) bezahlt wird. Wie bei der „Analytischen" wird bei der „Lohndifferenzierung" so für wenige eine Höherstufung, für viele aber eine Abgruppierung herauskommen. Erst 1970 wurden die Zwischenlohngruppen eingeführt mit dem Argument, die Unterschiede zu vermindern; nur aufgrund der Bewegung für Festgeldforderungen wurden seitdem Mindesterhöhungen und dieses Jahr die Streichung der unteren Lohngruppen bis 2B bzw. 3F erreicht, was jedoch die Aufspreizung der Lohnklassen nur gedämpft hat. Die Position des Betriebsrates gegenüber Schmücker bei der nächsten Sonderzahlungsverhandlung am 2.10. würde durch die Präsentierung der Tarifforderung von 170 DM/8% mindestens nur gestärkt werden.

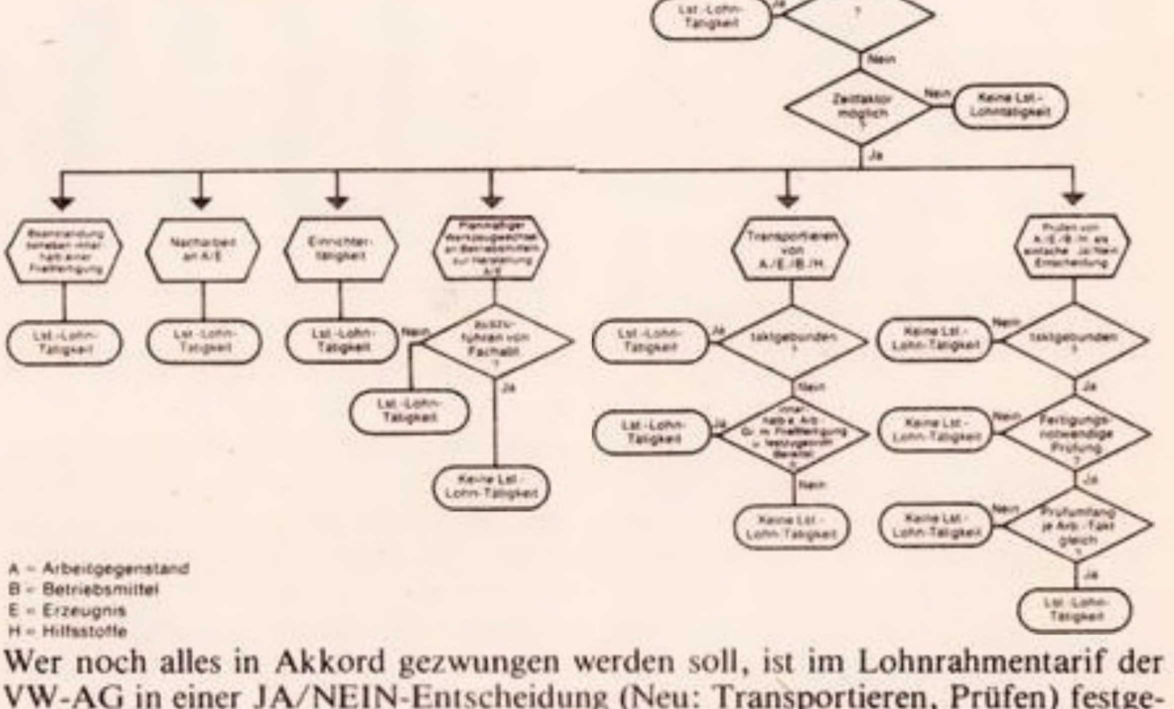


der Westberliner Senat zur Zeit nicht in der Lage, den Vertrag einzuhalten, der Hauptverwaltung tätig ist, fühlen sich die Arbeiter nicht vertreten; sie ar- ßend äußert, wurde der Streik nach 6½ Stunden beendet.

VW: Mit „Lohndifferenzierung" gegen Nachschlag- und Festgeldforderung

r.haa. Die IG Metall und der VW-Vorstand verhandeln über die „Lohndifferenzierung", mit der die analytische Arbeitsplatzbewertung abgeschafft werden soll. Die analytische Arbeitsbewertung, mit der die Einstufung in eine Lohngruppe nach einem Punktsystem vorgenommen wird, war und ist für die Kapitalisten ein Mittel der Spaltung und Lohnsenkung zur Einsaugung unbezahlter Mehrarbeit. Jede technische Änderung (z. B. Arbeitsmittel- und -ablauf), jede „Erleichterung" (z. B. durch einen Kran), jede Verbesserung der „Umgebungseinflüsse" (Lärm, Dämpfe, Unfallgefährdung usw.usf.) können und haben die VW-Kapitalisten zum Anlaß von Abgruppierungen genommen. Mehrmaschinenbedienung oder Erweiterung der Arbeitsgänge am Band führten zum Punktabzug, weil ja Abbau von „Monotonie und Platzgebundenheit". Der IGM ist dieses „alte System zu kompliziert, nicht mehr zeitgemäß". Sie will künftig Nichtberücksichtigung von Umgebungseinflüssen, den Wegfall aller Qualifikationsbegriffe (Berufsausbildung, Handfertigkeit), eine Verringerung der Eingruppierungsmerkmale, stattdessen das Hauptmerkmal „als was beschäftigt"

kreteres herauszulassen? Letzte Woche wurde per Aushang im Werk Salzgitter ein „Maschinist" für die Versorgungsbetriebe gesucht, der, obwohl Schlosserausbildung Voraussetzung, alle Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie „kleinere Reparaturen" machen muß, nicht mindestens nach Lohngruppe 8F, sondern nach 7F (1,46 DM/Stunde weniger) bezahlt wird. Wie bei der „Analytischen" wird bei der „Lohndifferenzierung" so für wenige eine Höherstufung, für viele aber eine Abgruppierung herauskommen. Erst 1970 wurden die Zwischenlohngruppen eingeführt mit dem Argument, die Unterschiede zu vermindern; nur aufgrund der Bewegung für Festgeldforderungen wurden seitdem Mindesterhöhungen und dieses Jahr die Streichung der unteren Lohngruppen bis 2B bzw. 3F erreicht, was jedoch die Aufspreizung der Lohnklassen nur gedämpft hat. Die Position des Betriebsrates gegenüber Schmücker bei der nächsten Sonderzahlungsverhandlung am 2.10. würde durch die Präsentierung der Tarifforderung von 170 DM/8% mindestens nur gestärkt werden.



Wer noch alles in Akkord gezwungen werden soll, ist im Lohnrahmentarif der VW-AG in einer JA/NEIN-Entscheidung (Neu: Transportieren, Prüfen) festgelegt: Inspektioner, Bereitsteller, Mulifahrer und Lagerarbeiter.

Angedrohte Amtsenthebung des AStA Hannover wirft Schlaglicht auf die Absichten Pestels

r.wal. Auf Geheiß der niedersächsischen Landesregierung hat der Präsident der Universität Hannover, Schäfer, die Amtsenthebung des Hannoverschen AStA und seine Ersetzung durch einen Staatskommissar angekündigt. Damit will die Landesregierung mit der Zerschlagung der Organe der verfaßten Studentenschaft einen Schritt weiterkommen, nachdem sie in den letzten Monaten in dieser Frage im wesentlichen Schlappen einstecken mußte.

Mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) war festgelegt worden, daß die Organe der verfaßten Studentenschaft nach Musterwahlordnungen und -satzungen nach Gnaden des Wissenschaftsministeriums zu bilden seien. Diese sehen praktisch vor, daß die ASten und Fachschaftsräte in kleine Parlamente umgewandelt und zur Organisierung der Kämpfe völlig untauglich werden. Wie an den meisten Hochschulen haben sich die Studenten an der Universität Hannover diesen Anweisungen nicht unterworfen, sondern im Juni auf Grundlage einer Wahlordnung, die den Interessen der Studenten entspricht, die Wahlen in eigener Regie durchgeführt. In der Wahl dokumentierte sich der politische Klärungsprozeß in der Studentenbewegung. Verschiedene Fachschaftslisten hatten sich in ihren Programmen zu den nächsten Aufgaben geäußert: Rücknahme der Erhöhung der Studentenwerksgebühren! Keine Erhöhung der Wohnheimmieten! Ablehnung des 6. BAföG-Änderungsgesetzes! Keine Verschärfungen der Studien-und Prüfungsbedingungen! Der neue AStA hat, obwohl er z.T. aus MSB-Mitgliedern besteht, Teile dieses gewerkschaftlichen Kampfprogramms in sein Programm aufnehmen müssen.

Mit der Ersetzung des AStA durch einen Beamten soll dem gewählten Organ der Studentenschaft die Verfügung über die Gelder entzogen werden, die von den Studenten als AStA-Beiträge gezahlt worden sind. Da die Fachschaften ebenfalls aus diesen AStA-Geldern finanziert werden, soll auch die Arbeit der Fachschaftsräte geknebelt werden, die nach den Erfahrungen mit dem Göttinger jedes Flugblatt dem Staatskommissar zur Genehmigung vorlegen sollen.

Was treibt die Landesregierung, gerade jetzt den Hannoverschen AStA zu suspendieren? An den Fachbereichen der Uni Hannover steht die Auseinandersetzung um neue Prüfungsordnungen und Studienordnungen an. Nach dem Zeitplan der Landesregierung sollen an den niedersächsischen Fachbereichen bis Ende des Jahres greifbare Ergebnisse der Studienreform vorliegen. Von den 25 in den letzten zwei

ren! Keine Erhöhung der Wohnheimmieten! Ablehnung des 6. BAföG-Änderungsgesetzes! Keine Verschärfungen der Studien-und Prüfungsbedingungen! Der neue AStA hat, obwohl er z.T. aus MSB-Mitgliedern besteht, Teile dieses gewerkschaftlichen Kampfprogramms in sein Programm aufnehmen müssen.

Mit der Ersetzung des AStA durch einen Beamten soll dem gewählten Organ der Studentenschaft die Verfügung über die Gelder entzogen werden, die von den Studenten als AStA-Beiträge gezahlt worden sind. Da die Fachschaften ebenfalls aus diesen AStA-Geldern finanziert werden, soll auch die Arbeit der Fachschaftsräte geknebelt werden, die nach den Erfahrungen mit dem Göttinger jedes Flugblatt dem Staatskommissar zur Genehmigung vorlegen sollen.

Was treibt die Landesregierung, gerade jetzt den Hannoverschen AStA zu suspendieren? An den Fachbereichen der Uni Hannover steht die Auseinandersetzung um neue Prüfungsordnungen und Studienordnungen an. Nach dem Zeitplan der Landesregierung sollen an den niedersächsischen Fachbereichen bis Ende des Jahres greifbare Ergebnisse der Studienreform vorliegen. Von den 25 in den letzten zwei
Jahren im niedersächsischen Ministerialblatt veröffentlichten neuen Studien- und Prüfungsordnungen betreffen nur drei hannoversche Fachbereiche. Für die überwiegende Anzahl der Fachbereiche steht diese Auseinandersetzung jetzt an. Bekannt geworden sind die Vorbereitungen für eine nach den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz einheitlich gestaltete Lehrerprüfungsordnung (die allein in Hannover rund 8700 Studenten beträfe), über die die Staatsaufsicht in den Prüfungen verstärkt werden soll. Ferner eine Diplomprüfungsordnung für die Fächer Elektrotechnik, Maschinenbau und Schiffstechnik (rund 2500 Studenten).

In den letzten Semestern hatte sich in zähen Auseinandersetzungen um Prüfungs- und Studienverschärfungen an den Fachbereichen bereits gezeigt, wie nötig die Organisierung dieses Kampfes durch die Fachschaftsräte und die Zusammenfassung durch den AStA ist. So hatte der Studentenrat Geschichte eine Veranstaltung gegen die politische Zensierung einer Examensarbeit mit Ungenügend durchgeführt, auf welcher der prüfende Professor Rede und Antwort stehen mußte. Dies hatte einen günstigen Effekt auf die weiteren Zensuren am Fachbereich. Es ist klar, daß die Landesregierung einiges darum gäbe, diese Organe der Studentenbewegung wegzubekommen.

Mit der Amtsenthebung in Hannover soll die gesamte niedersächsische Studentenbewegung getroffen werden; Erfolge wie z.B. in Braunschweig, wo die Anerkennung der Wahlordnung und der gewählten Organe im wesentlichen durchgesetzt werden konnte, sollen jetzt über Hannover rückgängig gemacht werden. An der Universität Hannover hat sich eine Aktionseinheit von 16 Fachschaften gebildet, die erklärt haben: „Die unten aufgeführten Fachschaftsräte und der AStA bestehen selbstverständlich auf ihren Rechten als demokratisch gewählte Organe der Studentenschaft... Die Organe der verfaßten Studentenschaft werden ihre Arbeit wie bisher weiterführen, da wir der Studentenschaft und nicht dem Ministerium verpflichtet sind." Wichtig ist, daß der AStA jetzt nicht in weinerliches Gejammer über das „undemokratische Vorgehen" und „Pestels neuesten Klopfer" ausbricht wie es teilweise die Tendenz ist, sondern daß er seine Aufgabe als Vertretungsorgan wahrnimmt und die sozialen und politischen Interessen der Studenten vertritt. Gegenwärtig bedeutet das vor allem eine tatkräftige Unterstützung des Mietstreiks der Bewohner des größten Hannoverschen Studentenwohnheims, der gerade jetzt einer Entscheidung entgegengeht, da einerseits die Geschäftsführung des Studentenwerks mit Klagen gegen die Heimbewohner vorgehen will und andererseits zu Beginn des nächsten Monats der Vorstand über ein Angebot beschließen wird, daß die Heimbewohner dem Studentenwerk gemacht haben und das einen halben Erfolg bedeuten würde. Gestützt auf die Fachschaftsräte wäre eine Untersuchung über die in den Semesterferien abgehaltenen Prüfungen angebracht, um Munition für die Ver-

Fachschaftsräte und der AStA bestehen selbstverständlich auf ihren Rechten als demokratisch gewählte Organe der Studentenschaft... Die Organe der verfaßten Studentenschaft werden ihre Arbeit wie bisher weiterführen, da wir der Studentenschaft und nicht dem Ministerium verpflichtet sind." Wichtig ist, daß der AStA jetzt nicht in weinerliches Gejammer über das „undemokratische Vorgehen" und „Pestels neuesten Klopfer" ausbricht wie es teilweise die Tendenz ist, sondern daß er seine Aufgabe als Vertretungsorgan wahrnimmt und die sozialen und politischen Interessen der Studenten vertritt. Gegenwärtig bedeutet das vor allem eine tatkräftige Unterstützung des Mietstreiks der Bewohner des größten Hannoverschen Studentenwohnheims, der gerade jetzt einer Entscheidung entgegengeht, da einerseits die Geschäftsführung des Studentenwerks mit Klagen gegen die Heimbewohner vorgehen will und andererseits zu Beginn des nächsten Monats der Vorstand über ein Angebot beschließen wird, daß die Heimbewohner dem Studentenwerk gemacht haben und das einen halben Erfolg bedeuten würde. Gestützt auf die Fachschaftsräte wäre eine Untersuchung über die in den Semesterferien abgehaltenen Prüfungen angebracht, um Munition für die Ver-
handlungen über die Kurs-und Scheinbedingungen zu Semesterbeginn zu liefern. Gegen die Drohung der Amtsenthebung müssen öffentliche Aktionen wie Kundgebungen in der Innenstadt und eine Demonstration in der zweiten Semesterwoche ergriffen werden. Ein Fachschaftentreffen am Donnerstag hat beschlossen, die Rektoratsübergabe am 2. Oktober, zu der sich auch der Herr Wissenschaftsminister angesagt hat, zu nutzen. Zur Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Neugebildete Hamburger Senatskommission für „Eingliederungsmaßnahmen" für Ausländer

b.has. Unter dem Tenor: Verbesserung der rechtlichen und sozialen Stellung der ausländischen Familien, besondere Integrationshilfen für Kinder, Eingliederung in das Berufs- und Erwerbsleben, wurde kürzlich eine Senatskommission ins Leben gerufen, die entsprechende Vorlagen erarbeiten soll. Der Hamburger Senat gibt sich besorgt um das Wohl und Wehe der Ausländer. Gegenteiliges hat er im Sinn. Die alltägliche Erfahrung der Ausländer mit der Senatspolitik ist eindeutig: Verweigerung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Ausweisung, Abschiebung, strafrechtliche Verfolgung wegen geringer Verstöße gegen ausländerrechtliche Bestimmungen; ständige Kontrolle und Gängelung durch befristete und eingeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse; erst nach 5jährigem Wohlverhalten (rechtmäßiger Aufenthalt) kann überhaupt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, vorausgesetzt der Arbeiter steht in ungekündigter Arbeit und nimmt nicht etwa Sozialhilfe in Anspruch, was im Zweifelsfall ohnehin zu seiner Ausweisung führen würde. Laut Dienstanweisung des Innensenators vom 29.9.78 können etwa Verstöße gegen örtliche Aufenthaltsbeschränkungen oder „erkennbare Integrationsschwierigkeiten", z.B. „Beschwerden von Mitbürgern,... Vorgänge bei Jugend-und Sozialämtern" zur Ablehnung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis führen. Kenntnis der deutschen Sprache, Nachweis der unbefristeten oder 5jährigen Arbeitserlaubnis, sowie der Nachweis angemessenen Wohnraums (mindestens 8 m² pro Person und Verbot von Überbelegung nach einem bestimmten Pro-Kopf-Raum-Schlüssel) sind weitere Voraussetzung für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und die Bewilligung des Familiennachzugs.

Das Konzept des Senats, durch Kontrolle und Rechtlosstellung der Ausländer diese dem ideologischen Einfluß der Bourgeoisie zu unterwerfen und als billige Arbeitskräfte für den Ausbeutungsprozeß gefügig zu machen, ist nicht aufgegangen. Daher ist allerorten von „Integrationshilfen" zu hören. In Berlin sollen türkische Polizisten Dienst tun. Schulsenator Grolle – Mitglied der Kommisssion – wies in einer Pressekonferenz vom 5.9.1979 auf „dramatische Entwicklungen" im Schulbereich hin. Bis 1985 würde der Ausländeranteil an den Grundschulen auf etwa 22% angestiegen sein. In vielen Hauptschulen würde die Zahl der Ausländerkinder die der deutschen Kinder deutlich übersteigen. Die Angst ist spürbar. Grolle: „Für den sozialen Frieden in unserer Stadt wird es entscheidend darauf ankommen, daß wir diese Aufgabe (der Eingliederung) als eine gemeinsame Verpflichtung aller Bürger akzeptieren. Es geht um eine Aufgabe, die entschlossenes Handeln für mehr als ein Jahrzehnt fordert."

In welche Richtung die „Entschlossenheit" „aller Bürger" geweckt werden soll, findet seinen zugespitzten Ausdruck am Beispiel der verhafteten Iraner und der damit verbundenen Verleumdungskampagne gegen die iranische Revolution.





Landeshaushalt 1980

Unterdrückung der Volksmassen zur Mästung der Kapitalisten

b.kav. Einen „Haushalt politischer Handlungsfreiheit" nannte Finanzminister Titzek den 8,532 Mrd. DM-Etat für 1980. Handlungsfreiheit bedeutet für die Landesregierung stärkere Mästung der Kapitalisten und eine dazu notwendige Verschärfung der Unterdrückung der Volksmassen. In seiner Regierungserklärung vom 30.5.79 sagt Stoltenberg, das Hauptproblem wäre die Industrieansiedlung und der dazu notwendige Ausbau der Infrastruktur. Dazu soll der kommunale Finanzausgleich für die Gemeinden um 124,5 Mio. auf etwa 1,2 Mrd. DM erhöht werden. Über 65 Mio. DM sollen bis 1983 für den Ausbau des Erdgasnetzes, das Landprogramm, Industrieförderung und den Landesstraßenbau ausgegeben werden. Mit 5 Mio. DM will die Landesregierung die Gründung neuer „selbständiger Existenzen" bezuschussen, die dem Konkurrenzkampf standhalten können und durch

zialämtern" zur Ablehnung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis führen. Kenntnis der deutschen Sprache, Nachweis der unbefristeten oder 5jährigen Arbeitserlaubnis, sowie der

umgesetzt. Die Mittel für das Werfthilfeprogramm werden von 25 auf 90 Mio. DM erweitert. Nach Abschluß der „Sanierungsmaßnahmen" (Entlassungen, Betriebsstillegungen, Abgruppierungen) wirft dieses Geld nun die nötigen Profite ab.

Für den Wohnungsbau und die Modernisierung werden in den nächsten 3 Jahren 92,8 Mio. DM gezahlt. Gemäß Regierungserklärung soll hier mehr „individuelles Eigentum" geschaffen werden. Den Mietshausbesitzern wird ein hoher Mietzins garantiert. Sind alte Wohnungen erst einmal saniert, können die neuen Mieten kaum noch bezahlt werden. 19,2 Mio. DM werden für den vollständigen Umbau der Landeskrankenhäuser in psychiatrische Anstalten veranschlagt.

Großes Gewicht legt die Landesre-

schaft des Rechts ausgebaut werden, und zum Schutze des Bürgers vor Gewaltakten wird die Polizei mit modernstem Gerät ausgerüstet. Die Kapitalisten wollen ihr Privateigentum gesichert sehen – das ist alles.

Von der GEW sind Aktionen geplant, die sich gegen die hohe Stundenbelastung und gegen den Stundenausfall richten. Darauf muß reagiert werden. 500 neue Lehrer sollen eingestellt werden. Manövriermöglichkeit, ob es Planstellen werden, Angestelltenverträge oder Halbtagsverträge, ist offengelassen. In jedem Fall sollen über die Schulen die Jugendlichen auf die Verfassung eingeschworen werden.

Um 15% gleich 124 Mio. DM soll der Posten für den Kommunalen Finanzausgleich steigen bei einer Verschuldung von 2,2 Mrd. DM beim Finanzkapital, kann von Selbständigkeit





Landeshaushalt 1980

Unterdrückung der Volksmassen zur Mästung der Kapitalisten

b.kav. Einen „Haushalt politischer Handlungsfreiheit" nannte Finanzminister Titzek den 8,532 Mrd. DM-Etat für 1980. Handlungsfreiheit bedeutet für die Landesregierung stärkere Mästung der Kapitalisten und eine dazu notwendige Verschärfung der Unterdrückung der Volksmassen. In seiner Regierungserklärung vom 30.5.79 sagt Stoltenberg, das Hauptproblem wäre die Industrieansiedlung und der dazu notwendige Ausbau der Infrastruktur. Dazu soll der kommunale Finanzausgleich für die Gemeinden um 124,5 Mio. auf etwa 1,2 Mrd. DM erhöht werden. Über 65 Mio. DM sollen bis 1983 für den Ausbau des Erdgasnetzes, das Landprogramm, Industrieförderung und den Landesstraßenbau ausgegeben werden. Mit 5 Mio. DM will die Landesregierung die Gründung neuer „selbständiger Existenzen" bezuschussen, die dem Konkurrenzkampf standhalten können und durch eine hohe Anfangsverschuldung für große Profite des Finanzkapitals sorgen. Für die kontinuierliche Wirtschaftsförderung, „Arbeitsplatzsicherung" und das Mittelstandstrukturprogramm hat die Landesregierung den Kapitalisten billige Kredite in Höhe von 120 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Just im Aufsichtsrat von HDW angelangt, hat Rudolf Titzek sogleich die Forderung der Werftkapitalisten nach höheren Subventionen in die Tat umgesetzt. Die Mittel für das Werfthilfeprogramm werden von 25 auf 90 Mio. DM erweitert. Nach Abschluß der „Sanierungsmaßnahmen" (Entlassungen, Betriebsstillegungen, Abgruppierungen) wirft dieses Geld nun die nötigen Profite ab.

Für den Wohnungsbau und die Modernisierung werden in den nächsten 3 Jahren 92,8 Mio. DM gezahlt. Gemäß Regierungserklärung soll hier mehr „individuelles Eigentum" geschaffen werden. Den Mietshausbesitzern wird ein hoher Mietzins garantiert. Sind alte Wohnungen erst einmal saniert, können die neuen Mieten kaum noch bezahlt werden. 19,2 Mio. DM werden für den vollständigen Umbau der Landeskrankenhäuser in psychiatrische Anstalten veranschlagt.

Großes Gewicht legt die Landesregierung auf den Ausbau des Unterdrückungsapparates. Der Personalbestand der Polizei soll aufgestockt werden. Da sich viele Polizisten weigern, wegen dauernder Sondereinsätze Überstunden zu machen, soll durch mehr Polizisten die Überwachung organisiert werden. Standrechtlich können noch keine Urteile gefällt werden, aber wenigstens schnell soll es gehen, deswegen der Ausbau des Justizapparates. In einem Rechtsstaat müsse die Herrschaft des Rechts ausgebaut werden, und zum Schutze des Bürgers vor Gewaltakten wird die Polizei mit modernstem Gerät ausgerüstet. Die Kapitalisten wollen ihr Privateigentum gesichert sehen – das ist alles.

Von der GEW sind Aktionen geplant, die sich gegen die hohe Stundenbelastung und gegen den Stundenausfall richten. Darauf muß reagiert werden. 500 neue Lehrer sollen eingestellt werden. Manövriermöglichkeit, ob es Planstellen werden, Angestelltenverträge oder Halbtagsverträge, ist offengelassen. In jedem Fall sollen über die Schulen die Jugendlichen auf die Verfassung eingeschworen werden.

Um 15% gleich 124 Mio. DM soll der Posten für den Kommunalen Finanzausgleich steigen bei einer Verschuldung von 2,2 Mrd. DM beim Finanzkapital, kann von Selbständigkeit der Kommunen nicht die Rede sein.

Die politische Handlungsfreiheit sollte mit diesem Haushalt garantiert werden. Mit einer Verschuldung von 7,5 Mrd. DM im wesentlichen bei den Banken, die fast die Höhe des Gesamthaushalts ausmacht, liegt die Handlungsfreiheit allein beim Finanzkapital. Als Bürge tritt niemand anders als die Arbeiterklasse und das Volk auf, die die Programme der bürgerlichen Regierung finanzieren.

---

renz für eine neue Schule zugestimmt. Sie soll vor allem die einheitliche Ausrichtung der Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes auf die vollständige Unterdrückung jeder selbständigen Regung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland garantieren – in Bund und Ländern. In dem neuen Abkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung der Schule vom 22.6.79, das am 1.1.80 in Kraft treten soll, heißt es über die Aufgabe der „Fortbildungslehrgänge": „Sie dienen dazu, die Bediensteten der Verfassungsschutzbehörden mit den Entwicklungen auf gesellschaftspolitischem Gebiet, insbesondere des politischen Extremismus, vertraut zu machen und ihnen die neuesten Erkenntnisse der nachrichtendienstlichen Praxis und Forschung zu vermitteln." Gesamtkosten der Schule 1,7 Mio DM; Senat und Bürgerschaft haben im September den Hamburger Jahresanteil von 21000 DM bewilligt.

b.chg.Schleswig-Flensburg. **Ab dem 1.Oktober „hilft" die Raiffeisenbank Eggebek der Bundesbahn bei ihren Rationalisierungsmaßnahmen.** Die Bundesbahn hat die Schließung des Bahnhofes Eggebek und die Entlassung der Beschäftigten angeordnet. Die GDED fordert die Rücknahme dieses Planes. Die Angestellten der Raiffeisenbank Eggebek sollen neben ihrer üblichen Arbeit jetzt den Fahrkartenverkauf übernehmen.

r.gec. **Die Landesregierung will per Erlaß die Gemeinden zur Senkung der Gewerbesteuern zwingen.** Mit dem Wegfall der Lohnsummensteuer zum 1.1.80 sowie der Anhebung der Gewerbesteuerfreibeträge sollen die Kapitalisten bis 1982 7,9 Mrd. DM einsacken. Nur durch Zahlung eines „Ausgleichs" an alle Gemeinden konnte die Bundesregierung das durchsetzen. Dies veranlaßte die Kapitalisten eine Senkung der Hebesätze der Gewerbesteuer um 60 Punkte = 4 Mrd. DM von den Gemeinden zu verlangen, die keine Lohnsummensteuer, dafür aber höhere Gewerbesteuersätze erhoben hatten. Der Deutsche Industrie-und Handelstag hat die Länderregierungen aufgefordert, durch Erlasse das „Steuerentlastungsprogramm" wie beabsichtigt der Wirtschaft zukommen zu lassen. Die Niedersächsische Landesregierung ist dem per Erlaß nachgekommen. Darin werden die Gemeinden aufgefordert, die Gewerbesteuer zu senken. Die Aufsichtsbehörden sind „angewiesen im Rahmen der Verordnung unvertretbare Gewerbesteuerhebesätze zu verhindern."

Unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas hat das kampucheanische Volk die Aggression des US-Imperialismus zerschlagen und sein Land befreit. Die Kommunistische Partei Kampucheas wird das kampucheanische Volk zum Sieg über die vietnamesischen Expansionisten und sowjetischen Sozialimperialisten führen.

Veranstaltung, 27. 9., 20 Uhr

Flensburg, Hotel Sommerlust, Mürwiker Str., *Husum,* Bahnhofsgaststätte, *Rendsburg,* Gaststätte Kupfer-Eck, Fockbecker Ch. 108, *Kiel,* Ellerbecker Kegelbahn, Ostring, *Neumünster,* Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Str., *Itzehoe,* Zur Kajüte, Hafenstr., *Oldesloe,* Holsteneck, Rümpeler Weg 60, *Lübeck,* Katharineum, Königstr., *Stade,* Gaststätte Grafenklause, Udonenstr., *Altona,* Gymnasium Neu-Altona, Billrothstr. 33, *Eimsbüttel,* Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, *Mitte,* Bierhaus Schulterblatt 3, *Wilhelmsburg,* Gaststätte Goldene Kugel, Kriesterstr. 18, *Wandsbek,* Gaststätte Rosenburg, Riesserstr., *Nord,* Gaststätte Preystuben, Preystr., *Lüneburg,* Gastst. Kaltenmoor, Carl-Friedrich-Goerdeler-Str. 31, *Uelzen,* Gastst. Wienerwald, Verßer Str.

Im Guerilla-Krieg zu Hause wie am Verhandlungstisch in London kämpft die ZANU (Patriotische Front) für ein befreites und unabhängiges Zimbabwe.



LET US FIGHT AND REBUILD ZIMBABWE

Es sprechen Vertreter der ZANU, die für die Patriotische Front an den Verhandlungen in London teilnehmen:

D. Mutumbuka, Mitglied des ZK der ZANU, Sekretär für Erziehung und Kultur;

S. Mahakoni, Repräsentant der ZANU für Westeuropa.

Veranstaltung am 28. September um 19 Uhr in Hamburg

(Ort wird über Plakate bekannt gegeben)

1.Oktober 1979 – 30 Jahre Volksrepublik China

„Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen."

Veranstaltung am Sonntag, 30. September 1979, 10 Uhr

Flensburg, Hotel Europa, *Kiel,* Legienhof, Legienstraße, *Lübeck,* Gasthof zum Landhaus, Brandenbauer Landstr., *Hamburg,* wird durch Plakat bekanntgegeben, *Lüneburg,* Kaltenmoor Gaststätte, Carl-Friedrich-Goerdeler-Str. 31

LO und ÖTV müssen sich der Bundesregierung und den Kapitalistenverbänden widersetzen

b.clm. Der dänische Gewerkschaftsbund LO hat mitgeteilt, daß er die beschlossenen Blockademaßnahmen gegen die Flensburger Förde-Reederei vorerst nicht ergreifen könne. Der dänische Kapitalistenverband hat Klage gegen diese Maßnahmen eingereicht. Gleich anschließend hat der ÖTV Hauptvorstand entschieden, keine Veranstaltungen mit den Fährarbeitern und dem Seemannsbund durchzuführen. Westdeutsche und dänische Kapitalisten haben ihre Konkurrenz vorübergehend gemildert, um den Kampf der Fährarbeiter zu isolieren und zu zermürben. Die Klage der dänischen Kapitalisten soll den Kampf in den „gesetzlichen Schranken“ halten. Sie beschränkt ihn auf Boykottaktionen am Anleger Havneby durch die Fährarbeiter. Daß diese Fesseln nur solange halten, wie die Gewerkschaftsbewegung das zuläßt, beweisen die Aktionen der Gewerkschaft der Typografen und der Spezialarbeiter. Die Drohung mit der Friedenspflicht hat die ÖTV bisher davon abgehalten, Maßnahmen gegen die Förde-Reederei zu ergreifen. Seitdem die FDP den Kampf der Fährarbeiter vor den Bundestag bringen will, hat sich der Druck durch Landes- und Bundesregierung erhöht. Wenn der Hauptvorstand der ÖTV aus den Schwierigkeiten, in denen die LO steckt, den Schluß zieht, jedes Eingreifen würde diese nur erhöhen, so ist das falsch. Die Unterstützung durch west-



deutsche Gewerkschaften ist nötiger als je und entscheidend zur Lösung der schwierigen Lage der dänischen Gewerkschaften.

SPD-Manöver für imperialistisches Energieprogramm

b.voi. Die „Linken“ in der SPD haben mal wieder zugeschlagen! In ihrem energiepolitischen Leitantrag zum Landesparteitag in Fehmarn formulieren sie ihr „Aktionsprogramm Energiewende“. Dort versprechen sie ihren künftigen Wählern, sich dafür einzusetzen, daß das KKW Brokdorf nicht gebaut wird, das KKW Brunsbüttel nur bei Ausschluß einer weiteren Gefährdung der Umwelt in Betrieb genommen wird und Krümmel keine Betriebsgenehmigung erhält. Alles natürlich nur unter der Einschränkung daß die „sofortige Stillegung aller Kernkraftwerke nicht zu verwirklichen“ sei. Die Jusos jubeln. Dies sei das längst fällige „klare ‚Nein‘ zur Kernenergie“. Sie fordern „die Umorientierung auf menschen- und umweltfreundliche Technologien“. Matthiesen scheint allen die Suppe versalzen zu wollen. Ihm „geht es um das Ziel einer stationären Versorgungswirtschaft im Jahr 2000 … Eine solche Beschlußfassung,… nimmt in Kauf, daß in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren mit einer ernstzunehmenden Lücke in der Energieversorgung zu rechnen ist“. Die ganze Panikmache dient nur dazu, daß endlich Luckhardt (SPD) sein alternatives imperialistisches Energieprogramm rauslassen kann, „um durch alternative Energieträger und die Eingrenzung des Energieverbrauchs durch Sparmaßnahmen zu dem angestrebten Ziel einer stationären Energieversorgung zu kommen“. Alles zusammen laut Börnsen „ein Angebot an die politisch ernstzunehmende Alternativbewegung, an die Umweltschützer innerhalb und außerhalb der SPD“. Schützenhilfe für die „Grünen“, die Massen weiterhin vom selbständigen Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm abzuhalten. Währenddessen beginnt in Brokdorf der Bau des Bestechungs-Schwimmbades. In Schleswig-Holstein findet am 1.10. bis 5.10. der Prozeß um die Teilerrichtungsgenehmigung des KKW Brokdorf statt. Dieses erneute Manöver der SPD und die anderen Aktivitäten deuten darauf hin, daß in Brokdorf bald wieder gebaut werden soll. Die ÖTV-Mitglieder müssen verhindern, daß die Landesregierung sich bei ihrem Vorstand Rückendeckung holt.

Öffentlicher Dienstherr nutzt Auszubildende als billige Arbeitskräfte

mal wieder zugeschlagen! In ihrem energiepolitischen Leitantrag zum Landesparteitag in Fehmarn formulieren sie ihr „Aktionsprogramm Energiewende“. Dort versprechen sie ihren künftigen Wählern, sich dafür einzusetzen, daß das KKW Brokdorf nicht gebaut wird, das KKW Brunsbüttel nur bei Ausschluß einer weiteren Gefährdung der Umwelt in Betrieb genommen wird und Krümmel keine Betriebsgenehmigung erhält. Alles natürlich nur unter der Einschränkung daß die „sofortige Stillegung aller Kernkraftwerke nicht zu verwirklichen“ sei. Die Jusos jubeln. Dies sei das längst fällige „klare ‚Nein‘ zur Kernenergie“. Sie fordern „die Umorientierung auf menschen- und umweltfreundliche Technologien“. Matthiesen scheint allen die Suppe versalzen zu wollen. Ihm „geht es um das Ziel einer stationären Versorgungswirtschaft im Jahr 2000 … Eine solche Beschlußfassung,… nimmt in Kauf, daß in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren mit einer ernstzunehmenden Lücke in der Energieversorgung zu rechnen ist“. Die endlich Luckhardt (SPD) sein alternatives imperialistisches Energieprogramm rauslassen kann, „um durch alternative Energieträger und die Eingrenzung des Energieverbrauchs durch Sparmaßnahmen zu dem angestrebten Ziel einer stationären Energieversorgung zu kommen“. Alles zusammen laut Börnsen „ein Angebot an die politisch ernstzunehmende Alternativbewegung, an die Umweltschützer innerhalb und außerhalb der SPD“. Schützenhilfe für die „Grünen“, die Massen weiterhin vom selbständigen Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm abzuhalten. Währenddessen beginnt in Brokdorf der Bau des Bestechungs-Schwimmbades. In Schleswig-Holstein findet am 1.10. bis 5.10. der Prozeß um die Teilerrichtungsgenehmigung des KKW Brokdorf statt. Dieses erneute Manöver der SPD und die anderen Aktivitäten deuten darauf hin, daß in Brokdorf bald wieder gebaut werden soll. Die ÖTV-Mitglieder müssen verhindern, daß die Landesregierung sich bei ihrem Vorstand Rückendeckung holt.

Öffentlicher Dienstherr nutzt Auszubildende als billige Arbeitskräfte

b.mak. Im Krankenhaus werden alle Krankenpflegeschüler von den Patienten und auch vom übrigen Personal mit „Schwester“ bzw. „Pfleger“ angesprochen. Seine Grundlage hat das darin, daß sie auf den Stationen als volle Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Im Januar 1975 stellte die Hauptabteilung Gesundheitswesen der Gewerkschaft ÖTV „Forderungen der Gewerkschaft ÖTV zu den Anhaltszahlen für die Besetzung der Krankenhäuser mit Ärzten und Pflegekräften“ auf. Sie forderte für die allgemeine Krankenpflege je nach Organisationsform des Krankenhauses eine Pflegekraft für 2 bis 2,5 Betten. Im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster sieht es aber zum Beispiel auf einer chirurgischen Station (die unter „allgemeine Pflege“ gehört) folgendermaßen aus: Bei offiziell 39 Betten und häufiger Belegung von 41 Betten sind einschließlich Nachtwachen 10 Vollkräfte auf der Station beschäftigt. Dabei sind unter Vollkräfte hier auch die Pflegehelfer gerechnet, die nach Gewerkschaftsforderung nur 2:1 gerechnet werden dürften und von denen es z.B. auf dieser Station fünf gibt. Das Verhältnis einer Vollkraft zu belegten Betten wäre also auf dieser Station 1:4,1. Da eine Planstelle nicht belegt ist und diese teilweise durch Extrawachen ausgefüllt wird, rechnen wir mal 11 Vollkräfte: 1:3,7. Zu den 11 „Vollkräften“ kommen nun noch 4 Schüler. Jeden Schüler als volle Arbeitskraft gerechnet, erhielten wir einen Bettenschlüssel von 1:2,7. Erst bei einer durchschnittlichen Belegung dieser Station mit 37 bis 38 Patienten kämen wir auf die geforderten 2,5. Auf jeden Fall bleibt aber den Stationen nichts anderes übrig, als die Krankenpflegeschüler als volle Arbeitskräfte einzusetzen. Diese Einsätze reichen von einfachen Lauf- und Einspringdiensten bis hin zur vorübergehenden Leitung einer Station.

Man kann also sicher davon ausgehen, daß die Schüler diejenige Zeit, die sie auf der Station verbringen, voll arbeiten.

Bei 8 Stunden Unterricht pro Woche und dem gelegentlichen Blockunterricht kommt man so ziemlich genau auf ein Viertel ihrer Arbeitszeit, die die Schüler in der Schule, also für die Stationen nicht als Arbeitskräfte in Frage kommend, verbringen. Im Friedrich-Ebert-Krankenhaus werden auf drei Stellen, auf denen eigentlich Vollkräfte arbeiten müßten, vier Schülern eingesetzt. Daraus folgt für den Dienstherrn, 4 Schüler arbeiten so viel wie 3 Vollkräfte.

Nun kosten den Dienstherrn vier Krankenpflegeschüler rund 4000 DM (ein Schüler verdient im Schnitt 800 DM brutto), während 3 Vollschwestern ihn im günstigsten Falle – keiner der Beschäftigten verheiratet und Kinder, alle erst kurz beschäftigt und in der niedrigsten Altersgruppe – 6426 DM kosten würden. In diesem niedrigsten Fall also kämen wir im Vergleich 75 Vollschwestern zu 100 Auszubildenden zu einer Einsparung von 788450 DM im Jahr für den Dienstherrn, setzt er die Schüler ein. Wesentlich realistischer aber wäre es, für eine Vollschwester an die 3000 DM Kosten zu rechnen, und das entspräche in etwa auch den Haushaltsausgaben des FEK für Pflegekräfte, dann kommt man auf eine Einsparung für den Dienstherrn von ganzen 1625000 DM im Jahr. Deshalb soll die Krankenpflegeschule des FEK um gut 25 Schüler erweitert werden.

IG Metall: „Kino für Kollegen“

Dokumente des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten

b.mie. Im Rahmen der Fimfestspiele der „Filmemacher“ hat die IG-Metall in einem Hamburger Kino an fünf Wochentagen Filme gezeigt, die unter der Anleitung und Anweisung verschiedener Vertrauensleutekörper einiger Großbetriebe gedreht worden sind. So z.B. die beiden Filme „Wohin“ und „Wachsam Tag und Nacht“. Hinter dem reißerischen Titel der IGM: „Filme, die sonst keiner zeigt“, verbergen sich dokumentarische Filme über den Kampf der Arbeiter der VFW-Fokker-Werke in Bremen und Speyer im Jahre 1976. Gezeigt werden Betriebsversammlungen aus beiden Werken. Interviews mit Arbeitern und Betriebsräten, die Anstrengungn der Vertrauensleute, die Belegschaft zu führen im Kampf gegen die Entlassungen und Stillegungspläne der VFW-Kapitalisten. In beiden Werken konnte die Belegschaft die Stillegung und die Entlassung größerer Teile der Arbeiter verhindern. Gezeigt wird, wie sich die Belegschaft in harten Auseinandersetzungen im wesentlichen mit der Linie der Sozialdemokratie gegen die Kapitalisten durchgesetzt hat.

Der Vorschlag der Sozialdemokraten, eine Bittfahrt nach Bonn durchzuführen, endet vor dem Bundeskanzleramt und der Polizeisperre, wobei die Polizei gerade noch an einer Tracht Prügel vorbeikommt. Die Subventionen, die Bonn den VFW-Fokker Kapitalisten zukommen läßt, dienen lediglich der weiteren Rationalisierung des Betriebes und werden dementsprechend von der Belegschaft mit Pfiffen und Buhrufen auf der Betriebsversammlung bedacht, einschließlich dem entsprechenden Staatssekretär.

Im Film des Bremer VK „Wohin“ wird gezeigt, wie es den Vertrauensleuten gelingt, die Angestellten im wachsenden Maße in den Kampf gegen die Betriebsführung einzureihen. Immer wieder wird in den Filmen versucht, die Arbeiter als träge und interessenslos darzustellen, wobei allerdings nur die Hilflosigkeit der Sozialdemokraten bewiesen wird im Kampf gegen die kapitalistischen Rationalisierungen. Für die Forderung: „Eins, zwei, drei, vier. Wir bleiben hier!“ kann eben keine wirkungsvolle Einheit hergestellt werden. Die Hoffnungen auf den Staat, hier von den Sozialdemokraten verbreitet, bald sind sie zerstört. Mit diesem Manöver sind die Sozialdemokraten in Bremen wie auch in Speyer auf die Schnauze gefallen. Erreicht haben sie allerdings, daß sich lediglich eine Enttäuschung über den kapitalistischen Staatsapparat breitmacht, aber es nicht zu Forderungen gegen den Staat kommt. Hier werden gerade die Mängel der Revolutionäre deutlich. In dem Film des VK in Speyer wird besonders deutlich, wie es der Belegschaft gelungen ist, eine Aktionseinheit praktisch der ganzen Stadt, inklusive dem Bischof gegen die VFW-Fokker Kapitalisten herzustellen. So stellen die Frauen der Arbeiter die Wache auf dem Güterbahnhof, über den der Abtransport von Maschinen aus dem Werk gehen sollte, oder man sieht, wie sie den Verteiler für die täglich erscheinenden Eilnachrichten in der ganzen Stadt organisieren.

„Wir haben die ganze Stadt in der Hand!“ erklärte stolz eine Arbeiterin. Der Betriebsratsvorsitzende von Speyer erklärte zum Ausgang des Kampfes, daß der wesentliche Teil der Erfahrung, die die Belegschaft im Laufe der Auseinandersetzungen gemacht hat, das Vertrauen auf die Arbeiter gewesen wäre und nicht auf Parteien, den Staat oder andere Institutionen. Ohne dieses Vertrauen hätte kein Geld, gleich in welcher Höhe der Betrag auch immer, etwas gegen die Pläne der VFW-Fokker Kapitalisten erreichen können.

In den Filmen werden wichtige Beispiele aus der jüngsten Geschichte der Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse gezeigt. Jeder Erfolg dabei ist nur im Kampf gegen die versöhnlerische Linie der Sozialdemokraten errungen. Deutlich wird das Fehlen der Partei der Arbeiterklasse, das Fehlen von Forderungen gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat. Die Filme entsprechen der Lage im Klassenkampf: Die Arbeiter schließen sich in größerem Umfang gegen Lohnsenkung und Rationalisierung zusammen, wobei ständig die schädliche Linie der Sozialdemokratie und des Opportunismus bekämpft werden muß.

Mehr Arbeit bei weniger Lohn

Über Umwandlung des Akkord- in Zeitlohns wird Arbeit intensiviert

b.klw. Nach der 10000sten Funksprechanlage des Typs Gemini hatte die Geschäftsleitung von Storno der Belegschaft ein Betriebsfest versprochen. Am 20.9. war gerade die 10000ste Anlage in die Produktion gegangen. Die Ankündigung des Festes war denn auch das einzig Positive, was von der Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung am gleichen Tag vorgebracht werden konnte.

Von Seiten der Belegschaft kam die Empörung über die Umstellung von Akkord- auf Zeitlohn zum Ausdruck. 200 Arbeiterinnen wurden auf Zeitlohn gesetzt. Viele hatten eine dicke Lohneinbuße hinzunehmen. L 40 gleich 8,74 DM (ohne persönliche Bewertung) ist das Höchste, worin eine Arbeiterin eingestuft wird. Das entspricht einem Akkord von 123%. Alle, die darüber abgegeben haben, liegen bei Zeitlohn schlechter.

gen Abteilungen mit der Umstellung auf Zeitlohn begonnen wurde, wird mit Hilfe des WMS-Systems kontrolliert (Work Management System). Die Vorarbeiter tragen abends die geleistete Stückzahl der Arbeiterinnen ein, am nächsten Morgen erhalten sie EDV-Listen, auf denen die neusten Daten stehen, wieviel Prozent welche Arbeiterinnen geschafft haben. In einigen Abteilungen ist in diesen Listen gleich angekreuzt, welche Arbeiterin nach Meinung der Geschäftsleitung zu langsam gearbeitet hat, so daß sie gleich angetrieben werden kann.

Klar ist', daß die Arbeiterinnen mit der Stückzahl nicht heruntergehen können. Ein Meister wurde z.B. angegriffen, weil er von einer Arbeiterin verlangt hatte, sie solle auch im Zeitlohn 200% schaffen. Der IGM-Vertreter von der OV Flensburg vertrat hierzu, daß man sich generell im Zeitlohn eine vorgeschriebene Stückzahl nicht bieten lassen dürfe.

hinter dem Rücken der Arbeiterinnen, hochsetzen.

Der IGM-Vertreter erklärte, daß die Abschaffung der Akkordarbeit schon lange das Ziel der Gewerkschaft sei, weil sie zu frühzeitigem Ruin der Arbeitskraft führt. Auch die Betriebsratsvorsitzende sprach sich gegen die Akkordarbeit aus, nur müsse mit dem Akkordsystem auch der Akkordlohn abgeschafft werden.

Dreh- und Angelpunkt ist der niedrige Lohn. Der ist es, der sowohl im Akkord- als auch im Zeitlohn die Arbeiterinnen antreibt, für ein paar Pfennig mehr Höchstleistungen zu vollbringen. Im Zusammenhang mit den Lohneinbußen betonte der IGM-Vertreter die Bedeutung der kommenden Tarifbewegung. Er erklärte, die hohen Preissteigerungen haben bereits die letzte Lohnerhöhung weggefressen, die zu niedrig war. Wichtig sei es, wegen der

Betriebes und werden dementspre- bahnhof, über den der Abtransport mus bekämpft werden muß.

Mehr Arbeit bei weniger Lohn

Über Umwandlung des Akkord- in Zeitlohns wird Arbeit intensiviert

b.klw. Nach der 10000sten Funksprechanlage des Typs Gemini hatte die Geschäftsleitung von Storno der Belegschaft ein Betriebsfest versprochen. Am 20.9. war gerade die 10000ste Anlage in die Produktion gegangen. Die Ankündigung des Festes war denn auch das einzig Positive, was von der Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung am gleichen Tag vorgebracht werden konnte.

Von Seiten der Belegschaft kam die Empörung über die Umstellung von Akkord- auf Zeitlohn zum Ausdruck. 200 Arbeiterinnen wurden auf Zeitlohn gesetzt. Viele hatten eine dicke Lohneinbuße hinzunehmen. L 40 gleich 8,74 DM (ohne persönliche Bewertung) ist das Höchste, worin eine Arbeiterin eingestuft wird. Das entspricht einem Akkord von 123%. Alle, die darüber abgegeben haben, liegen bei Zeitlohn schlechter.

Die Einstufung hängt von der Stückzahl ab, die man gebracht hat. Aber in welche Lohngruppe man kommt, ist scheinbar von der subjektiven Einschätzung des Meisters abhängig, denn in Einzelgesprächen soll die Arbeiterin dem Vorschlag des Meisters zustimmen. Sehr wohl aber wacht die Geschäftsleitung peinlich genau darüber. Seit April, dem Zeitpunkt, wo in einigen Abteilungen mit der Umstellung auf Zeitlohn begonnen wurde, wird mit Hilfe des WMS-Systems kontrolliert (Work Management System). Die Vorarbeiter tragen abends die geleistete Stückzahl der Arbeiterinnen ein, am nächsten Morgen erhalten sie EDV-Listen, auf denen die neusten Daten stehen, wieviel Prozent welche Arbeiterinnen geschafft haben. In einigen Abteilungen ist in diesen Listen gleich angekreuzt, welche Arbeiterin nach Meinung der Geschäftsleitung zu langsam gearbeitet hat, so daß sie gleich angetrieben werden kann.

Klar ist', daß die Arbeiterinnen mit der Stückzahl nicht heruntergehen können. Ein Meister wurde z.B. angegriffen, weil er von einer Arbeiterin verlangt hatte, sie solle auch im Zeitlohn 200% schaffen. Der IGM-Vertreter von der OV Flensburg vertrat hierzu, daß man sich generell im Zeitlohn eine vorgeschriebene Stückzahl nicht bieten lassen dürfe.

Alle drei Monate wird die Einstufung in die Lohngruppe neu festgelegt, eine weitere Intensität der Arbeit wird folgen. Die Einteilung in Lohngruppen – acht sind das für Montage- und Prüfarbeiten – gibt der Geschäftsleitung ein Instrument in die Hand, das sie willkürlich und mit großer spalterischer Wirkung einsetzen kann. Die zu erbringende Stückzahl kann sie leicht, hinter dem Rücken der Arbeiterinnen, hochsetzen.

Der IGM-Vertreter erklärte, daß die Abschaffung der Akkordarbeit schon lange das Ziel der Gewerkschaft sei, weil sie zu frühzeitigem Ruin der Arbeitskraft führt. Auch die Betriebsratsvorsitzende sprach sich gegen die Akkordarbeit aus, nur müsse mit dem Akkordsystem auch der Akkordlohn abgeschafft werden.

Dreh- und Angelpunkt ist der niedrige Lohn. Der ist es, der sowohl im Akkord- als auch im Zeitlohn die Arbeiterinnen antreibt, für ein paar Pfennig mehr Höchstleistungen zu vollbringen. Im Zusammenhang mit den Lohneinbußen betonte der IGM-Vertreter die Bedeutung der kommenden Tarifbewegung. Er erklärte, die hohen Preissteigerungen haben bereits die letzte Lohnerhöhung weggefressen, die zu niedrig war. Wichtig sei es, wegen der anstehenden Arbeitskämpfe, die Streikkasse zu füllen durch Gewerkschaftseintritte und hohe Beiträge. Diesmal würde der Nordverbund eine Lohnforderung stellen, die wirklich die Preissteigerung ausgleicht. Außerdem müsse eine klare Forderung gestellt werden, keine Nebenforderung, da diese mit auf den Geldbetrag angerechnet würde.

Die Bevölkerung Eidelstedts erhebt ihre Forderungen gegen den Hamburger Senat

b.krh. 300 Bewohner aus dem Umkreis der Firma Stoltzenberg haben sich am 20.9. im Gemeindezentrum in Hamburg-Eidelstedt zur Gründung einer Bürgerinitiative versammelt. „Nichts soll vertuscht werden“, beteuerten Klose, Curilla, Ehlers, Sinn und Dr. Frenzel vor der Versammlung.

Geglaubt hat ihnen keiner, die Bevölkerung selbst will die Untersuchung durchführen, die Verantwortlichen angreifen und zur Rechenschaft ziehen; gefordert wurde die Beteiligung am parlamentarischen Untersuchungsausschuß. „Der starke Verdacht der Zusammenarbeit Bundeswehr – Stoltzenberg“ zwecks Kriegsvorbereitung wurde bekräftigt. Ausschließlich Bundeswehr arbeitet jetzt auf dem Gelände und transportiert die Kampfstoffe nach Munster – zwecks Lagerung für weitere Verwendung, wurde geäußert. „Straffreiheit für die Bevölkerung“ streute Klose aus – den Vater des getöteten Jungen wollen die Bourgeois jetzt vor den Kadi zerren. Sofortige Zurücknahme der Anklage fordert die



Versammlung.

Die scheinheiligen Beteuerungen Kloses wurden außerdem mit folgenden Forderungen aus der Versammlung konfrontiert: Bezahlung eines Nachtzuschlags und der ausgefallenen Stunden für die Arbeiter umliegender Betriebe. Ausweitung des Sicherheitsradius'. Unterbringung der Evakuierten in erstklassigen Hotels, Schutz der evakuierten Wohnungen, Verschickung der Kinder des Gebietes auf Staatskosten, Offenlegung aller Evakuierungspläne. Das billige Angebot Kloses, die Bevölkerung könne am Wochenende nach Helgoland fahren und frische Luft schnappen, wurde mit Gelächter quittiert.

Die BI hat mit der Organisierung der Untersuchungstätigkeit und der eigenständigen Durchsuchung ihrer Keller nach Kampfstoffen begonnen.

Rangierbahnhof Maschen: Ablehnung der Dienstpläne und Kampf gegen die Verlängerung des Arbeitstages

b.bia. 15.30 Uhr. Schichtende im Rangierbahnhof Maschen. 1100 arbeiten in Maschen. Aber nur etwa 200 Beschäftigte haben jetzt Schluß. Die Hauptarbeitszeit beginnt erst um 18 Uhr. 78% arbeiten in Spät- und Nachtschicht. Die Bundesbahn organisiert den Schichtschluß so, daß man vor dem Betrieb selbst keine Arbeiter antrifft. Die etwa 70 Arbeiter, die aus dem Stellwerk Richtung Süden kommen, gehen sofort zu ihren Autos, die auf dem Betriebsgelände stehen und bringen die Kollegen, die kein Auto haben, zum Bahnhof Maschen. An den Zufahrtsstraßen zum Betriebsgelände stehen große Schilder: Einfahrt nur Bediensteten der Bundesbahn erlaubt oder mit Genehmigung durch die Bundesbahn. Andere Bahnarbeiter verlassen das Betriebsgelände in Maschen überhaupt nicht. Sie fahren mit einem Triebwagen vom Rangierbahnhof selbst nach Harburg und Hamburg Hauptbahnhof.

Es gibt in der Nähe des Bahnhofs etwa 100 Wohnungen für Arbeiter der Bundesbahn wie Elektriker, Lokführer usw. Diese haben abwechselnd Bereitschaftsdienst. Wenn in einem Werk wie Maschen, wo praktisch fast alle Züge aus Hamburg und Umgebung zusammengestellt werden und nach Norden und Süden verschickt werden, eine zusätzliche Reparatur anfällt, will die Bundesbahn gleich die nötigen Fachkräfte zur Verfügung haben. Beliebt sind die Wohnungen nicht. ,,Wer will denn in den Betriebswohnungen schon wohnen? Guckst Du aus dem Fenster, dann hast Du schon wieder Maschen vor Dir'', berichtete ein Arbeiter. ,,Die Fenster in den Wohnungen sind zwar gut isoliert. Trotzdem: in der Nacht muß man die Fenster geschlossen halten, sonst ist der Lärm vom Rangierbahnhof nicht auszuhalten.'' Zusätzlich zu der Absperrung des Betriebsgeländes bekommen die Arbeiter Druck von der Dienstleitung. ,,Wir unterliegen dem Beamtengesetz und dürfen wegen der Verschwiegenheitspflicht nichts über die Arbeit erzählen. Einige von uns haben deshalb schon Schwierigkeiten bekommen'', wurde uns berichtet. Gerade aber weil die Arbeitsbedingungen so schlecht sind in Maschen, erzählen die Arbeiter trotzdem. Bis zur Nachtschicht, wo wir mit Arbeitern sprechen, hat sich schon rumgesprochen, daß der KBW eine Reportage machen will, und die Arbeiter berichteten uns.

Am Tag sieht man nur vereinzelt Arbeiter mit gelben Schutzhelmen an den Gleisen gehen. Es sieht aus, als ginge es da gemütlich zu. Aber der Schein trügt. ,,Der Schotter zwischen den Gleisen sieht zwar schön aus, aber mit der Zeit geht er auf die Knie, denn der Schotter ist nachgiebig wie Sand.'' Das An- und Abkoppeln der Wagen muß mit der Hand gemacht werden. Pro Tag 11000 Stück. Am Ablaufberg, wo die Waggons neu sortiert werden, kontrolliert ein Arbeiter die ablaufenden Wagen. 350 werden stündlich über den Verteiler auf 48 bzw. 64 Richtungsgleise verteilt. 4500 Wagen maximal Richtung Nord/Süd und 6500 Richtung Süd/Nord.

Ein Lokführer fährt gerade 36 Waggons an den Ablaufberg heran. ,,Im Vergleich zu früher ist der Streß viel höher. Wenn Du bedenkst, früher, da hatten wir 10 Züge zusammenzustellen und heute 100.''

Ein großer Teil der Beschäftigten arbeitet in den Stellwerken. Die Daten von den 11000 Waggons werden hier hergeschickt. Daten über Grenzwerte von Gewicht und Länge der Züge, über Eigenschaften und Laufwege der Wagen und Abfahrmeldungen müssen geprüft und weitergeschickt werden. Die Listen und Eingaben werden per Auftrag der Beschäftigten von einem Blattschreiber kontrolliert, die Zerlegelisten müssen dann weitergegeben werden.

Die Rechneranlage funktioniert nicht immer. Von vorneherein wird alles zweifach gerechnet. Dazu muß der Arbeiter die Daten überprüfen. Und zusätzlich überprüfen in Stellwerken Bergmeister die richtige Zusammenstellung der Züge. Von den Stellwerktürmen werden 62 Verteilerweichen und 58 Gleisbremsen gesteuert. In der Hauptverkehrszeit werden stündlich 20 Züge mit 25 bis 50 Wagen zusammengestellt, alle 6 Sekunden wird ein Waggon über die Verteiler geführt. Die Durchlaufzeit von einem Waggon ist von früher 5 bzw. 9 Stunden für Eil- bzw. Frachtgut auf 2 bzw. 4 Stunden verkürzt worden.

,,Vor allen Dingen die Spät- und Schichtarbeit, das ist das schlimmste, damit sind die meisten unzufrieden.'' ,,Manchmal müssen wir (Lokführer) noch Überstunden machen, das sind dann 50 Stunden pro Woche. Und in der nächsten Woche arbeiten wir dann nur 30 Stunden, weil die Überstunden nicht bezahlt werden, sondern abgebummelt werden müssen.'' Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat deshalb diese Dienstpläne abgelehnt. ,,Aber ein Prozeß, wie ihn die Gewerkschaft jetzt gegen die Bundesbahn führt, der bringt uns nichts'', berichtet ein Arbeiter. ,,Denn wenn der entschieden ist, dann gibt es bereits den Winterfahrplan, und dann gibt es wieder neue Dienstpläne, und dann muß der Prozeß erneut geführt werden usw. usw.''

Die Dienstleitung versucht zu spalten. Sie hat z.B. einen Arbeiter von einem anderen Bahnhof nach Maschen versetzt, weil er magenkrank ist durch die dauernde Schichtarbeit, und der jetzt in Maschen nur Tagschicht fährt. Das heißt, sie wollen die gesunden Arbeitskräfte in Spät- und Nachtschicht verheizen, und wenn sie krank sind, noch in Tagarbeit bis zum letzten ruinieren. Ein Dienststellenleiter soll gesagt haben: ,,Mir ist egal, ob Ehen kaputtgehen oder ob Arbeiter krank werden. Hauptsache: Maschen läuft.'' Die Arbeiter sind dagegen. Es gibt heftige Auseinandersetzung über den Plan der Dienstaufsicht, unbezahlte zusätzliche Pausen von ½ Stunde einzuführen. ,,Das würde für uns bedeuten, daß wir ½ Stunde länger im Betrieb sind. Die Zeit können wir ja gar nicht nutzen. Das machen wir nicht mit.''



zusätzliche Reparatur anfällt, will die Bundesbahn gleich die nötigen Fachkräfte zur Verfügung haben. Beliebt sind die Wohnungen nicht. ,,Wer will denn in den Betriebswohnungen schon wohnen? Guckst Du aus dem Fenster, dann hast Du schon wieder Maschen vor Dir'', berichtete ein Arbeiter. ,,Die Fenster in den Wohnungen sind zwar gut isoliert. Trotzdem: in der Nacht muß man die Fenster geschlossen halten, sonst ist der Lärm vom Rangierbahnhof nicht auszuhalten.'' Zusätzlich zu der Absperrung des Betriebsgeländes bekommen die Arbeiter Druck von der Dienstleitung. ,,Wir unterliegen dem Beamtengesetz und dürfen wegen der Verschwiegenheitspflicht nichts über die Arbeit erzählen. Einige von uns haben deshalb schon Schwie-

beitet in den Stellwerken. Die Daten von den 11000 Waggons werden hier hergeschickt. Daten über Grenzwerte von Gewicht und Länge der Züge, über Eigenschaften und Laufwege der Wagen und Abfahrmeldungen müssen geprüft und weitergeschickt werden. Die Listen und Eingaben werden per Auftrag der Beschäftigten von einem Blattschreiber kontrolliert, die Zerlegelisten müssen dann weitergegeben werden.

Die Rechneranlage funktioniert nicht immer. Von vorneherein wird alles zweifach gerechnet. Dazu muß der Arbeiter die Daten überprüfen. Und zusätzlich überprüfen in Stellwerken Bergmeister die richtige Zusammenstellung der Züge. Von den Stellwerktürmen werden 62 Verteilerweichen

einem anderen Bahnhof nach Maschen versetzt, weil er magenkrank ist durch die dauernde Schichtarbeit, und der jetzt in Maschen nur Tagschicht fährt. Das heißt, sie wollen die gesunden Arbeitskräfte in Spät- und Nachtschicht verheizen, und wenn sie krank sind, noch in Tagarbeit bis zum letzten ruinieren. Ein Dienststellenleiter soll gesagt haben: ,,Mir ist egal, ob Ehen kaputtgehen oder ob Arbeiter krank werden. Hauptsache: Maschen läuft.'' Die Arbeiter sind dagegen. Es gibt heftige Auseinandersetzung über den Plan der Dienstaufsicht, unbezahlte zusätzliche Pausen von ½ Stunde einzuführen. ,,Das würde für uns bedeuten, daß wir ½ Stunde länger im Betrieb sind. Die Zeit können wir ja gar nicht nutzen. Das machen wir nicht mit.''





Der modernste und schnellste Bahnhof in Maschen – so stellt es die bürgerliche Presse dar. 11000 Waggons werden über Datenanlagen neu zusammengestellt und weitergeleitet, von den Bahnarbeitern kontrolliert, repariert und gewaschen.

Eisenbahnbenutzung soll Transportkosten senken
LKW-Spediteure unter Konkurrenzdruck

b.ulh. Empört zitiert die Handelskammer Hamburg aus der Senatsstellungnahme zum Generalverkehrsplan: ,,Auch für den Wirtschaftsverkehr haben die im vorhandenen Straßennetz zu erwartenden Behinderungen einschneidende Folgen. Zeitverluste führen zu Kostenverlusten...'' Sollte der Senat die Interessen der Wirtschaft tatsächlich denen der Umweltschützer geopfert haben, wie Handelskammerpräsident Schlenker andeutet?

Keineswegs. Die Bundesregierung will die Bundesbahn verstärkt fördern. Dafür hat sie sich den Zorn der kleinen und mittleren Spediteure eingehandelt. Die Bahn soll durch billige Transportangebote den Druck auf die Spediteure erhöhen und zu einer allgemeinen Senkung der Transportkosten führen. Deshalb wurden die gewaltigen Entlassungen (seit 1977 20% der Beschäftigten) sowie Investitionen bei der Bahn getätigt. In Hamburg wurden Milliarden für den Rangierbahnhof Maschen ausgegeben, und der Generalverkehrsplan sieht nur den Bau des Autobahnteilstücks, das Hafen, Bahnhof Maschen und die Autobahn verbindet, vor.

Die Bundesverbände des Deutschen Güterkraftverkehrs (BDG) spurten bereits; auf Kosten der Transportarbeiter. ,,Das Fahrpersonal werde zusätzlich in Energieseminaren, die im Zusammenhang mit der Nutzfahrzeugindustrie und berufsständischen Organisationen durchgeführt werden, darauf geschult, ökonomisch zu fahren.'' (Deutsche Verkehrs-Zeitung, 11.8.) Die Transportpolitik der Regierung erklärte Gscheidle auf der Eröffnung der IVA: eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der EG über die Eisenbahnnetze werde angestrebt. Sowieso sei die Bahn im Transport von Massengütern über lange Distanzen geeigneter. Dem LKW-Transport komme die Rolle des Zulieferers an das Eisenbahnnetz zu. Gscheidle denkt in europäischen Kategorien, was den Abtransport von Waren angeht. Was die imperialistische Verkehrsplanung des Senats stört, sind die Kämpfe der Massen. Überall, wo Autobahnteilstücke gebaut werden sollen, haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die ihre Interessen nicht den Großmachtplänen der westdeutschen Bourgeoisie unterordnen.

Warenumschlag in Hamburg in 1000 t

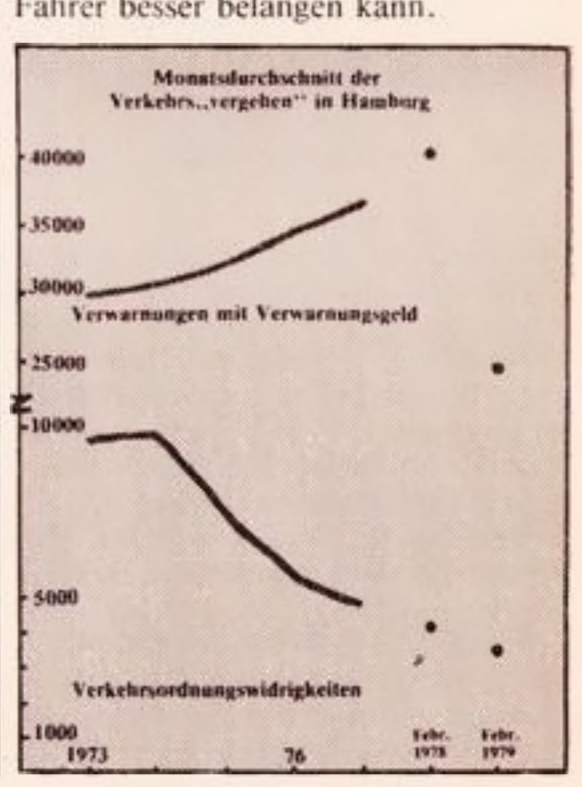
	1969	1972	1974	1975	1976	1977	1978
Luftfracht an	11,5	15,3	14,0	14,7	17,1	16,5	*
ab	13,7	12,7	11,2	16,0	11,7	9,9	*
Binnenschiff an	5018	4570	5029	4358	3774	3425	3910
ab	5409	4570	5551	4358	3774	3425	3910
Eisenbahn an	8127	6939	9568	7751	7747	8443	*
ab	8066	10197	10594	9380	12166	11289	*
Lastkraft an	4866	5377	6310	6175	7070	7188	*
ab	6380	7293	7990	8244	9123	9434	*
Seeschiff an	4798	35580	36526	34239	38120	38787	39614
ab	5110	10673	15822	13940	14340	14785	14982

Quelle: Statistisches Jahrbuch Hamburg, Hamburg in Zahlen * liegt nicht vor

Senator Staaks ,,Herz für Kinder'' – polizeiliche Kontrolle und Plünderung

b.ulh. 6 Mio. DM hat der Hamkurger Senat im letzten Jahr über Verkehrsstrafgebühren eingesackt. Der Haushalt für 1980 rechnet auf kräftige Erhöhung dieser Beute.

Senator Staak hat jetzt sein Herz für Kinder entdeckt. ,,Verstärkte Maßnahmen für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr'' hieß die Rede, die er zum Schuljahresbeginn im Rathaus von sich gab. Wer gemeint hatte, der Senator würde z.B. die von Eltern geforderten Ampeln an Schulwegen ankündigen oder eine Änderung der Politik der Schulschließungen und -verlegungen, durch die immer mehr Kindern komplizierte Schulwege aufgezwungen werden, bekanntgeben, der sah sich getäuscht. Staak denkt bei der ,,Sicherheit von Kindern'' nur daran, wie er Vorwände für die Eintreibung von Geldern und die Einschaltung der Polizeitruppe finden kann. 90 Polizeiverkehrslehrer sollen an die Schulen gebracht werden, das Parken auf Radwegen soll schärfer geahndet werden, zu schnelles Fahren soll durch den Einsatz eines neuartigen tragbaren Radarmeßgerätes besser verfolgt werden, eine verkehrspolizeiliche Überwachung der Spielplatzumgebung, und allgemein der Wohngebiete, soll durchgeführt werden und ,,in der Woche der Einschulung wird eine zusätzliche Hundertschaft der Bereitschaftspolizei zum Schutz der Schulanfänger und zur Erhöhung der Aufmerksamkeit der Fahrzeugführer eingesetzt''. Außerdem will sich der Senator für eine Änderung der Straßenverkehrsordnung einsetzen, so daß der Staatsapparat bei Verkehrsunfällen mit Kindern den Fahrer besser belangen kann.



ab	13,7	12,7	11,2	16,0	11,7	9,9	*
Binnenschiff an	5018	4570	5029	4358	3774	3425	3910
ab	5409	4570	5551	4358	3774	3425	3910
Eisenbahn an	8127	6939	9568	7751	7747	8443	*
ab	8066	10197	10594	9380	12166	11289	*
Lastkraft an	4866	5377	6310	6175	7070	7188	*
ab	6380	7293	7990	8244	9123	9434	*
Seeschiff an	4798	35580	36526	34239	38120	38787	39614
ab	5110	10673	15822	13940	14340	14785	14982

Quelle: Statistisches Jahrbuch Hamburg, Hamburg in Zahlen * liegt nicht vor

Senator Staaks ,,Herz für Kinder'' – polizeiliche Kontrolle und Plünderung

b.ulh. 6 Mio. DM hat der Hamkurger Senat im letzten Jahr über Verkehrsstrafgebühren eingesackt. Der Haushalt für 1980 rechnet auf kräftige Erhöhung dieser Beute.

Senator Staak hat jetzt sein Herz für Kinder entdeckt. ,,Verstärkte Maßnahmen für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr'' hieß die Rede, die er zum Schuljahresbeginn im Rathaus von sich gab. Wer gemeint hatte, der Senator würde z.B. die von Eltern geforderten Ampeln an Schulwegen ankündigen oder eine Änderung der Politik der Schulschließungen und -verlegungen, durch die immer mehr Kindern komplizierte Schulwege aufgezwungen werden, bekanntgeben, der sah sich getäuscht. Staak denkt bei der ,,Sicherheit von Kindern'' nur daran, wie er Vorwände für die Eintreibung von Geldern und die Einschaltung der

führt werden und ,,in der Woche der Einschulung wird eine zusätzliche Hundertschaft der Bereitschaftspolizei zum Schutz der Schulanfänger und zur Erhöhung der Aufmerksamkeit der Fahrzeugführer eingesetzt''. Außerdem will sich der Senator für eine Änderung der Straßenverkehrsordnung einsetzen, so daß der Staatsapparat bei Verkehrsunfällen mit Kindern den Fahrer besser belangen kann.

Landrat Korthals stärkt mit ,,Reformen'' und Verordnungen Kontrolle der Jugendlichen

b.hee. Die Aufrechterhaltung des Jugendzentrumsbetriebes in Schleswig, sogar das Vorhaben der Stadt, aus Geldern der Stadt und des Kreises einen Jugendzentrumsneubau zu finanzieren, widerspricht nicht der Kündigung des Leiters des Schleswiger Jugendzentrums.

Vielmehr ist es erklärte Absicht der Regierung auf Kreisebene, des Landrats Korthals, die ,,öffentliche Jugendpflege'' im Kreis Schleswig-Flensburg auszudehnen. Dem entspricht die Verordnungstätigkeit der Kreisverwaltung, die mit dem Problem zu tun hat, daß im Kreis die Jugendlichen für Räume kämpfen, in denen sie in Selbstverwaltung ihren Interessen nachgehen können. In Schleswig organisiert die Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum die Unterstützung von Mathias Kolaczinski, um seine Kündigung zurückzuschlagen. In Kappeln fand eine Demonstration für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum statt. In Böklund treten Jugendliche für ein Jugendzentrum ein.

Die ,,Richtlinien für die Förderung von Vorhaben der Jugendpflege und des Sports im Kreise Schleswig-Flensburg'' sind die Verordnungen, über die Korthals die Sachen in den Griff bekommen will, und mit denen die Ämter operieren sollen. Die Beamten, die zu diesem Zweck eingesetzt werden sollen, nennen sich ,,Hauptamtliche Mitarbeiter in der kommunalen Jugendarbeit''.

Städten bzw. Gemeinden sollen dafür 40%, mindestens 13000 DM im Jahr zur Verfügung gestellt werden. Für die Zulassung eines solchen Mannes sind ca. 15000 Einwohner Bedingung, für Schleswig wären das schon zwei oder 26000 DM, am Geld soll's nicht liegen. Es sollte möglichst ein Sozialpädagoge sein, der ,,Erfahrung im Bereich der Jugendarbeit hat'' (Kreisblatt SL-Flbg. 12.12.78). Eingesetzt werden soll er dann keineswegs nur als Leiter eines Jugendzentrums, er soll insgesamt ein Auge auf die Jugend haben, z.B. auf die ,,verbandliche und öffentliche Jugendarbeit''. Kooperativ soll er zusammenarbeiten mit bestehenden Vereinen und Verbänden, in seinem ,,Einsatzbereich'' Fortbildung anbieten. Er soll Bedingungen schaffen, daß die Jugendlichen befähigt werden, ihre Belange ordentlich zu regeln. Das Ganze erinnert an die Einrichtung der Kontaktbereichsbeamten der Polizei.

Gemeinden, die dann einen Antrag auf Bewilligung eines solchen Kontaktmannes stellen, werden laut Verordnung verpflichtet, einen dazugehörigen Ausschuß zu bilden, ,,in dem das konkrete Aufgabengebiet des (...) Mitarbeiters (...) nach den jeweiligen Bedingungen immer wieder diskutiert werden sollte''. Beratungen auf Kreisebene, auch durch Fachleute, wie z.B. Psychologen, soll ebenfalls gesichert sein.

Ist das nicht ein schönes Reformwerk? In Schleswig haben die Jugendlichen die Erfahrung gemacht, daß ein solcher Ausschuß den Leiter des JZ entlassen hat und für die Jugendlichen grundsätzlich nicht zu erreichen ist, wenn er Rechenschaft ablegen soll. Sie fordern die Einstellung des JZ-Leiters – mit der Einrichtung einer Jugendpolizei hat das nichts zu tun.

Senat verpflichtet Referendare zu bedarfsdeckendem Unterricht – GEW gegen diese Mehrarbeit

Hamburg. Der Senat hat in den Sommerferien eine Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (VVZS) beschlossen, nach der die Schulbehörde in den nächsten zwei Jahren Referendare dazu verpflichten kann, von den 8 Stunden Unterricht 4 Stunden bedarfsdeckenden Unterricht zu geben. Begründet wird dieser Senatsbeschluß damit, daß nur so der drohende Unterrichtsausfall an den Gymnasien in den Mangelfächern behoben werden könne. Bisher erteilen 15 bis 20 Referendare bedarfsdeckenden Unterricht, und zwar keineswegs nur in Mangelfächern. So sind Fälle bekanntgeworden, in denen Referendare bedarfsdeckenden Unterricht in Deutsch und Englisch zugewiesen bekamen. An verschiedenen Schulen wurde versucht, Referendare für Schwangerschafts- und längerfristige Vertretungen einzusetzen. Die Mehrheit der Referendare wehrt sich dagegen, da das Mehrarbeit bedeutet und die Einstellung ausgebildeter Lehrer verhindert. Am 11.9. lagen dem Referendarausschuß bereits 310 Unterschriften dagegen vor. Die GEW hat sich ebenfalls gegen die Heranziehung von Referendaren zu bedarfsdeckendem Unterricht gewehrt. Die GEW-Fachgruppe Gymnasien hat alle Betriebsgruppen aufgefordert, an ihren Schulen dafür einzutreten, daß vom Schulleiter kein entsprechender Antrag an die Schulbehörde gestellt wird.

Die Lehrerkonferenz der Gesamtschule Steilshoop und des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek haben sich Ende der Woche gegen den Einsatz von Referendaren zu bedarfsdeckendem Unterricht ausgesprochen. In Beschlüssen werden die Schulleitungen aufgefordert, von der Möglichkeit der Unterrichtsverpflichtung von Referendaren keinen Gebrauch zu machen. In dem Beschluß der Lehrerkonferenz Steilshoop heißt es u.a.: ,,Die Einführung des bedarfsdeckenden Unterrichts durch Referendare verbessert nicht die Situation an den Hamburger Schulen, sondern dient nur der Verschleierung des Unterrichtsausfalls. Die Behebung des Unterrichtsausfalls ist nur durch die Einstellung der arbeitslosen Lehrer möglich.''

600 Mio. DM für Meerestechnik – Aufholen in der Konkurrenz

b.brp. Die Bundesregierung, federführend Bundesforschungsminister Hauff, will in den Jahren 1980 bis 1983 rund 600 Mio. DM transferieren an die Kapitalisten für Meerestechnik. Dies erklärte Hauff auf einer Veranstaltung der seit zehn Jahren bestehenden Wirtschaftsvereinigung Industrielle Meerestechnik e.V. am 11. September. Ein Teil der in diesem Kapitalistenverband zusammengeschlossenen, nämlich die Werft- und Schiffahrtskapitalisten, kassieren damit zweimal, ihre Profite werden ebenfalls durch die Werfthilfe in gleicher Höhe „saniert". Kostspielig ist das Vorstoßen der westdeutschen Imperialisten in fremde Meere, wohin sie nicht nur die Aussichten auf großen Fischreichtum und Ölfunde locken, sondern auch die Gier nach Mineralien wie Eisen, Kupfer, Zink, nach Titan, Nickel, Kobalt, Aluminium. Klar ist, daß ein solches Unternehmen wie die Erforschung des Meeresbodens und das Plündern der Rohstoffe nicht von einem Kapitalisten allein betrieben werden kann. Für solche Expansion, die in der Tat so lange „risikoreich" ist, wie nicht gehöriger Profit erwartet und eine ausreichende Profitrate erzielt werden kann, muß der Staat als geschäftsführendes Organ der gesamten Kapitalistenklasse auf den Plan. Bis zu 75% der Produktionskosten im Bereich der Meerestechnik übernimmt der Staatsapparat.

Forschungsausgaben des Bundesforschungsministeriums in Mio. DM

Bereich	1977	1978
Marine Rohstoffe	3,0	18,0
Offshore-Technik	26,4	29,0
Fischfangtechnik	2,0	1,0
Meeresforschungstechnik	6,5	5,3
Schiffstechnik	8,0	7,45
Küsteningenieurswesen	1,0	1,1
Forschungsplattform Nordsee	3,0	3,7*
Koordinierung	1,1	1,2
Zusammen	51,0	67,65

* nur Betriebskosten

Neben Kapitalisten aus dem Stahlbereich, dem Maschinen- und Apparatebau, der Elektronik und der Elektroindustrie sowie der Kraftwerksindustrie sind es vor allem die Werften, die meerestechnische Geräte produzieren lassen. Blohm und Voss in Hamburg ist führend auf dem Gebiet der Offshore-Technik. Hier werden Exploitations-Plattformen und Offshore-Erdgas-Verflüssigungsanlagen hergestellt sowie die Offshore-Ausrüstungen, also Anker, Fördereinrichtungen, Einrichtungssysteme. Außerdem bauen die Blohm und Voss-Arbeiter Bohrinseln, Bohrschiffe, Rohrleger und Kranschiffe mit einer Hebefähigkeit bis zu 3000 t. Nachem in den letzten beiden Jahren die Aufträge für Offshore-Einheiten zurückgingen, dringen die Werftkapi-

Hafenarbeiterkonferenz berät Lohnkampf

Gegen Nachtarbeit / Untersuchung zur Lohnforderung / Löschung von Rotterdam-Ladung langsam

r.obj. Am 10.9. hat die Bundestarifkommission der ÖTV Abteilung Seehäfen die Forderungen zum Rahmentarif beschlossen und sie dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe zugeleitet. Kernpunkte: 6 Wochen Urlaub für alle Hafenarbeiter, Verbesserung des Urlaubsentgeltes sowie die III. Schicht ist nur noch dort zu arbeiten, wo es aus arbeitsplatzerhaltenden Gründen notwendig ist; sie beträgt dann bei vollem Lohnausgleich nur noch 6 Stunden.

Auf der Großen Funktionärskonferenz am 21.9., wo etwa 200 Vertrauensleute und Betriebsräte aus dem Hamburger Hafen vertreten waren, wurde in allen Diskussionsbeiträgen deutlich, daß die Hafenarbeiter entschlossen sind, die Nachtschicht abzuschaffen. Die Tarifkommission der HHLA (bei der Hamburger Hafen und Lagerhausgesellschaft wird ein Haustarif abgeschlossen) hat das Verbot der III. Schicht gefordert. Siegfried Mertens, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV, versicherte, daß sie nur für die Betriebe die III. Schicht noch zulassen wollten, wo die Betriebsräte meinen, daß es ohne die III. Schicht nicht ginge, wie z.B. in Brake und Nordenham.

Die Höhe und Art der Lohnforderung könnte erst nach Eröffnung der Rahmentarifverhandlungen aufgestellt werden. Er wandte sich gegen dogmatische Festgeldforderer, die meinen, sie hätten die Wahrheit gepachtet. Es müßten die Wirkungen der Lohnvorschläge berücksichtigt werden. Dann könnte man sagen, ob man dieses Jahr Festgeld, oder Mindest- oder Prozentforderungen aufstellen muß. Ein Vertrauensmann forderte, daß die Lohnforderung die unteren Lohngruppen nicht absacken lassen darf und den oberen Lohngruppen die Teilnahme am Lohnkampf ermöglicht.

Heftig gefordert wurde die Unterstützung des Streiks der Rotterdamer Hafenarbeiter. Es wurde darauf hingewiesen, daß z.B. von Tiedemann täglich neben der Hamburger Ladung auch die Ladung für Rotterdam gelöscht wird. Während Mertens in seinem Einleitungsreferat nur kurz den Streik streifte, wurde von einem Vertrauensmann von Tiedemann ausführlich auf die Probleme hingewiesen, die die Hafenarbeiter haben, wenn sie keine Streikbrecherdienste leisten wollen, die ÖTV aber keine Solidarität übt. Denn ohne Unterstützung der ÖTV können die Hafenarbeiter nur schwer zu einem Boykott kommen. Es bleibt so weiterhin nur die Möglichkeit, peinlich genau die Sicherheitsbestimmungen einzuhalten und langsam zu arbeiten. Es wurde auf der Konferenz eine Entschließung gefordert, in der die Streikziele der Rotterdamer Hafenarbeiter ausdrücklich unterstützt werden und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß sie endlich von ihrer eigenen Gewerkschaft unterstützt werden. Alle Redner, die sich für die Unterstützung der streikenden Hafenarbeiter einsetzten, erhielten großen Beifall. Abteilungssekretär Erich Rumpel und Siegfried Mertens jedoch wandten ein, daß ja in Rotterdam nicht alle streiken würden und auf der am gleichen Tag stattfindenden Versammlung in Rotterdam nur 3000 Hafenarbeiter anwesend gewesen wären. Das wäre alles unklar. Zur Beschwichtigung gab Mertens bekannt, daß die ÖTV in Bremen ein Schiff boykottiert, um in Absprache mit der ITF Mindestheuern durchzusetzen. Da würde sich die ÖTV nicht einmal an ihre Friedenspflicht halten.

Die Hafenkapitalisten profitieren durch den zusätzlichen Ladungsumschlag. Aber sie sind auch ziemlich nervös, weil sie merken, wie der Wunsch nach Solidarität groß ist und beim Umschlag viel mehr Reibung ist als sonst. Sie haben vor allem aber auch Angst, daß die Debatte und Aktion wegen dem Streik in Rotterdam die Arbeiter in den westdeutschen Häfen zusammenschließt. Eine Unterstützung des Streiks in Rotterdam ist für die Hafenarbeiter hier die beste Vorbereitung des eigenen Kampfes um den Lohn und gegen die Nachtschicht.



Die Rotterdamer Hafenarbeiter haben am 22. September Streikabbruch beschlossen. Nachdem die Kapitalisten und auch die Gewerkschaft Prämien für „Arbeitswillige" boten, gelang der Einbruch in die Streikfront. Die Schlepperbesatzungen, die um eine zusätzliche Lohnerhöhung von 50 hfl wöchentlich kämpfen, haben die Fortführung ihres Streiks beschlossen.

Hamburger Senat bezuschußt Umrüstung der HDW

r.klm. Die fünf westdeutschen Großwerften haben, mit finanzieller Unterstützung in Milliardenhöhe durch den bürgerlichen Staat, umzurüsten: Für den Handelskrieg auf die Produktion von Spezialschiffen für schnelleren Umschlag der Waren und für bewaffnete Auseinandersetzungen um Einflußsphären auf dem Weltmarkt Kriegsschiffe. So produziert Blohm & Voß bereits zu 90% Fregatten und Kriegsmaterial. AG Weser und Bremer Vulkan ziehen nach. Bei Vulkan ist die Dividende gestoppt, der Vorsprung von Blohm & Voß soll so in drei Jahren aufgeholt werden. Der Hamburger Senat gibt nun zu Umstellungs- und Anpassungsmaßnahmen der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) einen Zuschuß von 32 Mio. DM. Damit sollen in Hamburg Liegeplätze für Docks und Reparaturschiffe gebaut werden. Unter dem Motto „Mit einem neuen Unternehmerkonzept in die 80er Jahre" geht die HDW, gerüstet mit den Senats-Milllionen, in die Konkurrenz. Im Hamburg werden nur noch Reparaturen ausgeführt. Die Produktion von Spezialschiffen und Fregatten der Klasse 122 soll sich in Kiel konzentrieren. Dafür hat die HDW 1978 Platz geschaffen: Mit der Auslieferung von 157562 Tonnage stand sie an erster Stelle aller Werften der BRD. Jetzt ist Raum für die Umstellung vorhanden. Vom Senat gibt es Millionen. Vorstandsvorsitzender Henke kündigte in dem letzten Geschäftsbericht „unvermeidliche harte Schritte" an: Neue „Lohngrundsätze" mit „Veränderungen im Akkordgefüge" durch ein „Gruppensystem" ist die künftige Gangart der HDW-Kapitalisten.

Strategische Reserve: Rapsöl statt Dieselöl

Verfahren nicht neu: „Heizbarer Heinrich" bereits unter den Faschisten entwickelt

r.wiv. Kaum ist die NORLA vorbei, ist das Trara der Bourgeoisie um den „Raps-Traktor" verebbt. Man geht wieder zur Arbeit über. Der Raps gehört zu den Ölpflanzen. Seine Früchte, kleine schwarze Kugeln ähnlich den Mohnkörnern, enthalten als wichtigsten Inhaltsstoff ca. 40% Öl (Ölsäure, Linolsäure, Linolensäure) und 28% Eiweiß, das geschrotet als Viehfutter verwendet wird.

Die Verarbeitung des Rapses zu

herzustellen. Allein der Erzeugerpreisanteil für einen Liter Rüböl liegt bei 2,50 DM, hinzu kommen die Produktionskosten der Ölmühlen. In dem von der bürgerlichen Presse genannten Preis von 1,20 bis 1,70 DM stecken bereits ca. 1,50 DM Subventionen. „Dennoch erscheint für den Notfall interessant, daß man mit dem auf einem ha Raps erzeugten Öl theoretisch die Energie für Anbau und Ernte von 12 ha Getreide selbst erzeugen könnte",

„Der erste Traktor, der mit Rapsöl fährt", schreiben „Kieler Nachrichten" und „Welt" Ende August. Blödsinn! Bereits während der Herrschaft der Faschisten lief der „heizbare Heinrich", ein Lanz-Bulldog mit einfachem Einspritzmotor. Der Treibstoff: Speiseöl. Wie vor dem ersten und dem zweiten imperialistischen Krieg steigt gegenwärtig die Produktion von Ölfrüchten steil an. *Mehr* als früher davon statt Dieselöl nutzen zu können und für denselben Zweck, ist das ganze Ziel der Versuche. Rund 150000 ha werden gegenwärtig mit Raps bebaut, über die Hälfte davon in Schleswig-Holstein. Rund 150000 t Rüböl ließen sich daraus gewinnen, eine strategische Reserve und dazu noch vermehrbar.

Forschungsausgaben des Bundesforschungsministeriums in Mio. DM

Bereich	1977	1978
Marine Rohstoffe	3,0	18,0
Offshore-Technik	26,4	29,0
Fischfangtechnik	2,0	1,0
Meeresforschungstechnik	6,5	5,3
Schiffstechnik	8,0	7,45
Küsteningenieurswesen	1,0	1,1
Forschungsplattform Nordsee	3,0	3,7*
Koordinierung	1,1	1,2
Zusammen	51,0	67,65

* nur Betriebskosten

Neben Kapitalisten aus dem Stahlbereich, dem Maschinen- und Apparatebau, der Elektronik und der Elektroindustrie sowie der Kraftwerksindustrie sind es vor allem die Werften, die meerestechnische Geräte produzieren lassen. Blohm und Voss in Hamburg ist führend auf dem Gebiet der Offshore-Technik. Hier werden Exploitations-Plattformen und Offshore-Erdgas-Verflüssigungsanlagen hergestellt sowie die Offshore-Ausrüstungen, also Anker, Fördereinrichtungen, Einrichtungssysteme. Außerdem bauen die Blohm und Voss-Arbeiter Bohrinseln, Bohrschiffe, Rohrleger und Kranschiffe mit einer Hebefähigkeit bis zu 3000 t. Nachem in den letzten beiden Jahren die Aufträge für Offshore-Einheiten zurückgingen, dringen die Werftkapi-talisten nun auf neue Märkte, vor allem nach Asien vor. Hauff sieht „langfristig lohnende Gebiete im Meeresbergbau, in Offshore-Anlagen für Erdöl-und Gasvorkommen, bei schwimmenden Produktions- und Fabrikationsanlagen und bei schiffstechnischen Neuentwicklungen. Er sei sicher, daß noch Chancen für die Meerestechnik in der Bundesrepublik vorhanden seien" (Deutsche Verkehrszeitung). –

„Letztlich ist auch nicht auszuschließen, daß eines Tages zahlreiche Rohstoffe nicht mehr überwiegend zu Land, sondern aus den Meeren gewonnen werden, zu denen man uns den Zugang nicht in dem Umfang öffnen will, wie wir glauben, das aufgrund unserer Stellung in der Welt als Industrie- und Wirtschaftsnation beanspruchen zu können", machte der Präses der Handelskammer Hamburg Schlenker den Expansionsanspruch einer versammelten Journalistenmeute angesichts der Forderungen der Dritten Welt auf der III. UN-Seerechtskonferenz deutlich.

Bereits Ende vorigen Jahres kam die Bundesregierung sowie die CDU/CSU diesen Forderungen mit einem Gesetzentwurf zur „vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus" nach, mit dem die BRD-Imperialisten Abbaurechte sichern wollen. Jetzt ist in Hamburg ein Institut für Seerecht und Seehandelsrecht gegründet worden, das neben allgemeinen Forschungsaufgaben die Bundesregierung „bei der Vorbereitung internationaler Verträge unterstützen" soll, um „erhebliche Nachteile" bei dem Raub der Meeresschätze zu verhindern.

Rahmentarifverhandlungen aufgestellt werden. Er wandte sich gegen dogmatische Festgeldforderer, die meinen, sie hätten die Wahrheit gepachtet. Es müßten die Wirkungen der Lohnvorschläge berücksichtigt werden. Dann könnte man sagen, ob man dieses Jahr Festgeld, oder Mindest- oder Prozentforderungen aufstellen muß. Ein Vertrauensmann forderte, daß die Lohnforderung die unteren Lohngruppen nicht absacken lassen darf und den oberen Lohngruppen die Teilnahme am Lohnkampf ermöglicht.

Heftig gefordert wurde die Unterstützung des Streiks der Rotterdamer Hafenarbeiter. Es wurde darauf hingewiesen, daß z.B. von Tiedemann täglich neben der Hamburger Ladung

Schiff boykottiert, um in Absprache mit der ITF Mindestheuern durchzusetzen. Da würde sich die ÖTV nicht einmal an ihre Friedenspflicht halten.

Die Hafenkapitalisten profitieren durch den zusätzlichen Ladungsumschlag. Aber sie sind auch ziemlich nervös, weil sie merken, wie der Wunsch nach Solidarität groß ist und beim Umschlag viel mehr Reibung ist als sonst. Sie haben vor allem aber auch Angst, daß die Debatte und Aktion wegen dem Streik in Rotterdam die Arbeiter in den westdeutschen Häfen zusammenschließt. Eine Unterstützung des Streiks in Rotterdam ist für die Hafenarbeiter hier die beste Vorbereitung des eigenen Kampfes um den Lohn und gegen die Nachtschicht.

werften haben, mit finanzieller Unterstützung in Milliardenhöhe durch den bürgerlichen Staat, umzurüsten: Für den Handelskrieg auf die Produktion von Spezialschiffen für schnelleren Umschlag der Waren und für bewaffnete Auseinandersetzungen um Einflußsphären auf dem Weltmarkt Kriegsschiffe. So produziert Blohm & Voß bereits zu 90% Fregatten und Kriegsmaterial. AG Weser und Bremer Vulkan ziehen nach. Bei Vulkan ist die Dividende gestoppt, der Vorsprung von Blohm & Voß soll so in drei Jahren aufgeholt werden. Der Hamburger Senat gibt nun zu Umstellungs- und Anpassungsmaßnahmen der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) einen Zuschuß von 32 Mio. DM. Damit

Jahre" geht die HDW, gerüstet mit den Senats-Milllionen, in die Konkurrenz. Im Hamburg werden nur noch Reparaturen ausgeführt. Die Produktion von Spezialschiffen und Fregatten der Klasse 122 soll sich in Kiel konzentrieren. Dafür hat die HDW 1978 Platz geschaffen: Mit der Auslieferung von 157562 Tonnage stand sie an erster Stelle aller Werften der BRD. Jetzt ist Raum für die Umstellung vorhanden. Vom Senat gibt es Millionen. Vorstandsvorsitzender Henke kündigte in dem letzten Geschäftsbericht „unvermeidliche harte Schritte" an: Neue „Lohngrundsätze" mit „Veränderungen im Akkordgefüge" durch ein „Gruppensystem" ist die künftige Gangart der HDW-Kapitalisten.

Strategische Reserve: Rapsöl statt Dieselöl

Verfahren nicht neu: „Heizbarer Heinrich" bereits unter den Faschisten entwickelt

r.wiv. Kaum ist die NORLA vorbei, ist das Trara der Bourgeoisie um den „Raps-Traktor" verebbt. Man geht wieder zur Arbeit über. Der Raps gehört zu den Ölpflanzen. Seine Früchte, kleine schwarze Kugeln ähnlich den Mohnkörnern, enthalten als wichtigsten Inhaltsstoff ca. 40% Öl (Ölsäure, Linolsäure, Linolensäure) und 28% Eiweiß, das geschrotet als Viehfutter verwendet wird.

Die Verarbeitung des Rapses zu Speiseöl und Magarine ist konzentriert in den Ölmühlen und Margarinefabriken, die 1977 in der BRD 11425 Arbeiter ausbeuteten und damit einen Umsatz von 6,4 Mrd. DM machten. Der Selbstversorgungsgrad liegt bei den Speiseölen und Nahrungsfetten unter 10%, d.h. der konzentrierte Produktionsapparat wird im wesentlichen mit importierten Rohstoffen betrieben.

Die Ölmühlen und Margarinefabriken (hier ist Unilever Monopolist) diktieren den Bauern die Verkaufsbedingungen. Enthält der Raps nicht mindestens 40% Öl und mehr als 9% Wasser und 2% Besatz, dann gibt es Abzüge vom Erzeugerpreis, der gegenwärtig bei etwa 95 DM/dt liegt. Der Raps wird in den Ölmühlen gereinigt, gesiebt und gefiltert, das Öl herausgepreßt. In dieser ersten Stufe entsteht ein dunkles, dickflüssiges Öl (etwa 3x so dick wie Dieselöl). Dieses sogenannte Rüböl wird für die Treibstoffversuche benutzt, von denen die Bourgeoisie so schwärmt. Die Weiterverarbeitung zu Speiseöl erfolgt durch Entzug vor allem der leichtesten und schwersten Bestandteile des Rüböls.

„In Schleswig-Holstein gibt es z.Zt. nur den Raps. Er wird produziert für die menschliche Ernährung, als Speiseöl oder als Margarine. Es steht inzwischen fest, daß dieses hochwertige Öl auch als Energieträger für andere Zwecke verwendet werden kann", schreibt die Landwirtschaftskammer. Dabei wurden bereits 1962/63 2000 t unter „ technische Verwendung" geführt, 1964/65 10000 t.

Erklärter Zweck der Versuche, die unter Federführung des Instituts für Landtechnik an der Uni Kiel laufen, ist *nicht*, einen wirtschaftlichen Treibstoff

herzustellen. Allein der Erzeugerpreisanteil für einen Liter Rüböl liegt bei 2,50 DM, hinzu kommen die Produktionskosten der Ölmühlen. In dem von der bürgerlichen Presse genannten Preis von 1,20 bis 1,70 DM stecken bereits ca. 1,50 DM Subventionen. „Dennoch erscheint für den Notfall interessant, daß man mit dem auf einem ha Raps erzeugten Öl theoretisch die Energie für Anbau und Ernte von 12 ha Getreide selbst erzeugen könnte", schreibt der neue Staatssekretär des Landwirtschaftsministeriums, Traulsen.

Die Versuche reichen weit über den Traktormotor hinaus. Mit stationären

Ölmühlenindustrie

	1970	1977
Betriebe	21	19
Beschäftigte	5207	3564
Umsatz Mrd.	1,5	4,1
Exportquote	19,0%	27,3%

Margarine/Nahrungsfettindustrie

	1970	1977
Betriebe	31	23
Beschäftigte	10796	7861
Umsatz Mrd.	1,498	2,295
Exportquote	1%	1%

Schlepperbetrieb mit Rapsöl

	Zapfwellenleistung (kw)	Leistungsabfall (%)
100% Diesel	66,2	–
25% Rapsöl	64,8	2,2
50% Rapsöl	62,9	5,0
75% Rapsöl	57,8	14,8
100% Rapsöl	51,1	22,7
100% Rapsöl (auf 40°C vorgewärmt)	52,9	20,0

Kleindieseln (Direkteinspritzmotoren) werden vor allem die Eigenschaften des Rüböls untersucht: Verharzung des Motors, Entmischung von Raps-Dieselölgemischen und die Verschleißerscheinungen beim Motor. Der Bezug zu den Vielstoffmotoren der Panzer wird gar nicht verheimlicht.

„Der erste Traktor, der mit Rapsöl fährt", schreiben „Kieler Nachrichten" und „Welt" Ende August. Blödsinn! Bereits während der Herrschaft der Faschisten lief der „heizbare Heinrich", ein Lanz-Bulldog mit einfachem Einspritzmotor. Der Treibstoff: Speiseöl. Wie vor dem ersten und dem zweiten imperialistischen Krieg steigt gegenwärtig die Produktion von Ölfrüchten steil an. *Mehr* als früher davon statt Dieselöl nutzen zu können und für denselben Zweck, ist das ganze Ziel der Versuche. Rund 150000 ha werden gegenwärtig mit Raps bebaut, über die Hälfte davon in Schleswig-Holstein. Rund 150000 t Rüböl ließen sich daraus gewinnen, eine strategische Reserve und dazu noch vermehrbar.

Niedersächsisches Flurbereinigungsprogramm 1979-83

r.kea. Ein Gutachten mit dem Titel „Sozio-ökonomische Strukturanalyse und Prognose für das Modellvorhaben im Rahmen der Flurbereinigung Rheden/Wetschen und Dickel" ließ sich jetzt der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup von seinem Landwirtschaftskammerpräsidenten Blume überreichen. Im Gutachten wird beispielhaft untersucht und geplant, wie mit Hilfe der staatlichen Flurbereinigung die Bauernlegerei unterstützt und weiter beschleunigt werden kann. Nach der Planung des Gutachtens sollen im Gebiet der Gemeinden Rheden/Wetschen und Dickel die Vollerwerbsbetriebe von 68 auf 81 zunehmen und die übrigen als „Übergangs, Nebenerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe" bezeichneten Bauernhöfe von 105 auf 49 abnehmen. Glup ist begeistert von diesem „Modell moderner Flurbereinigung". Ist doch nach seiner Aussage „bei einer Flurbereinigung für die beteiligten Bauern der geeignete Zeitpunkt gekommen, ihre berufliche Situation zu überdenken." („Das Landvolk" Nr. 18, 16.9.79)

Landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen)*

	1976	1977	1978
Betriebe insgesamt	153586	149675	146098
0,5-10 ha	74139	71290	68834
10-20 ha	26714	25386	24391
20-30 ha	20571	20152	19699
30-50 ha	21441	21621	21605
50-100 ha u. darüber	10721	11226	11578

*) Zahlen nach statistischen Jahrbüchern 1977, 1978 u. 1979

Aus der Tabelle läßt sich die Beseitigung der kleinen und mittleren Bauern und die Zentralisation der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in den Händen großer Agrarkapitalisten für das Land Niedersachsen ablesen. Kräftig gefördert hat diese Entwicklung zweifellos das bisherige Flurbereinigungsprogramm. Seine Fortschreibung ist erst kürzlich im „Niedersächsischen Flurbereinigungsprogramm 1979-83" erfolgt. Danach beträgt die Fläche der insgesamt anhängigen alten und neuen Flurbereinigungsverfahren zur Zeit 548673 ha. Weitere 58300 ha sollen 1980 der Flurbereinigung unterworfen werden und 56000 ha sollen 1981-1983 jährlich hinzukommen. Das niedersächsische Flurbereinigungsprogramm ist von der gesamten Kapitalistenklasse diktiert: „Die Notwendigkeit der Anordnung von Unternehmensverfahren nach den §§ 87ff. des Flurbereinigungsgesetzes zur Unterstützung von Großbaumaßnahmen der öffentlichen Hand hat sich in mehreren Gebieten schneller ergeben, als das bei der Feststellung des ersten Flurbereinigungsprogramms vorhersehbar war. Das Land mißt dem Bau der Bundesbahnentlastungsstrecke Hannover-Kassel-Würzburg hohe Priorität zu. Dasselbe gilt für die Emsland- (A 31) und die Küstenautobahn (A 22). (...) Darüberhinaus stehen in erheblichem Umfang Straßenbaumaßnahmen von regionaler und lokaler Bedeutung (z.B. Ortsumgehungen) an. (...) Überwiegend agrarisch veranlaßte Verfahren haben dadurch zwangsläufig (...) nachrangige Bedeutung." (Nds. Ministerialblatt Nr. 40/79, 8.8.79)

Genossenschaften: Unter dem Druck der Monopole sind sie selbst zum Ausbeutungsinstrument geworden

z.erm. Mitte des letzten Jahrhunderts sind die ersten Genossenschaften gegründet worden, um die Klein- und Mittelbauern vom Wucher und von der Abhängigkeit von betrügerischen Händlern zu befreien. Von Anfang an jedoch standen die Genossenschaften unter bürgerlicher Führung. Der Wucher ist dem kapitalistischen Kredit, der betrügerische Händler dem genossenschaftlichen Warenhandel gewichen.

Die Genossenschaften, die den Privathandel mittlerweile mit 53% zu 33% überrundet haben, sind heute selbst zum Ausbeutungsinstrument der Klein- und Mittelbauern geworden. Der Genossenschaftskredit hat sich für den Bauern, gemessen an seinem Erlös, zum Wucher entwickelt. Längst schon haben die Genossenschaftsbanken die Kreditvermittlung zum großen Bankgeschäft und über die Landwirtschaft hinaus ausgedehnt. Nur noch 27% der Mitglieder sind Bauern, 43% sind Arbeiter, Angestellte und Beamte, 15,5% Handwerker.

Den Hauptteil der ländlichen Genossenschaften bilden die Kredit- und Warengenossenschaften. Ca. 75% der Kreditgenossenschaften sind „gemischtwirtschaftliche Genossenschaften mit Warengeschäft". Neben dem Kreditgeschäft haben diese Genossenschaften das Monopol für den Handel mit Saatgut, Futter- und Düngemitteln, Landwirtschaftsmaschinen usw.

Die „gemischtwirtschaftliche" Genossenschaft ist ein Ausdruck des Zwangs der Bauern, die zur Produktion der landwirtschaftlichen Güter notwendigen Betriebsmittel auf Kredit und von der Genossenschaft zu kaufen. Sein Haus und Hof bereits verpfändet, bekommt der Bauer den Kredit nur gegen das Vorkaufsrecht für den Erlös seiner Ernte – bereits bei der Aussaat ist somit die Ernte in den Besitz der Genossenschaftsbank übergegangen. Die Preise und Lieferbedingungen für die Betriebsmittel legt die Genossenschaft aufgrund ihres Monopols fest. Über den Kredit verschafft sie sich auch das Monopol über den Handel mit der Ware. Ist die Ernte schlecht, kann der Bauer den Kredit nicht zurückzahlen und vergrößert sich seine Abhängigkeit von der Genossenschaft. Die langfristigen Ausleihungen bei den Kreditgenossenschaften sind entsprechend von 1965 mit 8,4 Mrd. DM auf 59,5 Mrd. DM 1978 gestiegen. Im Geschäftsbericht der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Karlsruhe z.B. betragen die Forderungen an die Mitglieder insgesamt 40,1 Mio. DM, auf jedes der 1119 Mitglieder entfallen somit knapp 40000 DM Schulden. In der BRD ist die Verschuldung der kleineren Betriebe bis 20 ha mit 5000 DM/ha. wesentlich höher gestiegen als die der Betriebe über 100 ha, mit 2800 DM.

Die örtlichen Genossenschaften – die sich wiederum in Kredit-, Waren-, Bezugs- und Absatz-, Molkerei- und Viehverwertungsgenossenschaften untergliedern – sind durch finanzielle Bindungen und Abhängigkeiten von Lieferungen von den Genossenschaftszentralbanken und der Genossenschaftsbank kontrolliert. Diese besitzen auch das Prüfungsrecht für die Geldgeschäfte der örtlichen Genossenschaften. Die örtlichen Genossenschaften sind so zu einem großen Konzern verflochten, in dem alles darauf ausgerichtet ist, daß sich das Kapital möglichst stark verwertet. Die örtlichen Genossenschaften beliefern die regionalen Genossenschaftszentralen, über 13 Hauptgenossenschaften, 13 Molkereigenossenschaften und Viehwertungszentralen. Als „Koordinierungsstelle" überwachen 4 Bundeszentralen die Geschäfte der Genossenschaften.

Im Geschäftsbericht der Süddeutschen Genossenschaftszentralbank werden die Kredite an Waren- und Betriebsgenossenschaften mit 222,5 Mio. DM angegeben. Insgesamt an „angeschlossene Kreditinstitute", d.h. örtliche Kreditgenossenschaften, belaufen sich die Kredite auf 1472 Mrd. DM. 91,3% davon sind langfristige Schulden.

Die Zentralbanken vermitteln den örtlichen Genossenschaften mit hohen Zinsen die Kredite. Gleichzeitig haben sie Schulden bei den Großbanken. Die Süddeutsche Genossenschaftszentralbank z.B. in Höhe von 3,19 Mrd. DM von insgesamt 7,1 Mrd. DM Verbindlichkeiten. Selbst zentrale Genossenschaften, die die Vorräte der Bauern konzentriert haben, müssen für Kredite oft zur Sicherung Warenvorräte an die Banken übereignen, womit sich diese einen direkten Zugriff auf die Ernte verschaffen. Die von den Zentralbanken erzwungenen Einlagen der örtlichen Kreditgenossenschaften, in diesem Fall 3,81 Mrd. DM, verschaffen ihnen gleichzeitig den Raum zu profitablen Geschäften auf dem Geldmarkt. Die zunehmende Verfilzung der Genossenschaftsbanken mit dem Banksystem sichert dem Finanzkapital einen Teil der Ausbeutung der bäuerlichen Arbeitskraft. Die Zentralisierung der Genossenschaften beschleunigt die Ruinierung der Klein- und Mittelbauern. Solange sich die Genossenschaften in der Hand der Bourgeoisie befinden, ist diese Entwicklung notgedrungen.

Auf dem Rücken der Landarbeiter und Bauern rüsten die Imperialisten zum Konkurrenzkampf



z.guw. Nach der neuesten Schätzung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums wird die *Weltgetreideproduktion* 1979 von 1,5052 Mrd. t die zweitgrößte Ernte nach 1,575 Mrd. t von 1978. Die UdSSR wird mit 180 Mio. t ihr Ziel von 220 Mio. t nicht erreichen. Die USA werden 285,4 Mio. t (1978: 273,1 Mio. t) einbringen. Mit 108 – 110 Mio. t (116 Mio. t) wird die EG-Getreideernte um 6% sinken. Die der BRD wird 22 Mio. t betragen. Die *Weltweizenernte* wird auf 401,1 Mio. t (438 Mio. t) geschätzt. In Australien wird die Weizenernte von 18,4 Mio. t der letzten Ernte auf 15 Mio. t zurückgehen, in Kanada von 21,1 Mio. t auf 17,5. Mit 65 Mio. t wird die VR China die 78er Ernte um 5,5 Mio. t übertreffen. 1978 betrug die chinesische Weizenernte 17% der Gesamtgetreideernte von 304,75 Mio. t. – Der Rückgang der Weltgetreideernte ist vor allem auf Verluste in der UdSSR, Indien und der Sahelzone zurückzuführen. Die USA rechnen damit, der einzige bedeutende Weizenanbieter am Weltmarkt zu sein. „Blick durch die Wirtschaft" (17.9.79) schreibt, es bliebe abzuwarten, „ob Exporteure der EG die ‚Kreise' der amerikanischen Anbieter stören können ... Die Ausschreibung der Europäischen Kommission zur Erlangung von Exportsubventionen findet am 27.9. statt. Es sollen Mittel für die Ausfuhr von bis zu 500000 t vergeben werden."

Weinsortenbezeichnung bleibt den Monopolen vorbehalten

z.bil. Im Mai hat das Bundesverfassungsgericht die Klage eines Winzers, der auf 0,44 ha Wein anbaut, verworfen. Die Klage des Winzers war gegen das 1971 verkündete Weingesetz gerichtet, wonach der Weinbauer seinem Wein nur noch dann einen Namen geben darf, wenn er eine bestimmte Rebfläche von mehr als 5 ha bebaut (alte Regelung 1 ha). In der Begründung folgt das Gericht der Regierung: Auf kleinen Anbauflächen könne Wein nur in geringen Mengen und nicht nach modernen Vermarktungsformen gewonnen werden. Die entstandenen 30000 Lagebezeichnungen seien erheblich zu reduzieren. Schon 1961 hat der Bundestag das Weinbewirtschaftungsgesetz in Kraft gesetzt. Neuanpflanzungen von Weinreben sowie die Wiederanpflanzung auf gerodeten Weinbergen sind seitdem der Genehmigungspflicht durch die Landesregierungen unterworfen. Die Genehmigung wird versagt, wenn die Rebsorte „zur Erhaltung des Gebietscharakters des deutschen Weines ungeeignet ist". Gleichzeitig wurde eine Melde- und Auskunftpflicht eingeführt. Über die Einrichtung eines Weinbaukatasters werden die Hektargrößen, Rebsorten, Bewertungs- und Klimazahl der Weinsorten erfaßt. 1972/73 hatten fast 100000 weinanbauende Betriebe eine Hektarfläche unter 2 ha, 86 Betriebe bauten auf mehr als 20 ha Wein an.

Polnische Bauern setzen Erhöhung der Aufkaufpreise durch

z.krk. 4 Mio. t Getreide weniger als 1978 ist in Polen dieses Jahr geerntet worden, die Getreideimporte aus den USA und Kanada müssen um 1 Mio. t erhöht werden. (1977/78 importierte Polen 9 Mio. t Getreide und Futtermittel für über 1 Mrd. – mehr als es in einem Jahr für seine Kohleexporte einnimmt). Die Rapsernte betrug 0,2 Mio. t gegenüber 0,7 Mio. t 1978, daher müssen mehrere Mio. t Sojabohnen importiert werden. In den letzten Monaten fehlten 200 Mio. l Milch und Butter. – Die tiefe Krise der polnischen Landwirtschaft rührt nicht vom Wetter, sondern von der Ruinierungs- und Enteignungspolitik der polnischen neuen Bourgeoisie. Im Kampf dagegen und gegen ihre Plünderung durch niedrige staatliche Aufkaufpreise haben die Bauern durchgesetzt, daß die Aufkaufpreise für Milch um 0,5 Zloty/Liter im Herbst 1978 erhöht wurden, die Preise für Zuckerrüben werden 1980 um 30 Zloty/Doppelzentner erhöht, ebenfalls erhöht wurden die Preise für Raps, Tabak und Wolle. Die Bauern wollen verhindern, daß der Bourgeoisie gelingt, über die Frage der Lebensmittelpreise Arbeiter und Bauern zu spalten. Eines ihrer Komitees erklärte: „Mit der Verteidigung ihrer Rechte verteidigen die Bauern zugleich die Interessen der ganzen Bevölkerung" und riefen auf, im Fall eines Bauernstreiks direkt bei den Bauern einzukaufen.

OECD fordert von Portugal Zerschlagung der Kooperativen

Großgrundbesitzer stellen Ultimatum an die Regierung / Landarbeiter erkämpfen Tarifvertrag



81000 auf 167000 mehr als verdoppelt. Die Kooperativen bauten eigene Vertriebsorganisationen auf, die den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte zu festgelegten Preisen übernahmen.

Diese Kooperativen sind den Imperialisten ein Dorn im Auge, denn sie sind ein wirksames Hindernis, das Land vollends in ihren Zulieferanten

Kooperativen wurde das Arbeitslosenheer um 15000 größer.

Gestützt auf den Druck der Imperialisten wittern die Großgrundbesitzer Morgenluft. Ihr Verband CAP stellte am 5.9. der Regierung ein Ultimatum, innerhalb der nächsten 30 Tage 92 Kollektivgüter mit insgesamt 140000 ha zu zerschlagen. Andernfalls wurden In-

Kreditgeschäft haben diese Genossenschaften das Monopol für den Handel mit Saatgut, Futter- und Düngemitteln, Landwirtschaftsmaschinen usw.

Die „gemischtwirtschaftliche" Genossenschaft ist ein Ausdruck des Zwangs der Bauern, die zur Produktion der landwirtschaftlichen Güter notwendigen Betriebsmittel auf Kredit und von der Genossenschaft zu kaufen. Sein Haus und Hof bereits verpfändet, bekommt der Bauer den Kredit nur gegen das Vorkaufsrecht für den Erlös seiner Ernte – bereits bei der Aussaat ist somit die Ernte in den Besitz der Genossenschaftsbank übergegangen. Die Preise und Lieferbedingungen für die Betriebsmittel legt die Genossenschaft aufgrund ihres Mono-

verflochten, in dem alles darauf ausgerichtet ist, daß sich das Kapital möglichst stark verwertet. Die örtlichen Genossenschaften beliefern die regionalen Genossenschaftszentralen, über 13 Hauptgenossenschaften, 13 Molkereigenossenschaften und Viehwertungszentralen. Als „Koordinierungsstelle" überwachen 4 Bundeszentralen die Geschäfte der Genossenschaften.

Im Geschäftsbericht der Süddeutschen Genossenschaftszentralbank werden die Kredite an Waren- und Betriebsgenossenschaften mit 222,5 Mio. DM angegeben. Insgesamt an „angeschlossene Kreditinstitute", d.h. örtliche Kreditgenossenschaften, belaufen sich die Kredite auf 1472 Mrd. DM. 91,3% davon sind langfristige Schul-

z.guw. Nach der neuesten Schätzung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums wird die Weltgetreideproduktion 1979 von 1,5052 Mrd. t die zweitgrößte Ernte nach 1,575 Mrd. t von 1978. Die UdSSR wird mit 180 Mio. t ihr Ziel von 220 Mio. t nicht erreichen. Die USA werden 285,4 Mio. t (1978: 273,1 Mio. t) einbringen. Mit 108 – 110 Mio. t (116 Mio. t) wird die EG-Getreideernte um 6% sinken. Die der BRD wird 22 Mio. t betragen. Die Weltweizenernte wird auf 401,1 Mio. t (438 Mio. t) geschätzt. In Australien wird die Weizenernte von 18,4 Mio. t der letzten Ernte auf 15 Mio. t zurückgehen, in Kanada von 21,1 Mio. t auf 17,5. Mit 65 Mio. t wird die VR China die 78er Ernte um 5,5 Mio. t übertreffen. 1978 betrug die chinesische Weizenernte 17% der Gesamtgetreideernte von 304,75 Mio. t. – Der Rückgang der Weltgetreideernte ist vor allem auf Verluste in der UdSSR, Indien und der Sahelzone zurückzuführen. Die USA rechnen damit, der einzige bedeutende Weizenanbieter am Weltmarkt zu sein. „Blick durch die Wirtschaft" (17.9.79) schreibt, es bliebe abzuwarten, „ob Exporteure der EG die ‚Kreise' der amerikanischen Anbieter stören können ... Die Ausschreibung der Europäischen Kommission zur Erlangung von Exportsubventionen findet am 27.9. statt. Es sollen Mittel für die Ausfuhr von bis zu 500000 t vergeben werden."

Polnische Bauern setzen Erhöhung der Aufkaufpreise durch

z.krk. 4 Mio. t Getreide weniger als 1978 ist in Polen dieses Jahr geerntet worden, die Getreideimporte aus den USA und Kanada müssen um 1 Mio. t erhöht werden. (1977/78 importierte Polen 9 Mio. t Getreide und Futtermittel für über 1 Mrd. – mehr als es in einem Jahr für seine Kohleexporte einnimmt). Die Rapsernte betrug 0,2 Mio. t gegenüber 0,7 Mio. t 1978, daher müssen mehrere Mio. t Sojabohnen importiert werden. In den letzten Monaten fehlten 200 Mio. l Milch und Butter. – Die tiefe Krise der polnischen Landwirtschaft rührt nicht vom Wetter, sondern von der Ruinierungs- und Enteignungspolitik der polnischen neuen Bourgeoisie. Im Kampf dagegen und gegen ihre Plünderung durch niedrige staatliche Aufkaufpreise haben die Bauern durchgesetzt, daß die Aufkaufpreise für Milch um 0,5 Zloty/Liter im Herbst 1978 erhöht wurden, die Preise für Zuckerrüben werden 1980 um 30 Zloty/Doppelzentner erhöht, ebenfalls erhöht wurden die Preise für Raps, Tabak und Wolle. Die Bauern wollen verhindern, daß der Bourgeoisie gelingt, über die Frage der Lebensmittelpreise Arbeiter und Bauern zu spalten. Eines ihrer Komitees erklärte: „Mit der Verteidigung ihrer Rechte verteidigen die Bauern zugleich die Interessen der ganzen Bevölkerung" und riefen auf, im Fall eines Bauernstreiks direkt bei den Bauern einzukaufen.

OECD fordert von Portugal Zerschlagung der Kooperativen

Großgrundbesitzer stellen Ultimatum an die Regierung / Landarbeiter erkämpfen Tarifvertrag



Seit Anfang des Jahres haben die Arbeiter und Bauern Portugals mehrere zentrale Demonstrationen für die Verteidigung der Agrarreform durchgeführt. Das Bild zeigt eine Demonstration im Mai. Auf dem Transparent: „Die Arbeiter der Kooperative Salvador Tomar fordern: Rücknahme des Lei Barreto!"

z.rua. Ende August bescheinigte die OECD in ihrem Jahresbericht der portugiesischen Wirtschaft „düstere Aussichten". Das Wirtschaftswachstum, 1977 noch 5,7 %, 1978 3,4 %, werde in diesem Jahr allenfalls 1 bis 2 % betragen; die Inflationsrate steige von 22,6 % (1978) auf 24 %, die Arbeitslosigkeit werde von 8,4 % auf 9,1 % steigen. Um das galoppierende Leistungsbilanzdefizit (1977: 1,5 Mrd. $, 1978: 2,5 Mrd. $) zu bremsen, sei eine stärkere Kontrolle der öffentlichen Finanzen und eine bessere Verwaltung der Bankkredite erforderlich. Dreh- und Angelpunkt sei die Umstrukturierung der Landwirtschaft und eine Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsmethoden. Unabdingbare Voraussetzung für wirksame Maßnahmen sei die Behebung der „Unsicherheit der Bodenverteilung". Selbiges fordern auch die EG-Imperialisten seit dem Beitrittsantrag Portugals im Frühjahr 1977; und auch die IWF-Delegation, die zwecks Überprüfung der Kreditwürdigkeit Portugals seit dem 10.9. in Lissabon weilt, verlangt für die Zusicherung eines weiteren 50-Mio.-$-Kredits die *nachweisliche* Verbesserung der Effizienz des Agrarsektors.

Vor der Revolution verfügten in Portugal 90 % aller bäuerlichen Betriebe (800000) über ein Drittel des kultivierbaren Bodens. Die verbleibenen zwei Drittel waren im Besitz von Großgrundbesitzern und ausländischen Kapitalisten. Im Zuge der Revolution wurden die oftmals brachliegenden Güter der Großgrundbesitzer von landlosen Arbeitern und Bauern unter der Losung „Das Land dem, der es bebaut" enteignet und auf ihnen Kooperativwirtschaften errichtet. Die bebaute Fläche in der Zone der Agrarreform wurde von 94500 ha (1974) auf 320000 ha (1978) ausgedehnt, die Getreideproduktion stieg z.B. von 90000 t auf 134000 t, der Viehbestand wurde von 81000 auf 167000 mehr als verdoppelt. Die Kooperativen bauten eigene Vertriebsorganisationen auf, die den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte zu festgelegten Preisen übernahmen.

Diese Kooperativen sind den Imperialisten ein Dorn im Auge, denn sie sind ein wirksames Hindernis, das Land vollends in ihren Zulieferanten für spezialisierte Agrarprodukte und industrielle Halbwaren zu verwandeln. Sie sollen zerschlagen werden, um den im Wert gesteigerten Boden unter imperialistische Kontrolle zu bekommen, die von ihrem Land vertriebenen Mitglieder der Kooperativen in die industrielle Reservearmee einzureihen und die Reproduktionsbasis der portugiesischen Volksmassen insgesamt zu schmälern. Integraler Bestandteil der von IWF, EG und OECD geforderten Maßnahmen zur Sanierung der portugiesischen Wirtschaft ist die Drosselung der Importe von Nahrungsmitteln bei gleichzeitiger Steigerung der Exporte von Obst, Fisch und Wein. Seit Beginn des Jahres wurden die staatlichen Subventionen für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln wie Mehl, Käse und Eier drastisch reduziert, am 12.9. wurden die bisher subventionierten Preise für Kartoffeln und Stockfisch freigegeben.

Im Juli 1977 wurde von der sozialdemokratischen Soares-Regierung das „Lei Barreto" verabschiedet, ein Gesetz, das die vollständige Rückgabe der Kollektivgüter an die ehemaligen Besitzer und die Zahlung von Entschädigungen beinhaltet. Am Widerstand der Volksmassen gegen diese Maßnahmen sind bisher drei Regierungen gescheitert. Die Imperialisten drängen auf zügige Ausführung dieses Gesetzes; und auch der jetzige Landwirtschaftsminister Lourenco kündigte an, daß trotz des Widerstandes der Volksmassen das „Lei Barreto" nicht zurückgenommen werde. Unter Einsatz der Nationalgarde wurden seit 1977 40 Kollektivgüter zerschlagen, ihr Land von 200000 ha wurde an die Großgrundbesitzer übergeben. Durch die Zerschlagung der Kooperativen wurde das Arbeitslosenheer um 15000 größer.

Gestützt auf den Druck der Imperialisten wittern die Großgrundbesitzer Morgenluft. Ihr Verband CAP stellte am 5.9. der Regierung ein Ultimatum, innerhalb der nächsten 30 Tage 92 Kollektivgüter mit insgesamt 140000 ha zu zerschlagen. Andernfalls wurden Instruktionen an die Mitglieder zur gewaltsamen Besetzung der Kooperativen veröffentlicht. Seit Monaten organisieren sie bandenmäßige Überfälle auf die Kooperativen und lassen Einrichtungen und Ernte zerstören.

Die Bauern der Kooperativen sind nicht bereit, sich dem Druck der Imperialisten und Großgrundbesitzer zu unterwerfen, und sie werden in ihrem Kampf unterstützt durch Solidaritätsstreiks der Arbeiter in den Städten. Aufgrund der ständigen Überfälle der Nationalgarde und der von den Großgrundbesitzern angeheuerten Banden sind die Ernteerträge in diesem Jahr niedriger als erwartet. Am 22.9. fand in Evora eine zentrale Konferenz aller Kooperativen statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Abwehr der reaktionären Überfälle und die Planung der weiteren Verbesserung und Mechanisierung des Bodens. Ebenfalls wurde beschlossen, von der Regierung die Neufestsetzung der Garantiepreise für landwirtschaftliche Produkte zu fordern, die der Teuerung für eingesetzte Betriebsmittel entspricht. Nachdrücklich wurde von der Regierung die Rücknahme des „Lei Barreto" gefordert.

Anfang August haben die Gewerkschaften der 200000 Landarbeiter im Norden und Zentrum Portugals nach 30monatigem Kampf einen Tarifvertrag gegen die Agrarkapitalisten durchgesetzt. In ihm ist erstmalig eine verbindliche Regelung der Höchstarbeitszeit, die Bezahlung von Überstunden und 21 Tage bezahlten Urlaubs verankert – Maßnahmen, die der zügellosen Ausbeutung der Landarbeiter Schranken setzen.

Schweizer Gericht: Wucher der Futtermittelkonzerne ist rechtens

z.anb. Mitte September wurden 24 Bauern vom Bezirksgericht Arbon (Bodensee) zu je 100000 Franken Geldstrafe verurteilt, weil sie „geschmuggeltes" Milchmastpulver gekauft hatten. Der „Händler", der die Ware „unter Stroh versteckt" von der westdeutschen Seite aus über den Bodensee nach Romanshorn transportierte, wurde mit einem Jahr Gefängnis belegt. Zusätzlich muß er der Oberzolldirektion 57000 Franken Zollgebühren nachzahlen, der *Schweizerischen Genossenschaft für Getreide- und Futtermittel* weitere 650000 Franken. Der Import von Milchmastpulver unterliegt scharfen Importrestriktionen, über die sich die Futtermittelkonzerne in der Schweiz vom Staat die Plünderung der Masse der kleinen Milchbauern haben sichern lassen. Gegen die Konkurrenzpreise der EG, v.a. aus der BRD, die Markteinbrüche im Lager des Konkurrenten bezwecken, hat die Schweizerische Genossenschaft durchgesetzt, daß das Kilo Milchmastfutter, das rund 4 Franken frei Grenze kosten würde, nicht nur mit 5% Zollgebühren, sondern zusätzlich mit 58,5% Preiszuschlag belegt wird, den die Genossenschaft kassiert. Unter dem Zwang, die maximale Milchlieferleistung aus ihren wenigen Kühen zu ziehen, können die Kleinbauern auf Kraftfutterzusatz nicht verzichten. An den Betriebsmittelkosten der Kleinbetriebe bis 5 ha macht dieser Posten allein ⅓ aus.

Konsum des Kapitalisten und Konsum des Arbeiters. Zweierlei Behandlung durch die Umsatzsteuer

z.frb. Mit seinem Jahreswagenurteil hat der Bundesfinanzhof – das erlauchte oberste Gericht in Steuersachen – nach gründlichem Studium der Gesetze einige bemerkenswerte Rechtsgrundsätze dokumentiert. Die hohen Richter haben erkannt, daß der Lohnarbeiter durchaus auch als ,,Unternehmer'' anzusehen sei, wenn er als ,,Unternehmer'' zu besteuern ist, daß er aber Arbeiter bleibt, wenn er als ,,Unternehmer'' steuerfrei wäre.

Um was war es gegangen? Ein Automobilarbeiter hatte sich einen sogenannten Jahreswagen, die die Autokonzerne mit um die 20% Rabatt an Werksangehörige abgeben, gekauft. Wie jeder Arbeiter mußte er zusätzlich zum Preis des Wagens die Umsatz- oder Mehrwertsteuer zahlen. Das Auto diente ihm als Transportmittel, bevor er es nach Ablauf der Sperrfrist von 11 Monaten an eine Außenhandelsfirma weiterverkaufte. Weil jene einen Teil des Preises als Vorsteuer absetzen wollte, stellte der Arbeiter eine Rechnung aus, auf der er einen Teil des Rechnungsbetrags gesondert als Mehrwertsteuer auswies. Ein Steuerprüfer, auf der Suche nach noch nicht erfaßten Steuerquellen, entdeckte, daß die so ausgewiesene Steuer nicht an den Fiskus abgeliefert worden war. Der Arbeiter, der nun zur Kasse gebeten werden sollte, machte geltend, daß er ja seinerseits beim Kauf Mehrwertsteuer an das Automobilwerk abgeliefert hatte, und diese, wenn er schon Umsatzsteuer zahlen sollte, als Vorsteuer von seiner Steuerschuld abzuziehen sei.

Der Bundesfinanzhof entschied in seinem Urteil vom 26.4., daß der Arbeiter mit dem Verkauf des Wagens zum Unternehmer geworden, daher der Umsatz, den er tätigte, steuerpflichtig geworden sei. Er sei als Unternehmer anzusehen, weil er sich planmäßig und unter Ausnutzung der ihm von seinem Arbeitgeber verschafften wirtschaftlichen Position am Automobilmarkt beteiligt habe.

Dr. Rolf Böhme, mittlerweile Staatssekretär im Finanzministerium, ergänzt: ,,Es entspricht dem Wesen der Umsatzsteuer als einer allgemeinen Verkehrs- und Verbrauchssteuer, daß grundsätzlich jeder, der sich planmäßig am Wirtschaftsverkehr beteiligt, als Unternehmer und Steuerpflichtiger behandelt wird. (...) Von diesen Grundgedanken ausgehend hat die Rechtsprechung wiederholt Tätigkeiten, die allgemein mehr dem privaten Bereich zugeordnet werden, im umsatzsteuerlichen Sinne als unternehmerisch beurteilt.''

Ungeachtet der Forderungen der betroffenen Arbeiter und entsprechender Beschlüsse von Betriebsräten will die Bundesregierung das Umsatzsteuerge-

seinem Urteil vom 26.4., daß der Arbeiter mit dem Verkauf des Wagens zum Unternehmer geworden, daher der Umsatz, den er tätigte, steuerpflichtig geworden sei. Er sei als Unternehmer anzusehen, weil er sich planmäßig und unter Ausnutzung der ihm von seinem Arbeitgeber verschafften wirtschaftlichen Position am Automobilmarkt beteiligt habe.

Dr. Rolf Böhme, mittlerweile Staatssekretär im Finanzministerium, ergänzt: ,,Es entspricht dem Wesen der Umsatzsteuer als einer allgemeinen Verkehrs- und Verbrauchssteuer, daß grundsätzlich jeder, der sich planmäßig am Wirtschaftsverkehr beteiligt, als Unternehmer und Steuerpflichtiger behandelt wird. (...) Von diesen Grundgedanken ausgehend hat die Rechtsprechung wiederholt Tätigkeiten, die allgemein mehr dem privaten Bereich zugeordnet werden, im umsatzsteuerlichen Sinne als unternehmerisch beurteilt.''

Ungeachtet der Forderungen der betroffenen Arbeiter und entsprechender Beschlüsse von Betriebsräten will die Bundesregierung das Umsatzsteuerge-

setz zur Anwendung bringen, nach dessen § 1 alle Umsätze aus ,,Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt'', der Umsatzsteuer unterliegen. Der Arbeiter, der den Jahreswagen weiterverkaufen will, muß also auf den Preis die Steuer aufschlagen und ans Finanzamt abliefern. Zwar ab 1.1.1980 nur, wenn er im Jahr mehr als 20000 DM erlöst, aber der höchstrichterliche Spruch offenbart noch mehr.

Wird der Arbeiter in Hinsicht auf § 1 UStG als Unternehmer eingestuft, so wird er es nicht in Hinsicht des § 15 selbigen Gesetzes. Dann nämlich könnte er ,,die ihm von anderen Unternehmern gesondert in Rechnung gestellte Steuer für Lieferungen oder sonstige Leistungen, die für sein Unternehmen ausgeführt worden sind'', als Vorsteuer von seiner Steuerschuld abziehen. Geistreich stellt der Bundesfinanzhof fest, der Arbeiter habe das Auto ja ,,privat'' genutzt – ganz so, als ob die ,,Lieferungen und sonstigen Leistungen'', die der Kapitalist sich beschafft, nicht sein privates Eigentum wären und von ihm nicht privat für seinen privaten Profit genutzt würden.

Es sei daran erinnert, daß der Vorsteuerabzug das Herzstück der Mehrwertbesteuerung ausmacht. Nehmen wir an, ein Kapitalist berechne für die von seinen Arbeitern im Laufe eines Jahres produzierten Waren einen Preis von 1000000 DM, so ist dieser Umsatz mehrwertsteuerpflichtig. Er schlägt auf die 1 Mio. 13% Mehrwertsteuer und kassiert von seinen Kunden 1130000 DM. Die Steuer hat er aber nur im Auftrag seines Staatsapparates kassiert und er schuldet sie jetzt dem Fiskus. Allerdings muß er bei weitem nicht alles abliefern. Denn er kann von seiner Steuerschuld alle Mehrwertsteuer als Vorsteuer abziehen, die er selbst zusätzlich zum Kaufpreis an seine Lieferanten entrichten mußte. Hat er z.B. für 400000 DM Vorleistungen und Maschinen besorgt, so hat er dafür tatsächlich 452000 DM – nämlich plus 13% Mehrwertsteuer – zahlen müssen. Die 52000 DM sind seine Vorsteuer, die er von den 130000 DM Steuerschuld abziehen kann. Also liefert er noch 78000 DM an den Fiskus ab. Seine sämtlichen Einkäufe sind somit steuerfrei.

Zweierlei betont das Urteil des Bundesfinanzhofs. Erstens muß sichergestellt sein, daß der Staatsapparat bei jedem einzelnen Warentausch eingeschaltet ist. Zweitens muß sichergestellt sein, daß die Umsatzsteuer ausschließlich von den Volksmassen zu zahlen sei. Eine Offenbarung der ganzen Niedertracht der Mehrwertsteuer. Tätigt der Kapitalist einen Kauf, um den Kreislauf seines Kapitals fortzusetzen, so bleiben die Elemente seines Produktionsprozesses – selbst wenn er auf erweiterter Basis stattfindet – steuerfrei. Tätigt der Arbeiter einen Kauf, um seine Klasse zu reproduzieren, so zahlt er dafür Steuer.

Die Reproduktion des Kapitals ist steuerfrei, die Reproduktion der Arbeitskraft ist steuerpflichtig. Das steuertechnische Mittel hierzu ist der Vor-

sächlich 452000 DM – nämlich plus 13% Mehrwertsteuer – zahlen müssen. Die 52000 DM sind seine Vorsteuer, die er von den 130000 DM Steuerschuld abziehen kann. Also liefert er noch 78000 DM an den Fiskus ab. Seine sämtlichen Einkäufe sind somit steuerfrei.

Zweierlei betont das Urteil des Bundesfinanzhofs. Erstens muß sichergestellt sein, daß der Staatsapparat bei jedem einzelnen Warentausch eingeschaltet ist. Zweitens muß sichergestellt sein, daß die Umsatzsteuer ausschließlich von den Volksmassen zu zahlen sei. Eine Offenbarung der ganzen Niedertracht der Mehrwertsteuer. Tätigt der Kapitalist einen Kauf, um den Kreislauf seines Kapitals fortzusetzen, so bleiben die Elemente seines Produktionsprozesses – selbst wenn er auf erweiterter Basis stattfindet – steuerfrei. Tätigt der Arbeiter einen Kauf, um seine Klasse zu reproduzieren, so zahlt er dafür Steuer.

Die Reproduktion des Kapitals ist steuerfrei, die Reproduktion der Arbeitskraft ist steuerpflichtig. Das steuertechnische Mittel hierzu ist der Vor-

steuerabzug. Dies ist das ganze Geheimnis der Mehrwertsteuer, die die Große Koalition aus CDU/CSU/SPD eingeführt und die SPD/FDP-Regierung ständig erhöht hat. Zur Forderung nach Erhöhung des Grundfreibetrages der Lohnsteuer und seiner Anbindung an den jährlichen Durchschnittslohn gehört daher die Forderung nach Beseitigung der Mehrwertsteuer.

Schwerbehindertengesetz: profitliche Heuchelei

,,Rehabilitation'' schafft mobiles Millionenheer / Erkämpfte Rechte aufgeweicht

z.mif. Eine solche Wucht haben nach den beiden imperialistischen Kriegen die Kämpfe der Kriegsopfer und ihrer Hinterbliebenen um Entschädigung für die Ruinierung ihrer Gesundheit durch die Bourgeoisie entfaltet, daß die Sozialdemokratie noch nach zehn Jahren Regierungstätigkeit ihnen bestimmte Rechte nicht hat rauben können. Aber sie bereitet das vor. Einen Begriff von der Entschlossenheit der Schwerbeschädigten, von der Bourgeoisie Schadenersatz einzutreiben, wie andererseits von den Schikanen, mit denen die verschiedenen für die Reglementierung der Schwerbeschädigten geschaffenen Instanzen Zahlungen hinauszögern und verweigern, vermittelt die

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit über die Kriegsopferversorgung 1978

Unerledigte Widersprüche zu Beginn	38346
erhobene Widersprüche 1978	91795
erledigte Widersprüche 1978	87577
unerledigt am Jahresende	42564
Dauer der Erledigung bis 6 Mon.	60452
Dauer über 6 Monate	27125
anhängige Klagen Ende 1978	32929

(Bundesarbeitsblatt 6/79)

Noch im Schwerbehindertengesetz 1974 mußte die Sozialdemokratie festlegen, daß jeder Kapitalist, der mehr als 16 Mann ausbeutet, zur Einstellung von mindestens 6% Schwerbehinderten verpflichtet ist; tut er das nicht, muß er eine Ausgleichsabgabe pro nicht eingestelltem Schwerbehinderten von 100 DM monatlich zahlen. Diese Gelder werden von den ,,Hauptfürsorgestellen'' verwaltet, die mehrheitlich (6:4) mit Vertretern der Arbeiter und Angestellten besetzt sind, die aber 40% der Gelder an den ,,Ausgleichsfonds'' des Bundesarbeitsministers abführen müssen. Die Ausgleichsabgabe ,,darf nur für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben verwandt werden'' (§8 Schwerbehindertengesetz).

Damit ist die Grundlage dafür geschaffen, die Masse dieser Gelder wiederum den Kapitalisten in den Rachen zu werfen, wie es Ehrenberg mit bisher drei ,,Sonderprogrammen zur Förderung der Beschäftigung von Schwerbehinderten'' mit insgesamt 280 Mio. DM auch tut. Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie sich mit diesem Gesetz ein wesentliches Werkzeug zur Untergrabung der Rechte der Behinderten geschaffen. Denn in diesem Gesetz werden die Behinderten ohne Unterscheidung nach der Ursache ihrer Behinderung ,,alle gleich'' behandelt, Kriegs- und Industriekrüppel wie Taubstumme. Damit ist die Pflicht der Kapitalisten zur Zahlung bereits unter-

Gelder werden von den ,,Hauptfürsorgestellen'' verwaltet, die mehrheitlich (6:4) mit Vertretern der Arbeiter und Angestellten besetzt sind, die aber 40% der Gelder an den ,,Ausgleichsfonds'' des Bundesarbeitsministers abführen müssen. Die Ausgleichsabgabe ,,darf nur für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben verwandt werden'' (§8 Schwerbehindertengesetz).

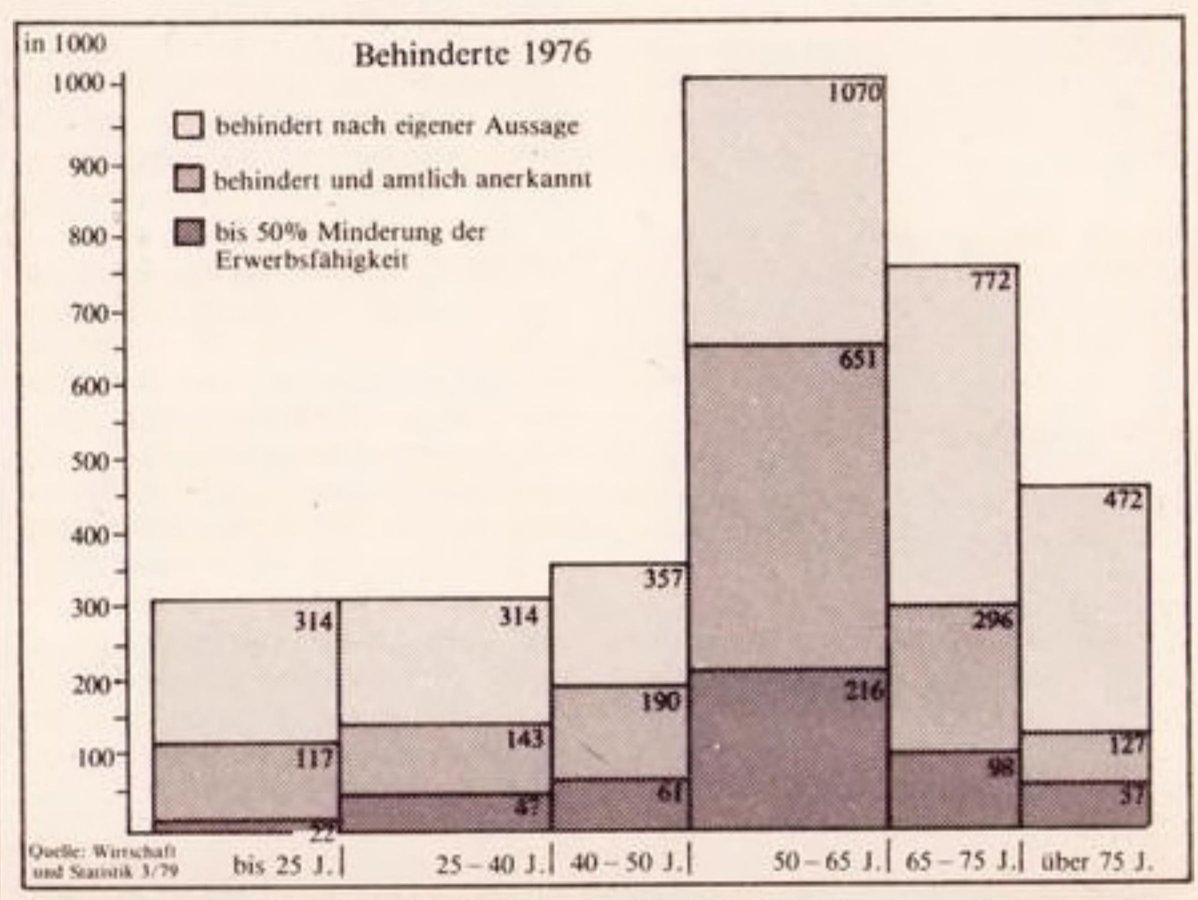
Damit ist die Grundlage dafür geschaffen, die Masse dieser Gelder wiederum den Kapitalisten in den Rachen zu werfen, wie es Ehrenberg mit bisher drei ,,Sonderprogrammen zur Förderung der Beschäftigung von Schwerbehinderten'' mit insgesamt 280 Mio. DM auch tut. Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie sich mit diesem Gesetz ein wesentliches Werkzeug zur Untergrabung der Rechte der Behinderten geschaffen. Denn in diesem Gesetz werden die Behinderten ohne Unterscheidung nach der Ursache ihrer Behinderung ,,alle gleich'' behandelt, Kriegs- und Industriekrüppel wie Taubstumme. Damit ist die Pflicht der Kapitalisten zur Zahlung bereits unter-

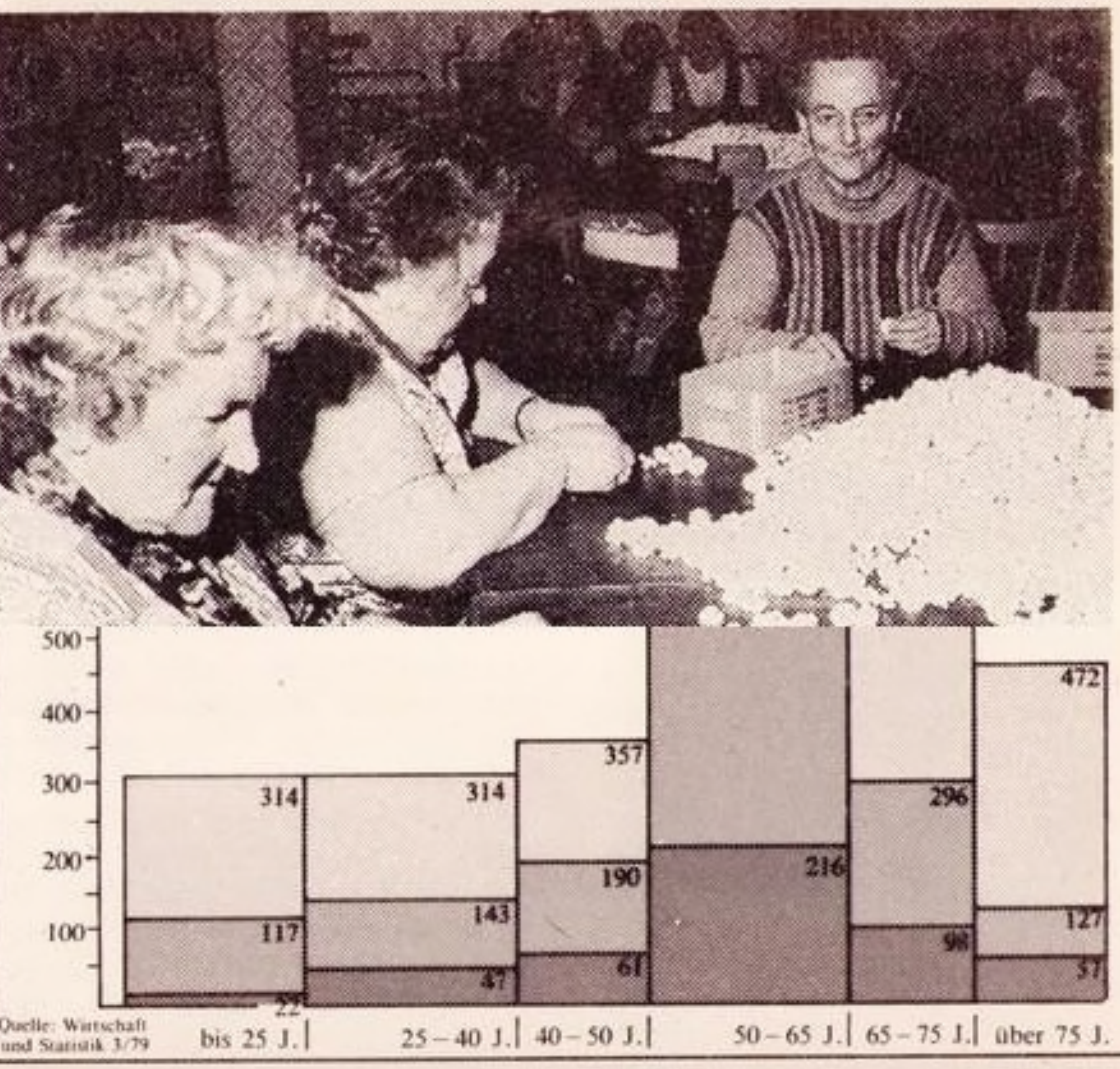
höhlt.

Gleichzeitig wurde auf Grundlage dieses Gesetzes die Zahl der anerkannten Behinderten erheblich erweitert, von 430000 1974 auf über 800000 derzeit. Geschickt angelegt, denn damit ist der Punkt absehbar, wo die Kapitalisten die 6%-Grenze erreichen und die Ausgleichsabgabe entfällt, sich also die ,,Finanzierungsfrage'' stellt. Bei einer Million Pflichtplätze (= 6% beschäftigter Schwerbehinderter) waren im Oktober 1975 623000 besetzt, im Oktober 1977 737000, das sind 4,5%, und die Regierung geht davon aus, daß derzeit mehr als 5% Behinderte beschäftigt werden (Bundestagsdebatte 9.2.79).

Diese riesige Behindertenarmee ist gesetzlich zur Mobilität verpflichtet, und die Regierungskoalition tut alles, um diese Mobilität zu erhöhen. Laut ,,Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation'' (1974) geht ,,Rehabilitation vor Rente'', d.h. wer behindert ist, ist verpflichtet, sich umschulen zu lassen. Zu den ,,medizinischen Leistungen'' auf die der Rehabilitand nach diesem Gesetz Anspruch hat, gehören auch ,,Belastungserprobung und Arbeitstherapie''. 1978 hat der Bundestag die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte auf 61 Jahre ab 1979 und auf 60 Jahre ab 1980 beschlossen – ,,ein Beitrag zur Beschaffung von Arbeitsplätzen auch für Schwerbehinderte'', wie es in der Antwort der Regierung auf die CDU-Anfrage zur Lage der Behinderten heißt (Drucksache 8/2190). 1979 wurde die Gratisfahrt im öffentlichen Nahverkehr beschlossen, die die Regierung bereits 1974 als Gesetzesvorlage eingebracht hatte: weiteres Druckmittel zur Annahme von Arbeit in größerem Umkreis.

Ein besonderes Glanzstück hat die Regierung mit den ,,Werkstätten für Behinderte'' geschaffen, von denen es derzeit 270 mit 35000 Plätzen gibt und die auf 60000 Plätze ausgebaut werden sollen. In ihnen werden vor allem ,,geistig Behinderte'' ausgebeutet, das Betriebsverfassungsgesetz gilt für sie nicht, die Beiträge zur Krankenversicherung betragen nur ein Fünftel des Durchschnittssatzes, und die Rentenversicherung wird von Land und Bund aus Steuergeldern bezahlt. Ehrenberg bereitet derzeit die Vorlage einer einheitlichen ,,Werkstättenverordnung'' vor.







Werkstatt für Behinderte in Straß, Nähe Ingolstadt: Großauftrag für 15 Millionen Flaschenverschlüsse. ,,Seit Inkrafttreten des Schwerbehindertengesetzes hat sich die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Schwerbehinderten fast verdoppelt'' (Ehrenberg, 9.2.79 im Bundestag)



z.rül. **Wenn die Regierung der Provinz Quebec (Kanada) bis Anfang November kein ausreichendes Angebot vorlegt, werden die 300000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst in der ersten Novemberwoche in den Streik treten.** Dieser Beschluß einer Funktionärskonferenz der Gewerkschaft CUPE Anfang September ist ein wichtiger Erfolg der Lohnabhängigen gegen die Hinhaltemanöver der Gewerkschaftsführung. Seit über einem Jahr ist ihr Tarifvertrag ausgelaufen, und sie erhalten nur eine ,,Inflationsanpassung.'' Die Lohnabhängigen fordern einen wöchentlichen Mindestlohn von 265 Dollar (ca. 1785 DM brutto im Monat), 20 Wochen Schwangerschaftsurlaub bei vollem Lohn, Recht auf Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit und auf Verweigerung der Arbeit bei Gesundheits- und Sicherheitsgefährdung. Die Regierung bietet eine Lohnerhöhung von 3,5% an und fordert die Aufhebung der Indexierung, bei einer Inflationsrate von 11% glatte Lohnsenkung. Bereits am 10. Mai und 7. Juni hatten 70000 Lohnabhängige gestreikt, um die Regierung zu einem höheren Angebot zu zwingen. Diese drohte daraufhin mit der gesetzlichen Aufhebung des Streikrechts für Krankenhausbeschäftigte.

z.zik. **Der Streik der 600 Getreidemühlenarbeiter an den Großen Seen kommt den US-Weizenmonopolen mitten in die Erntezeit.** Die Arbeiter, die das Getreide trocknen und in Silos lagern, fordern in ihrem seit zwölf Wochen andauernden Streik die Aufnahme einer Teuerungsklausel in die neu auszuhandelnden Tarifverträge. Ein großer Teil des Getreides aus den nordwestlichen US-Staaten wird über die Großen Seen auf dem kürzesten Weg an den Atlantik und nach Übersee transportiert. Die US-Weizenmonopole schätzen, daß sie den Weltmarktpreis für das jetzt geerntete Getreide um 20% hochdrücken können. Diese Aussicht auf zusätzlichen Profit schwindet: Bereits jetzt muß ein Teil des Getreides auf dem teuren Umweg über den Mississippi in Richtung Atlantik verschifft werden, da der Weg über die Eisenbahn ebenfalls auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Denn die Arbeiter der Rock Island Eisenbahnlinie sind ebenfalls im Streik.

z.hef. **20000 Arbeiter und Angestellte, unter ihnen viele Lehrer, demonstrierten am 13. September in Panama City zur Unterstützung des Streiks der Grund- und Mittelschullehrer.** Seit dem 3. September streiken die 25000 Lehrer in ganz Panama. Die Nationale Lehrervereinigung fordert 50 US-Dollar Lohnerhöhung im Monat, circa 15% bis 24% der jetzigen Löhne (der US-Dollar ist Panamas offizielle Währung). Die Regierung bietet 15 Dollar. Panama ist bei den Imperialisten, vor allem den USA, hoch verschuldet. Die Zentralregierung muß im laufenden Haushalt 190 Mio. Dollar oder *49% ihrer Einnahmen* für Zinsen und Rückzahlungen ausgeben. – Bereits im Mai gab es Massendemonstrationen gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen, der verantwortliche Minister mußte zurücktreten. Im Juni kämpften Gewerkschaften und Studenten gegen die Benzinpreiserhöhungen um 28%. Taxifahrer blockierten die Straßen. Die Regierung mußte schließlich den Benzinpreis um 11% senken und die von Polizei und Militär gegen die Massen angerichteten Schäden zahlen.

z.elb. **Die seit Wochen anhaltenden Streiks der brasilianischen Arbeiter und Angestellten in über zehn Gewerken (s. KVZ 35) waren erfolgreich.** Zum 1.11. werden die Löhne und Gehälter aller gewerkschaftlich Organisierten zwischen 12% und 22% erhöht, die Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen erhalten 22%. Außerdem müssen Kapitalisten und imperialistische Konzerne zwei Mal im Jahr zwischen 50% und 110% der amtlichen Preissteigerungsrate (derzeit 59,9% zum Vorjahr) auf den Lohn zahlen. Durch diesen Erfolg ermutigt, traten die Bankangestellten in Sao Paulo in Streik und leiteten ihn mit einer kämpferischen Demonstration ein.

z.jon. **Die größten Gewerkschaftsverbände Argentiniens, ,,Kommission der 25'' und ,,Nationale Arbeiterkommission'', haben sich zusammengeschlossen.** Sie bilden eine gemeinsame Führung, die anderen Verbänden offensteht. – Bei einer Großrazzia am 26.3.76, kurz nach dem Militärputsch, hatte die Bourgeoisie Hunderttausende Gewerkschafter verhaften und viele liquidieren lassen. 1976 – 78 konnte sie die Löhne nach eigenen Angaben um 50% senken. 1977 bauten die Metallarbeiter und Staatsbediensteten in Lohnstreiks neue Gewerkschaften auf (August 77: Gründung der Kommission der 25). Gewerkschaftliche Organisationen in den Betrieben mußte das Militärregime inzwischen wieder erlauben. Überbetriebliche Organisationen bleiben verboten. Mit dem neuen Verband hat sich die argentinische Arbeiterklasse eine Einheitsgewerkschaft auf nationaler Ebene geschaffen.

z.rua. **Die Gewerkschaft im Hotel- und Gaststättengewerbe Portugals hat die Hotelangestellten zu einem 24stündigen Generalstreik am 19./20.9. aufgerufen.** Zum 30.9. soll der seit 14 Monaten gültige Tarifvertrag gekündigt werden. Seither sind die Preise um ca. 30% gestiegen, am 7.9. traten Preiserhöhungen für Verkehrsmittel, Gas, Wasser, Strom, Baustoffe und Benzin zwischen 17 und 40% in Kraft. Die Hotelangestellten fordern Lohnerhöhungen, die die Preissteigerungen aus-

IG Drupa: Probleme mit der Umgruppierung der Facharbeiter

z.kom. Mit der Umwälzung der Produktion in der Druckindustrie, vor allem der Einführung neuer Lichtsatz- und Datensysteme, führen die Druckkapitalisten den Angriff auf den Facharbeiterlohn, um damit das gesamte Lohnniveau in der Druckindustrie zu senken. Für die gewerkschaftliche Organisation bringt das erheblich Probleme mit sich. Die hochorganisierten Maschinensetzer werden teils abgruppiert, teils in Angestelltenverhältnisse übernommen.

Mit diesem Problem setzte sich ein Seminar der IG Drupa in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung vom 9. – 15. September auseinander.

Ferlemann, 2. Vorsitzender der IG Drupa und Joachim Müller, Mitglied des Hauptvorstandes, Abteilung Tarifpolitik, gaben als Parole aus, daß der „Facharbeiterstatus" zu erhalten sei und ausgebaut werden müsse: „Drei Kollegen für drei Arbeitsplätze", die verschiedene Qualifikationen voraussetzen. Diese drei Kollegen sollten sich untereinander abwechseln. Damit würde der Facharbeiterstatus erhalten und erweitert werden. In der Praxis wird dieser Vorschlag dazu führen, daß jeweils eine Entwertung der einzelnen Tätigkeiten und eine Intensivierung der Arbeit einsetzt.

Nur so könne dann auch die Kampfkraft erhalten bleiben. Obwohl dieser Vorschlag unterstützt wurde, setzte sich doch in der Debatte durch, wie die Einheit der Belegschaften im Kampf gegen die Kapitalisten hergestellt werden kann. Übereinstimmend stellten die anwesenden Betriebsräte fest, daß es nötig sei, daß die Kündigungsfristen für die Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte vereinheitlicht werden, sowie bundeseinheitlich abgeschlossen werden. Die Altersstufen in den Tarifverträgen sollten abgeschafft werden. Da zwecks Intensivierung der Ausbeutung verstärkt Teilzeitarbeiter eingestellt werden, müßte man das Verbot der Teilzeitarbeit, zunächst auf jeden Fall eine Quotierung der Teilzeitarbeit tarifvertraglich festlegen. Müller vom Haupvorstand hat diese Forderung unterstützt und sich ebenfalls für die Versicherungspflicht der Teilzeitarbeit eingesetzt.

Gegen die Überstundenschinderei traten die Teilnehmer ein für eine feste Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden gesetzlich in der Arbeitszeitordnung sowie ein Verbot der Überstunden bei Nacht- und Schichtarbeit. Gesundheitlich sei die Nachtarbeit eh so schädlich, daß sie verboten gehört, faßte eine Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse zusammen. Zum „heißen Eisen", Festgeldforderungen als nötiges Mittel gegen die Senkung des Lohnstandards, so eine Arbeitsgruppe, wollte sich das anwesende Vorstandsmitglied Müller lieber nicht äußern.

Manteltarifverhandlungen für Auszubildende im öffentlichen Dienst am 29.11.79 werden vorbereitet

z.eve. Die ca. 200000 Auszubildenden im öffentlichen Dienst haben mit der Unterstützung der erwachsenen Beschäftigten erreicht, daß der Dienstherr sich für November auf den 1. Verhandlungstermin zum Jugendmanteltarifvertrag festlegen lassen mußte. Schon auf der Bundesjugendkonferenz der ÖTV 1976 hatten verschiedene Landesjugendverbände den Antrag auf Kündigung des jetzt noch bestehenden Manteltarifvertrags gestellt. Die Bezirksjugendkonferenz Westberlin und Weser-Ems hatten Beschlüsse eingebracht, daß die Krankenpflegeschüler in den Manteltarifvertrag einbezogen werden müssen. Die Bezirksjugendkonferenz Weser-Ems hatte das generelle Verbot der Überstundenarbeit für Auszubildende im Manteltarifvertrag gefordert und auch 6 Wochen Urlaub. Im Dezember 1978 wurde dann der Manteltarifvertrag von der ÖTV gekündigt, und im Mai 1979 hat der Hauptvorstand der ÖTV einen eigenen Entwurf für einen neuen Manteltarifvertrag herausgegeben. Die Durchsetzung dieses Entwurfs wäre für

le ausgebildeten Jugendlichen sind in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen, das dem erlernten Beruf entspricht. Es sind aber auch die Forderungen: Keine Nachtarbeit, keine Akkord-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit enthalten, keine Überstunden für Auszubildende und daß die Auszubildenden nicht auf die Stellenpläne angerechnet werden dürfen. Im ganzen Bundesgebiet beschließt die ÖTV-Jugend, den Entwurf durch Aktionen und Veranstaltungen zu unterstützen. So der ÖTV-Kreisjugendausschuß Mannheim, der für den 29.11. einen Aktionstag beschlossen hat, so die Bereichsmitgliederversammlung Gesundheitswesen Hamburg, die den Bezirksjugendausschuß und das Jugendsekretariat der ÖTV auffordert, eine Veranstaltungsreihe zu organisieren, auf der auch das Verbot der Akkord-, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit verhandelt werden soll. Das Jugendsekretariat Kiel führt eine Unterschriftensammlung durch, und die Kreisjugendkonferenz Flensburg hat den KJA Flensburg aufgefordert, Maßnahmen und Schrit-

Die Fährarbeiter von Romö – Sylt kämpfen gegen die Förde-Reederei und die dänischen Kapitalisten

z.bag. Aarhus. Viereinhalb Monate dauert inzwischen der Kampf, den Matrosen und Restaurationspersonal der Fähre Romö – Sylt gegen die Flensburger Förde-Reederei führen, um kollektive Tarifverträge durchzusetzen. Die Förde-Reederei kaufte die beiden Schiffe des bankrotten dänischen Lindinger-Konzerns, flaggte sie nach Zypern aus und bot den Fährarbeitern Einzelverträge an, in denen alle tariflich erkämpften Regelungen des Lohns, der Arbeitszeit und der Sozialversicherung außer Kraft gesetzt sind. Bei den Fähren handelt es sich um sogenannte Schnapsdampfer (für dänische Touristen) bzw. Butterschiffe (für deutsche Touristen), die enorme Gewinne aus dem Verkauf „zollfreier Waren" ziehen. Das Geschäft konzentriert sich auf die vier Sommermonate, wo die Reederei drei Viertel ihres jährlichen Profits macht und die Arbeit an Bord nur mit maßloser Überstundenschinderei bewältigt werden kann. Daneben transportieren die Fähren Personenwagen und Waren auf Lastautos zur und von der Insel Sylt. Auch deutsche Laster benutzen häufig diese Route, die zwar ein Umweg, aber billiger als der Transport mit der Bundesbahn über den Hindenburgdamm ist. Eine Doppelfahrt mit der Fähre Romö – Sylt kostet für einen PKW 83 Kronen, über den Hindenburgdamm 206. Bei Lastwagen ist der Preisunterschied noch größer: 187 Kronen auf der Fähre statt 665 Kronen.

Die Fährarbeiter haben mit Blockadeposten am Hafen von Havneby erreicht, daß seit Mai die Zahl der Passagiere um die Hälfte zurückging und rechnen, daß die Reederei damit über 10 Mio. Kronen (rd. 3,3 Mio. DM) verloren hat.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung hat den Kampf der Fährarbeiter von Anfang an unterstützt. Ende August beschloß der Gewerkschaftsbund (LO), daß 10 Einzelgewerkschaften für die Einstellung aller lebenswichtigen Lieferungen und Dienstleistungen für die Förde-Reederei sorgen sollten, und zwar nicht nur auf der Route Romö – Sylt, sondern auch in der Flensburger Förde. Als erster Schritt sollten die Gewerkschaften HK (Handel und Büro) und der Spezialarbeiterverband SiD die Lieferung von Proviant an die Schiffe der Förde-Reederei verhindern und die Typographen sich weigern, Reklameannoncen für die Bus- und Schiffsunternehmen der Förde-Reederei zu drucken. Dieser Beschluß des Gewerkschaftsbundes, den Kampf auszuweiten, gab der Bewegung für die Durchsetzung der kollektiven Tarifverträge, die mehr und mehr zu einer Prinzipiensache für die Erhaltung des erkämpften Lohnstandards und der erkämpften Rechte der dänischen Arbeiterbe-

fangs mit Polizei und Arbeitsgericht drauflosschlagen ließ, versucht sie inzwischen, den Widerstand der Fährarbeiter mit der Taktik des Aushungerns zu brechen. Sie zog die eine der Fähren aus dem Verkehr, um sie nach einer Reparatur vermutlich als Schnapsschiff zwischen Sönderborg und Flensburg einzusetzen. Für das andere Schiff führte sie einen Monat früher als gewöhnlich den Winterfahrplan ein. Es ist also momentan sehr ruhig am Anleger von Havneby.

Mit der Ankündigung des dänischen Gewerkschaftsbundes, den Boykott auszuweiten, wurde eine neue Front in diesem Kampf eröffnet: gegen die dänischen Handelskapitalisten. Der Boykott bedrohte vor allem die Treibstofflieferanten und die Produzenten und Lieferanten von Fleisch, Butter, Käse, Bier und Tabak. Einzelne Kapitalisten wurden durch den Beschluß der Gewerkschaften sogar in ihrer Existenz bedroht, so die Schiffsausrüstungsfirma Dencker in Sönderborg. Die Zeitungen schrieben, daß sie schließen müsse, weil der Hauptteil ihrer Lieferungen an die Förde-Reederei geht. Die dänischen Kapitalisten haben unter dem Druck der Arbeiterbewegung kurzfristig ihre Konkurrenz aufgehoben; sowohl untereinander wie auch zusammen mit der deutschen Förde-Reederei sind sie sich einig geworden gegen die Fährarbeiter. Als Schützenhilfe für die Förde-Reederei von deutscher Seite aus wird man wohl den Plan der schleswig-holsteinischen FDP verstehen müssen, die Sache vor den Bundestag zu bringen. Wie sich die Lage in der Transportbranche zur Zeit zuspitzt (im letzten Jahr der lange Streik der Arbeiter in den norddeutschen Seehäfen, jetzt der Streik der 8000 Hafenarbeiter in Rotterdam und Amsterdam), wie sich außerdem die Termine für die nächsten Tarifkämpfe nähern, kann man sich vorstellen, daß die Bundesregierung daran interessiert ist, daß der Kampf auf der Romö – Sylt-Route nicht mit einer Niederlage der Förde-Reederei endet.

Der dänische Gewerkschaftsbund hat sich von der Klage vor dem Arbeitsgericht vorläufig stoppen lassen: Die Kapitalisten haben das Gesetz auf ihrer Seite. Die ÖTV und sogar die DAG haben es abgelehnt, mit der Förde-Reederei über die Tarifverträge zu verhandeln und damit dem Kampf der dänischen Seemannsgewerkschaft in den Rücken zu fallen. Der ÖTV-Vorstand hat auch direkt eine Solidaritätsadresse an die dänischen Kollegen geschickt. Als der Kreisjugendausschuß des DGB Hamburg eine Veranstaltungsreihe in mehreren norddeutschen Städten zur Unterstützung des Kampfes der dänischen Seeleute vorschlug, hat der ÖTV-Hauptvorstand anfangs zugestimmt, als der dänische Kapitalistenverband die Sache vors Arbeitsgericht brachte, jedoch abgelehnt.

Die Fährarbeiter fordern Anfang dieser Woche den Vorstand ihrer Gewerkschaft auf, sofort mit der ÖTV in Verhandlungen zu treten, um sich über ein weiteres, gemeinsames Vorgehen zu einigen. Die dänische Gewerkschaftsjugend berät zur Zeit Maßnahmen, um die Busfahrten der Förde-Reederei zu stoppen. Die dänischen Typographen haben die Klage der Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht scharf angegriffen: „Es muß aufs schärfste zurückgewiesen werden, daß der dänische Unternehmerverband auf diese Weise der Förde-Reederei zur Seite springt. Die Mitglieder der Typographen-Gewerkschaft sind aber auch unzufrieden damit, daß die Führung des Gewerkschaftsverbandes akzeptiert, daß der Protest der Arbeitgeber die angekündigte Blockade vorläufig außer Kraft setzen kann." (Land og Folk, 20.9.) Die lokalen Gewerkschaftsgruppen stehen nach wie vor bereit und warten auf das Startsignal von LO für die Ausweitung der Blockade. Der Spezialarbeiterverband der Insel Alsen ruft jetzt zum Boykott der Förde-Reederei auf allen Routen, auch in der Flensburger Förde, auf. Die Fährarbeiter selbst halten an der Ausweitung des Boykotts fest.



öffentlichen Dienst am 29.11.79 werden vorbereitet

z.eve. Die ca. 200000 Auszubildenden im öffentlichen Dienst haben mit der Unterstützung der erwachsenen Beschäftigten erreicht, daß der Dienstherr sich für November auf den 1. Verhandlungstermin zum Jugendmanteltarifvertrag festlegen lassen mußte. Schon auf der Bundesjugendkonferenz der ÖTV 1976 hatten verschiedene Landesjugendverbände den Antrag auf Kündigung des jetzt noch bestehenden Manteltarifvertrags gestellt. Die Bezirksjugendkonferenz Westberlin und Weser-Ems hatten Beschlüsse eingebracht, daß die Krankenpflegeschüler in den Manteltarifvertrag einbezogen werden müssen. Die Bezirksjugendkonferenz Weser-Ems hatte das generelle Verbot der Überstundenarbeit für Auszubildende im Manteltarifvertrag gefordert und auch 6 Wochen Urlaub. Im Dezember 1978 wurde dann der Manteltarifvertrag von der ÖTV gekündigt, und im Mai 1979 hat der Hauptvorstand der ÖTV einen eigenen Entwurf für einen neuen Manteltarifvertrag herausgegeben. Die Durchsetzung dieses Entwurfs wäre für
die Auszubildenden im öffentlichen Dienst eine große Erleichterung. Die Schwerpunktforderungen sind: der MTV-A muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten; bei Stufenausbildung muß die Ausbildung alle Ausbildungsstufen umfassen; die Probezeit ist auf einen Monat zu verkürzen; der Arbeitgeber hat alle Ausbildungskosten zu übernehmen; al-

le ausgebildeten Jugendlichen sind in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen, das dem erlernten Beruf entspricht. Es sind aber auch die Forderungen: Keine Nachtarbeit, keine Akkord-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit enthalten, keine Überstunden für Auszubildende und daß die Auszubildenden nicht auf die Stellenpläne angerechnet werden dürfen. Im ganzen Bundesgebiet beschließt die ÖTV-Jugend, den Entwurf durch Aktionen und Veranstaltungen zu unterstützen. So der ÖTV-Kreisjugendausschuß Mannheim, der für den 29.11. einen Aktionstag beschlossen hat, so die Bereichsmitgliederversammlung Gesundheitswesen Hamburg, die den Bezirksjugendausschuß und das Jugendsekretariat der ÖTV auffordert, eine Veranstaltungsreihe zu organisieren, auf der auch das Verbot der Akkord-, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit verhandelt werden soll. Das Jugendsekretariat Kiel führt eine Unterschriftensammlung durch, und die Kreisjugendkonferenz Flensburg hat den KJA Flensburg aufgefordert, Maßnahmen und Schrit-
te zur Durchsetzung der Forderungen der ÖTV einzuleiten. Auch die Kreisdelegiertenkonferenz Göttingen hat schon im Juli beschlossen, Informationsveranstaltungen zum MTV-A durchzuführen, weiter unterstützen sie, daß die ÖTV nicht nur die Krankenpflegeschüler im Manteltarif haben will, sondern auch die Auszubildenden in der Forstwirtschaft.

reicht, daß seit Mai die Zahl der Passagiere um die Hälfte zurückging und rechnen, daß die Reederei damit über 10 Mio. Kronen (rd. 3,3 Mio. DM) verloren hat.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung hat den Kampf der Fährarbeiter von Anfang an unterstützt. Ende August beschloß der Gewerkschaftsbund (LO), daß 10 Einzelgewerkschaften für die Einstellung aller lebenswichtigen Lieferungen und Dienstleistungen für die Förde-Reederei sorgen sollten, und zwar nicht nur auf der Route Romö – Sylt, sondern auch in der Flensburger Förde. Als erster Schritt sollten die Gewerkschaften HK (Handel und Büro) und der Spezialarbeiterverband SiD die Lieferung von Proviant an die Schiffe der Förde-Reederei verhindern und die Typographen sich weigern, Reklameannoncen für die Bus- und Schiffsunternehmen der Förde-Reederei zu drucken. Dieser Beschluß des Gewerkschaftsbundes, den Kampf auszuweiten, gab der Bewegung für die Durchsetzung der kollektiven Tarifverträge, die mehr und mehr zu einer Prinzipiensache für die Erhaltung des erkämpften Lohnstandards und der erkämpften Rechte der dänischen Arbeiterbe-
wegung wurde, neuen Aufschwung. Am 1.9. demonstrierten 2500 Arbeiter mit Delegationen von 140 lokalen Gewerkschaftsgruppen aus dem ganzen Land auf Romö für die Forderungen der Matrosen und des Restaurationspersonals (s. Bild). Der Kampf ist heute jedoch in einer kritischen Situation.

Nachdem die Förde-Reederei an-

Bundestag zu bringen. Wie sich die Lage in der Transportbranche zur Zeit zuspitzt (im letzten Jahr der lange Streik der Arbeiter in den norddeutschen Seehäfen, jetzt der Streik der 8000 Hafenarbeiter in Rotterdam und Amsterdam), wie sich außerdem die Termine für die nächsten Tarifkämpfe nähern, kann man sich vorstellen, daß die Bundesregierung daran interessiert ist, daß der Kampf auf der Romö – Sylt-Route nicht mit einer Niederlage der Förde-Reederei endet.

Protest der Arbeitgeber die angekündigte Blockade vorläufig außer Kraft setzen kann." (Land og Folk, 20.9.) Die lokalen Gewerkschaftsgruppen stehen nach wie vor bereit und warten auf das Startsignal von LO für die Ausweitung der Blockade. Der Spezialarbeiterverband der Insel Alsen ruft jetzt zum Boykott der Förde-Reederei auf allen Routen, auch in der Flensburger Förde, auf. Die Fährarbeiter selbst halten an der Ausweitung des Boykotts fest.



Seit viereinhalb Monaten streiken die dänischen Fährarbeiter; am 1.9. demonstrierten auf Romö 2500 Arbeiter für die Durchsetzung kollektiver Tarifverträge

---

gleichen und die Anhebung der Renten, die häufig unter dem Existenzminimum liegen. Im ersten Halbjahr 1979 stieg die Zahl der Touristen um 31%. Die Zahl der Beschäftigten im Hotelgewerbe ist rückläufig. Um der verschärften Ausbeutung Schranken zu setzen, fordern die Hotelangestellten das Inspektionsrecht der Gewerkschaft in den Betrieben.

z.jon. **Bei Demonstrationen für das Sonntagsarbeitsverbot wurden in Madrid am 9.9. zwölf Brotausfahrer verhaftet.** Die Demonstranten versperrten die Zufahrt zum Sitz des Zivilgouverneurs mit Lieferwagen und kippten Brot auf die Straße. Die Brotausfahrer sind „selbständig". Sie liefern die Waren der Brotfabrikanten gegen eine Kommission von 5% an den Handel aus. Mit dieser niedrigen Bezahlung werden sie zur Sonntagsarbeit gezwungen. Sie fordern: Sonntags frei, Organisierung eines Sonntagsnotdienstes von 10% des normalen Umfangs durch die Fahrer selbst, Verbot der Sonntagsarbeit in den Supermärkten, Erhöhung der Kommission.

z.pel. **„Die starke Mobilisierung zur Kundgebung gestern vormittag zeigt, daß es zweifellos schwierig sein wird, den Lohnabhängigen das Recht auf Sonntagsruhe zu nehmen."** Der „Figaro" bläst zum zeitweiligen Rückzug, nachdem der französische Handelsminister am Tag der gewerkschaftlichen Großkundgebung gegen die Einführung von Sonntagsarbeit im Einzelhandel erklären mußte, es beständen *gegenwärtig* keine Pläne, die Kaufhäuser sonntags zu öffnen. Ca. 15000 hatten sich am Freitag vormittag vor dem Arbeitsministerium versammelt und ihre Entschlossenheit bekundet, das Regierungsprojekt zu Fall zu bringen. Am Donnerstag wie am Freitag vormittag war in allen Pariser Großkaufhäusern gestreikt worden. Verschiedentlich wurde die Bezahlung der Streikstunden durchgesetzt.

z.ulg.Rom. **Die Gewerkschaften der italienischen Handelsbeschäftigten haben am 14.9. auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz die Tarifforderungen aufgestellt.** Der alte Tarif ist am 30.6. ausgelaufen. Die Gewerkschaften fordern 25000 Lire (57 DM) für alle gleich sowie weitere durchschnittlich 30000 Lire, auf die aber teilweise außertarifliche Zahlungen angerechnet werden sollen. Heute verdient eine Verkäuferin rund 350000 Lire (790 DM) netto. Weiter wird eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden, vor allem aber ein zusammenhängender Normalarbeitstag gefordert. Bisher haben die Lohnabhängigen oft bis zu vier Stunden „Mittagspause". Ein Vorschlag der Gewerkschaftsführung, im neuen Tarifvertrag Teilzeitarbeit vorzusehen, ist von den Delegierten mehrheitlich abgelehnt worden. Schließlich werden gewerkschaftliche Rechte für die Kleinbetriebe gefordert.

z.scc. **22.9.1979. Nach vier Wochen Streik haben die Rotterdamer Hafenarbeiter heute beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.** Ihre Forderungen, vor allem nach einer Lohnerhöhung von 30 hfl netto/Woche, haben sie nicht durchsetzen können. Durchgesetzt haben sie, zusätzlich zum ursprünglichen Tarifvertrag, einen Zuschlag von 28,50 hfl brutto/Woche ab 1.7.79. – Die Ursachen der Niederlage? Nachdem in der vierten Streikwoche die Front der Kapitalisten zu bröckeln begann, bot die Gewerkschaftsführung, die den Streikenden vier Wochen lang jede Unterstützung verweigert hatte, für „Arbeitswillige" eine Zahlung von 550 hfl. Am Freitag nahmen daraufhin 600 bis 800 Arbeiter die Arbeit auf, die Aushungerungstaktik zeigte Wirkung. Um den Zusammenbruch der Streikfront zu verhindern, rief die Streikleitung zum organisierten Abbruch auf. Auch deshalb, um zu verhindern, daß die Kapitalisten, wie bereits angekündigt, einen Teil der Streikenden entlassen können. – Die Schlepperbesatzungen von Smit, die seit dem 23.8. streiken, beschlossen, ihren Streik für 50 hfl/Woche fortzusetzen.

z.rül.London. **Am 19.9. legte eine Konferenz der Vertrauensleute von British Leyland die Forderungen für den am 1. November auslaufenden Tarifvertrag der 165000 Lohnabhängigen von BL fest:** 24 Pfund Lohnerhöhung die Woche (ca. 433 DM brutto im Monat) und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden. Gegenwärtig verdienen die BL-Arbeiter (ohne Überstunden) zwischen 73 und 89 Pfund die Woche, das sind 1328 bis 1619 DM brutto im Monat. Dieser Beschluß ist die Antwort auf die ständigen Lohnsenkungen, die die BL-Kapitalisten mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung in den letzten Jahren durchsetzen konnten. Auf sechs Pfund, dann vier Pfund und im letzten Jahr 5% hatten sie die nominale Lohnerhöhung begrenzen können, während sie gleichzeitig seit Mitte 1978 über 18000 Arbeiter entließen und die übrigen zu immer höherer Arbeitsleistung zwangen. Erst vorletzte Woche gaben die BL-Kapitalisten einen neuen Rationalisierungsplan bekannt: Danach sollen bis 1981 weitere 25000 Arbeiter entlassen und mit den verbleibenden Arbeitern bis 1984 die Produktion von 797000 (1978) auf über 900000 Wagen erhöht werden. Nur so könne der Konzern, dessen Marktanteil in Britannien von 1971 etwa 40% auf inzwischen 20% gefallen ist und der im ersten Halbjahr einen Profit von 20,1 Mio. Pfund erzielt habe, sich gegen die Konkurrenz behaupten, erklärten sie. Auf einer Konferenz am 14.9. lehnten die Vertrauensleute der 75000 Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft TGWU bei BL diese Entlassungen einstimmig ab und forderten die TGWU-Führung zur Unterstützung aller Kampfmaßnahmen der BL-Arbeiter gegen die geplanten Entlassungen auf. Mit dem jetzigen Beschluß der BL-Vertrauensleute über ihre Lohnforderung verstärken die britischen Automobilarbeiter ihren Widerstand gegen die dauernden Lohnsenkungen. Bereits seit Juni streiken 5500 Arbeiter bei Chrysler für eine Lohnerhöhung von 20 Pfund. Seit zwei Wochen streiken 8000 Vauxhall-Arbeiter (General Motors) für eine 25%-Lohnerhöhung.

Aushilfslehrer in Frankreich fordern Übernahme ins Beamtenverhältnis

z.zik.Paris. Die erste Woche des neuen Schuljahres in Frankreich begann mit einem Aufschwung der Kämpfe gegen das Schulsystem. Im Departement Val d'Oise fordern Lehrer, Schüler und Eltern die Öffnung von geschlossenen Klassen. Im Departement Eure-et-Loire sind in vier Städten Schulen besetzt und wird die Einstellung von mehr Lehrern gefordert. In Grenoble, Nantes, Straßburg, Créteil und Versailles fanden am 20.9. Kundgebungen gegen die Nichteinstellung von mehreren tausend Aushilfslehrern statt. Fast 40% von ihnen waren nach Schätzung der Lehrergewerkschaft SNES bis zum 20.9. noch nicht eingestellt, der Schulanfang war am 17.9. Diese nichtbeamteten Aushilfslehrer machen einen beträchtlichen Anteil an der Gesamtzahl der Lehrer aus.

Schuljahr 1978/79

Elementarschulen	
Nichtbeamtete Aushilfslehrer	14296
Beamtete Teilzeitlehrer	16144
Zusammen in % aller Lehrer	9,5%
Sekundarschulen	
Nichtbeamtete Aushilfslehrer	47400
Beamtete Halbzeitlehrer	13051
Zusammen in % aller Lehrer	21,7%

(Elementarschulen: Vorschulen und Schulen bis zum 11. Lebensjahr; Sekundarschulen: Berufsschulen, Oberschulen, Fachoberschulen)

Von den 47400 nichtbeamteten Aushilfslehrern im Sekundarzweig waren im Schuljahr 78/79 37541 das ganze Jahr über angestellt, die übrigen fast 10000 nur zeitweise als Vertretung, Aufsicht oder mit Schreibarbeit beschäftigt. Sie sind das ganze Jahr auf Achse, gezwungen, von Schulamt zu Schulamt zu reisen, um für ein paar Unterrichtsstunden zu hausieren. Drei, vier Umzüge pro Jahr sind bei den Aushilfslehrern keine Seltenheit. Die gewerkschaftliche Organisierung ist unter diesen Umständen erheblich erschwert.

Hat ein Aushilfslehrer das Glück, ein Vollzeitdeputat zu bekommen, so kommt er im Durchschnitt auf umgerechnet 1404 DM brutto im Monat. Bekommt er eine Halbzeitdeputatstelle, und dies oft noch auf mehrere Schulen und auf mehrere Orte verteilt, erhält er auch nur die Hälfte des Lohns. Wird er als Vollzeitaufsicht eingestellt, verdient er in Paris 1376, in der Provinz 1315 DM brutto. Der Lohn derjenigen, die weniger als ein Halbzeitdeputat (acht bis neun Stunden) haben, liegt entsprechend noch niedriger.

Der Druck, der von diesen rechtlosen und im Lohn gedrückten Aushilfslehrern auf den Lohn aller Lehrer ausgeht, ist enorm. Ein als Grundschullehrer beamteter Lehrer (in dieser Gruppe sind die meisten Lehrer eingesteilt) verdient in Paris gerade 1634 DM brutto, in der Provinz 1428 DM im ersten Dienstjahr. Der Zwang, Überstunden zu machen, ist entsprechend.

Gegen den Einsatz als Lohndrücker fordern die Aushilfslehrer die Einstellung und Übernahme in das Beamtenverhältnis.

68 Studenten fordern die Abschaffung des obligatorischen kleinen Latinums

z.ana. 68 Studenten aus den drei Lateinferienkursen an der Hamburger Universität fordern in einem Brief an den Oberschulrat Kurig von der Schulbehörde: Weg mit dem obligatorischen kleinen Latinum. – Der Prüfungstext soll einer der Texte sein, die im Kurs behandelt worden sind. – Sofortige Abschaffung der Prüfungsgebühr von 50 DM. Die Lehrerprüfungsordnung für höheres Lehramt schreibt den Lehrerstudenten – neben zwei modernen Fremdsprachen – im Fach Geschichte das kleine Latinum bis zur Zwischenprüfung vor und den Studenten, die Sprachen studieren, bis zum Examen. Seit Semestern ist die Bewegung dagegen stärker geworden, unterstützt von den Fachschaftsräten und Vollversammlungen.

Ende Wintersemester 1977/78 waren 65% durch die Prüfung gefallen und ein Semester später 55%. Ihnen war ein handschriftlicher Text in der mündlichen Prüfung vorgesetzt worden. Damals hatten die Studenten Kurig auch schon einen Brief geschrieben. Dieser

Studenten durch. Das waren 33%.

Das kleine Latinum ist unter den Studenten äußerst verhaßt. In der mündlichen Prüfung darf man sich nicht gegenseitig unterstützen. Für jeden Studenten gibt es einen anderen Text. Drei Studenten sind gleichzeitig in der Prüfung vor den drei Prüfern. Während der erste geprüft wird, müssen die beiden anderen zuhören. Danach sind sie dran. Ein Text von 70 Wörtern muß in 15 Minuten vorbereitet und dann fließend übersetzt werden. Wörterbücher sind in der mündlichen Prüfung nicht erlaubt. Vokabeln müssen bei den Prüfern gefragt werden. Wer viel fragt, fällt gleich auf. In der Klausur schnüffelt die Aufsicht in den Wörterbüchern nach Aufzeichnungen der Studenten. Die Klausuren werden in einer Schule geschrieben und die Studenten auf zwei, drei Räume verteilt.

Die Reformisten konnten nach einigem Zögern mitgezogen werden, wandten sich aber gegen die Forderung: Weg mit der alphabetischen Sitzordnung – Für freie Sitzordnung. ,,Da könnte

im Schuljahr 78/79 37541 das ganze Jahr über angestellt, die übrigen fast 10000 nur zeitweise als Vertretung,

fordern die Aushilfslehrer die Einstellung und Übernahme in das Beamtenverhältnis.

68 Studenten fordern die Abschaffung des obligatorischen kleinen Latinums

z.ana. 68 Studenten aus den drei Lateinferienkursen an der Hamburger Universität fordern in einem Brief an den Oberschulrat Kurig von der Schulbehörde: Weg mit dem obligatorischen kleinen Latinum. – Der Prüfungstext soll einer der Texte sein, die im Kurs behandelt worden sind. – Sofortige Abschaffung der Prüfungsgebühr von 50 DM. Die Lehrerprüfungsordnung für höheres Lehramt schreibt den Lehrerstudenten – neben zwei modernen Fremdsprachen – im Fach Geschichte das kleine Latinum bis zur Zwischenprüfung vor und den Studenten, die Sprachen studieren, bis zum Examen. Seit Semestern ist die Bewegung dagegen stärker geworden, unterstützt von den Fachschaftsräten und Vollversammlungen.

Ende Wintersemester 1977/78 waren 65% durch die Prüfung gefallen und ein Semester später 55%. Ihnen war ein handschriftlicher Text in der mündlichen Prüfung vorgesetzt worden. Damals hatten die Studenten Kurig auch schon einen Brief geschrieben. Dieser hatte die Forderungen als ,,Wünsche'' bezeichnet. Schlechte Vorbereitung der Studenten sei schuld, wenn so viele durchfallen. Die Schulbehörde stand aber unter Druck. In der dreistündigen Klausur waren statt wie üblich 180 Wörter 140 zu übersetzen. Es fielen 24

Studenten durch. Das waren 33%.

Das kleine Latinum ist unter den Studenten äußerst verhaßt. In der mündlichen Prüfung darf man sich nicht gegenseitig unterstützen. Für jeden Studenten gibt es einen anderen Text. Drei Studenten sind gleichzeitig in der Prüfung vor den drei Prüfern. Während der erste geprüft wird, müssen die beiden anderen zuhören. Danach sind sie dran. Ein Text von 70 Wörtern muß in 15 Minuten vorbereitet und dann fließend übersetzt werden. Wörterbücher sind in der mündlichen Prüfung nicht erlaubt. Vokabeln müssen bei den Prüfern gefragt werden. Wer viel fragt, fällt gleich auf. In der Klausur schnüffelt die Aufsicht in den Wörterbüchern nach Aufzeichnungen der Studenten. Die Klausuren werden in einer Schule geschrieben und die Studenten auf zwei, drei Räume verteilt.

Die Reformisten konnten nach einigem Zögern mitgezogen werden, wandten sich aber gegen die Forderung: Weg mit der alphabetischen Sitzordnung – Für freie Sitzordnung. ,,Da könnte man ja gleich an Kurig schreiben, daß man besser mogeln will'', war ihre Meinung. Am 8. Oktober finden die Klausuren statt. Zusammen mit der Institutsgruppe Sprachwissenschaft bereiten die Studenten diese Auseinandersetzung vor.

Demonstration gegen die Jugendpolizei

z.vol. Am 15.9. demonstrierten 500 Jugendliche und Sozialarbeiter gegen den Aufbau einer Jugendpolizei durch den Innenminister Hirsch in NRW. Die Demonstration war organisiert von verschiedenen Gruppen aus Jugendzentren in Köln, dem Ruhrgebiet und Bielefeld. ,,Weg mit der Jugendpolizei, Rücknahme der Erlasse des Innenministeriums zur Jugendpolizei, Selbstverwaltung der Jugendzentren, Zeugnisverweigerungsrecht der Sozialarbeiter'', dies waren die Hauptforderungen auf der Demonstration.

Vor der Demonstration haben in Gelsenkirchen 150 Jugendliche von der Stadt gefordert, die Gelder für das selbstverwaltete Jugendzentrum Komic sofort zu zahlen. Die Forderungen der Demonstration sind von den Fachgruppen für Sozialarbeit in Essen und Dortmund unterstützt worden. Die Bezirksabteilung der ÖTV für Sozialarbeit im nördlichen NRW hat die Rücknahme der Erlasse gefordert.

In Essen hat der ÖTV-Kreisjugendausschuß eine Podiumsdiskussion zum Kampf gegen die Jugendpolizei organisiert. Der Spaltungsversuch des Stadtrats, den Kampf gegen die Jugendpolizei in eine Bewegung für mehr Sozialarbeiter umzubiegen, konnte zurückgewiesen werden.



Eckdaten zur Neuordnung der Metallberufe

IG Metall läßt sich auf faule Kompromisse ein / Stufenausbildung durch die Hintertür

z.hej. Bereits am 5. September 1978 einigten sich die IG Metall und Gesamtmetall auf ,,Eckdaten zur Neuordnung der industriellen Metallberufe''. Die Neuordnung wird jetzt von ,,Sachverständigen'' der Gewerkschaften und der Kapitalisten unter Federführung des Bundesinstituts für Berufsausbildung (BiBB) entlang der Eckdaten genauer ausgefeilt. Ausbildungsordnungen und Rahmenpläne sollen in 3 Jahren erarbeitet sein, die dann Grundlage für einen entsprechenden Erlaß einer Rechtsverordnung durch den Bundesminister für Wirtschaft bilden und die über 30 Jahre alten Ausbildungsordnungen ablösen sollen.

48 Metallberufe sollen neu geordnet werden, deren Anzahl erheblich verringert wird. Von den 1974 216800 Lehrlingen in den industriell-gewerblichen Metallberufen sind 133818 von der Neuordnung betroffen. Dies sind ca. 60% aller industriellen und 40% aller handwerklichen Ausbildungsverhältnisse. 70% der 133818 Lehrlinge verteilen sich auf nur 14 Berufe. Eine größere ,,Reform'', die Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaften anstreben, auf die die Arbeiterklasse und ihre Jugend ein Augenmerk legen muß.

Die Eckdaten formulieren unter erstens die Ziele der Ausbildung zur Erreichung der Facharbeiterqualifikation:

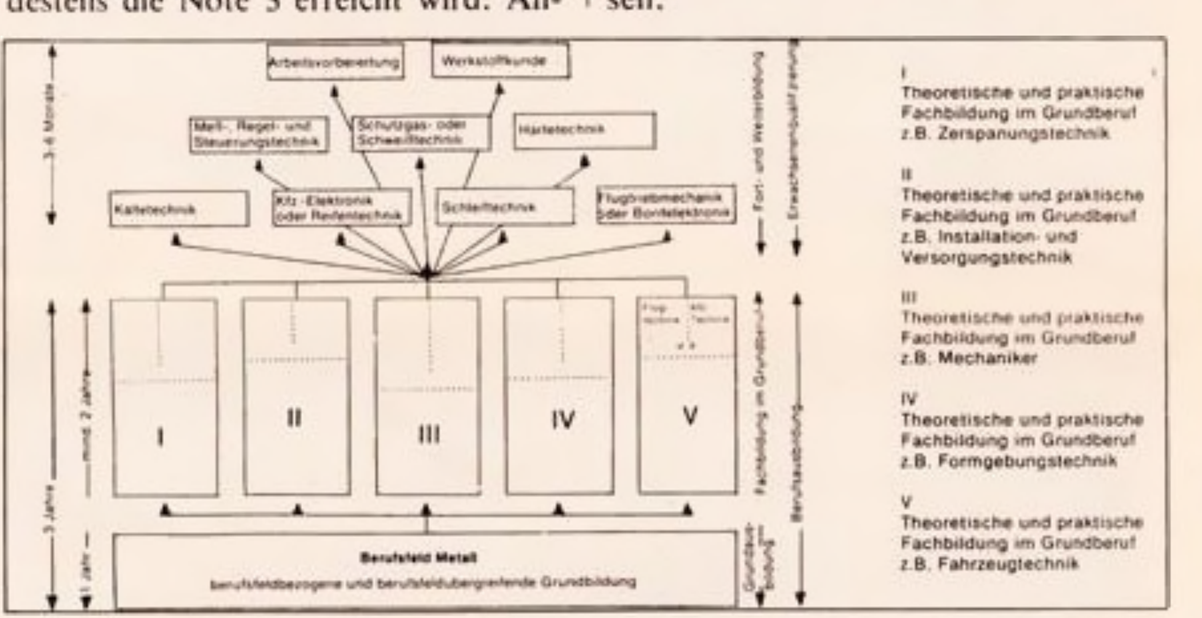
,,Aufgrund dieser Ausbildung soll der Ausgebildete befähigt sein, in unterschiedlichen Betrieben und Branchen den erlernten Beruf auszuüben sowie … artverwandte Facharbeitertätigkeiten ausführen zu können;
– sich auf neue Arbeitsstrukturen, Produktionsmethoden und Technologien flexibel einstellen zu können mit dem Ziel, die berufliche Qualifikation zu erhalten;
– an Maßnahmen der Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung teilnehmen zu können, ,,um die berufliche Qualifikation und Beweglichkeit zu sichern.''

In drei Berufsgruppen, a) feinschlosserische Berufe, b) grobschlosserische Berufe und c) Werkzeugmaschinenberufe, wird von den ,,Sachverständigen'' entlang diesen Zielen die Neuordnung erarbeitet. In den Eckdaten ist die Ausbildungszeit mit einem Jahr ,,Grundbildung auf Berufsfeldbreite'' und 2 Jahren ,,Fachausbildung'' mit Abschlußprüfung skizziert. Das Schaubild stellt ein Schema der IG Metall dar, wie die zukünftige Ausbildung organisiert wird.

Neu ist die ,,Grundbildung auf Berufsfeldbreite'', die die IG Metall fordert. Die Arbeiterjugend hat ein Interesse an einer allgemeinen, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnden Bildung, die sie befähigt, die Produktion in die eigene Hand zu nehmen. Die Grundbildung ist da nur ein müder Abklatsch von der Forderung nach Einheitsschule, und der Pferdefuß liegt in der Kontrolle der Ausbildung durch die Kapitalisten. Aus den Eckdaten riecht förmlich das Interesse der Kapitalisten, die Arbeiter so auszubilden, daß sie für die Veränderungen der Produktion flexibel sind und noch schneller hin und her geschoben werden können. Daß die Kapitalisten die Grundbildung anerkennen, ist Reaktion auf die veränderten Anforderungen der Produktion und den Kampf der Arbeiterklasse. Einerseits soll die ,,berufliche Grundbildung'' nicht in der Schule stattfinden, und andererseits getrennt von den Erfahrungen der Arbeiterklasse in der Produktion, in Ausbildungsfabriken, unter Kontrolle des Lehrherren.

Sind die Kapitalisten davon abgerückt, die Arbeiterjugend möglichst schnell in den Ausbeutungsprozeß zu pressen? Gesamtmetall ist 1975 mit einer Stufenausbildungskonzeption, die in der 1. Stufe eine 2jährige und in der 2. Stufe eine einjährige Ausbildung vorsah, als Vorschlag für die Neuordnung der Metallberufe vorgeprescht. Der Übergang von der 1. in die 2. Stufe sollte nur möglich sein, wenn in Zwischen- und Abschlußprüfung mindestens die Note 3 erreicht wird. Anfang 1976 nimmt Gesamtmetall die Stufenausbildung zurück und unterbreitet einen Vorschlag, der nur 2- oder 3jährige Ausbildungsberufe vorsah. 1972 ist die Stufenausbildung in den Elektroberufen mit Zustimmung der IG Metall eingeführt worden. Dagegen kämpft die Arbeiterjugend und tritt in vielen Betrieben für die generelle Übernahme in die 2. Stufe ein. Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall 1974 spricht sich im Antrag 747 gegen die Stufenausbildung aus und fordert die Übernahme in die 2. Stufe. So war der Vorstand bei den Verhandlungen über die Neuordnung gezwungen, gegen die Stufenausbildung und gegen verkürzte Ausbildungsberufe gegenüber den Kapitalisten einzutreten.

In den Eckdaten hat sich die IG Metall auf Kompromisse eingelassen. Die Kapitalisten wollen die Berufe mit weniger als drei Jahren Ausbildung beibehalten. Die IG Metall ist für Streichung. Beide Positionen sind in den Eckdaten kontrovers festgeschrieben. Die IG Metall hat mit der Anregung, das BiBB zu beauftragen, in einem Modellversuch für ,,Jugendliche mit abweichendem Lernverhalten'' zu prüfen, ob weniger als drei Jahre Ausbildungszeit möglich ist, den Weg geebnet, die Arbeiterjugend ohne Ausbildung vorzeitig in die Produktion zu pressen. Die Überlegung der IG Metall ist, die Kapitalisten zu ,,überzeugen'', ,,Lernbehinderte'' zu fördern. Die Arbeiterklasse wird nicht über derartige Verhandlungen , die notwendigen Schutzrechte gegen die Kapitalisten erkämpfen, sondern durch Festlegungen, die eine Verkürzung der Ausbildung und eine Aussiebung nicht zulassen.



Das Schema gibt einen Überblick über die Vorstellung der IG Metall zur Neuordnung der Metallberufe (aus: Schriftenreihe der IGM Nr. 79)

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Kommunistischer Jugendbund Kiel (KJB)
Kiel
17. September 1979
38a2c1000n

die Hälfte, bei den Tischlern 48%. Kein Wunder, sind hier doch mehr Lehrlinge da, als später gebraucht werden. Die Kapitalisten stellen viele Lehrlinge ein, beuten sie als billigste Ar-

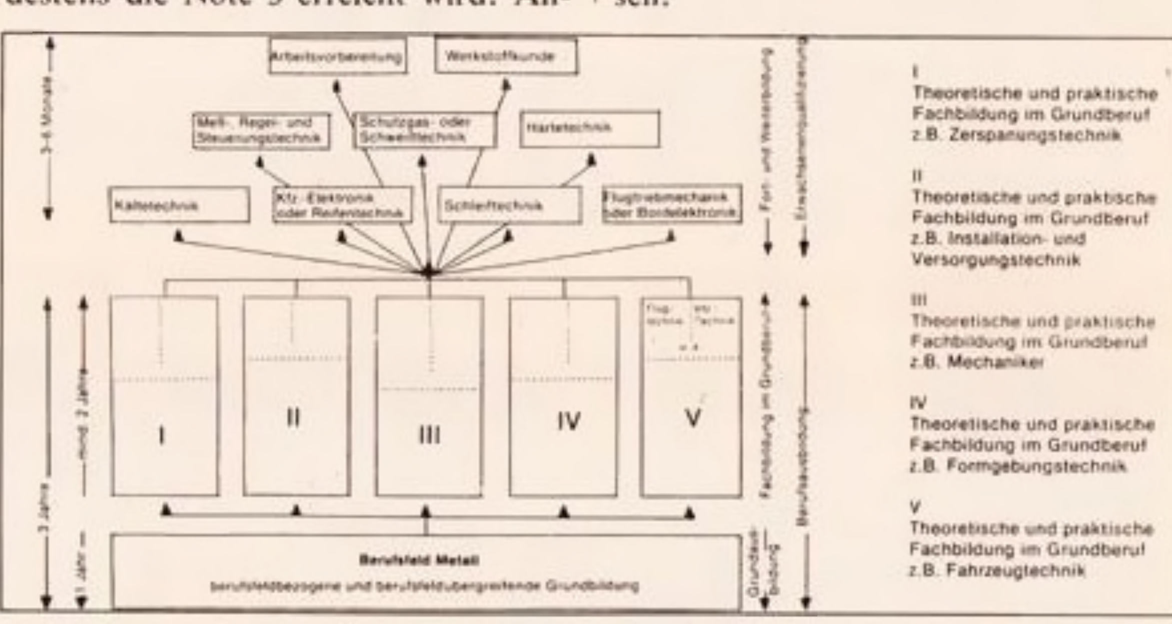
tion:

,,Aufgrund dieser Ausbildung soll der Ausgebildete befähigt sein, in unterschiedlichen Betrieben und Branchen den erlernten Beruf auszuüben sowie … artverwandte Facharbeitertätigkeiten ausführen zu können;
– sich auf neue Arbeitsstrukturen, Produktionsmethoden und Technologien flexibel einstellen zu können mit dem Ziel, die berufliche Qualifikation zu erhalten;
– an Maßnahmen der Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung teilnehmen zu können, ,,um die berufliche Qualifikation und Beweglichkeit zu sichern.''

In drei Berufsgruppen, a) feinschlosserische Berufe, b) grobschlosserische Berufe und c) Werkzeugmaschinenberufe, wird von den ,,Sachverständigen'' entlang diesen Zielen die Neuordnung erarbeitet. In den Eckdaten ist die Ausbildungszeit mit einem Jahr ,,Grundbildung auf Berufsfeldbreite'' und 2 Jahren ,,Fachausbildung'' mit Abschlußprüfung skizziert. Das Schaubild stellt ein Schema der IG Me-

ner Stufenausbildungskonzeption, die in der 1. Stufe eine 2jährige und in der 2. Stufe eine einjährige Ausbildung vorsah, als Vorschlag für die Neuordnung der Metallberufe vorgeprescht. Der Übergang von der 1. in die 2. Stufe sollte nur möglich sein, wenn in Zwischen- und Abschlußprüfung mindestens die Note 3 erreicht wird. An-

ist, die Kapitalisten zu ,,überzeugen'', ,,Lernbehinderte'' zu fördern. Die Arbeiterklasse wird nicht über derartige Verhandlungen , die notwendigen Schutzrechte gegen die Kapitalisten erkämpfen, sondern durch Festlegungen, die eine Verkürzung der Ausbildung und eine Aussiebung nicht zulassen.



Das Schema gibt einen Überblick über die Vorstellung der IG Metall zur Neuordnung der Metallberufe (aus: Schriftenreihe der IGM Nr. 79)

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Kommunistischer Jugendbund Kiel (KJB)
Kiel
17. September 1979
38a2c1000n

Nicht 6 Wochenstunden Berufsschulunterricht sondern 2 mal 6 Wochenstunden

Die Lehrlinge, die im ersten Lehrjahr zur Berufsschule 2/3 in Kiel gehen, haben in diesem Schuljahr nur 6 statt bisher 8 Unterrichtsstunden wöchentlich. Der Schulleiter hatte dies auf Nachfragen der Schülervertreter bereits auf der Schulkonferenz (Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter) im Juli bekanntgegeben. Eine Ausnahme wurde nur bezüglich der Arzthelferinnen gemacht, die nur 2 Jahre lernen und weiterhin 8 Stunden erhalten. Begründet wird dies mit Raum- und Lehrermangel. Für die wachsende Schülerzahl sind die Räumlichkeiten zu begrenzt, es besteht wegen Lehrermangel ein wöchentliches Stundendefizit von 82 Unterrichtsstunden. Der Ärger wurde schon im letzten Schuljahr offensichtlich, als die Kollegen an der Berufsschule 1 in Kiel Samstagsunterricht erhielten, ebenfalls 6 Stunden. Nur durch eine sofortige Unterschriftensammlung der SV, die 1000 Schüler unterstützten und eine Streikandrohung gelang es, diese Maßnahme für die zweite Hälfte des Schuljahres wieder außer Kraft zu setzen. Die Stadt Kiel, die für die Verwaltung der Berufsschulen in Kiel zuständig ist, mußte den Schülern und Lehrlingen den Bau von mobilen Klassenzimmern zusagen. Davon erhält jetzt die BS 2/3 zwei. Dennoch besteht ein Defizit, und der Schulleiter sagte, daß an der Berufsschule 2/3 Samstagsunterricht eingeführt werden müsse, wenn mehr Schüler als erwartet kämen.

Eine Doppelstunde weniger Unterricht in der Woche – das scheint auf den ersten Blick gar nicht mal so schlecht, hat man doch früher Feierabend. Doch das täuscht. Auch diejenigen Lehrlinge, die erst kurz in der Lehre sind, haben schon im ersten Monat mitbekommen, daß man im Betrieb nicht alle nötigen theoretischen und praktischen Kenntnisse erhält. Vielmehr ist man nach kurzer Zeit für die eine oder andere Tätigkeit als billige Arbeitskraft angelernt. Nur die Berufsschule kann hier Ausgleich schaffen und dafür sorgen, daß alle Lehrlinge eine umfassende Ausbildung in ihrem Beruf erhalten. Das ist Voraussetzung dafür, daß die Lehrlinge nach der Ausbildung ihre Arbeitskraft besser verkaufen können. Schließlich lernen sie ja dazu den Beruf. So sehen es die Schülervertretungen und die Gewerkschaften schon seit langem. Sie fordern 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen, also pro Woche 2 mal sechs Unterrichtsstunden. Die Landes-SV der berufsbildenden Schulen wie auch die SV der Berufsschule 2/3 führte dazu im letzten Schuljahr mehrere Aktionen durch, z.B. eine Veranstaltung von 4 Berufsschul-SVen aus Kiel am 14.6.79 mit ca. 5o Teilnehmern, darunter zahlreichen Gewerkschaftsvertretern.

Die SV der Berufsschule 2/3 in Kiel hat im letzten Schuljahr durch eine Zensurenerhebung festgestellt, daß in vielen Bereichen im Handwerk die Zensuren sehr schlecht sind und bei den Prüfungen viele durchfallen. Bei den Friseuren z.B. waren es allein fast die Hälfte, bei den Tischlern 48%. Kein Wunder, sind hier doch mehr Lehrlinge da, als später gebraucht werden. Die Kapitalisten stellen viele Lehrlinge ein, beuten sie als billigste Ar-beitskraft aus und lassen sie dann durchfallen. In der Landwirtschaft z.B. arbeiten die Lehrlinge zwischen 50 und 60 Stunden wöchentlich für 100 DM, nachdem ,,Kost und Logis'' abgezogen wurde. Bäcker und Konditoren sind nicht besser dran. Sie arbeiten nachts und müssen teiweise vor der Schule noch arbeiten. Bei solchen Zuständen ist abzusehen, daß die Lehrlinge im ersten Lehrjahr zahlreich durch die Prüfung fallen werden, nehmen sie die Unterrichtskürzungen einfach hin. Denn: der Stoff, der in den Prüfungen verlangt wird, ist natürlich nicht gekürzt worden! Jeder soll jetzt selber sehen, wie er das ganze packt. Insgesamt wird sich also die Lehrlingsausbildung noch weiter verschlechtern, wenn die Stundenkürzungen bestehen bleiben. Die alte SV der Berufsschule 2/3 hat daher sofort in einer Presseerklärung gegen die Stundenkürzung protestiert und an der Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen festgehalten. In der letzten Woche trafen sich einige Mitgleider der alten SV und beschlossen, Gewerkschaften und Betriebsräte einzuladen und eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Parteien und dem Kultusminister Bendixen vorzubereiten. Beraten wurde auch die Möglichkeit eines Streiks, wobei sich alle einig waren, daß dieser nur möglich ist, wenn die Gewerkschaften und Betriebsräte die Lehrlinge unterstützen. Die Bedingungen dafür sind gut. Schon auf der Veranstaltung am 14.6 haben sich die Anwesenden darauf geeinigt, daß gestreikt werden muß, wenn Samstagsunterricht eingeführt und die Forderungen der Schüler und Lehrlinge nicht erfüllt werden. Die Gewerkschaftsvertreter stimmten zu.

Die Angst des Soldaten im Gefecht

z.hev. Mit dem Mut ist das so eine Sache. Des Soldaten Mut, vielmehr sein Gegenpol, die Angst, wirft ganz besondere Probleme auf. Nach der Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam stürzte sich ein ganzes Heer von Militärpsychologen auf die Frage, wie die militärische Führung den Kampfwillen steigern kann. „Das Kämpfen-*Können* ist nur die eine, eine wichtige Sache, wichtiger ist im Ernstfall das Kämpfen-*Wollen*." (Wehrwissenschaftliche Rundschau 4/79). Wenn es hart auf hart geht, wenn ringsum Granaten einschlagen, menschliche Leiber zerfetzt werden, ohrenbetäubender Lärm, Staub, Hitze und Qualm die Orientierung rauben, was hindert dann den Soldaten, reißaus zu nehmen, was treibt ihn ins Gefecht?

„Heldenblut ist braun", fassen heute 50- und 60jährige ihre Kampferfahrungen des 2. Weltkriegs zusammen, in dem sie für ungerechte imperialistische Ziele zu kämpfen hatten. Das braune „Blut" ist in der Hose und kommt von der Angst. Bis auf wenige Draufgänger, die im allgemeinen von den Soldaten abgelehnt wurden, weil sie Gefahren heraufbeschworen, statt sie zu beseitigen, hatten alle Angst, wenn's richtig los ging. Und doch war das Ergebnis dieser allgemeinen Angst eine zahllose Kette von Gefechten und Schlachten, die zusammen den militärischen Teil des 2. Weltkriegs ausmachte. Kam der schließliche Mut zur Schlacht aus der Angst des in die Enge Getriebenen, der kämpfen muß, wenn er überhaupt überleben wollte, wurde er getrieben von den „höheren Zielen" von Militärführung und Regierung, die er sich etwa zu eigen gemacht hatte, oder war es der Zwang militärischer Disziplin, der die Angst überwinden half?

Die Militärpsychologen der US-Armee und in zunehmendem Maße auch der Bundeswehr sind nach Auswertung dreier imperialistischer Kriege, des 2. Weltkrieges, des Korea- und Vietnamkrieges zur Auffassung gelangt, daß der Soldat „für seine Kameraden" gekämpft hätte, die Beziehungen in der „Primärgruppe", wo jeder jeden kennt, auch den Gruppenführer, seien entscheidend. Die Ideologie oder höheren Symbole hätten allenfalls latenten (unterschwelligen) Charakter. Ganz unwidersprochen bleiben solche Auffassungen allerdings nicht. Rolf Camp von der Führungsakademie der Bundeswehr zitiert Napoleon: „Moral und Material verhalten sich in ihrer Bedeutung für die Kriegsführung wie drei zu eins." Clausewitz, auf den sich bürgerliche Offiziere immer gerne berufen, schrieb, daß der „Mut gegen persönliche Gefahr" aus „positiven Motiven" hervorgehen kann „wie Ehrgeiz, Vaterlandsliebe, Begeisterung jeder Art." Eine solche Begeisterung konnten die Wehrpsychologen in den genannten Kriegen nicht ausmachen. US-Soldaten, die ihre Zeit rumhatten, quittierten den Dienst mit den Worten: „My war is over" – mein Krieg ist vorbei, und äußerst schwach war ihr Engagement bei der angeblichen Verteidigung des freien Westens. Als Empfehlung an die Militärs bleibt schließlich übrig: „Die Führer müssen Primärgruppenbeziehungen erkennen und nutzen können. Die Gefechtsausbildung muß so wirklichkeitsnah wie möglich betrieben werden. Einsatz kleiner Kampfgemeinschaften sollte dem Einsatz einzelner Soldaten vorgezogen werden. Personalersatz ist besser durch ganze Kampfgemeinschaften als durch einzelne Soldaten vorzunehmen." Für einen Krieg um Europa wird dem „ideologischen Faktor" allerdings erheblich mehr Bedeutung zugemessen: „Die Kampfmotivation würde durch das latente Bewußtsein, Familie und eigenes Wertsystem gegen einen Usurpator unmittelbar verteidigen zu müssen, vermutlich erheblich gesteigert."

Die „Primärgruppe" besteht aus dem Gruppenführer (Unteroffizier) und im allgemeinen 12 bis 15 Mann, Arbeiter, Bauern, kleinen Angestellten und Beamten – Truppführer inbegriffen. Ihre Zusammenarbeit und Disziplin ist das Ergebnis der hochorganisierten gesellschaftlichen Arbeit, die sie Zeit ihres Lebens zu verrichten haben. Durch stupiden militärischen Drill haben sie ihre Waffen im Schlaf beherrschen gelernt, sodaß sie im Gefecht auch unter größter Angst die erforderlichen Handgriffe fehlerfrei ausführen. Durch das System von Befehl und Gehorsam sind sie solange den Kriegszielen der Bourgeoisie unterworfen, wie sie nicht ihre eigenen Ziele entsprechend ihren sozialen Interessen verfolgen – woran sie der Drill gerade hindern soll. So in die Schlacht geschickt, ergibt sich alles Weitere wie von selbst. Angst wird in Bewegungsenergie im Angriff freigesetzt, die Befehle geben die Richtung an. Der Angriff rollt, der einzelne Soldat ist in ihm gefangen, nicht positiv für ein Ziel kämpft er, aber er kämpft, um seine Haut zu retten. An diesem Punkt setzen die Gruppendynamiker von der Wehrpsychologie an und entwickeln ein Arsenal von Führungstechniken. Diese aber laufen alle darauf hinaus, das Kämpfen-*Können* zu erhöhen, auch wenn sie das Kämpfen-*Wollen* meinen. Um letzteres zu schaffen, müßten sie einen ungerechten in einen gerechten Krieg verwandeln, was mit Führungstechniken eben nicht geht.

Manöver „Harte Faust" – ein nationales Vorhaben

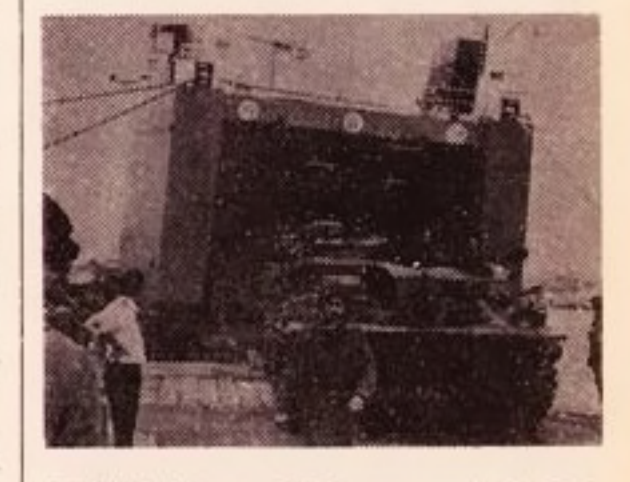
r.bel. Das Manöver „Harte Faust" mit 60000 Soldaten war das bisher größte Manöver, das im westlichen Niedersachsen und nördlichen Nordrheinwestfalen durchgeführt wurde. Das Manövergebiet hat eine Nordsüdausdehnung von 200 km und eine Ostwestausdehnung von 100 km. Mit über 100 Sonderzügen wurden die 16000 Panzer und 2700 Radfahrzeuge herangekarrt. Gleichzeitig wurden 150 Hubschrauber eingesetzt, sowie ein Teil der über 700 Flugzeuge, die während des Nato-Luftwaffenmanövers „Cold fire" von 26 europäischen Einsatzflugplätzen starten.

Im „Manöver-Kurier" („Feldzeitung des I. Korps für die Gefechtsübung Harte Faust") läßt sich der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Poeppel, über den Zweck solcher Manöver aus: „Korpsgefechtsübungen seien reguläre nationale Vorhaben mit dem Ziel, Führung, Kampf, Kampfunterstützung und Versorgung von Großverbänden zu üben, und zwar im Zusammenwirken mit Territorialheer, Luftwaffe und Marine sowie mit verbündeten Land- und Luftstreitkräften."

Für den Truppen- und Materialtransport auf See wurden ein Bäderschiff und ein ziviler Frachter in Beschlag genommen. Die Versorgung der Truppen mit Kraftstoff wurde über einen Marineversorger, der im Handelshafen Leer lag, sichergestellt. Angreifer waren die „Roten", die von Norden nach Süden vorrückten und von einem östlich von Münster angreifenden Keil unterstützt wurde. Sie rückten „schneller als erwartet vor". Sie bildeten südlich des Küstenkanals einen Brückenkopf. Rot und Blau wurden massiv aus der Luft mit Bombardements und Fallschirmjägern unterstützt, war doch der zentrale Übungszweck das Zusammenwirken von Luftwaffe und Landstreitkräften, wie anders soll der Durchbruch in das ähnlich gelagerte Gelände gelingen als durch die Kombination dieser beiden Waffengattungen, wobei die Hubschrauber bei der Panzervernichtung eine bedeutende Rolle spielen. Da die westlichen Imperialisten sich nicht auf einen Stellungskrieg mit ihren sozialimperialistischen Konkurrenten einlassen wollen, ging es um die Vermeidung von Materialschlachten und die Einübung des Bewegungskrieges.

Akkordleistungen wurden den Soldaten unter großem Druck abgepreßt. Ein neuer Erfassungsbogen kam zum Einsatz, um die Zeiten in Zukunft noch tiefer zu drücken, um den Gegner von Anfang an handlungsunfähig zu machen. „General lobt: Soldaten top – allen Danke." Es folgt eine entscheidende Einschränkung: „Nachholbedarf bei der Unteroffiziersausbildung" (Manöverkurier). Da werden auch die 28 Geistlichen „beider Konfessionen" nicht darüber weghelfen.

Um die Massen ideologisch an die militärische Präsenz zu gewöhnen, wurde das Manöver „kriegsnah" durchgeführt: In Varel schossen Panzer unmittelbar vom Ortsrand in eine feindliche Stellung in der Marsch; ob Tag oder Nacht, flogen Phantom und Hubschrauber Einsätze über Cloppenburg; in Ostfriesland konnten die Schüler aus den Orten Rhaude und Holte die Schule nicht besuchen, da die Orte mit BW-Fahrzeugen zugestellt waren und die Schulbusse nicht durchkamen; nachts rollten die Panzerverbände durch die Ortschaften. Von Gewöhnung an militärische Präsenz keine Rede: In Münster mußte die Polizei schon in der ersten Nacht 54 Anrufe wegen ruhestörenden Lärms entgegennehmen, in Arle/Ostfriesland wurde am ersten Tag ein Fernmeldekabel durchgeschnitten.



1200 Soldaten, 50 Panzer und 40 Radfahrzeuge wurden in Emden mit einem Bäderschiff angelandet.

Verbot und Vernichtung aller chemischen Kampfstoffe

z.acr. Hamburgs Bürgermeister Klose zeigte sich „tief erschüttert". Ist doch ans Licht gekommen, daß die westdeutschen Imperialisten Produktionsmittel für chemische Kampfstoffe besitzen und benutzen. Sie verstoßen damit gegen die Genfer Konvention, die sie 1954 unterzeichnet haben. Aufgeflogen ist das ganze, nachdem ein achtjähriger Junge bei einer Explosion auf dem Gelände einer stillgelegten Fabrik der Firma Stoltzenberg in Hamburg gestorben war und zwei weitere Jungen schwere Verletzungen erlitten hatten.

Was der Hamburger Senat angeblich nicht weiß, ist lange bekannt. Dr. Hugo Stoltzenberg nahm 1923 die Produktion von Kampfstoffen für die deutschen Imperialisten auf. Seine Produkte wurden bereits in den 20er Jahren bei der Unterdrückung von Aufständen in Nordafrika angewendet. 1928 explodierte ein Gastank, wobei zehn Tonnen Phosgen ausströmten. Phosgen wirkt bei einer Konzentration von 0,5 g pro Kubikmeter Luft tödlich, wenn man es eine Minute einatmet. Elf Tote und über 300 Verletzte waren damals das Ergebnis. Nach 1933 kam Stoltzenberg mit den Faschisten ins Geschäft, die seine Kampfgase in den KZ's einsetzten und die Hitlerarmee damit ausrüsteten.

Gleich nach der Gründung der Bundeswehr nahmen die alten Generale die Geschäftsbeziehungen zu ihrem alten Lieferanten wieder auf. Zumindest 1966, so muß die Bundeswehrführung zugeben, haben sie 15 kg Stickstofflost zu „Übungszwecken" bezogen – eine Menge, mit der man eine Kleinstadt auslöschen kann. Etwas abseits und inoffiziell bildet die Bundeswehr in einer Halle in Munsterlager seit 1967 eine Spezialtruppe zur Anwendung von chemischen Kampfstoffen aus.

Die Hamburger Behörden haben inzwischen über 500 Tonnen giftiger Chemikalien „entdeckt", darunter große Mengen Stickstofflost, auch Senfgas genannt, Tabun, Phosgen und andere Stoffe. Senfgas ruft bereits bei einer Konzentration von 0,1 bis 0,2 ml pro Kubikmeter Luft erhebliche Schädigungen des Lungengewebes hervor, wirkt aber auch durch die Haut und dringt selbst durch Schuhsohlen. Bei Überlebenden tritt mit großer Sicherheit nach fünf bis zehn Jahren Krebs auf. Ein Kilogramm des Nervengases Tabun reicht für den Tod von 200000 Menschen.

Jahrzehntelang hatten die westdeutschen Imperialisten Stoltzenberg mit Aufträgen versehen und so die Produktion mitten in Hamburg aufrecht erhalten. Sie gestatteten ihm, die Mordwaffen auf seinem Gelände zu vergraben, um so die Kosten für die Vernichtung zu sparen. Nach dem Tod des Kindes, der noch einmal die ständige Gefahr für die Anwohner verdeutlichte, müssen die Hamburger Politiker die Gifte unter dem Druck der Volksmassen aus der Stadt schaffen. Sie versuchen dabei ihre gewissenlose Spekulation mit Menschenleben, die sie wegen der Kosteneinsparungen betrieben haben, und die Bereitstellung von Kampfgasen für die Bundeswehr mit großem Gerede von „gründlichen Untersuchungen" zu vertuschen.



psychologen in den genannten Kriegen nicht ausmachen. US-Soldaten, die ihre Zeit rumhatten, quittierten den Dienst mit den Worten: „My war is over" – mein Krieg ist vorbei, und äußerst schwach war ihr Engagement bei der angeblichen Verteidigung des freien Westens. Als Empfehlung an die Militärs bleibt schließlich übrig: „Die Führer müssen Primärgruppenbeziehungen erkennen und nutzen können. Die Gefechtsausbildung muß so wirklichkeitsnah wie möglich betrieben werden. Einsatz kleiner Kampfgemeinschaften sollte dem Einsatz einzelner Soldaten vorgezogen werden. Personalersatz ist besser durch ganze Kampfgemeinschaften als durch einzelne Soldaten vorzunehmen." Für einen Krieg um Europa wird dem „ideologischen Faktor" allerdings erheblich mehr Bedeutung zugemessen: „Die Kampfmotivation würde durch das latente Bewußtsein, Familie und eigenes Wertsystem gegen einen Usurpator unmittelbar verteidigen zu müssen, vermutlich erheblich gesteigert."

Die „Primärgruppe" besteht aus dem Gruppenführer (Unteroffizier) und im allgemeinen 12 bis 15 Mann, Arbeiter, Bauern, kleinen Angestellten und Beamten – Truppführer inbegriffen. Ihre Zusammenarbeit und Disziplin ist das Ergebnis der hochorganisierten gesellschaftlichen Arbeit, die sie Zeit ihres Lebens zu verrichten haben. Durch stupiden militärischen Drill haben sie ihre Waffen im Schlaf beherrschen gelernt, sodaß sie im Gefecht auch unter größter Angst die erforderlichen Handgriffe fehlerfrei ausführen. Durch das System von Befehl und Gehorsam sind sie solange den Kriegszielen der Bourgeoisie unterworfen, wie sie nicht ihre eigenen Ziele entsprechend ihren sozialen Interessen verfolgen – woran sie der Drill gerade hindern soll. So in die Schlacht geschickt, ergibt sich alles Weitere wie von selbst. Angst wird in Bewegungsenergie im Angriff freigesetzt, die Befehle geben die Richtung an. Der Angriff rollt, der einzelne Soldat ist in ihm gefangen, nicht positiv für ein Ziel kämpft er, aber er kämpft, um seine Haut zu retten. An diesem Punkt setzen die Gruppendynamiker von der Wehrpsychologie an und entwickeln ein Arsenal von Führungstechniken. Diese aber laufen alle darauf hinaus, das Kämpfen-*Können* zu erhöhen, auch wenn sie das Kämpfen-*Wollen* meinen. Um letzteres zu schaffen, müßten sie einen ungerechten in einen gerechten Krieg verwandeln, was mit Führungstechniken eben nicht geht.

chemischen Kampfstoffe

z.acr. Hamburgs Bürgermeister Klose zeigte sich „tief erschüttert". Ist doch ans Licht gekommen, daß die westdeutschen Imperialisten Produktionsmittel für chemische Kampfstoffe besitzen und benutzen. Sie verstoßen damit gegen die Genfer Konvention, die sie 1954 unterzeichnet haben. Aufgeflogen ist das ganze, nachdem ein achtjähriger Junge bei einer Explosion auf dem Gelände einer stillgelegten Fabrik der Firma Stoltzenberg in Hamburg gestorben war und zwei weitere Jungen schwere Verletzungen erlitten hatten.

Was der Hamburger Senat angeblich nicht weiß, ist lange bekannt. Dr. Hugo Stoltzenberg nahm 1923 die Produktion von Kampfstoffen für die deutschen Imperialisten auf. Seine Produkte wurden bereits in den 20er Jahren bei der Unterdrückung von Aufständen in Nordafrika angewendet. 1928 explodierte ein Gastank, wobei zehn Tonnen Phosgen ausströmten. Phosgen wirkt bei einer Konzentration von 0,5 g pro Kubikmeter Luft tödlich, wenn man es eine Minute einatmet. Elf Tote und über 300 Verletzte waren damals das Ergebnis. Nach 1933 kam Stoltzenberg mit den Faschisten ins Geschäft, die seine Kampfgase in den KZ's einsetzten und die Hitlerarmee damit ausrüsteten.

Gleich nach der Gründung der Bundeswehr nahmen die alten Generale die Geschäftsbeziehungen zu ihrem alten Lieferanten wieder auf. Zumindest 1966, so muß die Bundeswehrführung zugeben, haben sie 15 kg Stickstofflost zu „Übungszwecken" bezogen – eine Menge, mit der man eine Kleinstadt auslöschen kann. Etwas abseits und inoffiziell bildet die Bundeswehr in einer Halle in Munsterlager seit 1967 eine Spezialtruppe zur Anwendung von chemischen Kampfstoffen aus.

Die Hamburger Behörden haben inzwischen über 500 Tonnen giftiger Chemikalien „entdeckt", darunter große Mengen Stickstofflost, auch Senfgas genannt, Tabun, Phosgen und andere Stoffe. Senfgas ruft bereits bei einer Konzentration von 0,1 bis 0,2 ml pro Kubikmeter Luft erhebliche Schädigungen des Lungengewebes hervor, wirkt aber auch durch die Haut und dringt selbst durch Schuhsohlen. Bei Überlebenden tritt mit großer Sicherheit nach fünf bis zehn Jahren Krebs auf. Ein Kilogramm des Nervengases Tabun reicht für den Tod von 200000 Menschen.

Jahrzehntelang hatten die westdeutschen Imperialisten Stoltzenberg mit

duktion mitten in Hamburg aufrecht erhalten. Sie gestatteten ihm, die Mordwaffen auf seinem Gelände zu vergraben, um so die Kosten für die Vernichtung zu sparen. Nach dem Tod des Kindes, der noch einmal die ständige Gefahr für die Anwohner verdeutlichte, müssen die Hamburger Politiker die Gifte unter dem Druck der Volksmassen aus der Stadt schaffen. Sie versuchen dabei ihre gewissenlose Spekulation mit Menschenleben, die sie wegen der Kosteneinsparungen betrieben haben, und die Bereitstellung von Kampfgasen für die Bundeswehr mit großem Gerede von „gründlichen Untersuchungen" zu vertuschen.



Erhöhung des US-Kriegshaushalts um 111,9 Mrd.$ beschlossen

Fünfjahres-Programm / Weitere Verlagerung der Aufrüstungsschwerpunkte / Mehr Nuklearwaffen in Europa

z.scc. Daß die Salt-Verträge, in denen die beiden Supermächte die Begrenzung ihrer nuklear-strategischen Aufrüstung regeln, mit einer Begrenzung ihrer Kriegsvorbereitungen nicht das Geringste, mit dem geraden Gegenteil aber sehr viel zu tun haben, beweist nicht nur die jüngst „entdeckte" Stationierung sozialimperialistischer Truppen auf Kuba. Stationiert nämlich wurden die 3000 Mann vor allem zur Bedienung der großen Spionage- und Überwachungsanlagen, und dies nicht etwa in Gegensatz, sondern in konsequenter Anwendung von Salt, das mit der Legalisierung gegenseitiger Spionage und Überwachung deren Ausbau vorantreibt.

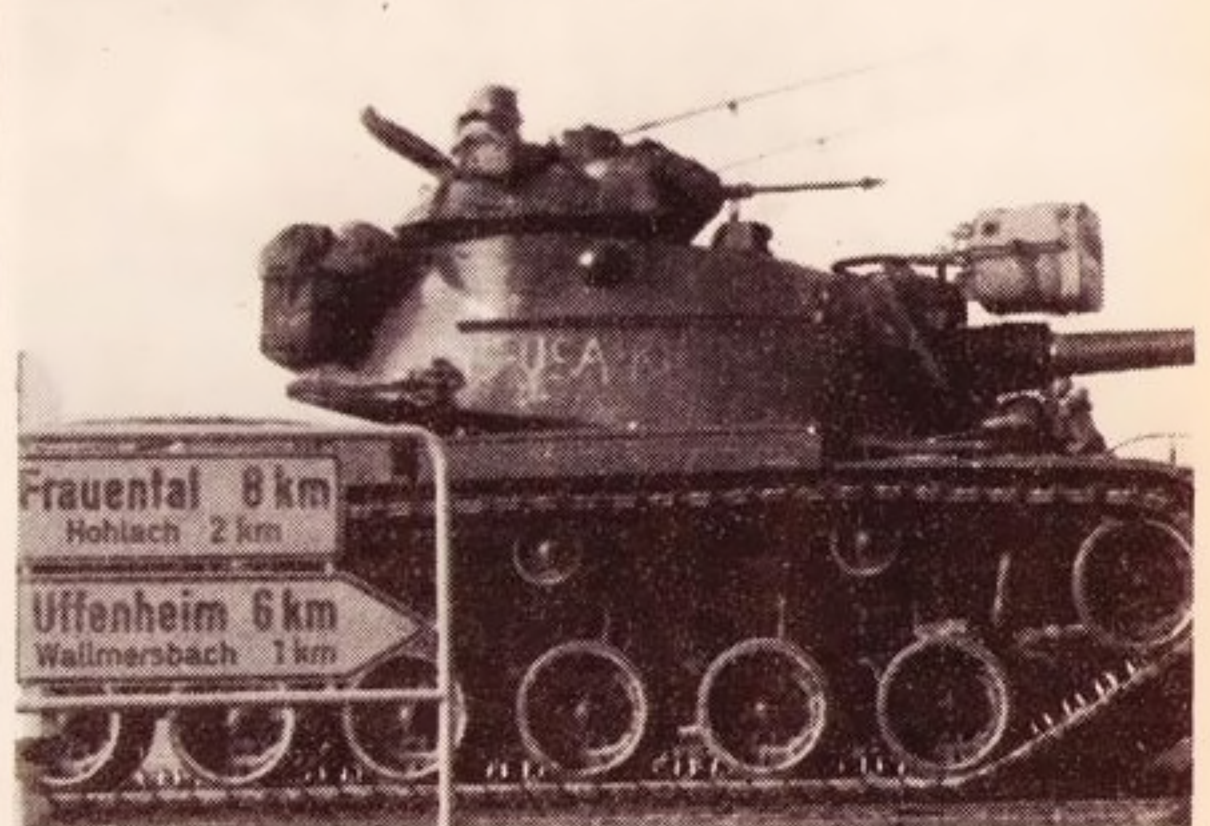
Die US-Finanzbourgeois nehmen die anstehende Ratifizierung von Salt II zum Anlaß, sich über die konkret zu ergreifenden kriegsvorbereitenden Maßnahmen zu vereinheitlichen. „Wir erkennen jetzt, daß mit den nuklearstrategischen Streitkräften nur ein relativ kleines Spektrum von Krisenfällen durch Abschreckung vermieden werden kann", diese banale Feststellung von US-Verteidigungsminister Brown anläßlich der Vorlage des Verteidigungshaushaltes 1980 ist *längst* zum Allgemeingut auch des letzten US-Senators geworden. Man kann sagen, daß die Aufnahme der Verhandlungen über Salt I, das 1972 unterzeichnet wurde, die Phase endgültig abgeschlossen hat, in der die Drohung mit nuklearen Vernichtungskräften die Militärdoktrin beider Supermächte bestimmte.

Seither haben die Sozialimperialisten im Kampf um die Beherrschung der Welt gegenüber den US-Rivalen beträchtlich aufgeholt und stellt sich mit der rapide anwachsenden Kriegsgefahr immer zwingender die Notwendigkeit, die zum entscheidenden Kräftemessen tatsächlich geeigneten Vernichtungskräfte bereitzustellen. Die Begrenzung der strategischen *Auf*rüstung vorausgesetzt, ist der Kern des geschwätzigen Theaters, das die US-Senatoren um die Salt-Ratifizierung abziehen, die Verstärkung und Beschleunigung vor allem der konventionellen Aufrüstung.

Vergangene Woche hat der US-Senat den von Carter vorgelegten Verteidigungshaushalt 1980 und das damit verknüpfte Fünfjahres-Programm 1980 bis 1984 zurückgewiesen. Statt um real 3% jährlich auf 197 Mrd. $ bis 1984 soll der Etat um real 5% auf 237,8 Mrd. $ gesteigert werden. Tatsächlich würden der freigegebene Bau der beweglichen Fernrakete MX und ihre bewegliche Installation im sogenannten „Pferderennbahn-System", zusammen mit den übrigen nuklearstrategischen Programmen, weit über die Hälfte der Zusatzmittel im Regierungsentwurf verschlingen. Zuviel, um den Ausbau der konventionellen Vernichtungsmittel im verlangten Umfang zu garantieren.

Zusätzliche Mittel für den Ausbau des Heeres bereitzustellen, hatte dann auch noch vor der Abstimmung im Senat Generalstabschef Jones verlangt, „unmittelbare Schritte zur Wiederherstellung des Gleichgewichts an Gefechtsfeldwaffen in Europa..., Erhöhung der Fähigkeit zur regionalen Verteidigung, Modernisierung und Erneuerung der Flotte" der frühere Außenminister Kissinger. Um die konkrete Verwendung der über 40 Mrd. $, um die der Haushalt bis 1984 noch einmal zusätzlich aufgestockt werden soll, ist noch nicht entschieden; sicher nur, daß die Haushaltsansätze zur weiteren Aufstockung der US-Truppen in Westeuropa – Dreiviertel der US-Truppen im Ausland sind hier inzwischen konzentriert –, zum Ausbau und zur Modernisierung ihrer Ausrüstung Minimalansätze sind. (s. KVZ 11/79)

Minimalansätze sind mit Sicherheit auch die jährlich 2 Mrd. $, die die Carter-Regierung zur Aufstockung der bisher rund 7000 in Westeuropa stationierten taktischen Nuklearwaffen – atomare Sprengladungen, Artilleriegeschossen, Bomben, Wasserbomben, Flugkörper-Gefechtsköpfe – vorgesehen hatte. Erst Anfang des Monats hat sich Kissinger auf einer Nato-Tagung dafür stark gemacht, über die beabsichtigten weiteren 200–600 hinaus taktische Atomwaffen vor allem in Westdeutschland, Belgien und den Niederlanden zu stationieren. Wiewohl die Grenze zwischen strategischen und taktischen Nuklearwaffen fließend ist und vor allem durch den Einsatzzweck festgelegt, spart die Salt-Konvention das taktische Waffenarsenal aus. Da die Supermächte keineswegs vorhaben, die Beute, um die sie balgen, zu vernichten, sondern sich darauf vorbereiten, den Rivalen auszuschalten, ist das kein Widerspruch. Der taktische Einsatz der US-Nuklearwaffen, deren Trägerwaffen bis auf den Flugkörper Pershing samt und sonders ebenfalls als Träger konventioneller Gefechtsfeldwaffen verwandt werden können, zielt im wesentlichen darauf ab, die Aufstellung der gegnerischen Kräfte im Keim zu ersticken und die Truppen im „Operationsgebiet" vom Hinterland zu isolieren. „Jede Strategie muß den Zielen angemessen sein, die man verfolgt", begründete Kissinger seinen Vorstoß. Mit der Erhöhung des US-Verteidigungshaushaltes wird die weitere Verlagerung der militärischen Aufrüstung diesen Zielen entsprechend forciert.



US-Truppen bei Nato-Manöver in Westdeutschland. 243300 Besatzungssoldaten waren 1978 in Westdeutschland und Westberlin stationiert, 9800 mehr als 1977.

Mazedonien – „Teil der bulgarischen Nation"?

z.pek. Das Organ des bulgarischen Schriftstellerverbandes „Literaturny Front" behauptet in seiner neuesten Ausgabe, daß unter der Bevölkerung Mazedoniens „das bulgarische Nationalbewußtsein immer präsent war", und bezeichnet die Schaffung der Volksrepublik Mazedonien im Rahmen der SFR Jugoslawien im Jahre 1945, die Ergebnis des gemeinsamen Befreiungskampfes der jugoslawischen Völker war, als „Erbe des monarchistischen Jugoslawien".

Ebenso wie der bulgarische Feudaladel vor hundert Jahren gemeinsame Sache mit dem zaristischen Rußland machte, um die mazedonische Nation zu unterwerfen, haben die bulgarischen Revisionisten heute, angestachelt durch die Sozialimperialisten, den großbulgarischen Chauvinismus erneut zum Programm erhoben. Sie unterdrücken die Sprache und Kultur jenes Teils der mazedonischen Nation, die im *Pirinischen Gebiet* auf bulgarischem Territorium lebt. Sie leugnen deren nationale Identität und bezeichnen alle Mazedonier als „Bulgaren".

Die korrekte Politik der bulgarischen Volksdemokratie nach 1945 unter der Führung des Genossen Dimitrow, die „nicht die Teilung Mazedoniens, nicht den Kampf um seine Eroberung, sondern die Achtung des Willens der Mazedonier" zum Inhalt hatte, denunzieren sie als „falschen Standpunkt".

Dagegen stützt sich die jugoslawische Regierung auf die Erfahrungen des gemeinsamen Befreiungskampfes der Balkanvölker, schlägt vor, die nationalen Minderheiten des jeweiligen Nachbarlandes zu einem Bindeglied der Freundschaft zu machen. Dazu soll in einer gemeinsamen Erklärung beider Länder der Verzicht auf territoriale Forderungen festgelegt werden.



Mazedonischer Volksaufstand gegen türkische Fremdherrschaft, 1903

Der ideologische Klärungsprozeß in der polnischen Arbeiterbewegung macht Fortschritte

z.anb. Am 14. September wurde von der Dresdner Bank als federführendem Gläubiger eines westdeutschen Bankenkonsortiums bekanntgegeben, daß ein 750-Mio.-DM-Kredit genehmigt wird zur Erschließung von Vanadium- und Ilmenitvorkommen im Nordosten Polens. Aufgrund seines hohen „Werts für die Rohstoffversorgung der BRD" findet dieses Projekt Wohlgefallen bei der Bundesregierung, die einen Teil der Finanzierung durch staatliche Subvention deckt. Die Verwertung der über das Projekt geförderten Metalle hat sich bereits im Juni die *Metallgesellschaft AG, Frankfurt* gesichert. Wie Pilze aus dem Boden schießen derlei Kooperationsabkommen in der letzten Zeit, wobei die heftigsten Konkurrenten die westdeutschen und die französischen Finanzbourgeois sind. Der französische Reifenkonzern *Michelin* ist Hauptabnehmer der Produktion von Synthese-Kautschuk aus dem Chemiewerk in Oswiecim, dessen Maschinerie inzwischen vollständig modernisiert ist, mit Anlagen aus der BRD.

Während sich die Sowjetunion ihre Energielieferungen an Polen um 16% teurer bezahlen ließ, rutschte der als Verrechnung der Liefertribute Polens an die UdSSR fungierende Transferrubel um 20,25% in den Keller. Produktionsmittel und Fertigwaren, die Polen in die UdSSR liefert, würden im Westexport wesentlich mehr an Devisen einbringen als Konsumgüter wie Schuhe, Nahrungsmittel wie z.B. Fleischkonserven, als Schwefel oder Kupfer. Für die Gläubigermeute in der EG allerdings ist es so, wie es ist, gerade recht. Die britische Vereinigung der Schuhhersteller hat die Regierung aufgefordert, unverzüglich Importrestriktionen gegen polnische Schuhe zu verhängen. Stattdessen solle man Druck auf Polen ausüben, damit es das Exportverbot für *Rohhäute* aufgebe.

1975 erließ die Regierung Gierek Änderungen in der Organisation der Wirtschaftsbetriebe und Außenhandelsunternehmen. Unter dem Stichwort „Förderung der Eigenverantwortlichkeit" der Betriebe versteckte sich eine grundlegende Umwälzung des Lohnsystems, das die Reproduktion der Arbeiter von der Übererfüllung der Exportpläne und dem Gewinn, den Deviseneinnahmen, abhängig macht. Seither ist, auf der Grundlage der zwischen 1970 und 1975 überproportional gewachsenen Maschinerieimporte aus dem Westen die Vernutzung der Arbeitskraft bereits beträchtlich gesteigert worden; Zwangsüberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit gehören zum Standard der „Normalarbeitszeit", ohne den ein kleiner Angestellter mit drei Kindern z.B. 3700 Zloty nach Hause bringt, während 8000 für das Nötigste gebraucht werden.



Durch einen Hungerstreik erzwangen die Mitglieder des KOR im Mai 1977 die Freilassung aller in den Streiks 1976 inhaftierten Arbeiter.

Die weiter wachsende Staatsverschuldung (derzeit über 15 Mrd. Dollar), die nicht durch Produktionswerte gedeckt werden kann, verschärft auf dem Inlandsmarkt Inflation und Preissteigerung. 1976 brachen in Radom und Ursus große Streikkämpfe gegen Preiserhöhungen aus, die Regierung Gierek erließ darauf eine Neufassung des Arbeitsgesetzbuches, die elementare Rechte wie Streik und Versammlungsfreiheit einschränkt.

Es sind diese seit 1976 zunehmenden Kämpfe der Arbeiter, die zu einem wichtigen Umschwung in der politischen Oppositionsbewegung führen. Bis 1976 rekrutierte sich diese vor allem aus den Reihen der Intelligenz, vorrangig frühere Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) sowie der Vorkriegs-Sozialdemokratie. Ihre Ziele orientierten sich an der Menschenrechtskampagne, wie sie um die Konferenz von Helsinki von den westlichen Imperialisten angefacht wurde. Aus diesen Kreisen entstand unter anderem die „Bewegung für die Menschen- und Bürgerrechte" (ROPCO), deren Mitbegründer, der Historiker Moczulski, vor wenigen Tagen als Vorsitzender der neu gegründeten „Partei für Freiheit und Unabhängigkeit" bekannt wurde. Gestützt auf diese bürgerlich-liberale Opposition suchte Woityla die „Wiedergeburt der polnischen Nation" zu inszenieren. In den Streiks der Arbeiter dagegen rufen die Bischöfe, wie 1976 Kardinal Wyczynski, zur „Mäßigung" auf.

Zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges versammelten sich in Warschau mehr als 4000 Menschen. Am Grab des Unbekannten Soldaten griff ein Redner der ROPCO die Regierung Gierek an, weil sie die „sowjetischen Verbrechen" seit Jahrzehnten verschweige. Gemeint war die revolutionäre Entscheidung der Sowjetmacht unter Stalin, durch einen Nichtangriffspakt mit dem deutschen Faschismus das gegen die proletarische Revolution in der Sowjetunion vereinigte Lager der Imperialisten zu spalten und die Lage zugunsten der internationalen Arbeiterbewegung zu wenden. Für die ROPCO war *das* die Ursache des imperialistischen Weltkrieges und nicht die Weltherrschaftsrivalität der Imperialisten, was für die heutigen Sozialimperialisten ein willkommenes Verwirrspiel ermöglicht. „Antikommunisten" und aus dem Westen infiltrierte bürgerliche Reaktionäre trieben ihr Unwesen, sagen sie. Niemandem paßt diese Propaganda besser ins Konzept als der auf „Öffnung Polens nach Westen" lauernden Gläubigermafia.

Ebenfalls zum Zeitpunkt des 40. Jahrestags des Einmarsches der Truppen des deutschen Faschismus in Polen übermittelte das „Komitee zur sozialen Selbstverteidigung" (KOR) der Regierung Gierek eine „Charta der Rechte der Arbeiter". Darin wird die Aufhebung des § 52, des Antistreikparagraphen im Arbeitsgesetz, gefordert, das Verbot von Zwangsüberstunden und von Nachtarbeit für Frauen, die 40-Stunden-Woche, der Schutz der Vertretungsrechte der Arbeiter im Betrieb, die Überwachung von Arbeitsschutzmaßnahmen durch Vertretungsorgane der Belegschaften, die Zahlung einer staatlichen Rente für Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Arbeitsunfällen und das Recht auf Bildung vom Staat unabhängiger Gewerkschaften.

Entstanden im Kampf um die Freilassung der während der Streikkämpfe von 1976 inhaftierten Arbeiter, verfolgt das KOR, dessen Mitglieder heute in ihrer Mehrzahl junge Arbeiter, Lehrlinge und Studenten sind, die Linie, so offen wie möglich zu arbeiten, sich auf die Massen zu stützen und dabei die demokratischen Rechte zu ergreifen, die die Arbeiter brauchen. Betrafen die Forderungen zunächst die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen, gewinnt die Bewegung zunehmend Klarheit darüber, daß der Kampf um Demokratie und, als dessen Bestandteil, der Kampf gegen die Unterjochung durch die sowjetische Supermacht, entscheidend ist für die grundlegende Änderung der Lage der Arbeiterklasse.

Zugleich entwickelt sich an den Hochschulen eine neue demokratische Bewegung unter den Studenten, die anders als in den Kämpfen gegen die politische Unterdrückung der „Bildungsfreiheit" im Jahre 1968, sich mit den Kämpfen der Arbeiter und Bauern verbindet. Die von der ROPCO geforderten „begrenzten Reformen" werden abgelehnt. „Sie bedeuten die Aufgabe des eigentlichen Ziels ...: ein freies und unabhängiges Polen."

Sozialimperialisten schließen mit Griechenland Abkommen über Hafennutzungsrechte in der Ägäis

z.dab. In der zweiten Septemberwoche haben die Sozialimperialisten mit der griechischen Regierung ein Abkommen über Hafennutzungsrechte auf der Insel Syros im Ägäischen Meer abgeschlossen. Anfang Oktober wird Ministerpräsident Karamanlis bei seinem Besuch in Moskau u.a. die genaueren Modalitäten vereinbaren. Wie bis jetzt bekannt, sieht das Abkommen die Benutzung des Hafens für die Wartung und Reparatur der sowjetischen Handels- und Versorgungsschiffe vor.

Bisher verfügte die Sowjetunion über vier Ankerplätze – drei vor Kreta, einer vor der Insel Mythelene – und über die Möglichkeit, die Werftkapazitäten der Eleusis-Werft bei Athen zu benutzen (Abkommen Ende 1978). Das im Hafen von Syros neu angelegte Schwimmhebedock mit einer Kapazität bis zu 40000 t bietet der UdSSR eine günstige Gelegenheit, ihr größtes Versorgungschiff Berezina mit 40000 t hier ankern zu lassen.

Für die Sozialimperialisten, die nicht wie die USA über ein weit verzweigtes Netz von Stützpunkten im Mittelmeer verfügen, ein gelungener Coup. Die Präsenz der dritten Eskadra im Mittelmeer mit der Kiew als Teil der Schwarzmeerflotte (zwischen 60 und 80 Schiffe) konnte bisher nur dadurch aufrechterhalten werden, daß davon 50% Versorgungsschiffe waren. Die Flotte war gezwungen, immer wieder in die Schwarzmeerhäfen zurückzukehren, um aufzutanken bzw. gewartet und repariert zu werden. Das machte sie schwerfällig und leicht verwundbar.

Für die US-Imperialisten ist es schwieriger geworden, die sowjetische Flotte im Mittelmeer durch die Sperrung des Bosporus von den Versorgungshäfen im Schwarzen Meer abzuschneiden. Die Sozialimperialisten haben sich den Kampf des griechischen Volkes gegen die USA und die NATO, was zum Sturz der faschistischen Militärjunta und zur Suspendierung der NATO-Mitgliedschaft 1974 führte, sowie gegen den EG-Beitritt zunutze gemacht. Für die griechische Regierung, die sich u.a. mit der Forderung nach voller militärischer Einsatzleitung in ihren Hoheitsgewässern als Voraussetzung für die NATO-Mitgliedschaft von den USA unabhängiger machen will, dafür aber die andere Supermacht hereinholt, wird sich der Druck von beiden Seiten verschärfen. Seit dem 9. September halten sich drei hohe US-Offiziere – NATO-Experten – in Athen auf, um die Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO durchzusetzen.

Abkommen über Hafennutzungsrechte in der Ägäis

z.dab. In der zweiten Septemberwoche haben die Sozialimperialisten mit der griechischen Regierung ein Abkommen über Hafennutzungsrechte auf der Insel Syros im Ägäischen Meer abgeschlossen. Anfang Oktober wird Ministerpräsident Karamanlis bei seinem Besuch in Moskau u.a. die genaueren Modalitäten vereinbaren. Wie bis jetzt bekannt, sieht das Abkommen die Benutzung des Hafens für die Wartung und Reparatur der sowjetischen Handels- und Versorgungsschiffe vor.

Bisher verfügte die Sowjetunion über vier Ankerplätze – drei vor Kreta, einer vor der Insel Mythelene – und über die Möglichkeit, die Werftkapazitäten der Eleusis-Werft bei Athen zu benutzen (Abkommen Ende 1978). Das im Hafen von Syros neu angelegte Schwimmhebedock mit einer Kapazität bis zu 40000 t bietet der UdSSR eine günstige Gelegenheit, ihr größtes Versorgungschiff Berezina mit 40000 t hier ankern zu lassen.

Für die Sozialimperialisten, die nicht wie die USA über ein weit verzweigtes Netz von Stützpunkten im Mittelmeer verfügen, ein gelungener Coup. Die Präsenz der dritten Eskadra im Mittelmeer mit der Kiew als Teil der Schwarzmeerflotte (zwischen 60 und 80 Schiffe) konnte bisher nur dadurch aufrechterhalten werden, daß davon 50% Versorgungsschiffe waren. Die Flotte war gezwungen, immer wieder in die Schwarzmeerhäfen zurückzukehren, um aufzutanken bzw. gewartet und repariert zu werden. Das machte sie schwerfällig und leicht verwundbar.

Für die US-Imperialisten ist es schwieriger geworden, die sowjetische Flotte im Mittelmeer durch die Sperrung des Bosporus von den Versorgungshäfen im Schwarzen Meer abzuschneiden. Die Sozialimperialisten haben sich den Kampf des griechischen Volkes gegen die USA und die NATO, was zum Sturz der faschistischen Militärjunta und zur Suspendierung der NATO-Mitgliedschaft 1974 führte, sowie gegen den EG-Beitritt zunutze gemacht. Für die griechische Regierung, die sich u.a. mit der Forderung nach voller militärischer Einsatzleitung in ihren Hoheitsgewässern als Voraussetzung für die NATO-Mitgliedschaft von den USA unabhängiger machen will, dafür aber die andere Supermacht hereinholt, wird sich der Druck von beiden Seiten verschärfen. Seit dem 9. September halten sich drei hohe US-Offiziere – NATO-Experten – in Athen auf, um die Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO durchzusetzen.



Durch einen Hungerstreik erzwangen die Mitglieder des KOR im Mai 1977 die Freilassung aller in den Streiks 1976 inhaftierten Arbeiter.

der letzten Zeit, wobei die heftigsten Konkurrenten die westdeutschen und die französischen Finanzbourgeois sind. Der französische Reifenkonzern Michelin ist Hauptabnehmer der Produktion von Synthese-Kautschuk aus dem Chemiewerk in Oswiecim, dessen Maschinerie inzwischen vollständig modernisiert ist, mit Anlagen aus der BRD.

Während sich die Sowjetunion ihre Energielieferungen an Polen um 16% teurer bezahlen ließ, rutschte der als Verrechnung der Liefertribute Polens an die UdSSR fungierende Transferrubel um 20,25% in den Keller. Produktionsmittel und Fertigwaren, die Polen in die UdSSR liefert, würden im Westexport wesentlich mehr an Devisen einbringen als Konsumgüter wie Schuhe, Nahrungsmittel wie z.B. Fleischkonserven, als Schwefel oder Kupfer. Für die Gläubigermeute in der EG allerdings ist es so, wie es ist, gerade recht. Die britische Vereinigung der Schuh-

Die weiter wachsende Staatsverschuldung (derzeit über 15 Mrd. Dollar), die nicht durch Produktionswerte gedeckt werden kann, verschärft auf dem Inlandsmarkt Inflation und Preissteigerung. 1976 brachen in Radom und Ursus große Streikkämpfe gegen Preiserhöhungen aus, die Regierung Gierek erließ darauf eine Neufassung des Arbeitsgesetzbuches, die elementare Rechte wie Streik und Versammlungsfreiheit einschränkt.

Es sind diese seit 1976 zunehmenden Kämpfe der Arbeiter, die zu einem wichtigen Umschwung in der politischen Oppositionsbewegung führen. Bis 1976 rekrutierte sich diese vor allem aus den Reihen der Intelligenz, vorrangig frühere Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) sowie der Vorkriegs-Sozialdemokratie. Ihre Ziele orientierten sich an der Menschenrechtskampagne, wie sie um die Konferenz von Helsinki von den westlichen Imperialisten angefacht

rung Gierek eine „Charta der Rechte der Arbeiter". Darin wird die Aufhebung des § 52, des Antistreikparagraphen im Arbeitsgesetz, gefordert, das Verbot von Zwangsüberstunden und von Nachtarbeit für Frauen, die 40-Stunden-Woche, der Schutz der Vertretungsrechte der Arbeiter im Betrieb, die Überwachung von Arbeitsschutzmaßnahmen durch Vertretungsorgane der Belegschaften, die Zahlung einer staatlichen Rente für Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Arbeitsunfällen und das Recht auf Bildung vom Staat unabhängiger Gewerkschaften.

Entstanden im Kampf um die Freilassung der während der Streikkämpfe von 1976 inhaftierten Arbeiter, verfolgt das KOR, dessen Mitglieder heute in ihrer Mehrzahl junge Arbeiter, Lehrlinge und Studenten sind, die Linie, so offen wie möglich zu arbeiten, sich auf die Massen zu stützen und dabei die demokratischen Rechte zu ergreifen, die die Arbeiter brauchen. Betrafen die Forderungen zunächst die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen, gewinnt die Bewegung zunehmend Klarheit darüber, daß der Kampf um Demokratie und, als dessen Bestandteil, der Kampf gegen die Unterjochung durch die sowjetische Supermacht, entscheidend ist für die grundlegende Änderung der Lage der Arbeiterklasse.

USA wollen griechische und türkische Truppen wieder unter NATO-Oberkommando stellen

z.rül. Seit vorletztem Wochenende hält sich der US-Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium Siena in Ankara und Athen auf, um beide Länder wieder enger unter die Fuchtel der US-Imperialisten zu bekommen. Von der Türkei verlangen die US-Imperialisten die Ersetzung des am 9. Oktober auslaufenden Abkommens über die US-Stützpunkte in Anatolien durch ein Verteidigungsabkommen, das unter anderem die Benutzung der Stützpunkte „für Aufgaben im Rahmen der allgemeinen NATO-Interessen" erlaubt. Wie die „Welt" am 17.9. erläuterte, verstehen sie darunter, „daß die anatolischen Stützpunkte im Ernstfall für eine Besetzung arabischer Ölfelder genutzt werden". Außerdem wollen sie Überflugrechte für ihre Spionageflugzeuge U-2 „zur Kontrolle der Einhaltung des SALT-II-Abkommens". Beide Forderungen lehnt die Türkei seit Monaten ab. Eines der Hauptziele der türkischen Politik sei die „Schaffung von Verbindungen mit den Staaten des Mittleren Ostens und des Balkan, die so eng wie möglich sind", hatte Ministerpräsident Ecevit bereits vor einem Jahr erklärt. Die US-Imperialisten hoffen, die gegenwärtigen Kreditverhandlungen der türkischen Regierung mit imperialistischen Banken zu neuen Erpressungen nutzen zu können. Gleichzeitig schüren sie die Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland, um beide Länder wieder ihrem militärischen Oberkommando zu unterwerfen. Von Griechenland verlangen sie, daß es die 1974 beschlossene Einstellung der Mitarbeit in der NATO wieder rückgängig macht und vor allem seine Truppen wieder NATO-Oberbefehl unterstellt. Dazu ist die griechische Regierung nur im „Spannungsfall" bereit, ansonsten sollen die Truppen unter nationalem Kommando verbleiben. Wenn die US-Imperialisten außerdem Griechenland nicht das Kommando über die NATO-Truppen in der griechischen Ägäis übertragen, werde sie die US-Stützpunkte im Land schließen, erklärte die Regierung bereits vor einigen Monaten. Die türkische Regierung hat gegenüber Siena ihre Ablehnung der US-Forderungen aufrechterhalten, und der griechische Ministerpräsident Karamanlis hat ihn gar nicht erst empfangen.



Am 23.9. begannen die diesjährigen NATO-Flottenmanöver im Mittelmeer. Bild: Landmanöver in der Türkei.

Schweden: „Bürgerliche" 3-Parteien-Regierung geplant

z.coi. Stockholm. Mit 175 Mandaten hat der „bürgerliche Block", bestehend aus der Konservativen, der Liberalen und der Centern-Partei, genau einen Sitz mehr im neuen schwedischen Reichstag als der aus Sozialdemokraten (SAP) und Revisionisten bestehende „Sozialistische Block". Die „bürgerlichen Parteien" haben Verhandlungen aufgenommen, um wie 1976 eine 3-Parteien-Regierung zu bilden. Diese war bereits nach zwei Jahren an der Kernenergiefrage zerbrochen. Gegenüber 1976 ist nicht nur die Mehrheit der „Bürgerlichen" arg geschrumpft, sie hat sich auch zu den Konservativen verlagert, die mit 73 Sitzen nach der SAP mit 154 die zweitgrößte Fraktion bilden. Unter der Parole „Freiheit – Nein zum Sozialismus" haben sie am heftigsten den bürgerlichen Sozialismus der SAP angegriffen und vor allem die Senkung der Einkommenssteuer und der Progression propagiert, damit sich Leistung wieder lohne. Die staatlichen Mindereinnahmen sollen in erster Linie durch Kürzung der Ausgaben (inkl. Sozialversicherung) für die Volksmassen ausgeglichen werden. Die beiden anderen Parteien sind mehr für Erhöhung der indirekten Steuern. Man wird sich wohl auf beides einigen. Zwecks Dämpfung der Inflation soll die Kaufkraft der Massen gesenkt werden. Die Sozialdemokratie hat bereits ihre drohenden Zweifel angemeldet, ob „eine bürgerliche Regierung die Tarifbewegung wird unter Kontrolle halten können" und Neuwahlen nicht ausgeschlossen, z.B. nach der Volksabstimmung um das Kernenergieprogramm nächstes Jahr.

Prinz Alfred zur Lippe-Weißenfeld fällt nicht weit vom Stamm

z.scc. Offiziell weilte der österreichische Sprößling des alten westfälischen Adelsgeschlechts als Vertreter des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge auf Zypern. Aber nicht der Flüchtlinge wegen hatte sich der Prinz dies Betätigungsfeld auserkoren: Den studierten Archäologen lockten die zahllosen antiken Kunstwerke, die er unter Ausnutzung der politischen Lage auf der geteilten Insel billig an sich zu bringen gedachte. Tatsächlich beweisen die Funde, die die zypriotische Polizei kürzlich in seiner Villa sicherstellte, nicht nu Sachkenntnis, sondern auch die seinesgleichen anhaftende Raffgier. Unter den Kunstgegenständen im Wert von vielen Millionen Dollar, die durch drei Lastwagen abtransportiert werden mußten, befanden sich 6000 Jahre alte Vasen und Statuetten. Der Verhaftung entzog sich der Prinz durch fluchtartiges Verlassen des Landes.

Zionisten beschließen neues Gesetz über Landraub

z.elb. Am 16.9. beschloß die zionistische Regierung, den Landraub im besetzten Gazastreifen und Westjordanland auch privaten Personen und Gesellschaften durch Kauf freizugeben. Durch Kauf? Keinen Fußbreit Boden werden die Palästinenser freiwillig hergeben. Die PLO, unterstützt von der lokalen arabischen Presse, hat breiten Widerstand angekündigt. – In drei Abschnitte haben die Zionisten Westjordanland geteilt, um es besser beherrschen zu können, indem sie die in zwölf Jahren Besetzung errichteten 50 Siedlungen in drei Linien von Norden nach Süden anordneten. Allein im letzten Jahr ließen sie 32 Siedlungen bauen, die sie 1980 auf 100 erhöhen wol-

Fett sitzen die Imperialisten auf Zaire

Sprungbrett imperialistischer Intervention / Streiks und Volksaufstände

z.pel. Am 1. September, vier Tage vor Schulbeginn, hat die Regierung der Republik Zaire für die rund 6 Millionen Schüler die Verdoppelung des Schulgeldes verfügt, die Kosten für den Schultransport auf 25 Zaire jährlich festgesetzt (1 Zaire etwa 1 DM) und alle Schüler verpflichtet, Schuluniform zu tragen. In der Hauptstadt Kinshasa demonstrierten daraufhin Tausende von Menschen. Die Maßnahme erfolgte sechs Tage, nachdem die im Internationalen Währungsfonds versammelten Gläubiger des Landes die Abwertung der Landeswährung um 25% bei gleichzeitigem Versprechen der Regierung, keine Lohnerhöhungen zuzulassen, erzwungen hatten. Es war die fünfte Abwertung seit Anfang '78; um 120% ist der Zaire seitdem im Verhältnis zum Dollar gefallen. 25 Zaire, das sind 60% des Monatslohns eines Bergarbeiters in den südlichen Provinzen Kasai oder Shaba, bzw. 75% des Lohns eines Arbeiters im öffentlichen Dienst.

Bruttosozialprodukt, Exporte und Schulden Zaires (in Mio. Zaire)

	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Bruttosozialprodukt	1117	1475	1835	1872	2889	3860
Exporte	368	506	690	432	747	846
Schulden	291	485	938	1457	2705	3120

60% eines Monatslohns für den Schultransport *eines* Kindes, drei Monatslöhne für einen 50 kg-Sack Manioc, dem Grundnahrungsmittel, durchschnittliche Preiserhöhung von jeweils 60% in den letzten beiden Jahren bei Lohnerhöhungen von maximal 20%, eine zusammengebrochene Lebensmittelversorgung in Teilen des Landes. Das sind die Gründe für die heftigen Kämpfe, denen sich die Regierung Mobutu in verschiedenen Provinzen des Landes gegenübersieht. In diesen oftmals bewaffnet geführten Kämpfen stehen die Minenarbeiter Südzaires in vorderster Front. Oft können sie sich mit der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung verbinden. So löste Anfang August ein Streik von Arbeitern in den Diamantenminen gegen die von den Kapitalisten verweigerte Lohnauszahlung im Süden der Provinz Kasai einen Volksaufstand in der gesamten Region aus. Mit Unterstützung der Bauern setzten sich die Bergarbeiter gegen die zur Niederschlagung des Streiks eingesetzten Truppen bewaffnet zur Wehr. Es brauchte eigens aus Kinshasa herangeführte Spezialeinheiten, um den Aufstand im Blut zu ersticken.

7,5 Millionen der 9 Millionen Erwerbstätigen Zaires sind Bauern und

Schultransport *eines* Kindes, drei Monatslöhne für einen 50 kg-Sack Manioc, dem Grundnahrungsmittel, durchschnittliche Preiserhöhung von jeweils 60% in den letzten beiden Jahren bei Lohnerhöhungen von maximal 20%, eine zusammengebrochene Lebensmittelversorgung in Teilen des Landes. Das sind die Gründe für die heftigen Kämpfe, denen sich die Regierung Mobutu in verschiedenen Provinzen des Landes gegenübersieht. In diesen oftmals bewaffnet geführten Kämpfen stehen die Minenarbeiter Südzaires in vorderster Front. Oft können sie sich mit der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung verbinden. So löste Anfang August ein Streik von Arbeitern in den Diamantenminen gegen die von den Kapitalisten verweigerte Lohnauszahlung im Süden der Provinz Kasai einen Volksaufstand in der gesamten Region aus. Mit Unterstützung der Bauern setzten sich die Bergarbeiter gegen die zur Niederschlagung des Streiks eingesetzten Truppen bewaffnet zur Wehr. Es brauchte eigens aus Kinshasa herangeführte Spezialeinheiten, um den Aufstand im Blut zu ersticken.

7,5 Millionen der 9 Millionen Erwerbstätigen Zaires sind Bauern und

Landarbeiter. 78,8% der 24 Millionen Einwohner wohnten 1970 noch auf dem Land. Das Tieflandbecken des Kongostromes erstreckt sich in einer Höhe von 200 bis 400 Metern über zwei Drittel des Staatsgebietes und bietet ein riesiges Bewässerungspotential. Im tropischen Regenwald der nördlichen und nordwestlichen Landesteile gedeihen Kaffee, Kakao und Kautschukpflanzen, in der sich nach Süden anschließenden Feuchtsavanne werden Baumwolle, Erdnüsse, Palmöl angebaut sowie Rinderzucht betrieben. Trotz dieser ausgezeichneten Bedingungen für landwirtschaftliche Produktion beträgt deren Anteil am Bruttosozialprodukt heute noch ganze 13% gegenüber 25% 1968. Die Agrarproduktion ist in den letzten Jahren ständig gefallen; die Produktion von Palmöl geht von 206000 Tonnen 1968 auf knapp 100000 Tonnen 1977 zurück. Manioc, das Anfang der 60er Jahre noch mit knapp 50000 Tonnen exportiert wurde, muß heute eingeführt werden, ebenso Mais. Der Anteil der Lebensmittel an den Einfuhren beträgt 23%. Gegen die traditionelle zairische Landwirtschaft, den Anbau von Mais, Manioc, Reis für den Eigenverbrauch und den inneren Markt in Familienbetrieben von bis zu 2 ha Größe, haben die belgischen Imperialisten Riesenplantagen ab 500 ha über das Land gezogen. In Extensivwirtschaft werden dort hauptsächlich Kaffee, Kautschuk und Palmöl für den Export produziert. Hunderttausende von Hektar Land, das die zairischen Bauern zeitweise brachliegen ließen, damit es sich erholte, sind ihnen von den imperialistischen Monopolen einfach geraubt worden. Starker Druck auf die Erzeugerpreise und z.B. Niederkonkurrie-

schen Monopolen einfach geraubt worden. Starker Druck auf die Erzeugerpreise und z.B. Niederkonkurrie-

rung der Bauern durch die Großrancher in der Fleischversorgung der Städte hat die Enteignung Hunderttausender von ihnen vorangetrieben.

In ihrer Gier nach Höchstprofit, den die Imperialisten aus der Ausplünderung der zairischen Bodenschätze, vor allem Kupfer, Kobalt, Diamanten und Uran, zu ziehen trachten, haben sie systematisch jeden Ansatz der zairischen Regierung, in die Landwirtschaft zu investieren, soweit es sich nicht um Transportwege für die Großplantagen handelte, unterdrückt. Der Anteil der Landwirtschaft am Gesamthaushalt liegt heute bei 4%.

Der Versuch der Bourgeoisie Zaires, ab 1973 der Zerstörung und Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten über die schrittweise ,,Zairisierung" von Landwirtschaft und Bergbau, d.h. der Übernahme der Betriebe durch den Staat gegen Entschädigung, zu begegnen, wurde von den imperialistischen Monopolen durch heftiges Zuziehen der Kreditschlinge vereitelt. Mußte die zairische Regierung für die Entschädigung der belgischen, französischen und amerikanischen Kapitalisten schon Kredite aufnehmen, so nutzten die Imperialisten in den folgenden Jahren den schroffen Fall des Kupferpreises, Kupfer ist Hauptexportprodukt, um den Unabhängigkeitsbestrebungen die Luft abzudrehen. Die Tabelle beweist, wie das Land über die Riesenverschuldung in vollständige Abhängigkeit vom Imperialismus ge-

belle beweist, wie das Land über die Riesenverschuldung in vollständige Abhängigkeit vom Imperialismus ge-





Im Mai 1978 fallen von den Sozialimperialisten in Angola in Marsch gesetzte Katanga-Gendarme in der Provinz Shaba ein. Nach heftiger Gegenwehr der zairischen Armee (Bild oben) besetzen sie Kolwezi. Während die belgische Regierung noch zögert und weitere Schwächung Mobutus abwartet, setzen die französischen Imperialisten ihre Fallschirmjäger in Marsch und terrorisieren die Volksmassen. Die Zerstörungen in der Region treiben Zaire weiter in die imperialistische Schuldknechtschaft.

rät.

Die ,,Zairisierung" war ein Versuch der nationalen Bourgeoisie, die imperialistischen Fesseln zu lockern, und mußte scheitern, weil sie für die Bauern und Arbeiter keine Perspektive für die Befreiung von Ausbeutung bot. Die folgende Verschärfung der imperialistischen Ausbeutung und Plünderung und die Wut der Volksmassen ebnete dem Sozialimperialismus den Boden für seine Versuche, mit den Katangainvasionen 1977 und 1978 die imperialistische Konkurrenz auszubooten. Zaire wurde zum Schlachtfeld der Konkurrenz der Supermächte. Der französische Imperialismus konnte durch seine militärische Intervention den Einfluß Belgiens als bisherigem Hauptpartner der US-Imperialisten zurückdrängen und sich mit dem US-Imperialismus arrangieren. Gemeinsam haben sich die westlichen Imperialisten damals entschieden, durch fortgesetzten Druck Mobutu zu einer zuverlässigen Kreatur bei der Unterdrückung der Volksmassen zu machen, wobei sie sich für den Fall anwachsenden Volkswiderstandes die Möglichkeit seiner Ersetzung offenließen. ,,*Gegenwärtig* gibt es keine Alternative zum jetzigen Regime, die Beziehungen abzubrechen und uns unseres Beitrages zur Entwicklung des Landes zu entledigen, wäre gefährlich." So faßt der belgische Außenminister Simonet im Juli dieses Jahres die Taktik der Imperialisten zusammen. Ein Jahr lang haben sie Mobutu betteln lassen, bevor vor einigen Tagen der IWF einen 100-Mio.-Dollar-Kredit gewährte und damit den Privatbanken grünes Licht für weitere Kredite gab. Gewährt wurde er erst, nachdem Mobutu versprochen hatte, die Bedingungen der Imperialisten zur Abwertung des Zaire, des völligen Lohnstopps, Senkung der Agrarpreise, Investitionen in der Exportindustrie, Anziehen der Steuerschraube und Einhaltung der Zinsschuldzahlungen zu erfüllen. Das Finanzministerium und die Staatsbank werden direkt vom IWF geführt. Im Juli haben die 30 belgischen Experten des Zollbüros ihre Arbeit aufgenommen. Ein Erlaß Mobutus sichert ihnen das Recht von Zoll- und Steuereintreibung, der Grenzüberwachung sowie der Unterbreitung neuer Gesetzesvorschläge zu.

Gleichzeitig haben die französischen Imperialisten mit ihren am 18.9. beendeten Militärmanövern in Südzaire unterstrichen, daß die westlichen Imperialisten entschlossen sind, jeden Volkswiderstand zu unterdrücken und Zaire als Sprungbrett der Intervention in ganz Afrika im Kampf mit den Sozialimperialisten zu nutzen. Soeben hat dies das Volk der Zentralafrikanischen Republik erfahren müssen.

Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) unterbricht äthiopische Nachschubwege nach Eritrea

z.ulg.Rom. Am 11. September hat die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) den Flughafen von Axum in Nordtigray angegriffen und durch Zerstörung des Kontrollturms vorerst unbenutzbar gemacht. Tigray liegt zwischen dem äthiopischen Kernland um Addis Abeba und Eritrea. Der Ausfall des Flughafens, über den der Großteil des Nachschubs für die äthiopischen Kolonialtruppen in Eritrea und Tigray lief, wiegt um so schwerer, als die TPLF bereits seit dem 10. Juli auch die Fernstraße von Addis Abeba nach der eritreischen Hauptstadt Asmara unterbrochen hat.

Tigray ist 1890 an das großäthiopische Völkergefängnis angegliedert worden. Nachdem die italienischen Imperialisten 1941 endgültig aus Äthiopien und Eritrea vertrieben sind, erheben sich 1943 die tigrayischen Bauern gegen das doppelte Joch der einheimischen Feudalen und kaiserlichen Steuereintreiber. Mit britischer Hilfe wird der Aufstand niedergeschlagen.

Die meisten der 4,5 bis 5 Millionen Tigrayer sind Bauern, die außer Grundnahrungsmitteln Weihrauch für den Export anbauen. Das Proletariat besteht fast nur aus den Bergleuten einiger von den US-Imperialisten errichteter Schwefel- und Pottascheminen.

(TPLF) den Flughafen von Axum in Nordtigray angegriffen und durch Zerstörung des Kontrollturms vorerst unbenutzbar gemacht. Tigray liegt zwischen dem äthiopischen Kernland um Addis Abeba und Eritrea. Der Ausfall des Flughafens, über den der Großteil des Nachschubs für die äthiopischen Kolonialtruppen in Eritrea und Tigray lief, wiegt um so schwerer, als die TPLF bereits seit dem 10. Juli auch die Fernstraße von Addis Abeba nach der eritreischen Hauptstadt Asmara unterbrochen hat.

Tigray ist 1890 an das großäthiopische Völkergefängnis angegliedert worden. Nachdem die italienischen Imperialisten 1941 endgültig aus Äthiopien und Eritrea vertrieben sind, erheben sich 1943 die tigrayischen Bauern gegen das doppelte Joch der einheimischen Feudalen und kaiserlichen Steuereintreiber. Mit britischer Hilfe wird der Aufstand niedergeschlagen.

Die meisten der 4,5 bis 5 Millionen Tigrayer sind Bauern, die außer Grundnahrungsmitteln Weihrauch für den Export anbauen. Das Proletariat besteht fast nur aus den Bergleuten einiger von den US-Imperialisten errichteter Schwefel- und Pottascheminen.

Nach dem gescheiterten Aufstand haben amharische Feudale einen großen Teil des Landes an sich gerissen, die nationale Unterdrückung treibt die Lebensbedingungen der Massen noch unter das Elendsniveau in den amharischen Provinzen. Bis heute gibt es in Tigray ganze vier Krankenhäuser.

Nach dem Sturz des Kaisers 1974 nimmt die TPLF angesichts der fortdauernden nationalen Unterdrückung 1975 den bewaffneten Kampf auf. An zwei Fronten zugleich: gegen das Militärregime und gegen die amharischen und tigrayischen Feudalen, die mit einer 12000 Mann starken Armee von Tigray aus ihre Herrschaft über ganz Äthiopien wiederherstellen wollen.

Heute sind die Feudalen aus Tigray vertrieben, und die TPLF kontrolliert faktisch zwei Drittel des Landes. Dort



Eritreische Befreiungskämpferin

ist das frühere Feudalland an die Bauern verteilt worden, die es in Milizen gegen die Rückeroberungsversuche der von sowjetischen und kubanischen ,,Beratern" unterstützten äthiopischen Truppen verteidigen. ,,Die TPLF", erklärte uns ihr Vertreter in Rom, ,,kämpft für das Selbstbestimmungs-

Äthiopien wiederherstellen wollen.

Heute sind die Feudalen aus Tigray vertrieben, und die TPLF kontrolliert faktisch zwei Drittel des Landes. Dort



Eritreische Befreiungskämpferin

ist das frühere Feudalland an die Bauern verteilt worden, die es in Milizen gegen die Rückeroberungsversuche der von sowjetischen und kubanischen ,,Beratern" unterstützten äthiopischen Truppen verteidigen. ,,Die TPLF", erklärte uns ihr Vertreter in Rom, ,,kämpft für das Selbstbestimmungs-

recht. Ob es schließlich zur Lostrennung von Äthiopien oder zum gleichberechtigten Zusammenschluß verschiedener Nationen in einem demokratischen Äthiopien genutzt wird, hängt von der Entwicklung in den anderen Landesteilen ab."

Von Anfang an hat die TPLF mit der eritreischen Befreiungsbewegung zusammengearbeitet. Ihre militärischen Kader sind zum Teil von der EPLF ausgebildet worden, und die erste äthiopische Großoffensive gegen Eritrea wurde 1976 schon vor der Grenze in Tigray ins Stocken gebracht.

---

len. Derzeit haben sich die Zionisten in 110 Siedlungen im Gazastreifen und Westjordanien festgesetzt. Mit der Koppelung staatlicher und privater Landnahme und damit vor allem ihrer Ausdehnung wollen die Zionisten vollendete Tatsachen in den besetzten Gebieten schaffen. Aus der Besetzung soll Annexion werden. – Gleichzeitig mit dem neuen Gesetz über den Landraub hat die zionistische Armee die ,,vorübergehende Konfiszierung" von mehr als 1500 Hektar Weide- und Ackerland von 92 Palästinensern in der Nähe von Nablus zur Durchführung von Manövern angekündigt. Aus dem ,,vorübergehend" ist bisher noch immer ein ,,endgültig" geworden.

Irak setzt für die Ölmonopole neue Lieferbedingungen fest

z.elb. Die irakische Regierung wird zum Jahresende sämtlichen imperialistischen Ölkonzernen die Lieferverträge kündigen. Neue Verträge werden angeboten mit der Auflage, daß sich die Ölmonopole zur Einhaltung der irakischen Bestimmungen über den Weiterverkauf des Öls verpflichten. Lieferungen irakischen Öls über die Imperialisten an die zionistischen, rhodesischen und südafrikanischen Siedler sollen damit unterbunden werden. Ebenso will die irakische Regierung verhindern, daß die Boykottmaßnahmen gegen Ägypten von den Imperialisten unterlaufen werden, die die arabischen Staaten aufgrund des US-imperialistischen ,,Friedensvertrages" zwischen den Zionisten und Ägypten beschlossen hatten. – Der Irak besitzt mit 4629 Mio. t (1977) die viertgrößten bekannten Ölreserven der Welt; bei gleichbleibender Förderung auf dem Niveau von 1977 würden sie nach ca. 40 Jahren erschöpft sein. Über 90% des Öls wird exportiert. Von der 1977 geförderten Menge von 110,9 Mio. t importierten die EG-Staaten 40,9%, was ca. 9,5% ihrer gesamten Öleinfuhren entsprach. Den US-Imperialisten wurde im gleichen Jahr eine vergleichsweise geringe Menge geliefert. – Die neuen Lieferbedingungen für die Ölmonopole, betroffen sind vor allem British Petroleum, Gulf Oil, Mobil, Exxon und Shell, bringen die US- und EG-Imperialisten in einige Schwierigkeiten. Ihre Stützung des Zionistenregimes und Päppelung der Siedler im südlichen Afrika trotz UNO-Sanktionen erleidet einen weiteren empfindlichen Schlag. Aber auf das irakische Öl verzichten?

Neuer Präsident Angolas gewählt

z.hef. Am 20. September wählte das ZK der MPLA den bisherigen Planungsminister José Eduardo dos Santos zum neuen Präsidenten Angolas. Dos Santos ist Ingenieur, er wurde bis 1974 in der Sowjetunion ausgebildet. Präsident Neto starb am 11. September während einer Operation in Moskau. Neto war seit 1952 führend tätig im Befreiungskampf des angolanischen Volkes gegen den portugiesischen Kolonialismus und seine Hintermänner, die Imperialisten mit den US-Imperialisten an der Spitze. Obwohl alle drei Befreiungsbewegungen Angolas gegen die imperialistischen Spaltungsversuche 1975 ein Grundsatzabkommen schlossen, konnten die Imperialisten und vor allem die Sozialimperialisten ihre Spaltungstätigkeit mit Erfolg fortsetzen und einen Bürgerkrieg schüren. An den Folgen trägt Angola heute schwer – große Widersprüche zwischen den Volksmassen, wirtschaftliche Vorherrschaft des Sozialimperialismus und fremde Truppen im Land. In der Führung der MPLA gab es in den letzten Monaten darum scharfe Kämpfe. In diesen Auseinandersetzungen konnten die weißen Portugiesen in der MPLA-Führung ihre Position stärken, u.a. Lucio Lara (Sekretär für ideologische Erziehung) und Paolo Jorge (Außenminister). Lara, ein selbsternannter Vorkämpfer gegen angeblichen ,,schwarzen Rassismus", war als Kandidat für die Nachfolge Netos genannt worden.

Französische Imperialisten stürzen Bokassa I.

z.pel.Paris. ,,Bokassa I., ... Bokassa, den die Macht verrückt gemacht hat, Bokassa I. ist abgesetzt worden, während er auf Reisen war... Der Fall des zentralafrikanischen Adlers war vorgezeichnet, es galt, die Nachfolge zu organisieren." Die ersten Kommentare des französischen Fernsehens am Freitag abend verhehlen nicht die Genugtuung der französischen Finanzbourgeoisie über die gelungene Aktion ihrer Eingreiftruppen im Zentralafrikanischen Kaiserreich. Frech wird ,,die synchrone Ankunft der französischen Truppen" während der Rede des alten, von Bokassa 1965 gestürzten Präsidenten David Dacko, gelobt. Um 23 Uhr Donnerstag nacht waren drei Fallschirmjägerkompanien mit Unterstützung von Kampfhubschraubern auf dem Flughafen von Bangui gelandet und hatten die strategischen Punkte der Stadt besetzt. Die Aktion war von langer Hand vorbereitet. Im Frühjahr hatte die französische Regierung die Hetze gegen Bokassa gestartet, auf der Konferenz von Kigali konnte Giscard einige afrikanische Staaten in eine afrikanische Untersuchungskommission gegen Zentralafrika pressen. Dann stellen die USA ihre Wirtschaftshilfe ein, die französische Regierung kündigte Militärmanöver in Zaire an. Zeit für die PCF zu rufen: ,,Was macht Frankreich?" (L'Humanité). Die Manövertruppen brauchten sich nicht einmal umzuziehen. Bokassa soll in Libyen über den Uranabbau in Zentralafrika verhandelt haben. Zudem hatte er das Volk zu ungeschickt unterdrückt. Gleich, wer der Nachfolger ist, die Volksmassen Zentralafrikas werden zuerst den französischen Imperialismus bekämpfen müssen.

In Dankbarkeit

„Ja, wir sind radikale Revolutionäre, aber wir versuchen niemandem, nicht einmal der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, unseren Radikalismus aufzuzwingen. Daß wir brüderliche Beziehungen mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und mit der Sowjetunion unterhalten? Ja, wir sind Freunde der Sowjetunion. Wir sind dem sowjetischen Volk zutiefst dankbar, weil uns seine großzügige Unterstützung geholfen hat, zu überleben und aus schwierigen und entscheidenden Situationen im Leben unseres Volkes siegreich hervorzugehen. Wir sind der ruhmreichen Oktoberrevolution dankbar, denn sie leitete eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit ein, ermöglichte die Niederschlagung des Faschismus und schuf Bedingungen für den Zusammenbruch des verhaßten Kolonialsystems. Das zu verkennen hieße, die Geschichte selbst zu verkennen. Nicht nur Kuba, auch die Völker und Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, die arabischen Länder, die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien, alle Nationen, die gegen Rassismus, Zionismus und Faschismus kämpfen, haben der Solidarität der sozialistischen Staaten viel zu verdanken."

Die Versuche, diesen VI. Gipfel in Havanna zu sabotieren; der Druck, die diplomatischen Manöver und die Intrigen der Imperialisten und der Pekinger Führung, um zu vermeiden, daß die Konferenz in unserem Land stattfand, sind nutzlos gewesen. Die nordamerikanischen Imperialisten, ihre alten und neuen Alliierten – in diesem Falle meine ich die chinesische Regierung – wünschten nicht diese Konferenz in Kuba.

Sie haben sogar die ekelhafte Lüge zusammengezimmert, daß Kuba die Bewegung der Nichtpaktgebundenen Länder in ein Werkzeug der Sowjetunion umwandeln wolle. Wir wissen sehr gut, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sogar eine Kopie des von Kuba erarbeiteten Abschlußdokuments bekommen hatte und fieberhaft diplomatische Kontakte durchführte, um zu versuchen, das Abschlußdokument zu verändern ... Seit wann haben die Vereinigten Staaten das Recht, sich in die Nichtpaktgebundenen einzumischen und danach zu streben, darüber zu entscheiden, wie unsere Dokumente verfasst werden sollen?"

In der internationalen Beziehung praktizieren wir unsere Solidarität durch Taten, nicht mit schönen Worten. Kubanische Techniker arbeiten gegenwärtig in 28 Ländern, die unserer Bewegung angehören ... Würdevolle und opferbereite Söhne Kubas sind tausend Meilen entfernt von ihrer Heimat bei der Unterstützung einer Befreiungsbewegung, bei der Verteidigung gerechter Sachen anderer Völker, im Kampf gegen die Ausdehnung der Rassisten Südafrikas und gegen andere imperialistische Aggressionen auf die Menschenwürde und auf die Integrität und Unabhängigkeit der Brudernationen gefallen. Sie stellen die Reinheit, Hochherzigkeit, den Geist der Solidarität und das internationalistische Bewußtsein dar, welche unsere Revolution in unser Volk geschmiedet hat."

„.... Die regierende Kamarrilla Chinas, die Pinochet gegen Allende unterstützt, die die Aggression Südafrikas gegen Angola unterstützte, die den Schah unterstützte, die Somoza unterstützte, die Sadat unterstützt und ihm Waffen liefert, die die Yankee-Blockade gegen Kuba und die Anwesenheit der Marinebasis auf Guantanamo rechtfertigt, die die NATO verteidigt, die sich den Vereinigten Staaten anschließt und den reaktionärsten Kräften Europas und der ganzen Welt, hat weder das Ansehen noch die Moral, um irgendjemandem Lektionen zu erteilen."

„Die Stellung Kubas zum Kampuchea-Problem ist bekannt ... Man hebt hervor, daß Vietnam Kämpfer zur Unterstützung der kampucheanischen Revolutionäre schickte ... Warum sagt man nicht, daß die blutbefleckte Kamarrilla sich des Landes bemächtigte, im Bunde mit China und dem Imperialismus zuerst Vietnam provozierte und überfiel und daß es unleugbare dokumentarische Beweise der Massenmorde gibt. ... Wir verurteilen mit all unseren Kräften die Völkermordregierung von Pol Pot und Ieng Sary ... Dessen ungeachtet gewährte Kuba, unter Respektierung seiner Verpflichtungen als Austragungsland, beiden Seiten die Möglichkeit, in Havanna vertreten zu sein, bis die Bewegung eine entsprechende Entscheidung fällt. Es ist unerklärlich, daß sich einige dem Ausschluß Ägyptens widersetzen, das sich mit den Vereinigten Staaten und Israel verbündete und offen die edle Sache des arabischen und palästinensichen Volkes verriet, während man andererseits vorhat, Vietnam wegen seiner Handlungen in rechtmäßiger Verteidigung gegen die Aggression zu verurteilen und man bei der Vorstellung bleibt, daß die blutbefleckte Regierung Pol Pot, der Abschaum der Menschheit, noch existiert." Die Bewegung muß die Einheit ehren und immer eine friedliche Lösung bei jeglichem Meinungsstreit suchen, der unter ihren Mitgliedern auftritt, aber gleichzeitig ist sie verpflichtet, das Gleichgewicht, den Realismus und politische Logik in ihren Entscheidungen beizubehalten."

„Die Position Kubas in bezug auf die Probleme Südostasiens ist klar und eindeutig. Vietnam ist für unser Volk heilig. Wir haben eines Tages gesagt, daß wir für Vietnam bereit wären, unser Blut zu geben.

Ländern, die unserer Bewegung angehören ... Würdevolle und opferbereite Söhne Kubas sind tausend Meilen entfernt von ihrer Heimat bei der Unterstützung einer Befreiungsbewegung, bei der Verteidigung gerechter Sachen anderer Völker, im Kampf gegen die Ausdehnung der Rassisten Südafrikas und gegen andere imperialistische Aggressionen auf die Menschenwürde und auf die Integrität und Unabhängigkeit der Brudernationen gefallen. Sie stellen die Reinheit, Hochherzigkeit, den Geist der Solidarität und das internationalistische Bewußtsein dar, welche unsere Revolution in unser Volk geschmiedet hat."

„.... Die regierende Kamarrilla Chinas, die Pinochet gegen Allende unterstützt, die die Aggression Südafrikas gegen Angola unterstützte, die den Schah unterstützte, die Somoza unterstützte, die Sadat unterstützt und ihm Waffen liefert, die die Yankee-Blockade gegen Kuba und die Anwesenheit der Marinebasis auf Guantanamo rechtfertigt, die die NATO verteidigt, die sich den Vereinigten Staaten anschließt und den reaktionärsten Kräften Europas und der ganzen Welt, hat weder das Ansehen noch die Moral, um irgendjemandem Lektionen zu erteilen."

„Die Stellung Kubas zum Kampuchea-Problem ist bekannt ... Man hebt hervor, daß Vietnam Kämpfer zur Unterstützung der kampucheanischen Revolutionäre schickte ... Warum sagt man nicht, daß die blutbefleckte Kamarrilla sich des Landes bemächtigte, im Bunde mit China und dem Imperialismus zuerst Vietnam provozierte und überfiel und daß es unleugbare dokumentarische Beweise der Massenmorde gibt. ... Wir verurteilen mit all unseren Kräften die Völkermordregierung von Pol Pot und Ieng Sary ... Dessen ungeachtet gewährte Kuba, unter Respektierung seiner Verpflichtungen als Austragungsland, beiden Seiten die Möglichkeit, in Havanna vertreten zu sein, bis die Bewegung eine entsprechende Entscheidung fällt. Es ist unerklärlich, daß sich einige dem Ausschluß Ägyptens widersetzen, das sich mit den Vereinigten Staaten und Israel verbündete und offen die edle Sache des arabischen und palästinensichen Volkes verriet, während man andererseits vorhat, Vietnam wegen seiner Handlungen in rechtmäßiger Verteidigung gegen die Aggression zu verurteilen und man bei der Vorstellung bleibt, daß die blutbefleckte Regierung Pol Pot, der Abschaum der Menschheit, noch existiert." Die Bewegung muß die Einheit ehren und immer eine friedliche Lösung bei jeglichem Meinungsstreit suchen, der unter ihren Mitgliedern auftritt, aber gleichzeitig ist sie verpflichtet, das Gleichgewicht, den Realismus und politische Logik in ihren Entscheidungen beizubehalten."

„Die Position Kubas in bezug auf die Probleme Südostasiens ist klar und eindeutig. Vietnam ist für unser Volk heilig. Wir haben eines Tages gesagt, daß wir für Vietnam bereit wären, unser Blut zu geben.

Kein Volk brachte in unserer Epoche für seine Befreiung so viele Opfer; kein Volk leistete dem Kampf für die nationale Befreiung einen größeren Beitrag; kein Volk in unseren Zeiten trug in so großem Maße dazu bei, ein universelles Bewußtsein gegen den Imperialismus. Über Vietnam wurden viermal mehr Tonnen Bomben geworfen, als im zweiten Weltkrieg verwendet wurden; an Vietnam zerbrach die Macht des mächtigsten imperialistischen Staates."

„Obwohl meine Worte bei der Eröffnung der Konferenz nicht sehr diplomatisch waren, auch nicht sehr protokollarisch, hoffe ich doch, daß niemand daran zweifelt, daß ich absolut ehrlich gesprochen habe."

Ansprachen, Fidel Castro Ruz, Vorsitzender der VI. Gipfelkonferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten am 3. und 8. September 1979 in Havanna. Botschaft der Republik Kuba.

Die Versuche, die Blockfreienbewegung zu spalten, dienen der Vorbereitung des Krieges um Europa

z.ges. Noch ist es nicht möglich, Verlauf und Ergebnis der Blockfreienkonferenz im einzelnen zu untersuchen. Weder liegt der ursprüngliche Entwurf Kubas für das Schlußdokument vor, noch hat Kuba bisher das schließlich verabschiedete Schlußdokument veröffentlicht. Die kubanischen Botschaften lassen verlauten, daß der Hurrikan daran schuld sei. Obwohl auch keine Protokolle der Reden und Debatten veröffentlicht sind, und die Abstimmungsverhältnisse nur bruchstückhaft bekannt sind, kann man aber doch eine grobe Auswertung der Blockfreienkonferenz vornehmen.

Woher kommt die große Bedeutung der Blockfreienbewegung, die sich in der Tradition der Bandung-Konferenz von 1955 in Belgrad 1961 formell gegründet hat? Die Hauptbedeutung der Blockfreienbewegung ist, daß sie ihrem Wesen nach ein Zusammenschluß der von Imperialismus und Sozialimperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Länder ist, daß es der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt ist. Inzwischen gehören ihr über 100 Länder an, im großen und ganzen durch ihre Regierungen, teilweise wie Zimbabwe, Namibia und auch Palästina durch ihre Befreiungsorganisationen vertreten. Während die OAU oder die Arabische Liga kontinentale und nationale Zusammenschlüsse sind, ist die Blockfreienbewegung ein allgemeiner politischer Zusammenschluß der Dritten Welt. Seit ihrer Gründung verfolgt die Blockfreienbewegung einen Kurs gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, einen Kurs des Kampfes gegen die Hegemonialpolitik der beiden Supermächte. Da die „Blöcke" von den beiden Supermächten beherrscht und benutzt werden, war die Politik der Blockfreiheit mit ihren Forderungen nach Auflösung aller fremden Militärstützpunkte und nach Abzug aller fremden Truppen von vornherein eine Kampfansage an die USA und an die Sowjetunion, die sich mit der revisionistischen Machtergreifung in einen imperialistischen Staat verwandelt hatte. So findet die Blockfreienbewegung nicht nur die Unterstützung der Völker der Dritten Welt, sondern aller Völker wie auch des internationalen Proletariats. Auf der anderen Seite, haben die beiden Supermächte gegenüber der Blockfreienbewegung nie etwas anderes als Spaltung im Sinn gehabt, um dieses große Hindernis für ihre Hegemonialpolitik zu beseitigen. Je mehr die Blockfreienbewegung an objektiver Bedeutung und an subjektiver Klarheit gewonnen hat, umso mehr haben sich diese Spaltungsversuche verstärkt. Beide Supermächte versuchen ihre Agenturen in der Blockfreienbewegung zu schaffen. Mit einigem Erfolg ist das jedoch nur der Sowjetunion gelungen, denn die Herrschaft der Bourgeoisie unter dem Deckmantel des Sozialismus ist nicht nur auf den Warschauer Pakt beschränkt. Der Einfluß der SU in der Blockfreienbewegung beruht auf der Sabotage und Ruinierung von Volksbefreiungskämpfen. Das Ansehen der Sowjetunion, soweit noch vorhanden, beruht auf der Oktoberrevolution, deren Ergebnisse die neue Bourgeoisie liquidiert hat. Das Ansehen Kubas oder Vietnams, soweit noch vorhanden, beruht auf den Befreiungskämpfen des kubanischen und des vietnamesischen Volkes, deren Früchte Fidel Castro und Pham Van Dong an die Sowjetunion ausgeliefert haben. Ihr Einfluß ist konterrevolutionär, stammt aber aus der Revolution. Die Arien eines Fidel Castro beziehen ihr Pathos aus der revolutionären Vergangenheit, wenn er die Zukunft der Blockfreienbewegung den sowjetischen Sozialimperialisten ausliefern will.

Dieses Mal hielten die Agenten der Sozialimperialisten die Zeit für einen Großangriff auf die Prinzipien der Blockfreiheit gekommen. In seinem Entwurf versuchte Kuba die Anlehnung an die Sowjetunion positiv zu verankern. Die Vertreter jener Völker und Staaten, die direktes Opfer sozialimperialistischer Aggression und Schikane sind, sollten aus der Bewegung ausgeschaltet werden, um so die Bewegung umso leichter unter Kontrolle zu bekommen.

Kein Trick war den kubanischen Gastgebern zu faul, um das Demokratische Kampuchea daran zu hindern, seinen Sitz auf der Konferenz einzunehmen. Das Opfer der sowjetisch-vietnamesischen Aggression sollte durch die sowjetisch-vietnamesischen Marionetten, die durch die Invasion auf die Bühne gebracht wurden, ersetzt werden.

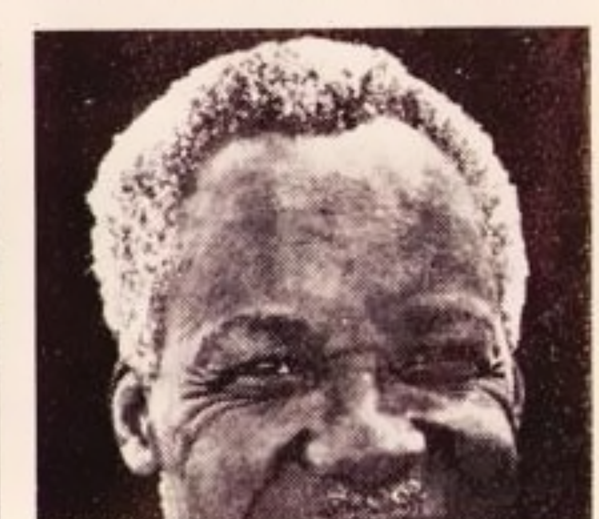
Ägypten sollte ausgeschlossen werden, obwohl gerade die Sowjetunion mit ihrer Politik von weder Krieg noch Frieden, mit ihrem laufenden Menschennachschub für Israel und ihrer Verweigerung von Waffennachschub für Ägypten die Bedingungen geschaffen hat, unter denen die USA Ägypten in die Falle des Separatfriedens locken konnten, so daß Ägypten heute in den Kreditfängen beider Supermächte steckt.

Wie sagte Fidel Castro in seiner Eröffnungsrede? Man müsse der Sowjetunion dankbar sein. Und als dankbarer Handlanger der Sowjetunion hat er sich während der ganzen Konferenz bewiesen. An den konkreten Angriffspunkten haben die Handlanger der Sowjetunion Teilerfolge erzielen können. Dem Demokratischen Kampuchea blieb sein Sitz verweigert und Staatspräsident Khieu Samphan konnte seine Rede nicht halten, sondern mußte sie den einzelnen Delegationen zuschicken. Ägypten ist wegen dem Separatfrieden verurteilt worden, aber nicht die SU für ihre Sabotage am Oktoberkrieg, als sie die Waffenlieferung an Ägypten zu dem Zeitpunkt einstellte, als die USA Israel per Luftbrücke mit Waffen vollpumpte. Der Weg in den Separatfrieden hat begonnen, als der Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel geschlossen wurde, und zu diesem Waffenstillstand hat die SU im Zusammenspiel mit den USA Ägypten gezwungen.

Obwohl die Handlanger der Sozialimperialisten in den Grundsätzen keine wesentlichen Erfolge erzielen konnten, haben sie durch ihre Erfolge in einzelnen Fragen die Prinzipien der Blockfreiheit zu unterhöhlen vermocht, ins-







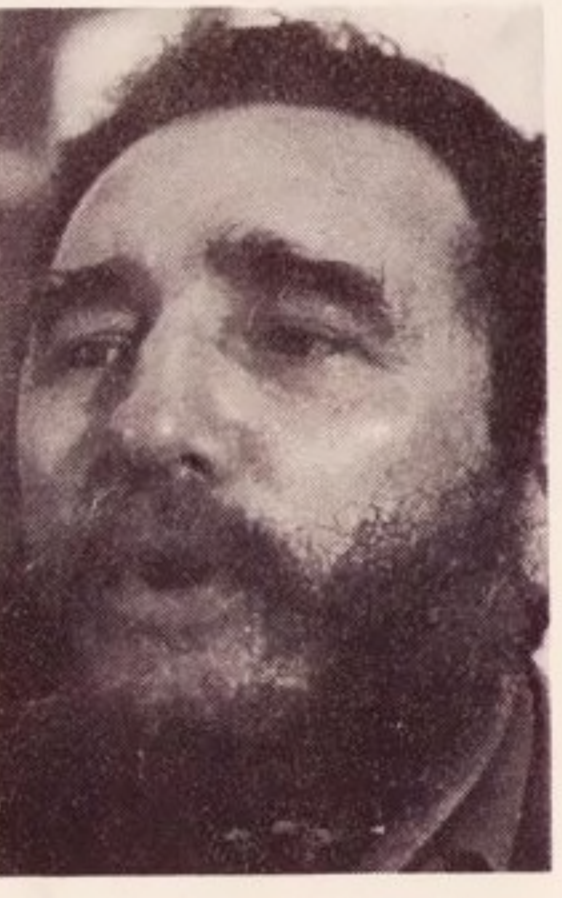
ihre Regierungen, teilweise wie Zimbabwe, Namibia und auch Palästina durch ihre Befreiungsorganisationen vertreten. Während die OAU oder die Arabische Liga kontinentale und nationale Zusammenschlüsse sind, ist die Blockfreienbewegung ein allgemeiner politischer Zusammenschluß der Dritten Welt. Seit ihrer Gründung verfolgt die Blockfreienbewegung einen Kurs gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, einen Kurs des Kampfes gegen die Hegemonialpolitik der beiden Supermächte. Da die „Blöcke" von den beiden Supermächten beherrscht und benutzt werden, war die Politik der Blockfreiheit mit ihren Forderungen nach Auflösung aller fremden Militärstützpunkte und nach Abzug aller fremden Truppen von vornherein eine Kampfansage an die USA und an die Sowjetunion, die sich mit der revisionistischen Machtergreifung in einen imperialistischen Staat verwandelt hatte. So findet die Blockfreienbewegung

kubanischen und des vietnamesischen Volkes, deren Früchte Fidel Castro und Pham Van Dong an die Sowjetunion ausgeliefert haben. Ihr Einfluß ist konterrevolutionär, stammt aber aus der Revolution. Die Arien eines Fidel Castro beziehen ihr Pathos aus der revolutionären Vergangenheit, wenn er die Zukunft der Blockfreienbewegung den sowjetischen Sozialimperialisten ausliefern will.

Dieses Mal hielten die Agenten der Sozialimperialisten die Zeit für einen Großangriff auf die Prinzipien der Blockfreiheit gekommen. In seinem Entwurf versuchte Kuba die Anlehnung an die Sowjetunion positiv zu verankern. Die Vertreter jener Völker und Staaten, die direktes Opfer sozialimperialistischer Aggression und Schikane sind, sollten aus der Bewegung ausgeschaltet werden, um so die Bewegung umso leichter unter Kontrolle zu bekommen.

Dem Demokratischen Kampuchea blieb sein Sitz verweigert und Staatspräsident Khieu Samphan konnte seine Rede nicht halten, sondern mußte sie den einzelnen Delegationen zuschicken. Ägypten ist wegen dem Separatfrieden verurteilt worden, aber nicht die SU für ihre Sabotage am Oktoberkrieg, als sie die Waffenlieferung an Ägypten zu dem Zeitpunkt einstellte, als die USA Israel per Luftbrücke mit Waffen vollpumpte. Der Weg in den Separatfrieden hat begonnen, als der Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel geschlossen wurde, und zu diesem Waffenstillstand hat die SU im Zusammenspiel mit den USA Ägypten gezwungen.

Obwohl die Handlanger der Sozialimperialisten in den Grundsätzen keine wesentlichen Erfolge erzielen konnten, haben sie durch ihre Erfolge in einzelnen Fragen die Prinzipien der Blockfreiheit zu unterhöhlen vermocht, ins-



Castro: Arien auf Sozialimperialismus



Tito: Niemandes Jasager und Reserve



Nyerere: Gegen jede Großmachtpolitik

Aus der Rede des Präsidenten des Staatsrates des Demokratischen Kampuchea Khieu Samphan, Leiter der Delegation des Demokratischen Kampuchea, an die 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien

(verteilt an die Delegation am 6. September in Havanna)

Die Weltlage macht gegenwärtig eine recht vielfältige Entwicklung durch. Auf der einen Seite sind wir Zeugen eines gewaltigen Aufschwungs der Kräfte der Unabhängigkeit mit dem heroischen Kampf, den eine wachsende Anzahl von Ländern unter dem Banner der Unabhängigkeit gegen die Kräfte der Aggression, Expansion und Einmischung führen, die das Recht beanspruchen, ihre Gesetze jedermann zu diktieren.

Im Namen des Volkes von Kampuchea, das sein leuchtend rotes Blut auf den Kampffeldern gegen die gleichen Kräfte der Aggression, Expansion, Einmischung und des Diktates vergießt, möchte die Regierung des Demokratischen Kampuchea noch einmal seine feste und standhafte Solidarität mit allen nationalen Befreiungsbewegungen und allen revolutionären Bewegungen ausdrücken, mit allen Regierungen und allen Völkern in der Welt, die einen heroischen und hartnäckigen Kampf führen zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und für ihr Recht, in vollständiger Unabhängigkeit, Souveränität und nationaler Würde zu leben.

Vor allem drücken wir unsere Solidarität aus:

– mit dem Kampf des Brudervolkes von Korea und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik von Korea für die Wiedervereinigung des koreanischen Vaterlandes, in Übereinstimmung mit den drei Prinzipien und entlang der fünf Punkte, die der Präsident Kim Il Sung aufgestellt hat;

– mit dem tapferen Kampf des palästinensischen Brudervolkes für seine heilige Sache der Zurückgewinnung seines Mutterlandes und der Gebiete, die die israelischen Zionisten besetzt haben. Das Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea wird unveränderlich seine Unterstützung dieses gerechten Kampfes bis zum endgültigen Sieg fortsetzen;

– mit dem tapferen Kampf der Völker von Zimbabwe, Namibia, Azania und der anderen Brudervölker Afrikas für nationale Befreiung. Im besonderen beglückwünschen das Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea aufrichtig die Vertretung der SWAPO und der Patriotischen Front von Zimbabwe als Mitglieder in unserer Bewegung. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea wird niemals das Marionettenregime von Salisbury anerkennen.

Aber zugleich mit der positiven Entwicklung haben wir auf der anderen Seite zu erkennen, daß die 6. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in einer kritischen historischen Situation stattfindet, wo der Aggressionskrieg, der Kampuchea überzieht, Südostasien entflammen kann und sogar herabsinken kann in eine allgemeine Feuersbrunst in der Welt, wenn nicht rechtzeitig eine adäquate Lösung gefunden wird. Unsere Bewegung ist so mit außerordentlich schwierigen Problemen konfrontiert. Aber meine Delegation ist fest überzeugt, daß, wie groß, wie zahlreich und kompliziert die zu überwindenden Hindernisse sind, unsere Bewegung aus dieser Prüfung stärker hervorgeht und siegreich vorwärtsschreiten kann, seine internationale Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, den Frieden, die Unabhängigkeit und Souveränität für alle Länder in der Welt zu sichern, vor allem für die kleinen, mittleren und armen Länder, die all ihr Vertrauen in unsere Bewegung gesetzt haben.

Erklärung der Delegation des Demokratischen Kampuchea über die einseitige Entscheidung des Präsidenten der Sechsten Gipfelkonferenz, den Sitz des Demokratischen Kampuchea unbesetzt zu lassen

Nachdem er die einseitige Entscheidung gefällt hatte, dem Demokratischen Kampuchea die Teilnahme an der Arbeit der 6. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten zu verwehren, hat der Präsident der Konferenz die ganze Sitzung hindurch Druck ausgeübt und gemeine Manöver durchgeführt, um eine weitere willkürliche Entscheidung zu betreiben und den Sitz des Demokratischen Kampuchea unbesetzt zu halten.

Diese Entscheidung wurde von dem Präsidenten der Konferenz getroffen in voller Verachtung des energischen Widerstandes der überwältigenden Mehrheit der blockfreien Staaten, die die legitimen Rechte des Demokratischen Kampuchea in der Bewegung verteidigt haben, und er hat in berüchtigter und sehr ernster Weise die grundlegenden Prinzipien der Bewegung und die demokratischen Regeln, die bis dahin deren Arbeit bestimmt haben, verletzt.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der Blockfreien-Bewegung, daß ein Präsident seine Rolle mißbraucht hat, um die Einheit der Blockfreien-Bewegung zu sabotieren, um dem Block zu nutzen, zu dem Vietnam und Kuba gehören, und um den Aggressionskrieg und die Besetzung des Demokratischen Kampuchea durch 200000 vietnamesische Soldaten zu legitimieren, die jetzt im Widerstandskrieg des kampucheanischen Volkes und seiner Revolutionären Armee versinken.

Die Verletzung der legitimen Rechte des Demokratischen Kampuchea mit dem Ziel, daß die Blockfreien-Bewegung die Aggression und Völkermordverbrechen gutheißt, die von den Hanoier Machthabern und unter ihrer Verantwortung gegen das Demokratische Kampuchea und sein Volk verübt werden, stellen eine ernste und große Gefahr für die Blockfreien-Bewegung selbst und den Frieden und die Sicher-

besondere durch die Verhinderung der Teilnahme des Demokratischen Kampuchea. Aber die Teilnahme des Demokratischen Kampuchea hätte auch die Inszenierungen Castros und Pham Van Dongs empfindlich gestört: das kampucheanische Volk ist gegenwärtig gezwungen, sich den „natürlichen Verbündeten“ der Blockfreienbewegung und ihren vietnamesischen Stoßtrupp mit der Waffe in der Hand vom Leibe zu halten, wenn es nicht zugrunde gerichtet werden will.

Auf entschiedene Gegenwehr bei ihrem Versuch, die Prinzipien der Blockfreienbewegung ausdrücklich zu ändern, sind die Agenten der Sowjetunion vor allem bei der jugoslawischen Delegation unter Führung Titos und bei der tansanischen Delegation unter Führung Nyereres wie der Delegation der Demokratischen Volksrepublik Korea gestoßen.

„Wir waren niemals damit einverstanden, irgendwessen Jasager oder Reserve zu sein, weil dies dem Wesen der Politik der Blockfreiheit widersprechen würde“, setzte Tito den Behauptungen Castros entgegen, die Dritte Welt sei den sowjetischen Sozialimperialisten zu Dank verpflichtet. Nyerere sagte am Schluß seiner Rede:

„Die Blockfreienkonferenz muß sie selber bleiben – eine Gruppe von Ländern, die voller Stolz unabhängig sind, und die für Gerechtigkeit und Gleichheit unter den Menschen und den Nationen einsteht und es ablehnt, sich mit irgendeinem Machtblock oder irgendeiner Weltmacht zu verbinden.“ Ausdrücklich stellte Nyerere fest, daß „beide Großmächte“ darauf aus sind, „unsere Bewegung zu spalten und sicherzustellen, daß wir alle schwach und ohne Verteidigung bleiben“.

„Unsere Bewegung ist nicht gegenüber dem einen Block eher feindlich als gegenüber dem anderen; nach aller Erfahrung ist ein starker Staat oder Block stets versucht, seine Macht im Dienste seiner eigenen Interessen einzusetzen, egal welche Ideologie er verfolgt. An dieser Wahrheit ändert sich auch nichts durch die Tatsache, daß bestimmte antikoloniale und antirassistische Kämpfe, die wir immer unterstützt haben, mehr den einen Block als den anderen betreffen. Ein englischer Zyniker sagte einmal, daß ein Staat keine ewigen Freunde und Feinde hat. Er hätte einzig durchgängige Interessen. Ich bin nicht so sicher, daß diese Bewegung ewige Feinde und ewige Freunde hat – geschweige denn natürliche Feinde oder Freunde. Aber ich bin mir ganz sicher, daß sie durchgängige Interessen hat. Denn die Blockfreien-Konferenz ist nicht eine Organisation von Neutralen, die auf eine gewisse Neutralität in internationalen Auseinandersetzungen verpflichtet ist. Im Gegenteil, wir haben positive politische Verpflichtungen.“ Sie sei zum Kampf gegen den Imperialismus in allen Formen ver-

einer Weltmacht zu verbinden.“ Ausdrücklich stellte Nyerere fest, daß „beide Großmächte“ darauf aus sind, „unsere Bewegung zu spalten und sicherzustellen, daß wir alle schwach und ohne Verteidigung bleiben“.

„Unsere Bewegung ist nicht gegenüber dem einen Block eher feindlich als gegenüber dem anderen; nach aller Erfahrung ist ein starker Staat oder Block stets versucht, seine Macht im Dienste seiner eigenen Interessen einzusetzen, egal welche Ideologie er verfolgt. An dieser Wahrheit ändert sich auch nichts durch die Tatsache, daß bestimmte antikoloniale und antirassistische Kämpfe, die wir immer unterstützt haben, mehr den einen Block als den anderen betreffen. Ein englischer Zyniker sagte einmal, daß ein Staat keine ewigen Freunde und Feinde hat. Er hätte einzig durchgängige Interessen. Ich bin nicht so sicher, daß diese Bewegung ewige Feinde und ewige Freunde hat – geschweige denn natürliche Feinde oder Freunde. Aber ich bin mir ganz sicher, daß sie durchgängige Interessen hat. Denn die Blockfreien-Konferenz ist nicht eine Organisation von Neutralen, die auf eine gewisse Neutralität in internationalen Auseinandersetzungen verpflichtet ist. Im Gegenteil, wir haben positive politische Verpflichtungen.“ Sie sei zum Kampf gegen den Imperialismus in allen Formen ver-
pflichtet und internationale Ungerechtigkeiten müßten überall verdammt werden, wenn die Verurteilungen irgendwo ernst genommen werden sollten.

Auf Grund des Kampfes zahlreicher Delegationen gegen die Versuche, die Blockfreienbewegung in das Fahrwasser der Sowjetunion zu führen, wurden die Prinzipien der Blockfreiheit auch auf der 6. Konferenz erneut ausdrücklich bestätigt. In der Schlußresolution heißt es:

„Die 6. Konferenz bekräftigt, daß die Quintessenz der Politik der Blockfreiheit, in Übereinstimmung mit ihren ursprünglichen Prinzipien und ihrem wesentlichen Charakter, den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid, Rassismus, einschließlich Zionismus, und gegen alle Formen ausländischer Aggression, der Besetzung, der Vorherrschaft, der Einmischung oder der Hegemonie umfaßt.“

Auf der anderen Seite wird in dem Schlußdokument die Eröffnungsrede Fidel Castros als ein „historischer Beitrag zur Definition der Ziele der Bewegung“ bezeichnet. Castro hatte aber behauptet, daß die Bewegung, weil sie gegen den Imperialismus kämpfe, den gleichen Feind habe wie die Sowjetunion, während in Wahrheit und wie es auch der Erfahrung der Blockfreienbewegung und ihren Prinzipien entspricht, der Kampf gegen den Imperialismus eine halbe Sache bleibt, wenn er sich nicht gegen die sozialimperialistische Macht richtet, die die Revisionisten aus der Sowjetunion gemacht haben.

Immer noch bleibt der Hauptwiderspruch in der Welt der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus, insbesondere den beiden Supermächten, der durch den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen gelöst wird. Nach wie vor befindet sich der Befreiungskampf der unterdrückten Nationen im Aufschwung und die unterdrückten Nationen und ihr Befreiungskampf bilden die Hauptseite des Widerspruchs. Gleichzeitig verschärft sich die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Diese Rivalität konzentriert sich auf Europa, wird aber zunächst offen ausgetragen im Kampf um die Dritte Welt, um sich Ausgangspositionen für den Weltkrieg zu schaffen. In der Dritten Welt findet derzeit schon direkter Schlagabtausch zwischen den beiden Supermächten statt, in der Dritten Welt vollziehen sich die sichtbarsten Verschiebungen in den Machtverhältnissen und Machtpositionen der beiden Supermächte. Die Dritte Welt ist nicht nur Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte, sondern in der Vorbereitung des Krieges um Europa auch Hauptfeld der gegenwärtigen Auseinandersetzungen unter den beiden Supermächten. Es findet Kampf zwischen der Dritten Welt und dem Imperialismus statt, es findet aber auch Kampf zwischen den Imperialisten, allen voran den beiden Supermächten, um die Dritte Welt statt. Das erklärt, warum innerhalb der Blockfreienbewegung sich der Kampf zwischen den beiden Supermächten widerspiegelt, warum die Sozialimperialisten ihre Agenten antreiben, die Bewegung ihnen auszuliefern. Aber noch immer

schwung und die unterdrückten Nationen und ihr Befreiungskampf bilden die Hauptseite des Widerspruchs. Gleichzeitig verschärft sich die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Diese Rivalität konzentriert sich auf Europa, wird aber zunächst offen ausgetragen im Kampf um die Dritte Welt, um sich Ausgangspositionen für den Weltkrieg zu schaffen. In der Dritten Welt findet derzeit schon direkter Schlagabtausch zwischen den beiden Supermächten statt, in der Dritten Welt vollziehen sich die sichtbarsten Verschiebungen in den Machtverhältnissen und Machtpositionen der beiden Supermächte. Die Dritte Welt ist nicht nur Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte, sondern in der Vorbereitung des Krieges um Europa auch Hauptfeld der gegenwärtigen Auseinandersetzungen unter den beiden Supermächten. Es findet Kampf zwischen der Dritten Welt und dem Imperialismus statt, es findet aber auch Kampf zwischen den Imperialisten, allen voran den beiden Supermächten, um die Dritte Welt statt. Das erklärt, warum innerhalb der Blockfreienbewegung sich der Kampf zwischen den beiden Supermächten widerspiegelt, warum die Sozialimperialisten ihre Agenten antreiben, die Bewegung ihnen auszuliefern. Aber noch immer
haben die Prinzipien der Bewegung der Blockfreiheit über diese Einmischungs- und Spaltungsversuche die Oberhand behalten. Solange das so ist und solange die Blockfreienbewegung als Kraft des Befreiungskampfes und des Friedens ihre Einheit bewahren kann, solange kann auch der Weltkrieg hinausgeschoben werden und kann das Proletariat die Zeit nutzen, um dem Krieg durch die Revolution zuvorzukommen.

---

heit in der Welt dar. Auf der einen Seite stellt es die grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit in Frage, öffnet den Manövern der Hanoier Machthaber und des Präsidenten der Bewegung die Tür, um die Bewegung zu zwingen, ihre Blockpolitik zu übernehmen; und auf der anderen Seite ermuntert es die Politik der Aggression und Expansion in den verschiedensten Regionen der Welt, besonders in Asien und Afrika, vor allem, da der vietnamesische Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea verstärkt fortgesetzt wird und die Gefahr eines Krieges, der sich über ganz Südostasien erstreckt, wächst.

Dadurch wird die Blockfreien-Bewegung zu einem Instrument, das von Vietnam, dem Präsidenten der Bewegung und ihren Unterstützern manipuliert wird, um den Interessen ihres Blocks zu nützen. Sie läuft Gefahr, ihre Seele, ihr Ziel und ihre Berechtigung zu verlieren.

Aber sicher ist, daß jene, die die Einheit der Bewegung sabotieren und ihre grundlegenden Prinzipien verletzen, von der Geschichte, von allen Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit liebenden Völkern vor allem der Blockfreien-Bewegung verurteilt werden.

Die sechste Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten hat klar gezeigt, daß der entschiedene Kampf aller Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit liebenden blockfreien Staaten und Völker über alle Kriegstreiber, alle Expansionisten, alle Imperialisten und alle Neoimperialisten triumphieren wird, da sich in der Geschichte Aggression und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten niemals bezahlt gemacht haben und bezahlt machen werden. Kein Volk in der Welt hat je akzeptiert und wird akzeptieren, unter ausländischer Herrschaft zu leben. Was das anbetrifft, hat das kampucheanische Volk niemals akzeptiert und wird es niemals akzeptieren, unter der Herrschaft der vietnamesischen Expansionisten zu leben. Es wird unerschütterlich seinen gerechten Kampf unter der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea weiterführen, bis alle vietnamesischen Aggressions- und Besatzungskräfte vollständig vom kampucheanischen Territorium vertrieben sind, so daß ein unabhängiges, vereintes, friedfertiges, neutrales und blockfreies Kampuchea für immer leben kann.

Havanna, 7. September 1979

Verstärkte Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika

z.brb. In Fortsetzung der Beschlüsse der Blockfreien beschloß die V. Gipfelkonferenz 1976 in Colombo „die Stärkung des Kampfes des versklavten Volkes in Südafrika, Namibia und Zimbabwe für die nationale Befreiung“ (Resolution). Die Anfang September in Havanna stattgefundene VI. Gipfelkonferenz hat diese Beschlüsse erneut bekräftigt und im Schlußdokument festgelegt, die Befreiungsbewegungen besonders im südlichen Afrika weiter verstärkt zu unterstützen. Mit der Aufnahme der SWAPO und der Patriotischen Front in die Blockfreienbewegung hat sie einen entscheidenden Schritt dazu getan.

In Weiterführung der 1976 gefaßten Resolution über Südafrika, in der festgestellt wurde, „daß die politische, militärische, wirtschaftliche und sonstige Kollaboration gewisser Westmächte – besonders Frankreichs, der BRD, Großbritanniens und der USA – es dem rassistischen Regime in Südafrika ermöglicht hat, seine kriminellen Akte fortzusetzen“, wird die fortgesetzte Kollaboration dieser und weiterer imperialistischer Staaten erneut scharf verurteilt. Die „volle Unterstützung für das geknechtete Volk Südafrikas und seiner Befreiungsbewegungen im legitimen Kampf mit allen notwendigen Mitteln – einbezogen den bewaffneten Kampf für die Abschaffung der Apartheid und die Realisierung des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbbestimmung“ – wurde bereits 1976 bestätigt und soll weitergeführt werden.

Die Konferenz begrüßte ausdrücklich den Beschluß der iranischen Regierung, die Öllieferungen an Südafrika einzustellen, und ruft die anderen ölexportierenden Staaten ebenfalls zur Umsetzung der Resolution von 1976 auf, „Schritte zu machen, um die Versorgung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten ... zu verhindern.“

Zu Namibia wird ebenfalls an der Durchsetzung der 1976 verabschiedeten Resolution festgehalten und die „weitere Fortsetzung der illegalen Okkupation Namibias von seiten des südafrikanischen Regimes“ (Resolution zu Namibia 1976) als Verstoß gegen die UNO-Resolution gebrandmarkt, wie die Installierung einer sogenannten Nationalversammlung in Windhoek durch die südafrikanischen Rassisten.

Die bereits 1976 beschlossene „materielle und finanzielle Hilfe für die SWAPO, damit sie möglichst wirksam den Kampf um nationale Befreiung fortsetzen kann“, wird, wie die Anerkennung der SWAPO als rechtmäßige Vertreterin des Volkes, erneut bekräftigt.

Die Schlußerklärung hält außerdem fest, daß Zimbabwe noch immer eine britische Kolonie ist, die von einem illegalen Marionettenregime regiert wird. Die Staaten werden aufgefordert, an den Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrates und den Resolutionen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) weiterhin festzuhalten und das illegitime Muzorewa-Regime nicht zu unterstützen. Hervorgehoben wird außerdem, daß insbesondere die blockfreien Staaten den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front mit allen Mitteln unterstützen müssen.



Kämpfer der SWAPO in einem unterirdischen Stützpunkt im Inneren Namibias

Resolution zum Kampf des Volkes von Palästina und dem israelisch-ägyptischen Separatvertrag

z.juh. Die Resolution stellt fest, daß die Probleme Palästina und Naher Osten „ein Ganzes“ bilden und daß es „keine teilweisen Lösungen oder Regelungen geben kann, die einzig bestimmte Teile des Konflikts betreffen.“ Der Text „erkennt die Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina an.“ Er stellt fest, daß „es keinen Frieden geben kann ohne den vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten und die Wiederherstellung aller unverzichtbaren Rechte des palästinensischen Volkes.“ Der Koordinationsausschuß ist damit beauftragt, „das schnelle Zusammenkommen einer außerordentlichen Sitzung der Vereinten Nationen zur Palästinafrage vorzubereiten.“ (...) Der Text bestätigt, daß die PLO „alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes ist“ und verurteilt die Vereinigten Staaten, „die fortfahren, hochentwickelte technische Ausrüstung an die

und der Resolutionen, die von verschiedenen internationalen Foren zur palästinensischen Frage gefaßt worden sind, und die sich gegen die Verwirklichung der Anstrengungen des palästinensischen Volkes richten, sein Vaterland, seine Autonomie und volle Souveränität über alle Gebiete, die ihm gehören, wiederzugewinnen.“

„Indem sie feststellt, daß die Beschlüsse von Camp David und der israelisch-ägyptische Vertrag vom 26. März 1979 ein Teilabkommen und einen Separatvertrag darstellen und ein vollständiges Abgehen von der Sache der arabischen Länder bedeuten, ebenso wie einen Akt der Komplizenschaft bei der fortgesetzten Besetzung arabischer Gebiete und eine Verletzung der unverzichtbaren Rechte des palästinensischen Volkes, verdammt die Konferenz die Beschlüsse von Camp David und den bestehenden Vertrag, der zwischen Ägypten und Israel existiert.“ (...)

„Die Konferenz hat beschlossen, ihren Koordinationsausschuß, der als ad-hoc-Kommission fungiert, mit der Aufgabe zu beauftragen, das Unrecht zu untersuchen, das dem arabischen Volk durch die Politik der Regierung Ägyptens angetan wird, indem diese die separaten israelisch-ägyptischen Friedensabkommen unterzeichnet hat.“

„Die ad-hoc-Kommission wird ihre Ergebnisse der Kommission der Minister vorlegen, die in Neu-Delhi wieder zusammentritt und die eine Empfehlung über den Status von Ägypten in der Bewegung abgeben wird.“ (Le Monde, 11.9.79)



veräußerlichen Rechts auf Selbstbbestimmung“ – wurde bereits 1976 bestätigt und soll weitergeführt werden.

Kämpfer der SWAPO in einem unterirdischen Stützpunkt im Inneren Namibias

Resolution zum Kampf des Volkes von Palästina und dem israelisch-ägyptischen Separatvertrag

z.juh. Die Resolution stellt fest, daß die Probleme Palästina und Naher Osten „ein Ganzes“ bilden und daß es „keine teilweisen Lösungen oder Regelungen geben kann, die einzig bestimmte Teile des Konflikts betreffen.“ Der Text „erkennt die Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina an.“ Er stellt fest, daß „es keinen Frieden geben kann ohne den vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten und die Wiederherstellung aller unverzichtbaren Rechte des palästinensischen Volkes.“ Der Koordinationsausschuß ist damit beauftragt, „das schnelle Zusammenkommen einer außerordentlichen Sitzung der Vereinten Nationen zur Palästinafrage vorzubereiten.“ (...) Der Text bestätigt, daß die PLO „alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes ist“ und verurteilt die Vereinigten Staaten, „die fortfahren, hochentwickelte technische Ausrüstung an die
israelische Rüstungsindustrie zu liefern.“

„Die Konferenz verdammt energisch jedes Teilabkommen und jeden Separatvertrag, die eine flagrante Verletzung der Rechte der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes beinhalten, der Prinzipien der Charta der Organisation für afrikanische Einheit, der Charta der Vereinten Nationen

und der Resolutionen, die von verschiedenen internationalen Foren zur palästinensischen Frage gefaßt worden sind, und die sich gegen die Verwirklichung der Anstrengungen des palästinensischen Volkes richten, sein Vaterland, seine Autonomie und volle Souveränität über alle Gebiete, die ihm gehören, wiederzugewinnen.“

„Indem sie feststellt, daß die Beschlüsse von Camp David und der israelisch-ägyptische Vertrag vom 26. März 1979 ein Teilabkommen und einen Separatvertrag darstellen und ein vollständiges Abgehen von der Sache der arabischen Länder bedeuten, ebenso wie einen Akt der Komplizenschaft bei der fortgesetzten Besetzung arabischer Gebiete und eine Verletzung der unverzichtbaren Rechte des palästinensischen Volkes, verdammt die Konferenz die Beschlüsse von Camp David und den bestehenden Vertrag, der zwischen Ägypten und Israel existiert.“ (...)

„Die Konferenz hat beschlossen, ihren Koordinationsausschuß, der als ad-hoc-Kommission fungiert, mit der Aufgabe zu beauftragen, das Unrecht zu untersuchen, das dem arabischen Volk durch die Politik der Regierung Ägyptens angetan wird, indem diese die separaten israelisch-ägyptischen Friedensabkommen unterzeichnet hat.“

„Die ad-hoc-Kommission wird ihre Ergebnisse der Kommission der Minister vorlegen, die in Neu-Delhi wieder zusammentritt und die eine Empfehlung über den Status von Ägypten in der Bewegung abgeben wird.“ (Le Monde, 11.9.79)



Ausbildung Junger Löwen im Lager Rashadije, Februar 1979.

Beschlüsse zum Befreiungskampf des Volkes der Westsahara

z.gab. Angesichts der Zuspitzung des Befreiungskampfes des saharauischen Volkes gerade jetzt nach Abschluß des Friedensabkommens zwischen Mauretanien und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) am 5. August 1979 ist der Beschluß der blockfreien Staaten, in dem das „Recht des Volkes von Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“ ausdrücklich unterstützt wird, ein großer Erfolg. Insbesondere begrüßten die Blockfreien den Entschluß Mauretaniens, seine Truppen aus der DARS zurückzuziehen. Die US-Imperialisten haben die rund 1000 Mann starke marokkanische Truppe aus der zairischen Kupferprovinz Shaba mit ihrer Luftwaffe zurück nach Marokko verfrachtet, um die marokkanische Militärpräsenz in der Westsahara zu verstärken. In der Hafenstadt Dakhla, der größten Stadt der zuvor von Mauretanien besetzten Westsahara-Provinz Tiris-el-Ghariba, stationierte Marokko 1500 Soldaten. Die Provinz wurde zur „37. Provinz von Marokko“ erklärt. Am 11. August kam es in der Provinz, so mußte Hassan II. in einer Radioansprache in Meknes eingestehen, zu der bislang schwersten Schlacht zwischen marokkanischen Soldaten und der saharauischen Befreiungsfront. Über 6 Stunden dauerte der Kampf um den marokkanischen Außenposten Bir Anzaren an der Straße zum Hafen Dakhla. Am 25. August griffen Einheiten der Befreiungsfront die südmarokkanische Garnison Leboirate an und hielten sie über einen Tag lang besetzt. 40 Panzer wurden zerstört, mehrere hundert marokkanische Soldaten getötet. Die eilig aus dem Ort Zal herbeigeholte marokkanische Verstärkungstruppe wurde von der F.POLISARIO zurückgeschlagen. Bereits am 14. August hatte der Außenminister der DARS, Ibrahim Hakim, auf einer Pressekonferenz die Fortsetzung des unerbittlichen Kampfes gegen die marokkanischen Besatzungsstreitkräfte angekündigt. Unverhohlen berichteten US-Journalisten als „Augenzeugen“ von der katastrophalen „Waffenunterlegenheit“ der marokkanischen Streitkräfte. Aufrüstung der marokkanischen Armee mit US-Waffen planen die US-Imperialisten.



Ausrufung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara am 27. Februar 1976 durch den später im Kampf gefallenen Generalsekretär der F.Polisario, Mohamed el Quali

Die Gesetze garantieren Überstunden-, Schicht-, Nacht-und Feiertagsarbeit

z.reb. Die *gesetzlichen* Grenzen der Arbeitszeit in der Stahlindustrie sind wesentlich in der Arbeitszeitordnung geregelt. Trotz der Einstufung der Arbeit in Stahlwerken als „gefährliche Arbeiten" durch eine Verordnung im Jahre 1927 ist folgendes zulässig: 8 Std. Arbeit an 6 Wochentagen, die Verteilung der 48 Std. auf 5 Arbeitstage, die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Std. an 6 Tagen durch Tarifvertrag oder Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes oder wenn dies aus „Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist". (§ 9)

Das „generelle" Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen nach § 105b Gewerbeordnung kann nach § 105d GeWO aufgehoben werden für Arbeiten, „welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht dulden". Durch Ausnahmeverordnungen aus dem Jahre 1961 und 1968 (Stahlnovelle) sind praktisch alle Schranken eingerissen. Nach der Stahlnovelle ist in praktisch allen heute existierenden Produktionsanlagen (Hochöfen, Siemens-Martin-Öfen mit einem Schmelzgewicht von über 75 t, Elektro-Öfen mit einem Schmelzgewicht von über 10 t und Oxygen-Stahlkonvertern) die Arbeit von 0 – 24 Uhr zulässig. Die Stahlnovelle 1968 schuf in § 4 Abs. 3 sodann die Möglichkeit der Einführung der Kontischicht, indem die alte Regelung, daß bei Sonntagsarbeit mindestens 26 Sonntage à 40 Std. frei im Jahr gegeben werden mußten, dahin verändert wurde, daß durch Tarifvertrag diese Zahl auf 17 Sonntage à 40 Std. und 9 à 16 Std. herabgesetzt wurde.

Diese Regelung wurde sofort in Sonderabkommen zu den Tarifverträgen aufgegriffen und besteht heute noch. Über die „Ausnahmevorschrift" ist die Sonn- und Feiertagsarbeit zur Regel geworden, der Sonntag ein Arbeitstag wie jeder andere.

Gleichzeitig wurde praktisch die 40-Std.-Woche auf eine 42-Std.-Woche ausgedehnt, um den Schichtbetrieb für die Kapitalisten billig zu sichern. 13 unbezahlte Freischichten müssen nach Manteltarifvertrag gewährt werden, um die 40 Std. Woche einzuhalten, die oftmals als Überstunden verfahren werden.

Kommunistische Volkszeitung

Verbot der Arbeit bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen!

7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich!

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland



44 Tage – vom 28.11.78 bis 10.1.79 streiken die Stahlarbeiter für die 35-Stundenwoche und 5% mehr Lohn. Die Stahlkapitalisten sperren 37000 Stahlarbeiter aus. Große Demonstrationen in vielen Städten werden im Streik durchgeführt. Ergebnis: 4% mehr Lohn, 6 Wochen Urlaub und Freischichten für Schichtarbeiter. Kundgebung am 18.11.78 in Osnabrück.

Die Schichtarbeit zerstört den natürlichen Lebensrhythmus

z.rev. Bis 1977 haben die Stahlkapitalisten 75% der Stahlarbeiter in die Schichtarbeit gepreßt. 63% der Stahlarbeiter arbeiten dreischichtig. Vergleicht man die Altersstruktur der Belegschaften in der Industrie miteinander, so fällt auf, daß der Anteil der Arbeiter mit 60 Jahren und älter in der Stahlindustrie auf 2,9% gesunken ist. Im Bergbau, wo noch mehr Schichtarbeit gemacht wird, liegt der Anteil mit 1,2% darunter, in den anderen Industriezweigen übersteigt er weit über 3% (Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, AES).

Daß durch die Schichtarbeit die Arbeitskraft ruiniert wird, stört die Kapitalisten wenig. In der Stahlindustrie ist nicht nur Tag und Nacht vertauscht, auch die Sonntage sind für die Kontischichtarbeiter zu regelmäßigen Arbeitstagen geworden (s. Schaubild aus Gewerkschafter 9/77, Anteil der Schichtarbeiter in den Groß- und Mittelbetrieben im Saarland). In dem Forschungsbericht des Ehrenbergministeriums „Humanisierung des Arbeitslebens. Schichtarbeit in der BRD" steht, daß nur ein Drittel der Schichtarbeiter 15 Jahre Schichtarbeit durchhalten und zwei Drittel vorher ausscheiden. Aus den Ergebnissen von Vorsorgeuntersuchungen in Baden-Württemberg geht hervor, daß bei 65% der Wechselschichtarbeiter und 68% der Dauernachtarbeiter eine ärztliche Behandlung notwendig ist. In den Stahlbetrieben ist der Krankenstand von 1967 – 74 von 5,6% auf 8,1% gestiegen (Jahresbericht der AES).

Durch die Schichtarbeit wird der Tag-Nacht-Rhythmus, der bis in die inneren Organe fixiert ist, völlig über den Haufen geworfen und Krankheiten der Atmungsorgane, der Verdauungsorgane, des Kreislaufs, des Stoffwechsels und des Nervensystems häufen sich. Belastungsschäden der Muskeln und des Skeletts steigen an. Herztätigkeit, Kreislaufregulation, Atmungssystem



haben nachts ihr Minimum. Die Absonderung von Verdauungssäften erreicht nachts ihren tiefsten Stand. Die Nierenfunktion wird stark herabgesetzt. Erst morgens werden dem Körper neue rote Blutkörperchen zugeführt. Die Körpertemperatur liegt um Mitternacht am tiefsten. Die Konzentrationsfähigkeit ist nachts am niedrigsten, und die Muskelkraft herabgesetzt (Ehrenbergstudie).

der, so fällt auf, daß der Anteil der Arbeiter mit 60 Jahren und älter in der Stahlindustrie auf 2,9% gesunken ist. Im Bergbau, wo noch mehr Schichtarbeit gemacht wird, liegt der Anteil mit 1,2% darunter, in den anderen Industriezweigen übersteigt er weit über 3% (Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, AES).

Daß durch die Schichtarbeit die Arbeitskraft ruiniert wird, stört die Kapitalisten wenig. In der Stahlindustrie ist nicht nur Tag und Nacht vertauscht, auch die Sonntage sind für die Kontischichtarbeiter zu regelmäßigen Arbeitstagen geworden (s. Schaubild aus Gewerkschafter 9/77, Anteil der Schichtarbeiter in den Groß- und Mittelbetrieben im Saarland). In dem For-

Aus den Ergebnissen von Vorsorgeuntersuchungen in Baden-Württemberg geht hervor, daß bei 65% der Wechselschichtarbeiter und 68% der Dauernachtarbeiter eine ärztliche Behandlung notwendig ist. In den Stahlbetrieben ist der Krankenstand von 1967 – 74 von 5,6% auf 8,1% gestiegen (Jahresbericht der AES).

Durch die Schichtarbeit wird der Tag-Nacht-Rhythmus, der bis in die inneren Organe fixiert ist, völlig über den Haufen geworfen und Krankheiten der Atmungsorgane, der Verdauungsorgane, des Kreislaufs, des Stoffwechsels und des Nervensystems häufen sich. Belastungsschäden der Muskeln und des Skeletts steigen an. Herztätigkeit, Kreislaufregulation, Atmungssystem

u. Metall-Verarbeitung gesamt, 4. Gießereien, Stahlverformung, 5. Fahrzeugbau, Kfz-Teile, 6. Maschinenbau, Elektroindustrie, 7. Gummi, Kunststoff, Glas, 8. Sonstige
Arbeiter mit Nacht- oder Wechselschicht
Gesamtbelegschaft mit regelmäßiger Nachtarbeit
Gesamtbelegschaft mit Nacht- oder Wechselschicht
Gesamtbelegschaft mit regelmäßiger Sonntagsarbeit

haben nachts ihr Minimum. Die Absonderung von Verdauungssäften erreicht nachts ihren tiefsten Stand. Die Nierenfunktion wird stark herabgesetzt. Erst morgens werden dem Körper neue rote Blutkörperchen zugeführt. Die Körpertemperatur liegt um Mitternacht am tiefsten. Die Konzentrationsfähigkeit ist nachts am niedrigsten, und die Muskelkraft herabgesetzt (Ehrenbergstudie).

Die Schichtarbeit verkürzt die Lebenszeit – Verbot der Schichtarbeit

z.tit. Der Grundlohn in der Stahlindustrie ist zu niedrig, um die Reproduktion zu gewährleisten. In Lohngruppe 6 erhält ein Arbeiter bei Klöckner mit Prämie 1856 DM brutto. Netto kommt er damit bei Steuerklasse III auf ca. 1435 DM. Laut Angaben des Statistischen Jahrbuchs 1979 verbraucht ein „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" im Monat durchschnittlich 1732,77 DM. Das bedeutet für den Klöckner-

Die Schichtarbeit verkürzt die Lebenszeit – Verbot der Schichtarbeit

z.tit. Der Grundlohn in der Stahlindustrie ist zu niedrig, um die Reproduktion zu gewährleisten. In Lohngruppe 6 erhält ein Arbeiter bei Klöckner mit Prämie 1856 DM brutto. Netto kommt er damit bei Steuerklasse III auf ca. 1435 DM. Laut Angaben des Statistischen Jahrbuchs 1979 verbraucht ein „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" im Monat durchschnittlich 1732,77 DM. Das bedeutet für den Klöckner-

Arbeiter ein monatliches Minus von rund 297 DM. Rechnet man dazu, daß notwendige Rücklagen für Wiederbeschaffung vernutzter Reproduktionsmittel, wie Kühlschrank, Möbel, Auto etc. nicht erfaßt sind, steigt der Mankobetrag auf sicher 600 DM/Monat. Einen gehörigen Druck zu Nacht-, Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit können die Kapitalisten so entfalten.

Die Tabelle erfaßt die Lohnzuschläge, die dem Arbeiter für diese zusätzliche Vernutzung seiner Arbeitskraft gezahlt werden. Bei Kontischicht (mit 32 Std. Spätschicht, 8 Std. Samstagnacht, 24 Std. Sonntag, 32 Std. Nachtarbeit und 22,5 Std. Samstagsarbeit plus 57,5 Std. normale Arbeitszeit) käme obiger Arbeiter auf einen Nettolohn von 1911 DM. Selbst so verbleibt ein Manko von über 100 DM. Nicht nur das: die Ar-

Die Tabelle erfaßt die Lohnzuschläge, die dem Arbeiter für diese zusätzliche Vernutzung seiner Arbeitskraft gezahlt werden. Bei Kontischicht (mit 32 Std. Spätschicht, 8 Std. Samstagnacht, 24 Std. Sonntag, 32 Std. Nachtarbeit und 22,5 Std. Samstagsarbeit plus 57,5 Std. normale Arbeitszeit) käme obiger Arbeiter auf einen Nettolohn von 1911 DM. Selbst so verbleibt ein Manko von über 100 DM. Nicht nur das: die Ar-

beitskraft wird über das reproduzierbare Maß hinaus vernutzt. Das Schaubild zeigt die 1978 im Alter zwischen 55 und 65 Jahren Gestorbenen entlang ihrer früheren Lohnklasse. Die 2 höchsten Säulen (je ca. 30%) Bruttolohnklassen: 2048 – 2352 DM); die anderen Säulen liegen zwischen 5 und 10%. Ab Lohnklasse 3104 aufwärts ist praktisch keiner in diesem frühen Alter gestorben.

Tarifl. Zuschläge, Stahlindustrie NRW
D = Durchschnittsverdienst / E = Ecklohn

Art der Arbeit	Zuschläge 1.1.1979
Mehrarbeit	
1.u.2. Stunde	25 %(D)
ab 3. Stunde	50 %(D)
Spätarbeit	12,5%(E)
S. am 24.12.	150 %(D)
Nachtarbeit	20 %(E)
Nachtarb. wenn Mehrarbeit	50 %(D)
Nachtschicht vor 25.12. oder 1.1.	150 %(D)
regelm. Schichtarbeit Samstags	
v. 6 - 14 Uhr	15 %(E)
v. 14 - 22 Uhr	25 %(E)
Samst.nachtarb.	50 %(D)
Sonntagsarbeit	70 %(D)
gesetzl. Feiertag	100 %(D)

Tarifl. Zuschläge, Stahlindustrie NRW
D = Durchschnittsverdienst / E = Ecklohn

Art der Arbeit	Zuschläge 1.1.1979
Mehrarbeit	
1.u.2. Stunde	25 %(D)
ab 3. Stunde	50 %(D)
Spätarbeit	12,5%(E)
S. am 24.12.	150 %(D)
Nachtarbeit	20 %(E)
Nachtarb. wenn Mehrarbeit	50 %(D)
Nachtschicht vor	

2048 DM

Schaubild: Gestorbene Rentner 1978 zwischen 55 und 66

Frühverrentung und Unfälle an der Tagesordnung: Stahlindustrie

z.heb. Die Arbeit in Gießereien, in denen kein großer Serienguß hergestellt wird, gehört wohl noch zu den am wenigsten automatisierten Teilen der Produktion in der Stahlbranche insgesamt. Was in den Eisengießereien hergestellt wird, sind kleine Serien von Maschinenteilen, Motoren für Schiffe und für große Werkzeugmaschinen, die alle ein großes Tonnengewicht haben, in der Regel zwischen 50 und 100 t. Oder auch Spezialteile, Turbinenräder, Formen für Stanzen in der Autoindustrie. Ein anderer Teil der Produktion, die einen großen Bereich ausmachen, ist das Herstellen von Kontergewichten für Kräne, Kokillen und Schlackepfannen. In diesem Bereich wird in größerer Serie produziert, wobei das Geschäft mit den Kokillen rückläufig ist, was an der Modernisierung der Stahlbetriebe von Kokillenguß auf Strangguß zu tun hat und der Rationalisierung in dieser Branche. Große Serien werden vornehmlich in den Stahlgußabteilungen der Eisengießereien, z.B. Werkzeug, Panzerketten usw. hergestellt. Dadurch, daß in den Eisengießereien keine großen Serien produziert werden, ist bei der Produktion noch großes handwerkliches Geschick der Arbeiter erforderlich. Darum bilden die Kapitalisten in diesem Bereich auch Lehrlinge aus, um das Geschick zu erhalten. Für jedes neue Teil, das gegossen werden soll, muß zunächst einmal eine Form aus Holz gebaut werden. Diese Formen werden dann in der Formerei dazu benutzt, um aus Formsand diese Formen zu bauen. So wird dann das entsprechende Teil, das gegossen werden soll, aus Sand vorgeformt.

nenteilen, Motoren für Schiffe und für große Werkzeugmaschinen, die alle ein großes Tonnengewicht haben, in der Regel zwischen 50 und 100 t. Oder auch Spezialteile, Turbinenräder, Formen für Stanzen in der Autoindustrie. Ein anderer Teil der Produktion, die einen großen Bereich ausmachen, ist das Herstellen von Kontergewichten für Kräne, Kokillen und Schlackepfannen. In diesem Bereich wird in größerer Serie produziert, wobei das Geschäft mit den Kokillen rückläufig ist, was an der Modernisierung der Stahlbetriebe von Kokillenguß auf Strangguß zu tun hat und der Rationalisierung in dieser Branche. Große Serien werden vornehmlich in den Stahlgußabteilungen der Eisengießereien, z.B. Werkzeug, Panzerketten usw. hergestellt. Dadurch, daß in den Eisengießereien keine großen Serien produziert werden, ist bei der Produktion noch großes handwerkliches Geschick der Arbeiter erforderlich. Darum bilden die Kapitalisten in diesem Bereich auch Lehrlinge aus, um das Geschick zu erhalten. Für jedes neue Teil, das gegossen werden soll, muß zunächst einmal eine Form aus Holz gebaut werden. Diese Formen werden dann in der Formerei dazu benutzt, um aus Formsand diese Formen zu bauen. So wird dann das entsprechende Teil, das gegossen werden soll, aus Sand vorgeformt.

Dieses Teil, z.B. ein Schiffsmotorblock, besteht wegen seiner Größe aus mehreren Teilen, die dann in einer Grube, in der das Teil gegossen wird, zusammengebaut werden. Diese Form wird dann mit Gewichten sehr hoch belastet, damit sie während des Gießens nicht auseinanderbrechen kann, da ein hoher Innendruck entsteht. Gegossen wird so ein Teil von mehreren Punkten gleichzeitig.

Als Rohmaterial für die Öfen werden alte Gußteile benutzt, was für die Kapitalisten sehr erfreulich ist, da es 1. schrottbillig ist und sie 2. von Rohstoffen weitgehend unabhängig sind. Nachdem dieser Teil der Produktion abgeschlossen ist, müssen die gegossenen Teile abkühlen, und danach kommen sie dann in die Putzerei, wo sie vom Formsand entfernt werden.

Dieser kurze Abriß des Produktionsablaufes zeigt, daß man viele Arbeiter braucht, die direkt handwerklich arbeiten. In dieser Lage, wo die Kapitalisten für diesen Produktionsbereich wenig Maschinerie einsetzen können, versuchen sie ständig, durch Verschärfung der Ausbeutung mehr aus den Arbeitern herauszuholen, indem sie einerseits freigewordene Stellen nicht besetzen, andererseits der Lohn so niedrig ist, daß man zu Akkordarbeit und Schichten gezwungen ist. Durch die rapiden Schließungen von Eisengießereien wurde der Druck auf die arbeitenden Kollegen immer größer. Es ist überhaupt nicht selten, daß man in der Formerei einen Hochgeher hat, d.h. wenn, wie vorher beschrieben, die Gewichte auf die Form nicht groß genug sind, so daß während des Gießens an irgendeiner Ecke das flüssige Roheisen

hoher Innendruck entsteht. Gegossen wird so ein Teil von mehreren Punkten gleichzeitig.

Als Rohmaterial für die Öfen werden alte Gußteile benutzt, was für die Kapitalisten sehr erfreulich ist, da es 1. schrottbillig ist und sie 2. von Rohstoffen weitgehend unabhängig sind. Nachdem dieser Teil der Produktion abgeschlossen ist, müssen die gegossenen Teile abkühlen, und danach kommen sie dann in die Putzerei, wo sie vom Formsand entfernt werden.

Dieser kurze Abriß des Produktionsablaufes zeigt, daß man viele Arbeiter braucht, die direkt handwerklich arbeiten. In dieser Lage, wo die Kapitalisten für diesen Produktionsbereich wenig Maschinerie einsetzen können, versuchen sie ständig, durch Verschärfung der Ausbeutung mehr aus den Arbeitern herauszuholen, indem sie einerseits freigewordene Stellen nicht besetzen, andererseits der Lohn so niedrig ist, daß man zu Akkordarbeit und Schichten gezwungen ist. Durch die rapiden Schließungen von Eisengießereien wurde der Druck auf die arbeitenden Kollegen immer größer. Es ist überhaupt nicht selten, daß man in der Formerei einen Hochgeher hat, d.h. wenn, wie vorher beschrieben, die Gewichte auf die Form nicht groß genug sind, so daß während des Gießens an irgendeiner Ecke das flüssige Roheisen

durchbricht, was dann oft zu Brand-

Sozialdemokratisches zu Schichtarbeit und Arbeitszeitverkürzung

z.kam. Die Stahlarbeiter schaffen überwiegend im 3- und 4-Schichtbetrieb (der Kontischicht) durchschnittlich 42 Stunden die Woche. Durch die Gewährung von Freischichten gleichen die Stahlkapitalisten die über die 40 Stunden hinaus geleisteten 2 Arbeitsstunden *rechnerisch* pro Jahr aus. Der rapide Verschleiß der Arbeitskraft durch die Schichtarbeit wird dadurch keineswegs aufgehalten. Eine Schranke setzen kann hier nur die Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen, das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit sowie das Verbot der Überstundenarbeit.

Die Sozialdemokraten haben sich mit Herz und Verstand dem Weg der Klassenversöhnung verschrieben. In dem „Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 – 1985" ist die Schichtarbeit nur noch als ein „Problem" abgehandelt: „Unbefriedigende und belastende Arbeitsbedingungen (z.B. ständig wiederholende Teilarbeit, Fließband, Nacht- und Wechselschicht und gefährliche Arbeitsplätze) beeinträchtigen Gesundheit und Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen." Punkt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der IG Metall verfolgen den „Einstieg in die 35-Stundenwoche" als Mittel zur Arbeitszeitverkürzung und geben den Kampf gegen Nacht- und Schichtarbeit von vornherein auf. „Mit der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit wird ein Schritt in Richtung Humanisierung der Arbeitswelt erfolgen. Ergebnis wird sein, daß die Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie attraktiver werden. Außerdem hat die AZV positive beschäftigungspolitische Auswirkungen und dient der Sicherung der Arbeitsplätze." (Broschüre der IGM zur 35-Stundenwoche in der Stahlindustrie, Juni 1978).

1974 legte der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IGM immerhin noch fest, „die Nachtarbeit allgemein auf ein Minimum zu beschränken und nur dort zuzulassen, wo sie unumgänglich ist". Im „Aktionsprogramm '79" laviert der DGB nur noch: „Für Schicht- und Nachtarbeit sowie für gesundheitsgefährdende und besonders schwere Arbeiten sind zusätzlich Freizeit oder Urlaub zu vereinbaren." Der-

Kontischichtplan Stahlindustrie														
1./2. Woche	*Mo*	*Di*	*Mi*	*Do*	*Fr*	*Sa*	*So*	*Mo*	*Di*	*Mi*	*Do*	*Fr*	*Sa*	*So*
1. Schicht	×	N	N	N	×	S	S	S	S	×	A	F	F	F
2. Schicht	F	F	F	×	N	N	N	N	×	S	S	S	×	×
3. Schicht	S	S	×	A	F	F	F	F	F	F	×	N	N	N
4. Schicht	N	×	S	S	S	×	×	×	N	N	N	×	S	S
3./4. Woche	*Mo*	*Di*	*Mi*	*Do*	*Fr*	*Sa*	*So*	*Mo*	*Di*	*Mi*	*Do*	*Fr*	*Sa*	*So*
1. Schicht	F	F	F	×	N	N	N	N	×	S	S	S	×	×
2. Schicht	×	N	N	N	×	S	S	S	S	×	A	F	F	F
3. Schicht	N	×	S	S	S	×	×	×	N	N	N	×	S	S
4. Schicht	S	S	×	A	F	F	F	F	F	F	×	N	N	N

F = Frühschicht S = Spätschicht
N = Nachtschicht × = frei
A = Ausfalltag zur Einhaltung der 40-Stundenwoche

zeit beschränkt sich die IGM-Führung auch darauf, die betrieblichen Vereinbarungen über blockweises Abgelten der Freischichten durchzusetzen („Kollegen können Urlaub besser planen" – „metall" 17/79).

Wen wundert es noch, daß sich die SPD-Bundestagsfraktion in puncto Schichtarbeit in den letzten Jahren nur darüber ausgelassen hat, ob und wie das Abendfernsehprogramm für Schichtarbeiter am Vormittag wiederholt werden kann. Antasten wollen die Sozialdemokraten die Schichtarbeit nicht, sie wollen sie „menschlicher" gestalten.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung 39

Spezialnachrichtendienste 03: Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft / Chemische Industrie / Stahl

Krefeld, 18.9.79. Dem Betriebsrat von TEW ist gestern ein Antrag auf Genehmigung der 6-Tage-Woche im Kaltbandwerk in Krefeld von der Werksleitung zugestellt worden. Ein Betriebsrat von TEW hat das auf der Funktionärsversammlung der IGM mit Loderer so vorgetragen, daß die „4-Freischichten-Regelung zur 6-Tage-Woche führe, wo die Belegschaften gegen sind". Loderer hat geantwortet, er höre das zum erstenmal, er werde sich jetzt da persönlich genau mit befassen. „Einen Rückschritt zur 6-Tage-Woche wird die Organisation mit aller Kraft abwehren."

Duisburg, 18.9.1979. Auf der Betriebsversammlung von Thyssen Niederrhein, Duisburg, waren ca. 500 bis 600 anwesend, 1686 arbeiten in dem Betrieb. In dem Bericht des Betriebsrates wurde bekanntgegeben, daß die Zahl der meldepflichtigen Unfälle im Berichtszeitraum um 30% zugenommen hat, die Steigerung in den anderen Stahlbetrieben ist 4%. TN/Duisburg liegt an der Spitze. Im Bericht der Betriebsleitung wurde festgestellt, daß die Zuwächse in der Stahlindustrie insgesamt bei 4,4% liegen, bei Walzdraht liegen sie bei 26%. Im Mai ist auf der Drahtstraße 4 ein Rekord von 66000 t gefahren worden. Der Sprecher des VK-Vorstandes forderte die Betriebsführung auf, endlich die genauen Pläne der Werkstättenrationalisierung rauszurücken und über die Zukunft des Werkes Klarheit zu geben. Verschiedene Arbeiter sprachen zur Lohnfrage. Ein Arbeiter sagte zu den Festlegungen des IGM-Vorstandes, in der nächsten Tarifauseinandersetzung 9 – 10% mehr Lohn zu fordern, daß, wenn etwas für die unteren Lohngruppen getan werden soll, es das beste sei, wenn ein Festbetrag von 160 DM – eher mehr – in der Forderung drin sein müßte. Er griff die Steuerdemagogie von Strauß an und unterstützte den Beschluß des IGM-Vorstandes, auch bei Steuersenkung keine Abstriche an der Lohnfront zu machen. Ein Kollege kritisierte die Erhöhung der Kantinenpreise, die seine innerbetriebliche Stundenlohnerhöhung von 0,12 DM wieder aufheben. Ein weiterer Kollege griff die Differenz seines Krankengeldes zu seinem vorherigen Lohn an, das sind 500 DM weniger, die er seit seinem Arbeitsunfall vor 3½ Monaten hat.

Bremen, 12.9.79. Der Werksvorstand der Klöckner Hütte Bremen hatte Mitte August eine Schichtausweitung für die Warmbreitbandstraße beim Betriebsrat beantragt. Die Spätschicht am Sonntag ist für die Produktionsarbeiter und die Nebenbetriebe frei. Ab Oktober 1979 bis März 1980 sollte auch auf Sonntagsspätschicht produziert werden. Der Betriebsrat hat daraufhin am 5.9. eine Vertrauensleutebereichsversammlung einberufen, die die



Am 2. September 1969 beginnen die Hoesch-Arbeiter in der Frühschicht den Streik und fordern 30 Pf. mehr Lohn. 140000 Arbeiter in 68 Betrieben folgen mit Streiks für Forderungen von 30 bis 70 Pf. mehr Lohn. Die Kapitalisten sind gezwungen, mit der IGM einen Abschluß von 11% mehr Lohn abzuschließen. Bild: Streik bei den Neunkirchner Eisenwerken.





Mit der Niederschlagung des Hitler-Faschismus durch die revolutionäre Sowjetunion und dem Ende des 2. imperialistischen Weltkrieges besetzen die westlichen Alliierten einen Teil Deutschlands. Die Arbeiterklasse baute selbständig die größtenteils zerstörten Produktionsanlagen wieder auf. Sie leistete der Demontage der Anlagen und der Besetzung der Fabriken durch die Alliierten Widerstand. Bilder: Demonstrationen der Arbeiter im Ruhrgebiet für Sozialisierung und in Salzgitter gegen die Demontage.

verletzungen führt. Hinzu kommt, daß die Teile von Hand gegossen werden, die Pfanne mit dem Flüssigroheisen, je nachdem, was für ein Teil man hat, eine Temperatur von 900 bis 1200° hat. Für die Zeit, in der man an der Pfanne steht, bekommt man Extra-Lohnzulagen.

In der Putzerei ist die Ausbeutung noch extremer. Vornehmlich wird dort mit Handpresslufthammern und Schleifmaschinen gearbeitet. Damit werden dann überstehende Kanten und Unebenheiten in der Fläche beschnitten. Zu dem kommt, daß die Gußteile von dem Formsand entleert werden müssen. Für diese Arbeit bekommt man so wenig Lohn, daß einem nichts anderes übrig bleibt, als im Akkord zu schuften.

Um die tatsächliche Schwere der Arbeit zu ermitteln, haben wir versucht, den ungefähren Kalorienverbrauch eines Putzereiarbeiters zu messen. Wir haben festgestellt, daß man bei der Arbeit mind. 3800 kcal. verbraucht. Aber für seine Reproduktion an Lebensmitteln kann er nur zwischen 7 und 8 DM ausgeben. Der gewöhnliche Kcal.-Verbrauch liegt zwischen 2500 und 3000 kcal. Dieser hohe Kräfteverbrauch während eines Arbeitstages kommt vor allem daher, daß man mit schweren Schleifmaschinen und Preßlufthämmern in allen Lagen arbeiten muß. Vorwiegend kniend, gebückt und über Kopf, was zu einer starken Belastung der Arme und des Rückens führt, so daß nach einigen Jahren Gießereiarbeit regelmäßige Kuren nötig sind. Oft sind die Arbeiter so verbraucht, daß sie früh verrentet werden müssen. Durch die Sozialpläne der

müssen. Für diese Arbeit bekommt man so wenig Lohn, daß einem nichts anderes übrig bleibt, als im Akkord zu schuften.

Um die tatsächliche Schwere der Arbeit zu ermitteln, haben wir versucht, den ungefähren Kalorienverbrauch eines Putzereiarbeiters zu messen. Wir haben festgestellt, daß man bei der Arbeit mind. 3800 kcal. verbraucht. Aber für seine Reproduktion an Lebensmitteln kann er nur zwischen 7 und 8 DM ausgeben. Der gewöhnliche Kcal.-Verbrauch liegt zwischen 2500 und 3000 kcal. Dieser hohe Kräfteverbrauch während eines Arbeitstages kommt vor allem daher, daß man mit schweren Schleifmaschinen und Preßlufthämmern in allen Lagen arbeiten muß. Vorwiegend kniend, gebückt und über Kopf, was zu einer starken Belastung der Arme und des Rückens führt, so daß nach einigen Jahren Gießereiarbeit regelmäßige Kuren nötig sind. Oft sind die Arbeiter so verbraucht, daß sie früh verrentet werden müssen. Durch die Sozialpläne der
Thyssenkapitalisten kann man mit 59 in Rente gehen. Es gibt keine Kollegen, die nicht mit 59 gehen wollen. Die gängigste Aussage ist, „wenn ich nicht mit 59 gehe, erleb' ich meine Rente überhaupt nicht mehr".

Die Ausbeutung in den Gießereibetrieben nimmt solche Formen an, daß man von einem Tag auf den anderen von Früh- auf Spät- oder Nachtschicht eingeteilt werden kann. Begründet wird das damit, daß die Teile termingerecht fertig sein müßten. Hinzu kommt, daß man oft auch noch an heißen Teilen arbeiten muß, wodurch die Unfallquote sehr hoch ist. Die häufigsten Unfälle sind Verstümmelungen an den Händen und Verletzung der Augen, was durch herumfliegende Metallsplitter und beim Arbeiten mit dem Presslufthammer am häufigsten vorkommt.

Insgesamt sind die Thyssen-Kapitalisten dabei, ihre Gießereibetriebe neu zu ordnen. Bis jetzt haben sie den Arbeitstag auf Überschichten in der Nacht und vorallem am Wochenende ausgedehnt. Jetzt sind sie dabei, Schichtarbeit in allen Bereichen der Produktion einzuführen. Das geht aber nur bei großen Serien, wie es jetzt schon bei Stahlguß gemacht wird. Da aber beim Spezialitätenguß keine großen Serien produziert werden, machen die Thyssen-Kapitalisten es jetzt so, daß sie ihre Gießereien in Meiderich, Mülheim, Gelsenkirchen, Remscheid, Bendorf, Lintorf, Bochum, Hilden und Essen so ausrichten, daß nicht jede Gießerei alles macht, sondern jede einen speziellen Guß fertigt. Dabei haben sie in der Gießerei Remscheid gleich 500 Kollegen wegrationalisiert. Was den Erfolg hat, daß doch Serien zustande kommen und sie wieder daran gehen können, ganze Schichten in allen Bereichen der Produktion zu fahren und so die Arbeitsleistung pro

kommt.

Insgesamt sind die Thyssen-Kapitalisten dabei, ihre Gießereibetriebe neu zu ordnen. Bis jetzt haben sie den Arbeitstag auf Überschichten in der Nacht und vorallem am Wochenende ausgedehnt. Jetzt sind sie dabei, Schichtarbeit in allen Bereichen der Produktion einzuführen. Das geht aber nur bei großen Serien, wie es jetzt schon bei Stahlguß gemacht wird. Da aber beim Spezialitätenguß keine großen Serien produziert werden, machen die Thyssen-Kapitalisten es jetzt so, daß sie ihre Gießereien in Meiderich, Mülheim, Gelsenkirchen, Remscheid, Bendorf, Lintorf, Bochum, Hilden und Essen so ausrichten, daß nicht jede Gießerei alles macht, sondern jede einen speziellen Guß fertigt. Dabei haben sie in der Gießerei Remscheid gleich 500 Kollegen wegrationalisiert. Was den Erfolg hat, daß doch Serien zustande kommen und sie wieder daran gehen können, ganze Schichten in allen Bereichen der Produktion zu fahren und so die Arbeitsleistung pro
Schicht zu erhöhen, denn jetzt, wo nicht alle Schichten voll gefahren werden, können sich die Arbeiter noch einige Freiräume herausnehmen.

Schichtausweitung einstimmig abgelehnt hat.

Duisburg. Am 31.8.1979 haben bei Thyssen Hamborn 2 Belegschaftsversammlungen stattgefunden. Die erste vormittags mit 2500 bis 3500, die 1 Stunde und 20 Minuten gedauert hat, und die zweite nachmittags mit 3000 bis 3500, die 1¾ Stunden gedauert hat. Der Betriebsrat Schulte hat auf beiden Betriebsversammlungen den Bericht des Betriebsrats vorgetragen.

Er legte dar, daß die Auftragslage bei Thyssen sich leicht verbessert hätte und man in zwei Jahren mit einem neuen Stahlboom rechnen könnte. Weiterhin berichtete er, daß 167 Arbeiter vom Thyssen-Werk Oberhausen nach Duisburg umbesetzt werden. Dies betrifft 114 Arbeiter vom Hochofen und 53 vom Kraftwerk. Die Arbeiter sollen Lohnfortzahlungen von mindestens 9 Monaten und höchstens 27 Monaten erhalten. Des weiteren sprach der Betriebsrat noch zur Blockfreizeit. Die Blockfreizeit soll in den Urlaub eingebaut werden, z.B. einmal 21 Tage und einmal 18 Tage. Auf der Versammlung berichtete der Betriebsrat noch, daß bei Thyssen Hamborn an der Blockstraße eine Schicht gestrichen werden soll. Dagegen hätte sich aber die ganze Schicht ausgesprochen, weil das eine zu große Lohneinbuße bedeuten würde. Auf beiden Versammlungen haben 9 Arbeiter zum Lohn gesprochen. 8 Arbeiter sprachen sich für Lohnnachschläge aus. Diese Lohnnachschläge wurden von den Arbeitern vor allem damit begründet, daß der letzte Tarifabschluß zu niedrig war. Insbesondere wurde auch die Thyssen-Wohngesellschaft angegriffen, die gerade in letzter Zeit die Mieten erhöht hat. Besonders wurden noch die Heizkostenerhöhung, die Mineralöl- und die Lebensmittelpreiserhöhung aufgegriffen, daß der Lohn dagegen direkt abgesunken sei. Weiterhin stellten die Arbeiter dar, daß Lohnverluste entstehen durch Umbesetzung, Auflösung von Schichten und durch die Blockfreizeit, wobei insbesondere die Blockfreizeitregelung angegriffen wurde. 200 DM Ausgleichszahlung seien zu wenig und diese würden noch nicht mal alle bekommen, nur die, die drei Jahre Kontischicht arbeiten. Zwei Arbeiter nutzten die Kritik an den Preisen und Lohnsenkungsmaßnahmen der Kapitalisten, um konkrete Sonderzahlungsbeträge von 1000 DM zu nennen. Ein Arbeiter sprach ausführlich zur Vorbereitung der jetzt kommenden Lohntarifrunde und propagierte die Forderung nach 170 DM, 8% mindestens, indem er darlegte, warum eine solche kombinierte Forderung das Richtige für die Lohnbewegung sei, daß diese Forderung der Spaltung der Belegschaft entgegenwirke und daß die Kapitalisten das Bestreben haben, den Tariflohn zu drücken und man deshalb jetzt etwas für die Tarife tun muß. Des weiteren wurden die Steuern angegriffen und die Forderung nach höherem Grundfreibetrag propagiert. Die Arbeiter, die zum Lohn gesprochen haben, wurden von der versammelten Belegschaft mit Beifall unterstützt. Von den Kapitalisten hat gar keiner auf den Belegschaftsversammlungen geredet.

„Krupp – das bedeutet Superlative“

Biographie von W. Manchester

z.gug. Der Heyne-Verlag bietet in seinem Sortiment eine Reihe „Biographien" an, darunter auch das Buch „Krupp, Chronik einer Familie" von W. Manchester. Das Buch ist stinkreaktionär und beim Lesen stellt man wiederholt fest, wie wahr und zutreffend die Kennzeichnung der herrschenden Klasse und ihres Anhangs in unserem Programm ist, als „schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft ..., umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler".

Das Buch ist geschrieben vom Standpunkt der herrschenden Klasse, der Autor bangt mit Krupp um die Entwicklung dieses Konzerns aus dem ursprünglichen Kaufmannskapital, vom Kleinkapital bis zum Monopol. Die engen Verbindungen zwischen Kapital und Staatsmännern, die Geschäfte bei den Kriegsvorbereitungen und erst recht im Krieg selbst, der Faschismus, Ausbeutung und Unterdrückung, das alles sind Selbstverständlichkeiten, über die sich der Autor nicht weiter aufhält. Dem Leser teilt er die Seelenqualen und Unpäßlichkeiten des Bourgeois, seinen Nervenstreß beim Schlagetot anderer Kapitalisten im Konkurrenzgeschäft mit.

Wer Interesse hat, sich darüber ein Bild zu machen, und wer einen Eindruck von der Verkommenheit und der tiefen Massenverachtung der herrschenden Klasse bekommen will, der

pack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler".

Das Buch ist geschrieben vom Standpunkt der herrschenden Klasse, der Autor bangt mit Krupp um die Entwicklung dieses Konzerns aus dem ursprünglichen Kaufmannskapital, vom Kleinkapital bis zum Monopol. Die engen Verbindungen zwischen Kapital und Staatsmännern, die Geschäfte bei den Kriegsvorbereitungen und erst recht im Krieg selbst, der Faschismus, Ausbeutung und Unterdrückung, das alles sind Selbstverständlichkeiten, über die sich der Autor nicht weiter aufhält. Dem Leser teilt er die Seelenqualen und Unpäßlichkeiten des Bourgeois, seinen Nervenstreß beim Schlagetot anderer Kapitalisten im Konkurrenzgeschäft mit.

Wer Interesse hat, sich darüber ein Bild zu machen, und wer einen Eindruck von der Verkommenheit und der tiefen Massenverachtung der herrschenden Klasse bekommen will, der
möge das fast 900 Seiten starke Machwerk lesen. Einige Kostproben:

16. Jh. „Arndt war ein deutscher Kaufmann aus dem sechzehnten Jahrhundert. ... Als die Pest sich immer stärker ausbreitete, ergriff Essen Panikstimmung. Manche Männer verkauften ihren Besitz um einen Pappenstiel ... Arndt aber, der darauf setzte, daß er überleben und gewinnen würde, kaufte ausgedehnte ‚Gärten und Trifte' vor den Stadttoren auf, er erwarb Landparzellen, die noch fast 400 Jahre später Teil des Familienimperiums sein sollten."

Mitte 18. Jh. „... Helene Amilie ... war gescheit, energisch, fleißig. Außerdem war sie fruchtbar. Wenn auch Jodocus nach der Hochzeit nur noch sechs Jahre zu leben hatte, so genügte das, denn Helene Amalie brauchte weniger als ein Jahr: fast unmittelbar nach der Eheschließung wurde sie schwanger ...
Bereits 1813 wurde zwei Arbeitern ... Krankengeld gewährt, und am 9. Januar 1814 zahlte Krupp einem Arzt aus Essen zwei Taler, weil dieser einen verletzten Arbeiter zur Ader gelassen ... hatte. ... Dieser Präzedenzfall war praktisch Friedrichs einziger echter Beitrag zu dem von ihm gegründeten Konzern."

Mitte 19. Jh. „... Pferdemist strömte nach Alfreds Meinung einen besonders wohltuenden Duft aus; er hielt ihn für anregend, und in unmittelbarer Nähe von frischem Dung wurde er schöpferisch. Unglücklicherweise war er davon überzeugt, daß seine eigenen Blähungen giftig seien, und deshalb versuchte er ständig in Bewegung zu bleiben ... Sobald er sich aber zur Ruhe gelegt hatte, war das nicht mehr so leicht, und deshalb schlief er schlecht ... Nachts zum Beispiel machte er sich geschäftliche Notizen. Da er wie unter Zwang schrieb ..., übte er sich darin, im Dunkeln zu kritzeln, und kroch dazu schwitzend unter sein Federbett. Wenn die Morgendämmerung seine Arbeiter aus den Betten trieb, fanden sie Krupps Lob oder Tadel, auf Zetteln gekritzelt, an die Werkbänke geheftet ...
Das Gartenhaus (hatte) seine ureigenen Besonderheiten. Es stand inmitten der Fabrik und war von Glashäusern umgeben, die Pfauen und Weinstöcke und Ananasstauden beschirmten: Oben auf dem Dach konnte der Chef des Hauses aus einem verglasten Krähennest ... säumige Arbeiter bespitzeln ... In einem seiner Kumpelbriefe ... machte er ... den Vorschlag, daß alle Kruppianer Uniformen tragen sollten, und zwar mit ‚Insignien' für die Dienstjahre, mit Winkeln für die Vorarbeiter und mit Schulterklappen für die Betriebsleiter ... Alles wurde mit Geldstrafen belegt: Säumigkeit, Anmaßung, Verschuldung bei der Konsum-Anstalt ... Bei Krupp gab es mehr Polizisten als in Essen selber ... Er habe es überdacht, so sagte er, und sei dabei zu dem Schluß gekommen, daß unter dem Arbeitsplatz eines gläubigen Arbeiters auch das Ehebett zu verstehen sei. Genauso wie der Alleininhaber genügend Rohstoffe erwerbe, damit das Haus Krupp und die Firma für die nächsten 99 Jahre weiterbestehen könnten, müßte auch jeder gewissenhafte Kruppianer ... recht viele treue

Fabrik und war von Glashäusern umgeben, die Pfauen und Weinstöcke und Ananasstauden beschirmten: Oben auf dem Dach konnte der Chef des Hauses aus einem verglasten Krähennest ... säumige Arbeiter bespitzeln ... In einem seiner Kumpelbriefe ... machte er ... den Vorschlag, daß alle Kruppianer Uniformen tragen sollten, und zwar mit ‚Insignien' für die Dienstjahre, mit Winkeln für die Vorarbeiter und mit Schulterklappen für die Betriebsleiter ... Alles wurde mit Geldstrafen belegt: Säumigkeit, Anmaßung, Verschuldung bei der Konsum-Anstalt ... Bei Krupp gab es mehr Polizisten als in Essen selber ... Er habe es überdacht, so sagte er, und sei dabei zu dem Schluß gekommen, daß unter dem Arbeitsplatz eines gläubigen Arbeiters auch das Ehebett zu verstehen sei. Genauso wie der Alleininhaber genügend Rohstoffe erwerbe, damit das Haus Krupp und die Firma für die nächsten 99 Jahre weiterbestehen könnten, müßte auch jeder gewissenhafte Kruppianer ... recht viele treue
Untertanen liefern und der Fabrik Arbeiter eigener Race. ... Er forderte, daß sämtliche Sozialdemokraten ... zu entlassen seien ... Es folgten ins einzelne gehende Anweisungen. So sollten Inspektoren jeden Abfalleimer in den Werken und in den Wohnanlagen untersuchen; jeder, der etwas gelesen hatte, das die Geschäftsleitung oder die Regierung kritisierte, sollte an die Luft gesetzt werden ... Alfred (befahl) die Anstellung eines weiteren Inspektors zur Überprüfung von Abfallpapier und gebrauchtem Klosettpapier nach aufwieglerischen Notizen."

Anfang 20. Jh. „Fritz' turbulente Feste hatten sich auf das kleine, verträumte Nest Capri beschränkt ... Eine Grotte wurde in ein terrassenförmig angelegtes, wohlriechendes Sodom verwandelt. Bevorzugt junge Männer gehörten einer Art Club der Kurzweil an, dem Krupp vorstand. Die Mitglieder erhielten ... massive goldene Anstecknadeln, die wie Artilleriegranaten aussahen, oder aber Goldplaketten mit zwei gekreuzten Gabeln. Beide Auszeichnungen hatte Fritz höchstpersönlich entworfen. Als Gegenleistung fügten sie sich seinen verfeinerten Liebkosungen, während drei Geiger aufspielten. Ein Orgasmus wurde mit Feuerwerksraketen gefeiert, und ab und zu ... wurde ... fotografiert. Das war unbedacht von Fritz ... Fritz hatte seinen Wächter in die Kutte eines Franziskaners gekleidet, wodurch er die örtliche Geistlichkeit aufs tiefste beleidigte ..."

Anfang 20. Jh. „... so machte er Villa Hügel zum eindrucksvollsten Privathaushalt auf der Welt. Außengebäude, Burggräben und Türmchen wurden hinzugefügt ... In der Küche im Erdgeschoß herrschten zwei Chefköche über zwanzig Untergebene. Der Hügel verfügt über eine eigene Geflügelzucht, über Gewächshäuser, Werkstätten, einen Malereibetrieb und einen Stab von 120 Bediensteten, nicht mitgerechnet die Gärtner und die Stallburschen, die acht Reitpferde und vier Paar Kutschpferde zu versorgen hatten. Reiten war Gustavs einzige Leidenschaft. Er rauchte nicht, trank nicht ... selbst nachdem die Ställe vergrößert worden waren, um vier Limousinen unterbringen zu können, behielt er seinen täglichen Ausritt bei ... Die Jahrhundertfeier von Krupp wurde im Frühjahr 1912 ... eingeleitet. In Essen dauerten die Feierlichkeiten drei Tage. Wilhelm kam aus Berlin angereist ... In seiner Begleitung befanden sich sämtliche Prinzen von Preußen, außerdem Kanzler von Bethmann-Hollweg, des Kaisers Kabinettsminister und sämtliche Generale und Admirale des Reiches ... die Festlichkeiten des dritten Tages (sollten) ihren Höhepunkt in einem Ritterturnier finden; dabei war keine Imitation, sondern ein echter Wettkampf vorgesehen ... Die Turnierkämpfer sollten echte Lanzen gebrauchen, mit denen sie ihren Gegnern auch Verwundungen beibringen konnten. Einen ganzen Monat lang hatte eine Düsseldorfer Kostümschneiderei in Schichten gearbeitet, um die Teilnehmer auszustatten. Krupp selbst hatte sich eine maßgeschneiderte schimmernde Rüstung aus Kruppstahl bestellt ... Bertha sollte als Dame aus dem Mittelalter verkleidet sein, die leitenden Angestellten als Vasallen und

er seinen täglichen Ausritt bei ... Die Jahrhundertfeier von Krupp wurde im Frühjahr 1912 ... eingeleitet. In Essen dauerten die Feierlichkeiten drei Tage. Wilhelm kam aus Berlin angereist ... In seiner Begleitung befanden sich sämtliche Prinzen von Preußen, außerdem Kanzler von Bethmann-Hollweg, des Kaisers Kabinettsminister und sämtliche Generale und Admirale des Reiches ... die Festlichkeiten des dritten Tages (sollten) ihren Höhepunkt in einem Ritterturnier finden; dabei war keine Imitation, sondern ein echter Wettkampf vorgesehen ... Die Turnierkämpfer sollten echte Lanzen gebrauchen, mit denen sie ihren Gegnern auch Verwundungen beibringen konnten. Einen ganzen Monat lang hatte eine Düsseldorfer Kostümschneiderei in Schichten gearbeitet, um die Teilnehmer auszustatten. Krupp selbst hatte sich eine maßgeschneiderte schimmernde Rüstung aus Kruppstahl bestellt ... Bertha sollte als Dame aus dem Mittelalter verkleidet sein, die leitenden Angestellten als Vasallen und
extra ausgesuchte Kruppianer als Leibeigene ... In voller Rüstung und mit einem Breitschwert sitzt er auf einem mächtigen Hengst. Er machte den Eindruck, als ob er jeden Augenblick herabfallen könnte ... Gerade als ihn eine Mannschaft von Arbeitern hochhieven wollte, traf ein Bote ein ... Im Schacht Lothringen in der Nähe von Bochum hatte es eine Grubenexplosion gegeben; 110 Kumpel waren dabei umgekommen ... Wilhelms Berater meinten, daß unter diesen Umständen ein heiteres Spiel von S.M. Untertanen mißverstanden werden könnte ... Hätte das Mißgeschick der Bergleute nicht das Turnier verdorben, wäre zweifellos eine gute Vorstellung zu erwarten gewesen."

Mitte 20.Jh. „... einmal bekam Gustav ... von Hitler das Goldene Parteiabzeichen verliehen ... Um sich zu revanchieren, arbeiteten die Krupps allabendlich wie besessen am Entwurf für ein Geschenk zum fünfzigsten Geburtstag Hitlers. Die Frucht ihrer Mühen war ein Möbelstück: ein ausgefallenes Exemplar von Tisch ... Er war aus dunkler Eiche gearbeitet und mit Hakenkreuzen und Eisernen Kreuzen aus Kruppschem Endura-KA-2 besetzt. In die Platte war ein Zitat aus *Mein Kampf* eingelassen, und wenn man auf zwei Löwen aus rostfreiem Stahl drückte, öffnete sie sich und gab ein so glänzend poliertes metallenes Basrelief frei, daß es einem die Augen blendete; ein Abbild des schäbigen Gasthofs *Zum Pommer* in Braunau am Inn, wo der kleine Sohn von Alois Hitler ... das Licht der Welt erblickt hatte. Obwohl der Führer sonst auf jede Erinnerung an seine Jugend ungehalten reagierte, war er diesmal sichtlich entzückt ... Gustav gestattete sich nicht oft ein Lächeln, jetzt aber kicherte er ..."

Auswärtige Belange

z.wig. In Pinneberg, Hannover, Alfeld, Celle, Fallingbostel, Hameln, Hildesheim, Holzminden, Stadthagen, Buchholz, Braunschweig, Göttingen, Köln und im Bezirk Weser Ems ist die öffentliche Sammlung für den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression verboten worden. In der Verfügung des Innenministeriums des Landes Niedersachsen ist die Stellungnahme der Bundesregierung wiedergegeben, auf die sich all diese Verbote stützen. Das Auswärtige Amt schreibt: „Die Bundesrepublik Deutschland unterhält seit 1969 keine diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha. Es ist auch nicht beabsichtigt, zu einem der konkurrierenden Regime Beziehungen irgendwelcher Art aufzunehmen. Wünschenswert wäre ein umgehender Waffenstillstand in Kambodscha, damit der von Hunger und Tod bedrohten Bevölkerung geholfen werden kann. Aus diesem Grund stellt das Auswärtige Amt fest, daß durch die Zielrichtung der Sammlung außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland berührt werden.“ Das Innenministerium folgert aus dieser Stellungnahme, daß „die Verwendung des Sammlungsertrages zu dem angegebenen Zweck‘ zu einer „Störung der öffentlichen Ordnung“ führen werde und deswegen abzulehnen sei.

Schon in zahlreichen Verboten, die die Verwaltungsbehörden anläßlich der Sammlung für die bewaffnete Kompanie der ZANU ausgesprochen haben, hatte die Bundesregierung und das Auswärtige Amt unmißverständlich klargemacht, daß sie die Unterstützung gerechter Kriege nachhaltig verfolgen werden und sich eindeutig gegen den Befreiungskampf der Völker gestellt. Erneut erklärt die Bundesregierung den Kampf gegen fremde Aggression und Unterdrückung zur Störung ihrer „außenpolitischen Belange“ und folglich ihrer eigenen inneren Ordnung. Den unterdrückten Völkern wird das Recht abgesprochen, sich zu wehren und das Recht des eigenen Volkes, die gerechte Sache aller Völker zu unterstützen, soll unterdrückt werden. Es zeigt sich, daß man nicht drum rum kommt, die Unterstützung des Kampfes der Völker zu einer inneren Angelegenheit der BRD zu machen und mit den Rechten des Demokratischen Kampuchea auch die eigenen Rechte zu verteidigen.

Bei dem Verbot der Sammlung für die bewaffnete Kompanie der ZANU und der Beschlagnahme von 110000 DM durch das Regierungspräsidium in Tübingen begründete die Regierung das Verbot mit dem Verstoß gegen das

„Störung der öffentlichen Ordnung“ führen werde und deswegen abzulehnen sei.

Schon in zahlreichen Verboten, die die Verwaltungsbehörden anläßlich der Sammlung für die bewaffnete Kompanie der ZANU ausgesprochen haben, hatte die Bundesregierung und das Auswärtige Amt unmißverständlich klargemacht, daß sie die Unterstützung gerechter Kriege nachhaltig verfolgen werden und sich eindeutig gegen den Befreiungskampf der Völker gestellt. Erneut erklärt die Bundesregierung den Kampf gegen fremde Aggression und Unterdrückung zur Störung ihrer „außenpolitischen Belange“ und folglich ihrer eigenen inneren Ordnung. Den unterdrückten Völkern wird das Recht abgesprochen, sich zu wehren und das Recht des eigenen Volkes, die gerechte Sache aller Völker zu unterstützen, soll unterdrückt werden. Es zeigt sich, daß man nicht drum rum kommt, die Unterstützung des Kampfes der Völker zu einer inneren Angelegenheit der BRD zu machen und mit den Rechten des Demokratischen Kampuchea auch die eigenen Rechte zu verteidigen.

Bei dem Verbot der Sammlung für die bewaffnete Kompanie der ZANU und der Beschlagnahme von 110000 DM durch das Regierungspräsidium in Tübingen begründete die Regierung das Verbot mit dem Verstoß gegen das
Grundgesetz. „Die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA mit Waffen und anderem Kriegsmaterial stellt einen massiven Angriff in die inneren Angelegenheiten Rhodesiens dar. Es muß damit gerechnet werden, daß die vorgesehene Unterstützung der bewaffneten Widerstandsbewegung, die sich in einem kriegerischen Konflikt mit der rhodesischen Regierung befindet, zu außenpolitischen Schwierigkeiten mit Rhodesien führt.“ Der Zweck der Sammlung sei gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet und verstoße damit gegen das Grundgesetz.

An die 15000 Arbeiter und Angestellte, Bauern, Schüler und Studenten haben bisher einen Aufruf zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea unterschrieben und rund 100000 DM sind bisher gesammelt worden. Das Volk von Kampuchea findet überall Unterstützung, weil es unter Führung seiner Regierung einen gerechten Krieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression führt und die Unabhängigkeit und den Aufbau des Landes nach den eigenen Bedürfnissen und Interessen verteidigt. Das Verbot der öffentlichen Sammlung ist in Wirklichkeit eine Unterstützung der sowjetisch-vietnamesischen Aggression wie die Vorbereitung zukünftiger Interventionen zwecks Herstellung von „Waffenstillstand“ und „internationaler Lösung“. Man kann das Verbot keinesfalls hinnehmen und muß in der Weiterführung der Sammlung die Bundesregierung zwingen, das Demokratische Kampuchea anzuerkennen, genauso wie man die Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU erneut fordern muß und dabei die Fortschritte der ZANU im bewaffneten Befreiungskampf und auf der Londoner Konferenz im Kampf um die Unabhängigkeit nutzen kann, um die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung zu verlangen.

Auf der UNO-Vollversammlung mußte die Delegation der Bundesregierung für die Beibehaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea in der UNO stimmen, weil die Mehrheit der dort vertretenen Staaten dem Versuch der sozialimperialistischen Supermacht und ihrer Vasallen, den Sitz des Demokratischen Kampuchea an ihr Marionettenregime in Phnom Penh abzutreten, entschieden Widerstand leisten. Mit 71 gegen 35 Stimmen, bei 34 Enthaltungen, bestätigte die Vollversammlung die legitimen Rechte der Regierung des Demokratischen Kampuchea in der UNO. Nicht, daß die Bundesregierung mit ihrer Stimme das Demokratische Kampuchea anerkannt hätte. Von Wechmar erklärte zur Begründung, bewaffnete Interventionen dürften nicht belohnt werden. Bewaffnete Interventionen der imperialistischen Konkurrenz versteht sich. Aber immerhin ist ihr Spielraum dort bereits so eingeschränkt, durch den Kampf der unterdrückten Völker und unterjochten Nationen gegen imperialistische Einmischung, Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung, daß sie der Resolution zustimmen mußten.

Der Druck, den die Völker auf inter-

renz im Kampf um die Unabhängigkeit nutzen kann, um die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung zu verlangen.

Auf der UNO-Vollversammlung mußte die Delegation der Bundesregierung für die Beibehaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea in der UNO stimmen, weil die Mehrheit der dort vertretenen Staaten dem Versuch der sozialimperialistischen Supermacht und ihrer Vasallen, den Sitz des Demokratischen Kampuchea an ihr Marionettenregime in Phnom Penh abzutreten, entschieden Widerstand leisten. Mit 71 gegen 35 Stimmen, bei 34 Enthaltungen, bestätigte die Vollversammlung die legitimen Rechte der Regierung des Demokratischen Kampuchea in der UNO. Nicht, daß die Bundesregierung mit ihrer Stimme das Demokratische Kampuchea anerkannt hätte. Von Wechmar erklärte zur Begründung, bewaffnete Interventionen dürften nicht belohnt werden. Bewaffnete Interventionen der imperialistischen Konkurrenz versteht sich. Aber immerhin ist ihr Spielraum dort bereits so eingeschränkt, durch den Kampf der unterdrückten Völker und unterjochten Nationen gegen imperialistische Einmischung, Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung, daß sie der Resolution zustimmen mußten.

Der Druck, den die Völker auf inter-
nationaler Ebene auf die Bundesregierung ausüben, muß die Bewegung zur Unterstützung der um Unabhängigkeit und Befreiung kämpfenden Völker und Länder in Westdeutschland nutzen für die Durchsetzung der Forderungen: Aufhebung des Verbots der Sammlung für den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea! Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU! Anerkennung der Patriotischen Front und Anerkennung des Demokratischen Kampuchea und seiner Regierung durch die Bundesrepublik!

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition. Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Das Auswärtige Amt. Mit der EG als erweiterte Basis Kampf um die Weltherrschaft.

Die Bundesregierung vor der UNO: Stets gegen die Völker der Dritten Welt

Resolution 3111/1973: „Nein“ – entgegen der mehrheitlich verabschiedeten Resolution wird das Konsulat in Windhoek (Namibia) nicht geschlossen und auch nicht die südafrikanische Botschaft in Westdeutschland.

Resolution 3103/1973: Entgegen der mehrheitlich verabschiedeten Resolution über den Charakter der nationalen Befreiungskriege als gerechte Kriege und dem Status der Befreiungskämpfer werden in Westdeutschland GUPS und GUPA verboten.

Resolution 3236/1974: „Enthaltung“ bei der Abstimmung über das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes

Resolution 3237/1974: „Nein“ zur Einräumung des Beobachterstatus für die PLO bei der UNO

Resolution 3210/1974 „Enthaltung“ zur Einladung der PLO zur Generalversammlung

Resolution 3414/1975 „Nein“ zur Aufforderung, die Militärhilfe an Israel einzustellen

Resolution 3379/1975 „Nein“ zur Verurteilung des Zionismus als Rassismus

29. Generalversammlung „Nein“ zur Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die von 120 Ländern der Dritten Welt vorgelegt und unterstützt wird

Resolution 3349/1974 „Enthaltung“ zum Antrag auf Gründung eines ad-hoc-Ausschusses für die Änderung der UNO-Charta, den die Blockfreien zwecks Abschaffung des Vetorechts verlangt hatten.

Sicherheitsratsresolution S.12312 „Nein“ zum Verbot von Investitionen und Handelsbeziehungen zu Südafrika

Sicherheitsratsresolution S.12311/10 „Nein“ zum Verbot von Waffenlieferungen an Südafrika und der Verurteilung Südafrikas als Gefahr für den Weltfrieden

Resolution 423/1978 „Enthaltung“ bei der Verurteilung der „Inneren Lösung“ des Smith Regimes und der Anerkennung der Patriotischen Front als einzig legitime Vertreterin des Volkes von Zimbabwe

Auslandsverbindlichkeiten und -forderungen (Landes- und Fremdwährungen) der Banken in 8 westeuropäischen Ländern
(Millionen US-Dollar)

Jahr	Belg./Luxemb. Verb.	Belg./Luxemb. Ford.	BRD Verb.	BRD Ford.	Frankreich Verb.	Frankreich Ford.	Großbritannien Verb.	Großbritannien Ford.	Italien Verb.	Italien Ford.	Niederlande Verb.	Niederlande Ford.	Schweden Verb.	Schweden Ford.	Schweiz Verb.	Schweiz Ford.
71 Landeswährung	890	480	6050	2160	1810	570	6860	1070	890	230	1270	660	290	120	6800	6290
Fremdwährung	10500	10120	3110	2790	13900	11950	45920	43620	12410	12550	4940	5610	640	950	6510	12820
73 Landeswährung	1850	1140	6750	4140	4520	1850	6150	1440	1910	830	1180	910	460	220	6560	7880
Fremdwährung	24010	22640	5780	5400	27180	25700	90660	84280	24080	24000	9620	9410	900	1710	9200	15460
75 Landeswährung	2650	1720	13620	21610	4370	1180	9240	1700	1620	440	2150	3460	580	570	4630	9070
Fremdwährung	37860	39070	9310	10640	38110	39020	128210	118240	15040	14980	16370	17350	1750	2570	12020	16260
77 Landeswährung	4360	3180	24330	31450	4500	2080	11100	2080	1540	300	5100	5240	580	930	5650	14500
Fremdwährung	65470	66950	15230	17280	62970	62210	171360	159210	21520	14780	25470	27180	3410	3180	18010	23010

Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 36. bis 47. Jahresbericht, Basel, 1966 – 77

Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen. Wirtschaftliche Durchdringung als Schritt zur Rückeroberung der DDR.

Es bleibt also vor allem auch unberührt Art. 7 des Deutschlandvertrages, nach dem die Bundesrepublik und die Drei Mächte nach wie vor vertraglich verpflichtet bleiben (Abs.2) zusammenzuwirken, „um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“ – sowie die Verträge von Moskau und Warschau und die Deutschland als Ganzes betreffenden Viermächte-Vereinbarungen, aber auch beispielsweise der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen abgeschlossene Grenz- und Freundschaftsvertrag, soweit er Deutschland (als Ganzes) berührt.
(Aus: Urteil des BVG zum Grundlagenvertrag, 31.7.1973)

Warenstruktur des innerdeutschen Handels

	Lieferungen der BRD*	Bezüge aus der DDR*
1973	2938	2688
1974	3662	3256
1975	4028	3391
1976	4470	3938

* in Mio. Verrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM)

Das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. In der Tradition des Kolonialministeriums.

„Entwicklungshilfe ist im letzten Viertel dieses Jahrhunderts wahrscheinlich die

Auslandsverbindlichkeiten und -forderungen (Landes- und Fremdwährungen) der Banken in 8 westeuropäischen Ländern
(Millionen US-Dollar)

Jahr	Belg./Luxemb. Verb.	Belg./Luxemb. Ford.	BRD Verb.	BRD Ford.	Frankreich Verb.	Frankreich Ford.	Großbritannien Verb.	Großbritannien Ford.	Italien Verb.	Italien Ford.	Niederlande Verb.	Niederlande Ford.	Schweden Verb.	Schweden Ford.	Schweiz Verb.	Schweiz Ford.
71 Landeswährung	890	480	6050	2160	1810	570	6860	1070	890	230	1270	660	290	120	6800	6290
Fremdwährung	10500	10120	3110	2790	13900	11950	45920	43620	12410	12550	4940	5610	640	950	6510	12820
73 Landeswährung	1850	1140	6750	4140	4520	1850	6150	1440	1910	830	1180	910	460	220	6560	7880
Fremdwährung	24010	22640	5780	5400	27180	25700	90660	84280	24080	24000	9620	9410	900	1710	9200	15460
75 Landeswährung	2650	1720	13620	21610	4370	1180	9240	1700	1620	440	2150	3460	580	570	4630	9070
Fremdwährung	37860	39070	9310	10640	38110	39020	128210	118240	15040	14980	16370	17350	1750	2570	12020	16260
77 Landeswährung	4360	3180	24330	31450	4500	2080	11100	2080	1540	300	5100	5240	580	930	5650	14500
Fremdwährung	65470	66950	15230	17280	62970	62210	171360	159210	21520	14780	25470	27180	3410	3180	18010	23010

Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 36. bis 47. Jahresbericht, Basel, 1966 – 77

Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen. Wirtschaftliche Durchdringung als Schritt zur Rückeroberung der DDR.

Es bleibt also vor allem auch unberührt Art. 7 des Deutschlandvertrages, nach dem die Bundesrepublik und die Drei Mächte nach wie vor vertraglich verpflichtet bleiben (Abs.2) zusammenzuwirken, „um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“ – sowie die Verträge von Moskau und Warschau und die Deutschland als Ganzes betreffenden Viermächte-Vereinbarungen, aber auch beispielsweise der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen abgeschlossene Grenz- und Freundschaftsvertrag, soweit er Deutschland (als Ganzes) berührt.
(Aus: Urteil des BVG zum Grundlagenvertrag, 31.7.1973)

Warenstruktur des innerdeutschen Handels

	Lieferungen der BRD*	Bezüge aus der DDR*
1973	2938	2688
1974	3662	3256
1975	4028	3391
1976	4470	3938

* in Mio. Verrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM)

Das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. In der Tradition des Kolonialministeriums.

„Entwicklungshilfe ist im letzten Viertel dieses Jahrhunderts wahrscheinlich die wichtigste soziale Aufgabe im Weltmaßstab. Sie ist für den Frieden in der Welt unerläßlich. Ich füge hinzu: Wir Deutschen sind bereit, für diesen Ausgleich in Zukunft noch höhere Opfer zu bringen. Und ich füge hinzu: Niemand kann auf die Dauer nur geben, ohne auch etwas zu bekommen. Die Dritte Welt darf uns nicht überfordern und darf auch ihre eigene Initiative nicht vernachlässigen.“
Helmut Schmidt, Bundeskanzler (Politik der Partner, BMZ 78, S.41)

Öffentliche Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber der BRD

Region		Werte
Europa		'72: 3.7 / '74: 5.3
Afrika	Nord	'72: 2.9 / '74: 4.4
Afrika	Süd	'72: 2.3 / '74: 3.5
Amerika	Nord	'72: 3.7 / '74: 3.5
Amerika	Süd	'72: 2.6 / '74: 6.6
Asien		'72: 2.4 / '74: 6.5
Asien	Süd	'72: 5.7 / '74: 3.7
Asien	Ferner Osten	'72: 1.8 / '74: 2.8
Gesamtschulden	1972: 25,1	1974: 36,3 in Mrd. DM

Die Gruppe der 77 ist sehr darauf bedacht, daß ihre politische Solidarität nicht ausgehöhlt wird. Das haben wir auch keineswegs vor. Dennoch kann man die Augen nicht davor verschließen, daß die Dritte Welt sich ganz unterschiedlich entwickelt hat. Einige Länder machen so schnelle Fortschritte, daß sie in absehbarer Zeit zu den Industrieländern gerechnet werden können, bei anderen wird der Entwicklungsprozeß viel langsamer vonstatten gehen; zum Teil ist bedauerlicherweise sogar ein Rückstand festzustellen.

Die taktische Kunst wird darin bestehen, diese Differenzierung nicht von den Industrieländern aus in die Debatte zu bringen, den Verdacht der Spaltung der Entwicklungsländer also zu verstärken, sondern sie vielmehr von den Betroffenen selbst darstellen zu lassen.
(Willy Brandt, Referat vor dem Gesprächskreis Wirtschaft und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 20.9.78)

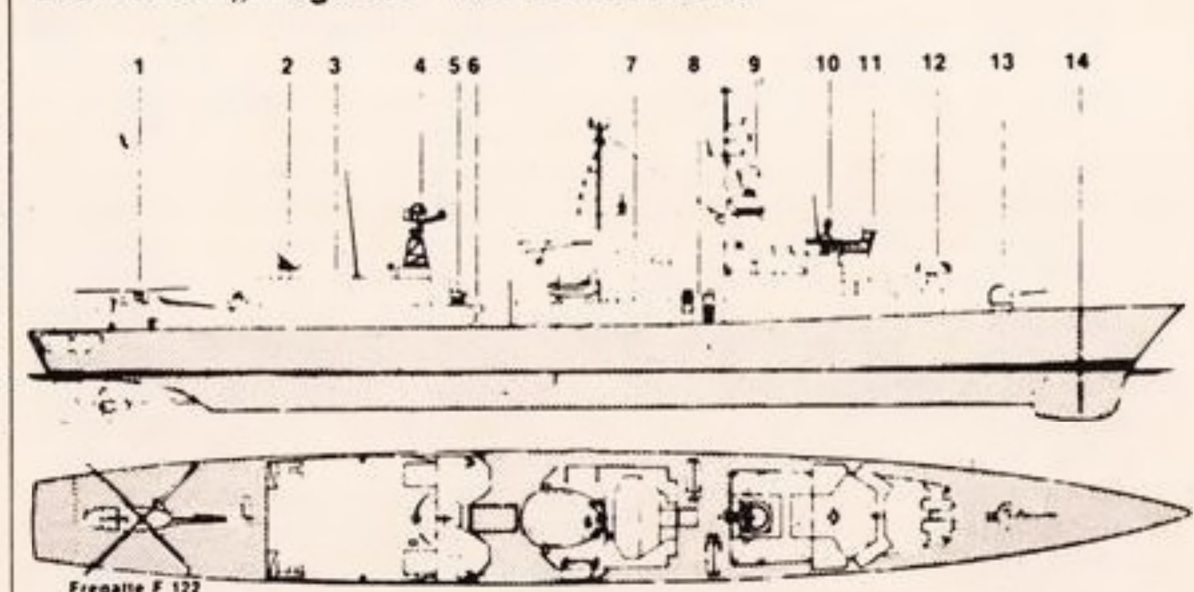
Wir halten allerdings pauschale, nicht auf die differenzierten Verhältnisse der Entwicklungsländer abstellende Umschuldungen nicht für zweckmäßig. Generelle Lösungen werden einerseits der Notwendigkeit des spezifischen Einzelfalles nicht gerecht, andererseits bergen sie die Gefahr in sich, das Kreditstanding der Entwicklungsländer global zu beeinträchtigen.
(Bundesminister Dr. H. Friderichs in Nairobi)

Das Ministerium für Verteidigung. Vorbereitung auf Krieg und Bürgerkrieg.

Nordatlantikvertrag (vom 4.9.49)
Artikel 6 (1)
Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet.

Unsere Volkswirtschaft ist bei Zinn, Mangan und Kautschuk zu 100 Prozent, bei anderen hochwertigen Rohstoffen weitgehend von diesen Transporten abhängig. *Ein Viertel unserer oder unter deutscher Flagge fahrender Schiffe befindet sich ständig in diesem Gebiet, für dessen Sicherheit mehr als unzulänglich gesorgt wird.*

Die neuen „Fregatten“ der Bundeswehr



(„Europäische Wehrkunde“ Nr. 12/1976)